

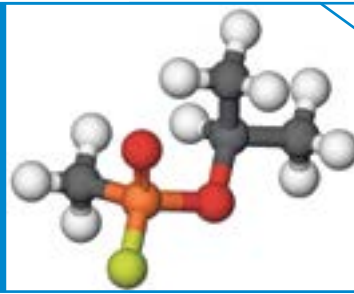


Ideologische Straßenumbenennungen: Warum gedenkt man nicht der Opfer muslimischer Attentate?

SEITE 15

Die Hisbollah greift nach den syrischen Chemiewaffen

SEITE 4-5



„Kennen Sie einen Juden?": Alle möglichen jüdischen Geschichten

SEITE 33



KOMMENTAR
DER CHEFREDAKTEURIN
LAILA MIRZO



Liebe Leserinnen und liebe Leser, viele von Ihnen verbringen in diesen Wochen ihren wohlverdienten Sommerurlaub, doch es ist kein Sommer, „wie er früher einmal war“. Die Inflation und die explodierenden Energiepreise machen sich in der privaten Haushaltskasse bemerkbar. Gerade Familien leiden unter den immensen Ausgaben – große Sprünge sind nicht drin, man macht Urlaub zuhause oder in leistbarer Reichweite. Doch statt Badehose und Sonnencreme, müssen wir uns Regenjacke und Gummistiefel einpacken, denn Regen und herbstliche Temperaturen beherrschen vielerorts das Wettergeschehen.

Dabei hatten uns die Bundesregierung und ihre Hof-Berichterstatter vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk einen Hitzesommer versprochen. Bundes-Panik-Minister Karl Lauterbach warnte vor Hitzewellen biblischen Ausmaßes mit unzähligen Hitzetoten. Seit Wochen starren manche nun gebannt auf die Hitze-Warn-App und warten auf den finalen Klima-Kollaps. Man kann sich nur mehr wundern, mit welcher Ausdauer der Bundesgesundheitsminister tödliche Prophezeiungen generiert.

Die zwangsfinanzierten Medien scheinen sich jedenfalls in der Rolle des willfährigen Steigbügelhalters zu gefallen und nehmen den Fetisch „Angst“ gehorsam auf. Den wahren Klimawandel im Lande spricht jedenfalls kaum einer von ihnen an. Denn die Temperatur steigt tatsächlich: Das Wasser im Kessel der Politik erhitzt sich und wir sind der Frosch, der langsam darin gegart wird, und beginnen mit wenigen Ausnahmen leider erst jetzt, es zu merken. Wer die Missstände anspricht, wird von der linksgrünen Sturmtruppe der neuen linken McCarthy-Bewegung aus Politik und Mainstream-Medien an den Pranger gestellt. Explodierende Preise, fehlende Wohnungen, Pflegenotstand, Lehrermangel und die ungebremste illegale islamische Migration untergraben das Fundament unseres Wohlstandes, unserer Gesundheit und unserer Sicherheit.

►► Fortsetzung auf Seite 2



Genauere Erscheinungstermine unter
<https://juedischerundschau.de/service/erscheinungsplan.html>

Österreich 4,90 €; Italien 4,70 €; Schweiz 6,20 CHF;
Luxemburg 4,90 €; Belgien 5,00 €; Niederlande 5,90 €;



Messerattacken: Die neue Lebensrealität in Deutschland



Von Matthias Nikolaidis

„Wieder in der Umhängetasche...“ Berliner Polizisten neigen auf X (ehemals Twitter) zum launigen Kommentieren. Bei der Kontrolle durch Bundespolizisten in der Hauptstadt hatte im Juli ein 28-jähriger Iraker ein aufwendig gestaltetes Messer von 18 Zentimetern Klingenlänge dabei. Ein solches Messer darf man schon heute nicht mit sich herumtragen. Viele tun es dennoch. Im vorliegenden Fall wurde das Messer beschlagnahmt. Von Konsequenzen für den jungen Mann mit dem Messer, der ja schon damit eine Bedrohung für seine Mitmenschen darstellte, liest man nichts.

Es ist übrigens nicht so, dass es in Deutschland nicht schon regelrechte Waffenverbotszonen gäbe, auch wenn Nancy Faeser meint, noch ein „Messerverbot“ in Bus und Bahn draufzusetzen zu müssen. Lokal sind solche Verbote schon länger ein Mittel, das vor allem größere Städte nutzen, um an Hotspots der Gewalt schneller handeln zu können. Das gilt etwa für das Frankfurter Bahnhofsviertel, die Düsseldorfer Altstadt oder auch die Innenstadt von Hannover. Dort spricht man gerade von einer Erweiterung der Zone auf die Gegend um den Hauptbahnhof. In Nordrhein-Westfalen gibt es inzwischen regelmäßige Großkontrollen, bei denen die Polizei – gerne am Samstagabend – auf Messerjagd geht. In den Waffenverbotszonen dürfen auch solche Messer nicht mitgeführt werden, die bisher

nicht unter das Waffengesetz fallen. Unsicher bleibt, ob immer neue Verbote und Kontrollen das neue Phänomen noch zurückdrängen oder zum Verschwinden bringen können.

„Messerland“ Deutschland?

Ist Deutschland also zu einer Messerzone geworden, zum „Messerland“? Und wenn ja, sind das die Früchte einer falschen Zuwanderungspolitik, die nun schon seit einem Jahrzehnt durchgezogen wird? Für Frankreich hat der Journalist und Parteigründer Éric Zemmour genau das behauptet. Die Zahl der täglich im Hexagon verübten Messerangriffe gab er mit 120 an – und konnte nicht wirklich widerlegt werden. In Deutschland ergeben sich aus aktuellen Zahlen der Länder rund 22.000 Messerangriffe im letzten Jahr 2022. Das waren 60 Angriffe am Tag und damit etwa halb so viel, wie 2018 in Frankreich festgestellt wurden.

Der allgemeine, aus Statistiken und Polizeimeldungen genährte Eindruck ist dabei, dass es sich ganz überwiegend um Immigranten handelt, die aus Nahost, Mittelasien oder Nordafrika nach Deutschland gekommen sind und an deutschen Grenzen flugs einen Asylantrag stellten, manchmal vielleicht schon eingebürgert sind. Wo eine entsprechende Statistik verfügbar ist, hat meist die Mehrheit der Täter nicht die deutsche Staatsbürgerschaft. In Hessen und Baden-Württemberg waren es 52 Prozent. Das zeugt von einer klaren Überrepräsentation von Immigranten, die offenbar eine deutlich höhere „Affi-

nität“ zum Tatmittel Messer haben. Die häufigsten Herkunftsstaaten in Baden-Württemberg waren Syrien, die Türkei, Rumänien, Afghanistan und der Irak.

Ein „Arzt und Flüchtlingsexperte“ rechnete nun im Focus vor, dass möglicherweise eine halbe Million der nach Deutschland „Geflüchteten“ eigentlich eine Therapie bräuchten. Unter ihnen sollen eben auch die „Messer- und Axtmänner der Zukunft“ sein, wie ein offizieller Migrationsbeauftragter ergänzt. Das Flucht- und Asyl-Establishment reagiert auf ein Problem, indem man es einwickelt in „social engineering“, dessen Erfolg aber alles als sicher ist.

Mangelnde Transparenz

Der Nachbar im Westen ist uns in dieser Sache wohl voraus. Aber auch in Deutschland gab es eigentlich noch mehr Straftaten, bei denen ein Messer benutzt wurde, die aber nicht alle als „Messerangriff“ gezählt werden. Der Begriff geht dabei auf eine bundeseinheitliche Definition von 2020 zurück, die wohl Ordnung in die Länderzahlen bringen sollte. Insgesamt ist davon aber noch nichts zu bemerken, eher regiert weiter das Chaos, was die regionalen Zahlen und ihre Zusammenführung beim Bund angeht. Dazu trägt sicher auch bei, dass Innenministerin Nancy Faeser nicht gerade einen Schwerpunkt auf die angemessene Durchleuchtung des Sachverhalts legt. In ihrer Pressekonferenz zur Vorstellung der Polizeilichen Kriminalstatistik 2022 kam das Thema jedenfalls nicht vor

►► Fortsetzung auf Seite 2

◀ Fortsetzung von Seite 1

Messerattacken: Die neue Lebensrealität in Deutschland

Deutschland ist mehr denn je im Griff antisemitischer Gewalt und einer zumeist von muslimischer Seite begangenen Messerkriminalität, die zuletzt auf tausende Fälle im Jahr flächendeckend anstieg und auch im laufenden Jahr nicht nachgelassen hat. In Deutschland ergeben sich fast ausschließlich aufgrund der islamischen Migration aus aktuellen Zahlen der Länder rund 22.000 Messerangriffe im Jahr 2022. Das waren 60 Angriffe am Tag. Doch der politischen Debatte fehlt es bei der Ursachennennung der muslimischen Migranten als Haupttäter an Ehrlichkeit. Bund und Länder verhüllen vorsätzlich den größeren Teil der Messerstrafaten. Dem Wähler soll Sand in die Augen gestreut werden, erreicht wird allerdings nur die erkennbare Abwanderung der Wählerschaft. (JR)

Und auch sonst kennen deutsche Behörden allerlei Tricks, um die Zahlen zu schönen oder zu verbergen. So gab es in Hamburg etwa 500 Fälle von Bedrohung mit einem Messer, die aber nicht als „Gewaltkriminalität“ gezählt wurden und in der Presse folglich oft unter den Tisch fallen. Kann man wirklich mit einem Messer bedroht werden und es nicht als Gewalt empfinden? Zumal auch die Drohung mit einem Messer ausdrücklich im bundeseinheitlichen Begriff „Messerangriff“ enthalten ist. Und natürlich kann solch ein Angriff schnell geschehen, eine Gegenwehr ist dann in vielen Fällen gar nicht mehr möglich. Das Phänomen Messerkriminalität in der Freien und Hansestadt verdoppelt sich allein durch diese 500 Fälle nahezu.

Die Palme gewann allerdings das Bundeskriminalamt, das – auf wessen Geheiß? – nur einen kleinen Teilbereich der Messerangriffe veröffentlichte, nämlich die 8160 Messerangriffe bei gefährlicher und schwerer Körperverletzung. Das Messer muss also erst in sein Opfer eindringen, bevor das BKA einen Angriff berichtenswert findet. Daneben lieferte man noch die Anzahl der Messerangriffe bei Raubdelikten, die man aber tunlichst nicht zu der anderen Zahl addierte. Doch auch zusammen ergab sich so kein vollständiges Bild der Messerkriminalität

in Deutschland, weil Bedrohungen „ohne Stich“ nicht berichtet wurden. Doch die Unsicherheit der Bürger beginnt eben schon, wenn einer ein Messer in krimineller Absicht zieht. Übrigens war das BKA auch auf mehrfache Nachfrage nicht bereit, weitere Zahlen für das gesamte Bundesgebiet zu nennen. Man musste notgedrungen in allen Ländern nachfragen und danach zum Taschenrechner greifen. So steht es mit Transparenz und Bürgerinformation in Deutschland heute.

Trend ist ansteigend

Der neugebildete Terminus „Messerangriff“, der sich allgemeingültig anhört, bewirkt daneben vor allem, dass man es mit kleineren Zahlen zu tun hat, wo Zuwächse die Bevölkerung verunsichern könnten. So gab es letztes Jahr 2727 Messerangriffe in Baden-Württemberg, aber fast dreimal so viele Straftaten mit dem Tatmittel Messer (6715). Überträgt man das auf den Bund, dann kommen wir auf 66.000 Taten in einem Jahr, also 180 am Tag. Das wären dann schon eher „französische Verhältnisse“.

Der Trend ist bei diesen Taten zudem eindeutig ansteigend, mit allgemeinen Zuwächsen zwischen zehn und 25 Prozent. Doch mancherorts haben sich die Straftaten von 2021 zu 2022 gar verdoppelt, etwa in Thüringen (von 124 zu

267 Messerangriffen). Auch hier gab es übrigens rund dreimal so viele Messerstrafaten (2022: 940). In Nordrhein-Westfalen gab es einen deutlichen Anstieg um 45 Prozent, der wohl zu den aktuellen Messerrazzien geführt hat.

Die Verteilung der Messerstrafaten in Deutschland ist dabei sehr unterschiedlich. So stechen Berlin und Bremen unter den Ländern durch eine hohe „Dichte“ an Angriffen heraus. Unter den Flächenländern liegen Sachsen, Niedersachsen und Hessen vorne. Auch in Hessen kamen die wirklichen Zahlen erst durch meine Anfrage an das LKA heraus. Die Messerangriffe lagen demnach fast viermal so hoch, als bis dahin vom Innenministerium öffentlich gemacht. In Frankfurt wunderte sich die geneigte Presse, wie es bei mehr als 400 Messerangriffen in der Mainmetropole bei 566 Angriffen in ganz Hessen bleiben konnte. Tatsächlich waren 2124, also fast sechs Angriffe mit dem Messer am Tag.

Polizei rüstet auf

Zusehends rüsten sich auch die Polizeien gegen die neuen Gefahren. In Hamburg werden versuchsweise normale Streifenpolizisten mit Tasern ausgerüstet. Daneben gibt es in der Hansestadt eine Unterstützungstreife für erschwerte Einsatzlagen (USE), die

„noch einmal robuster ausgestattet“ sei als die Peterwagen-Besatzungen. Die Entwicklung geht, ähnlich wie in Frankreich, hin zu einer immer stärker gerüsteten Polizei. In der Elbmetropole scheint die Lage dabei besonders dynamisch. Die Polizei Hamburg berichtet nun von einer erneut starken Zunahme der Messerangriffe im ersten Halbjahr 2023 um 23 Prozent. Daneben hätten auch die Schießereien deutlich zugenommen, nämlich um 31 Prozent. Es ist beinahe ein Notruf der Ordnungshüter.

Mit Schießereien hat auch Baden-Württemberg – genauer die Stuttgarter Gegend – zuletzt vermehrt zu tun. Alles deutet darauf hin, dass auch die zunehmenden Schießereien mit migrantischen Milieus, Clan- und Stammeskämpfen sowie organisierter Kriminalität zusammenhängen. Das erinnert an die Lage in Schweden, wo sich die Verhältnisse trotz vieler Ankündigungen noch nicht gründlich bessern ließen. Die Vororte der großen Städte sind dort zum Gang-Territorium geworden. In Deutschland droht offenbar Ähnliches.

Matthias Nikolaidis wuchs im östlichen Niedersachsen auf, war unter anderem als Musikkritiker und in der Öffentlichkeitsarbeit tätig. Heute lebt er als freier Journalist und Autor in Berlin.

◀ Fortsetzung von Seite 1

Suizidale Einwanderungspolitik

Kaum ein Tag vergeht, ohne dass Menschen Opfer von vorwiegend islamomigrantischer Gewalt werden. Messerattacken und Vergewaltigungen sind das Nebenprodukt der suizidalen deutschen Einwanderungspolitik. Allein im Jahr 2022 gab es in Deutschland rund 22.000 Messerangriffe. Umgerechnet sind das im Durchschnitt ca. 60 Angriffe pro Tag. Ist das das Deutschland „in dem wir gut und gerne leben“, wie es die Wahlplakate der CDU im Wahlkampf 2017 propagierten?

Während die Ampel-Regierung weiterhin ihre Augen vor der Lebensrealität in Deutschland verschließt und sich lieber immer neue Schikanen für die Leistungsträger und Steuerzahler des Landes ausdenkt, übt sich die Union im Hochziehen von „Brandmauern“. Dabei würden eine selbstkritische Reflektion und Aufarbeitung der Ära Merkel der aktuellen Debatte deutlich mehr Glaubwürdigkeit verleihen. Aus den politischen Erben Adenauers sind rückgratlose Merkelianer geworden. Anstatt ihr eigenes konservatives Profil zu schärfen und alternativlos für die Wähler zu werden, damit wetteifern, eine Kopie der Grünen zu werden.

Rekordzahlen bei Asylanträgen

Während viele unserer Politiker, ganz gegen ihr Klima-Credo, die Privilegien des

KOMMENTAR DER CHEFREDAKTEURIN LAILA MIRZO

Reisens für sich beanspruchen und die Sommerpause an fernen Stränden genießen, landen unzählige Schlepper-Boote an den europäischen Küsten an. Das Ziel der meisten von ihnen ist Deutschland, das mit der Ampel-Regierung noch attraktiver für Prekariats-Zuwanderung geworden ist. Dies schlägt sich auch in Zahlen nieder: In den ersten sieben Monaten dieses Jahres wurden bereits rund 175.000 Asyl-Erstanträge gestellt. Im Vergleich zum selben Zeitraum des Vorjahres, ist dies eine Steigerung von unfassbaren 78 Prozent. Das Gros der Antragsteller kommt 2023 bisher aus Syrien und Afghanistan.

Wer einmal einen Fuß auf deutschen Boden gesetzt hat, hat quasi den Jackpot gewonnen. Denn selbst abgelehnten Asylbewerbern droht in den seltensten Fällen die Abschiebung in ihre Herkunfts-

länder. 2022 wurden nach Angaben der Bundesregierung 12.945 Menschen aus Deutschland abgeschoben – das sind nur etwa 1000 Abschiebungen mehr als im Jahr 2021. Das ist ein Tropfen auf den heißen Stein, angesichts der über 300.000 ausreisepflichtigen Migranten. Doch die Politik scheint kein Problem damit zu

haben, denn die Mehrheit der Ausreisepflichtigen, etwa 248.000 Personen, hat eine Duldung erhalten und kann damit nicht abgeschoben werden. Über kurz oder lang werden sie wohl in das System absorbiert werden, eine gelungene Integration ist dafür keine Voraussetzung und ein archaisches islamisches Weltbild kein Hinderungsgrund mehr.

Import von Judenhassern

Anstelle von Menschen integriert sich damit zunehmend ein frauen- und judenfeindlicher Wertekanon. Wer dies kritisiert, ist laut den linksgrünen und woken Bessermenschen ein „Nazi“. Nach dieser Formel holen wir Hunderttausende potentielle Judenhasser ins Land und niemand sollte sich wundern, wenn sich jüdische Menschen erst aus weiten Teilen

Aus den politischen Erben Adenauers sind rückgratlose Merkelianer geworden.

des öffentlichen Raums, die für sie gefährlich geworden sind, zurückziehen und dann Deutschland komplett den Rücken kehren.

So vollenden die Enkel von Eichmann und Himmler die deutsche Endlösung und machen Deutschland „judenrein“. Ganz ohne Deportationen und Konzen-

trationslager, dafür mit Regenbogen-Paraden, Islam-Konferenzen und antisemitischen Antisemitismus-Beauftragten. Doch damit begnügt sich ein echter deutscher Bessermensch keinesfalls. Ein echter deutscher Bessermensch zeigt mit dem Finger auf Israel, der historischen Heimstätte der Juden, und verdreht die deutsche Staatsräson, die sich eigentlich der Sicherheit Israels verschrieben hat, in eine Politik der Einmischung und der Bevormundung. Aber auch damit nicht genug. Der deutsche Botschafter in Israel, Steffen Seibert, übt den Schulterchluss mit judenfeindlichen NGOs während aus der EU Millionen in die Terror-Kassen der sogenannten „Palästinensischen“ Autonomiebehörde fließen. Dieses Geld wird auch für die Finanzierung des perfiden „Pay-to-Slay“-Programms verwendet, das islamischen Attentätern und ihren Familien eine Mörder-Rente auszahlt.

Israel und seine Menschen sind von Judenhassern umzingelt. Trotzdem prosperiert der Staat Israel, aus dem bahnbrechende Impulse für Technologie und Medizin kommen. Die Liebe und die Loyalität der Menschen zum einzigen jüdischen Staat werden auch die aktuellen politischen Verwerfungen überstehen. Am Israel Chai!

Herzlichst, Ihre Laila Mirzo

Die EU finanziert Erziehung zu Dschihad und islamisches Terror-Märtyrertum an Schulen

Obwohl das Europäische Parlament die „Palästinensische“ Autonomiebehörde wegen des „hasserfüllten“ Inhalts ihrer Schulbücher verurteilt und weitere Zahlungen eigentlich an Bedingungen geknüpft haben sollte, kündigte die Präsidentin der EU-Kommission Ursula von der Leyen bei einem Besuch in Ramallah an, dass die Zahlungen der EU-Gelder „rasch“ wieder aufgenommen werden. Solange die EU weiterhin Hunderte von Millionen Euro in die sogenannte „Palästinensische“ Autonomiebehörde fließen lässt, ohne ein Ende des „Pay-to-Slay“-Programms zu fordern, das Anreize und Belohnungen für Mord an Juden bietet, werden unschuldige Kinder weiterhin auf beiden Seiten sterben müssen. (JR)

Von Bassam Tawil

Während die vom Iran unterstützten Terrorgruppen Hamas und „Palästinensischer“ Islamischer Dschihad im Gazastreifen Kinder in Sommerlagern zu Kämpfern und Judenmördern ausbilden, tut die „Palästinensische“ Autonomiebehörde mit ihrem Bildungssystem genau dasselbe. Sie vergiftet ihre Herzen und Köpfe durch aufrührerisches Material in ihren Schulbüchern.

Sogar das Europäische Parlament hat die „Palästinensische“ Autonomiebehörde wegen des „hasserfüllten“ Inhalts ihrer Schulbücher verurteilt. In den letzten zweieinhalb Jahren hat die Europäische Union der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde ihre Hilfe verweigert und gleichzeitig politische Reformen und die Streichung von Aufrufen zur Gewalt aus den „palästinensischen“ Schulbüchern gefordert. Eine in diesem Jahr vom Europäischen Parlament verabschiedete Beschluss ging sogar so weit, den Inhalt der Schulbücher direkt mit dem „palästinensischen“ Terrorismus in Verbindung zu bringen... In dem Beschluss wird auch eingeräumt, dass die Schulbücher Antisemitismus enthalten, und gefordert, dass dieser entfernt wird.

Die Europäische Union, heißt es in dem Beschluss, „bedauert das problematische und hasserfüllte Material in palästinensischen Schulbüchern und Lernkarten, das immer noch nicht entfernt worden ist; unterstreicht, dass Bildung und der Zugang der Schüler zu friedlichen und unvoreingenommenen Schulbüchern von wesentlicher Bedeutung sind, insbesondere im Zusammenhang mit der zunehmenden Verwicklung von Jugendlichen in Terroranschläge...“

Wie ernst meint es die EU?

Die „Palästinensische“ Autonomiebehörde hat jedoch kein Material aus ihren Schulbüchern entfernt, das Gewalt oder Abscheu gegenüber Juden propagiert. Obwohl die Europäische Union wiederholt auf die Notwendigkeit hingewiesen hat, die „palästinensischen“ Schulbücher zu ändern, setzt sie offenbar die bedingungslose finanzielle Unterstützung der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde fort. Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, kündigte letztes Jahr bei einem Besuch in Ramallah, der De-facto-Hauptstadt der „Palästinenser“, an, dass die EU-Gelder „rasch“ wieder aufgenommen werden sollen.

Dieser plötzliche Ausbruch von Großzügigkeit wirft Fragen nach der Ernsthaftigkeit der EU auf, wenn sie von der Notwendigkeit spricht, das „hasserfüllte Material“ aus den Schulbüchern zu entfernen.

Die Ankündigung des Präsidenten der Europäischen Kommission



Mit israelfeindlicher Propaganda werden Schulkinder indoktriniert.

zeigt, dass es den Europäern ehrlich gesagt egal ist, ob die „Palästinensische“ Autonomiebehörde in ihren Schulen weiterhin zu Gewalt aufruft und Judenhass fördert. Mit der Wiederaufnahme der bedingungslosen Finanzhilfe für die „Palästinenser“ signalisiert die EU, dass sie das hasserfüllte Material in den Schulbüchern gutheißt und die „Palästinenser“ sogar ermutigt, ihren Dschihad gegen Israel und die Juden fortzusetzen.

Antijüdischer Hass im Lernmaterial

Eine vom Institute for Monitoring Peace and Cultural Tolerance in School Education ... durchgeführte Untersuchung zeigt, dass ... die Schulbücher der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde die Anwendung von Gewalt zur „Befreiung Palästinas“ verherrlichen, ein Begriff, der sich auf das gesamte Gebiet zwischen Jordan und Mittelmeer bezieht und ganz Israel einschließt. Die Überprüfung ergab auch, dass die Prüfungen unverblümt Themen wie Hass, Aufwiegelung und Gewalt beinhalten.

Die Fragen in der Arabischprüfung enthalten zum Beispiel ein Gedicht, das Jerusalems „Ritter“ preist, die „mit einem Lächeln in den Tod gehen“, und die Bedeutung der Vorbereitung auf den gewaltsamen Dschihad gegen Israel.

Am 20. Juli feierten Zehntausende von „palästinensischen“ Schülern im Westjordanland und im Gazastreifen die Ergebnisse der Reifeprüfung, die als Tawjihi bekannt ist. Leider ist es unwahrscheinlich, dass viele dieser Schüler ihr Studium an Kollegen und Universitäten fortsetzen werden.

Stattdessen wird von ihnen erwartet, dass sie sich einer der vielen „palästinensischen“ Terrororganisationen anschließen, die die Vernichtung Israels anstreben. Dies geschieht, weil „palästinensische“ Schulkinder von klein auf mit einem Lehrplan konfrontiert werden, der zu Gewalt aufruft, den Dschihad (heiligen Krieg) verherrlicht und den „Märtyrertod“ fördert.

Dschihad als „Spitze des Islam“

Die Schüler werden auch anhand von Passagen aus dem Lehrbuch der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde für den Islamunterricht geprüft, in denen Mord, Gewalt und Tod gepriesen werden. In einer Frage werden die Schüler aufgefordert zu erklären, dass der Dschihad „die Spitze des Islam“ ist; in einer anderen werden sie zu einer Passage befragt, in der das Martyrium als große Ehre beschrieben wird. In der Prüfung zum Islamischen Unterricht wird die Bedeutung des Dschihad als „eines der Tore zum Märtyrertod“ hervorgehoben.

„Palästinensische“ Schüler werden auch mit Material geprüft, in dem die jüdische Geschichte in Jerusalem geleugnet wird, in dem die Nichtanerkennung Israels und seines Existenzrechts zum Ausdruck kommt und in dem die jüdische Geschichte in Jerusalem als „haltlose Behauptungen“, „Märchen“ und „Mythen“ bezeichnet wird. Eine andere Prüfung enthält eine Karte, auf der Israel nicht verzeichnet ist und stattdessen als „Palästina“ bezeichnet wird. In zwei Fällen werden Schüler zu Kapiteln in den Schulbüchern geprüft, die Juden mit den Kreuzrittern vergleichen und damit implizieren, dass die Juden fremde Eindringlinge sind, die

letztendlich besiegt werden.

In der Geografieprüfung werden die „palästinensischen“ Schüler zu einem Lehrbuchkapitel geprüft, in dem es um den Versuch zweier Juden geht, in den Anfängen der islamischen Gemeinschaft internen Streit zu schüren - offenbar um eine negative Wahrnehmung der Juden zu schaffen.

Eine Frage in der Geschichtsprüfung fordert die Schüler auf zu erklären, wie „die Vereinigten Staaten den 11. September [Terroranschläge]“ als Vorwand nutzten. Den Schülern wird beigebracht, dass die USA die Anschläge vom 11. September benutzt haben, um „in den Ländern der Welt zu intervenieren, um ihre Herrschaft und Hegemonie in der Welt zu verbreiten“. Die Schüler werden auch angewiesen, „ein fiktives Gericht zu bilden, um die USA für ihre Verbrechen im Irak anzuklagen“.

Diese Propaganda führt nicht zum Frieden

Einer der Hauptgründe, warum es keinen Frieden zwischen Israel und den „Palästinensern“ gibt, ist, dass die „palästinensischen“ Führer ihr Volk nie auf Frieden und Kompromisse mit Israel vorbereitet haben. Das Wort „Frieden“ kommt in den Schulbüchern nicht vor; stattdessen wird den „palästinensischen“ Kindern immer wieder beigebracht, dass sie sich auf den Dschihad gegen Israel vorbereiten sollen - trotz der Tatsache, dass Israel das einzige freie und demokratische Land im Nahen Osten ist.

Das Blut der „palästinensischen“ Kinder, die in diesem Dschihad getötet werden, wird nicht nur an den Händen der Führer der „Palästinensischen“ Behörde, der Hamas und des „Palästinensischen“ Islamischen Dschihad kleben; Sie wird zu einem großen Teil auch von den Europäern zu verantworten sein, die weiterhin Hunderte von Millionen Euro in die „Palästinensische“ Autonomiebehörde fließen lassen, ohne ein Ende des „Pay-to-slay“-Job-Programms zu fordern, das Anreize und Belohnungen für Mord bietet, sowie für die ununterbrochene Aufstachelung der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde zur Gewalt und die ausufernde religiöse Intoleranz, die nach wie vor in die „palästinensischen“ Universitäten und Schulen einfließt.

Bassam Tawil ist ein arabischer Muslim mit Wohnsitz im Nahen Osten.

Dieser Artikel erschien zuerst bei Gatestone Institute.

Biden-Administration auf der Seite des anti-israelischen Flügels

Die Biden-Administration unternimmt sichtlich wenig gegen den erheblich gewachsenen anti-israelischen Flügel der Democrats: Während die Progressiven mit Verleumdungen über den vermeintlich „rassistischen Staat“ Israel kokettieren, erpresst Biden den israelischen Ministerpräsidenten mit dem Gerede vom Ende des Bündnisses, sollte Netanjahu an der Justizreform festhalten. Diese Haltung Bidens offenbart eine Rückkehr und Fortschreibung zu einer bereits unter Obama und Clinton erkennbaren Israel-aversen innerparteilichen Entwicklung der Democrats: Jedenfalls werden die echten Unterstützer des jüdischen Staates - ob sie wollen oder nicht - in Zukunft, noch mehr als zuvor, kaum noch Rückhalt in der Partei der Democrats finden und zunehmend auf die Unterstützung der Republikaner angewiesen sein. (JR)

Von Jonathan S. Tobin/JNS.org

Am Ende stimmten nur neun Demokraten im Repräsentantenhaus gegen eine Resolution, in der die Verleumdung, Israel sei ein "rassistischer oder Apartheidstaat", zurückgewiesen wurde. Dennoch sollte die Entscheidung aller außer den erbittertesten Gegnern des jüdischen Staates, hart zu schlucken und für eine Maßnahme zu stimmen, die sich gegen einen ihrer Anführer richtet, nicht als Zeichen dafür gewertet werden, dass die Dinge zwischen Israel und den Demokraten gut laufen. Im Gegenteil, die Diskussion darüber, ob Israel "rassistisch" ist, spricht Bände über den heiklen Balanceakt, den die Demokraten auf dem Weg zu den Wahlen 2024 zu vollziehen versuchen.

Ihr Problem ist, dass ihre Aktivistenbasis und viele der Redner und Experten, die Einfluss auf ihre Partei haben, Israel zunehmend feindlich gesinnt sind, während sie wissen, dass die meisten Amerikaner, einschließlich der unabhängigen Wähler, die sie brauchen, um nächstes Jahr im Weißen Haus zu bleiben, den jüdischen Staat unterstützen. Und während sie es nicht wagten, gegen die GOP-Resolution zu stimmen, macht ihre Bereitschaft, die Mehrheit der israelischen Wähler als Rassisten zu brandmarken, wenn nicht gar das Konzept eines einzigen jüdischen Staates auf dem Planeten, deutlich, dass in einem Wettbewerb um die Seele der Partei die intersektionellen Progressiven gewinnen, die die zionistische Sache verachten.

Der Nebenschauplatz Jayapal

Die Resolution, die am Vorabend der Rede des israelischen Präsidenten Isaac Herzog vor einer gemeinsamen Sitzung des Kongresses mit einer überwältigenden Mehrheit von 412 zu 9 Stimmen angenommen wurde, brachte eine offensichtliche Wahrheit zum Ausdruck, aber sie verärgerte auch die Demokraten, die sich in eine unmögliche Situation gebracht sahen. Der Grund für die wohlthuende Erklärung, die von der republikanischen Mehrheit des Gremiums vorgelegt wurde, war, die Vorsitzende des Progressive Caucus im Repräsentantenhaus, Pramila Jayapal (D-Wash.), in Verlegenheit zu bringen, die nur wenige Tage zuvor Israel auf der linken Netroots-Konferenz als "rassistischen Staat" bezeichnet hatte.

Jayapal ist zwar eng mit den Hardcore-Linken der "Squad" im Repräsentantenhaus verbunden, aber sie ist niemand, den man als Ausreißer auf der Hinterbank bezeichnen kann. Als Anführerin der 103-köpfigen Gruppe, die etwa die Hälfte aller Demokraten im Repräsentantenhaus umfasst, ist Jayapal ein wichtiger Akteur auf dem



Die Biden-Administration untergräbt immer wieder die Beziehungen zu Israel.

Capitol Hill. Als sie wegen ihres Angriffs auf den jüdischen Staat sogar von gemäßigten Demokraten wütend angeprangert wurde, gab sie eine Klarstellung heraus, in der sie sagte, dass sie nicht glaube, dass "die Idee Israels als Nation rassistisch ist", sondern darauf bestehe, dass die Regierung von Premierminister Benjamin Netanjahu es sei.

Diese Klarstellung, die von der J Street bejubelt wurde, brachte die Unterstützung für eine Zweistaatenlösung im Konflikt zwischen Israel und den „Palästinensern“ zum Ausdruck. Doch dann behauptete sie unaufrichtig, das Hindernis dafür sei Israel, obwohl die „Palästinenser“ Angebote für eine solche Lösung wiederholt abgelehnt haben. Selbst diese Rücknahme ihres Angriffs auf die Existenz Israels wurde dadurch untergraben, dass sie anschließend eine Kolumne der anti-zionistischen New York Times-Kolumnistin Michelle Goldberg unterstützte, in der sie ihre Haltung rationalisierte. Laut Goldberg war Jayapals "Fauxpas" nichts weiter als ein Fall, in dem sie die Wahrheit über einen Staat sagte, der von Rassisten geführt wird, die sich auf die Unterdrückung der armen „Palästinenser“ spezialisiert haben. Was die „Palästinenser“ betrifft, so haben sie keine Handlungsmöglichkeiten. In der von Jayapal und ihren intersektionellen Verbündeten verbreiteten Darstellung scheint ihr einziger Zweck darin zu bestehen, die Schlechtigkeit der Juden hervorzuheben, die im Gegensatz zu Goldberg der Meinung sind, dass ihr Volk einen Staat in seiner alten Heimat

verdient, in dem es das Recht hat, zu leben und sich zu verteidigen.

Als die Republikaner im Repräsentantenhaus beschlossen, dass es politisch klug sei, Jayapals Entscheidung, den leisen Teil der linken Kritik an Israel laut auszusprechen, zu instrumentalisieren, hatte die demokratische Fraktion keine andere Wahl, als sich ihnen anzuschließen. Obwohl viele von ihnen, darunter auch Jayapal, deutlich machten, dass sie dies nur widerwillig taten, stimmten sie für die Resolution, die auch versprach, dass "die Vereinigten Staaten immer ein fester Partner und Unterstützer Israels sein werden".

Wenn dies die einzige Quelle der Kontroverse über das Bündnis in jener Woche gewesen wäre, hätte die pro-israelische Gemeinschaft guten Grund, nicht nur einen leichten Sieg zu feiern, sondern die Abstimmung als einen Hinweis darauf zu betrachten, wie isoliert der anti-israelische Flügel der Demokraten ist. In der Tat war Jayapals Rede von einem "rassistischen Staat" ein Nebenschauplatz - und ein unbedeutender noch dazu - im Vergleich zu der Demonstration der Biden-Administration, wie sie den Begriff "pro-Israel" definiert.

Herzogs Empfang

Oberflächlich betrachtet zeigte Herzogs Besuch, dass das Konzept des parteiübergreifenden Pro-Israel-Konsenses trotz der Spannungen zwischen Washington und Jerusalem sehr lebendig ist.

Der herzliche Empfang für Herzog und die zahlreichen stehenden Ova-

tionen, die er von Republikanern und Demokraten erhielt, mussten die israelfeindlichen Aktivisten abschrecken. Indem er die Bedrohung durch den Iran hervorhob, die „palästinensische“ Unterstützung des Terrorismus und die Unmenschlichkeit der Hamas verurteilte, die Notwendigkeit einer Ausweitung des Abraham-Abkommens betonte und den Antizionismus zu Recht als eine Form des Antisemitismus bezeichnete, nutzte Herzog die ihm gebotene Bühne, um Punkte anzusprechen, über die in Israel ein breiter Konsens herrscht.

Der israelische Präsident bemühte sich auch um ein heikles Gleichgewicht zwischen seiner Verpflichtung, sich von der Politik seines Landes fernzuhalten, und dem Signal an sein eigenes linkes politisches Lager, das er hofft, nach seinem Ausscheiden aus dem Präsidentenamt irgendwann wieder anführen zu können, dass er sich dem Vorstoß der Regierung Netanjahu für eine Justizreform widersetzt. Während er sein Vertrauen in die Stärke und Widerstandsfähigkeit der israelischen Demokratie zum Ausdruck brachte, sagte er: "Israels Demokratie hat sich immer auf freie und faire Wahlen gestützt, auf die Anerkennung der Wahl des Volkes" - eine Anspielung auf das Recht von Netanjahus demokratisch gewählter Koalition, Gesetze zu erlassen und zu regieren. Aber er warf den Gegnern auch einen Blumenstrauß zu, indem er auf "eine starke und unabhängige Justiz" und "Demonstranten, die im ganzen Land auf die Straße gehen, um mit Nachdruck ihre Stimme zu erheben und ihren Standpunkt leidenschaftlich

zu demonstrieren" verwies.

Doch der Zweck der Proteste und die Vorstellung, dass Israel im Wesentlichen eine Juristokratie bleiben muss, in der nicht gewählte linke Richter, die ihre Nachfolger auswählen, alle politischen Fragen auf einer willkürlichen Grundlage der "Angemessenheit" und nicht auf der Grundlage des Gesetzes entscheiden können, zielt darauf ab, Wahlen und die Anerkennung der Wahl des Volkes außer Kraft zu setzen. Wenn der Präsident eine Knesset-Mehrheit moralisch mit denjenigen gleichsetzt, die Autobahnen blockieren, weil sie eine Wahl verloren haben, fällt das Argument zugunsten der letzteren aus. Das macht Herzogs unparteiische Haltung weit weniger bewundernswert, als sie scheint.

Das ist ein Problem für Netanjahu, aber nicht die Sorge der amerikanischen Pro-Israel-Gemeinde. Problematisch an Herzogs Auftritt war die Art und Weise, wie Biden ihn nutzte, um für eine Beziehung zum jüdischen Staat zu werben, die jede Abweichung von den US-Richtlinien sowohl in Sicherheitsfragen als auch in rein innerisraelischen Fragen wie der Justizreform als Bruch der Allianz betrachtet.

Bidens unheilvolle Warnung

Das zeigte sich nicht nur daran, dass um Herzog so viel Aufhebens gemacht wurde, während dem eigentlichen Regierungschef Israels, Netanjahu, eine Einladung nach Washington bis dort verwehrt blieb. Hinzu kam Bidens Entscheidung, den Kolumnisten der New York Times, Thomas Friedman, ins Weiße Haus einzuladen, um dem Premierminister eine unverblühte Botschaft zu überbringen.

Wie Friedman hat auch Biden nie zugegeben, dass sich seine Ratschläge an

Israel in Bezug auf dessen Sicherheitsdilemma in den letzten Jahrzehnten immer wieder als falsch erwiesen und zu viel Leid geführt haben. Aber das hat Biden nicht davon abgehalten, weiterhin so zu tun, als sei die Formel "Land für Frieden" und das Gerede von einer Zweistaatenlösung, die die „Palästinenser“ nicht wollen, immer noch der einzige Weg, den Israel einschlagen kann.

Er will nicht, dass Netanjahu als Premierminister abgelöst wird, weil er an einen stockenden Friedensprozess oder an einen „palästinensischen“ Friedenswillen glaubt. Er ist auch nicht der Meinung, dass die Gerichte in Demokratien generell uneingeschränkte Macht über die Legislative und Exekutive haben sollten. Im Gegenteil, er und seine Demokratische Partei sehnen sich danach, die Macht des Obersten Gerichtshofs der USA zu beschneiden, obwohl dieser weitaus weniger Einfluss auf die Politik hat als sein israelisches Pendant und nur die Verfassung aufrechterhalten und nicht die anderen Gewalten dominieren will. Die Demokraten nutzen jede Gelegenheit, um ihn zu umgehen, seine konservative Mehrheit zu verleumden und damit seine Unabhängigkeit zu untergraben.

Biden hat erkannt, dass der einzige Weg zu einer schwächeren israelischen Regierung, die ein neues und noch gefährlicheres Atomabkommen mit dem Iran nicht behindern wird, darin besteht, die israelischen Proteste gegen Netanjahu zu unterstützen, egal wie heuchlerisch diese Haltung auch sein mag.

Ebenso unaufrichtig war seine Warnung, Netanjahu solle nicht versuchen, Gesetze ohne einen "breiten Konsens" zu verabschieden. Das kommt von einem Mann, der in einer Obama-Regierung diente, die das amerikanische

Gesundheitssystem auf der Grundlage einer hauchdünnen Mehrheit im Kongress änderte, während Umfragen zeigten, dass die Wähler dagegen waren. Ganz zu schweigen von der Tatsache, dass er ein eifriger Befürworter des wichtigsten außenpolitischen Paktes der letzten 30 Jahre war - Obamas Atomabkommen mit dem Iran von 2015 -, das dem amerikanischen Volk aufgedrängt wurde, obwohl die Mehrheiten in beiden Häusern des Kongresses und die öffentliche Meinung dagegen waren.

Dennoch nutzte er das Interview mit Friedman, um Netanjahu zu warnen, sich bei der Justizreform zurückzuhalten. Er sagte, dass es die Demonstranten seien - jene Männer und Frauen, die mit brutalen Taktiken das Land lahmlegen, seine Wirtschaft lahmlegen und sogar seine Sicherheit gefährden -, die "Israels Demokratie verkörpern, die das Herzstück unserer bilateralen Beziehungen bleiben muss".

Ideologische Kluft innerhalb der Partei

Friedman hat vielleicht nicht unrecht, wenn er Biden als den Mann bezeichnet, der "der letzte israelfreundliche demokratische Präsident" sein könnte. Ungeachtet der Abstimmung über die Resolution, in der Jayapal gerügt wird, ist die Kluft in der Partei in Bezug auf Israel größtenteils sowohl generationsbedingt als auch ideologisch bedingt.

Aber indem er die Unterstützung der Regierung für Israel implizit davon abhängig macht, ob es der Netanjahu-Regierung gelingt, das Justizwesen zu reformieren - was Israel, abgesehen von der Verleumdung und den Lügen seiner Gegner, demokratischer und nicht weniger demokratisch machen wird -, bereitet dieser "letzte israelfreundliche

demokratische Präsident" den Weg für ein Auseinanderbrechen des Bündnisses zwischen den beiden Ländern.

Indem er die israelische Justizreform auf diese Weise bezeichnete, bereitete Biden eine künftige Debatte vor, in der demokratiefreundliche Gesetze und Meinungsverschiedenheiten über den Friedensprozess als Vorwand für die Herabstufung einer Beziehung dienen werden, die - ungeachtet der an Herzog gerichteten Binsenweisheiten - keinen Wert mehr hat.

Die jüngsten Ereignisse mögen wie ein Sieg für den überparteilichen Pro-Israel-Konsens erscheinen. Doch wenn man zwischen den Zeilen liest, sind sie in Wirklichkeit ein Hinweis darauf, dass dieser Konsens durch die Spaltung der Demokratischen Partei in Radikale, die Israel für einen "rassistischen Staat" halten, und Gemäßigte, die glauben, dass die Beziehungen zwischen den beiden Ländern gekappt werden könnten, wenn der konservativen, nationalistischen und religiösen Mehrheit des jüdischen Staates erlaubt wird, zu regieren, wenn sie die Wahlen gewinnt, obsolet geworden ist. Beide scheinen bereit zu sein, eine Mehrheit der Israelis und ihre gewählten Führer als Rassisten und Autoritäre abzustempeln. Das ist die Formel für eine Situation, in der wirklich israelfreundliche Demokraten zu einer Minderheit in ihrer Partei werden und die Unterstützer des jüdischen Staates - ob sie wollen oder nicht - auf die Unterstützung der Republikaner angewiesen sein werden.

Jonathan S. Tobin ist Chefredakteur von JNS (Jewish News Syndicate). Er ist außerdem leitender Mitarbeiter von The Federalist und Kolumnist für Newsweek sowie Autor für andere Publikationen.

Die Hisbollah greift nach den syrischen Chemiewaffen

Das renommierte israelische Alma Research and Education Center veröffentlichte einen Bericht, wonach der Iran daran arbeitet, die Kontrolle über ein umfangreiches Netzwerk syrischer Militärindustrieanlagen zu übernehmen. Damit wäre das mörderische und jüdenfeindliche Mullah-Regime in der Lage, gemeinsam mit seinen lokalen Terror-Kumpanen, den Hisbollah-Milizen, direkt an der Grenze zu Israel Raketen mit Sarin-Nervengas auf Israel und seinen Menschen abzufeuern. (JR)

Von Jaakov Lappin/JNS.org

Laut einem im Juli vom Alma Research and Education Center veröffentlichten Bericht arbeitet der Iran daran, die Kontrolle über ein umfangreiches Netzwerk syrischer Militärindustrieanlagen zu übernehmen, die zusammen unter dem französischen Akronym CERS oder auf Englisch „Scientific Studies and Research Center“ bekannt sind.

Das Alma Center ist eine Verteidigungsforschungsgruppe, die sich auf Sicherheitsherausforderungen spezialisiert hat, mit denen Israel im Libanon und in Syrien konfrontiert ist. Der Bericht warnte auch vor der Möglichkeit, dass die Hisbollah chemische Substanzen in Form von CERS in Besitz nehmen könnte, die vom Assad-Regime gelagert werden, und sie zur Herstellung chemischer Waffen für den Einsatz gegen israelische Streitkräfte oder Zivilisten in einem zukünftigen Konflikt verwenden könnte.

Tal Beeri, Leiter der Forschungsabteilung des Alma Centers, sagte gegenüber JNS, dass „die bedeutende Übernahme der syrischen Verteidigungsindustrie durch den Iran durch die Übernahme von CERS zum Ausdruck kommt.“ Heute steht das syrische CERS-Zentrum unter vollständiger iranischer Schirmherrschaft.“

Iranisch-syrisches Präzisionsraketenprojekt

Dem Bericht zufolge ist das CERS, das rund 20.000 Menschen - syrische Forscher, Ingenieure und Militäroffiziere - beschäftigt, über ganz Syrien verteilt und stellt fortschrittliche Waffen wie die Boden-Boden-Rakete "Fateh 110" her. Die "Fateh 110" ist das Herzstück des gemeinsamen iranisch-syrischen und Hisbollah-Präzisionsraketenprojekts, heißt es in dem Bericht. "Darüber hinaus ist das CERS-Zentrum für die Entwicklung und Herstellung chemischer, biologischer und potenziell nuklearer Waffen zuständig", heißt es weiter.

Dem Bericht zufolge sieht der Iran das CERS als "Wachstumsmotor" für seine eigenen Bemühungen um die Entwicklung und Herstellung von Waffen auf syrischem Boden, die auf iranischer Technologie basieren. Das CERS bietet dem Iran die Möglichkeit, die Logistik und die Risiken zu umgehen, die mit der Verbringung einiger seiner Waffen aus dem Iran nach Syrien auf dem Land-, Luft- oder Seeweg verbunden sind - Bemühungen, die häufig von Israel angegriffen werden.

Mit der Kontrolle über das CERS verfolgt der Iran das Ziel, auf syrischem Boden Präzisionsraketen, Marschflugkörper und unbemannte Luftfahrzeuge zu entwickeln und herzustellen, insbesondere mit Hilfe des CERS-Instituts 4000

in Masyaf, einem bekannten Krisenherd, der Berichten zufolge in den vergangenen Jahren Ziel israelischer Luftangriffe war.

Chemische Waffen?

Das Vorhandensein eines chemischen Programms im CERS wirft beunruhigende Szenarien auf, so der Bericht weiter: „Im Gegensatz zu dem militärischen Nuklearprojekt, das das syrische Regime mit nordkoreanischer Unterstützung versuchte und das 2007 von Israel vereitelt wurde, wurde das chemische Programm trotz aller Versuche, es zu vereiteln, nie verhindert.“

"Wir gehen davon aus, dass das syrische Regime jetzt über umfangreiche chemische Fähigkeiten verfügt. Das syrische Regime betrachtet die in seinem Besitz befindlichen Bestände an chemischen Waffen und die von ihnen ausgehende Bedrohung als Garantie für sein Überleben. Diese Fähigkeit kann nach Belieben der radikalen schiitischen Achse unter Führung des Iran im Allgemeinen und der Hisbollah im Besonderen zugute kommen", weiter heißt es: „Es ist nicht auszuschließen, dass die Hisbollah bei der nächsten Konfrontation mit Israel chemische Waffen einsetzt. Es ist denkbar, dass an einem der Standorte des CERS-Zentrums Raketen oder Raketen mit chemischen Waffen (z. B. Sarin-Nervengas) für den Einsatz durch

die Hisbollah gelagert werden".

Die in Masyaf gelagerten chemischen Substanzen könnten in den Libanon verbracht werden, "wenn dies gewünscht wird", besagt der Bericht, und weiter: "Wir gehen davon aus, dass Israel in einer Kriegssituation mit hoher Wahrscheinlichkeit die Chemiewaffenlager angreifen wird, wo auch immer sie sich befinden, in Syrien und/oder im Libanon."

Laut Oberstleutnant der IDF Sarit Zehavi, Präsident und Gründer von Alma, „könnte die Hisbollah bei der nächsten Konfrontation diese Art von Waffe gegen die israelischen Streitkräfte oder israelische Zivilisten einsetzen“. Und wie hoch wäre das Risiko einer weiteren Tragödie für die libanesische Zivilbevölkerung wie beim Vorfall im Hafen von Beirut? Beeri wies auch darauf hin, dass am 27. Februar dieses Jahres ein syrischer Oberst, ein Ingenieur namens Ibrahim al-Muhammad, bei einer Explosion in seinem Fahrzeug in einem Vorort von Damaskus getötet wurde. „Er war im Zusammenhang mit der Tätigkeit des CERS-Zentrums am chemischen Programm des syrischen Militärs beteiligt“, sagte Beeri. „Warum wurde er getötet? Hat das syrische Regime ihn beseitigt, um weitere Spuren seines chemischen Programms zu verwischen, bevor Syrien in die Arabische Liga zurückkehrt?“

Links-grüne Panikmache: Die Hitzeschutz-Lobby und das gekochte Ei

Rekordtemperaturen im Death Valley, vom Hitzetod dahingeraffte Obdachlose und das menschliche Gehirn, das wie ein Ei kocht: Die vorsätzlich geschürte und übertriebene Hitzepanik dominiert die Medien. Doch hinter der Ei-Geschichte, die davor warnt, das menschliche Gehirn könnte bei hohen Temperaturen wie ein Ei irreversibel hart werden, verbirgt sich die neu entstandene Hitzeschutz-Lobby. Was die pseudo Klima-Experten verschweigen, ist, dass der Mensch schon immer mit Wärme besser umgehen konnte als mit Kälte. Dazu haben wir mit den geringen Temperaturen in diesem Sommer wieder eine der kältesten Hitzeperioden der letzten Jahre. (JR)

Von Marco Gallina

Im Death Valley ist es heiß. Das ist schon etwas länger bekannt, ansonsten hätte sich die Konnotation als „Tostestal“ wohl kaum eingebürgert. Nun stehen bereits einige Gewissheiten seit wenigen Jahren auf dem Spiel. Etwa die alte Redewendung, ob man noch wisse, ob man Männlein oder Weiblein sei – eine transphobe Wendung, die Gott sei Dank in der Mottenkiste der Geschichte gelandet ist. Auch die rhetorische Frage, ob der Papst noch katholisch sei, können selbst fromme Katholiken nicht mehr ohne Weiteres beantworten.

Gutes Stichwort übrigens: selbst. Genau damit lockt die Tagesschau ihre Zuschauer. Sie titelt: „Hitzewelle in den USA: Extremwerte selbst im Death Valley“. Man könnte entgegen: ja, wo denn sonst? Aber wie gesagt: Heute ist nichts mehr sicher. Vielleicht war das Death Valley im Zuge des Klimawandels erst auf arktische Temperaturen heruntergekühlt, um nun wieder zur brennenden Gluthölle zu werden. Die Tatsache, dass das Tal seinen Namen hat, weil im Zuge von Goldrausch und West-Trecks die Pioniere wie die Fliegen starben, fristet sein Dasein als Fußnote angesichts der Klimakatastrophe.

Hitzetote versus Kältetote

Dass sich die lokalen Stämme über die Jahrhunderte an die Hitze angepasst haben und ihre eigenen Kulturtechniken entwickelten, ohne in Klimapanik auszubrechen, sollte eigentlich die Hysterie herunterkochen. Das gilt auch für die Hochkulturen des Nahen Ostens und die Beduinen der Wüste. Mit Hitze konnte der Mensch historisch besser umgehen als mit Kälte. Das macht sich auch immer wieder im Winter bemerkbar. Vielleicht erinnert sich noch der ein oder andere: Während Corona hatte das alles keine Bedeutung. Obdachlosen wurden die Notunterkünfte verwehrt.

Doch Kältetote sind politisch derzeit nicht so gut zu instrumentalisieren wie Hitzetote. Deswegen ist das Spiel mit Hitzetoten so zynisch: Wenn Tote den Klimaschutz rechtfertigen, dann sind sie wichtig. Wenn nicht, dann nicht. Der MDR hat dazu einen Bericht gebracht, der vielleicht zukünftigen Generationen als Exempel dienen könnte. Unter dem Titel „Kurz vor dem Kollaps: Wer hilft Obdachlosen bei Rekord-Hitze?“ problematisiert das Team von „MDR investigativ“, dass sich Obdachlose kaum an kühle Orte zurückziehen könnten. Sie sind dem Hitzetod ausgeliefert.

Der MDR berichtet von Aktionen wie mehr Trinkwasser und einem Hilfebus. Interessant ist, wie der Bericht anschließend von einer punktuell nicht unklugen Idee ins Eingemachte geht. Es folgt die Äußerung von Professor Stephan Feller. „Deutschland ist leider beim Hitzeschutz Entwicklungsland. Wir müssen dringend handeln.“ Und: „Das Wichtigste wäre vielleicht Klimaschutz und vor allem Schutz der Bevölkerung



„Klima-Experten“ vergleichen das menschliche Gehirn mit einem Ei, das bei großer Hitze hart wird...

zur Pflichtaufgabe von Kommunen zu machen.“ Bislang sei das freiwillig und werde angesichts knapper Kassen häufig nach hinten geschoben.

Das ging jetzt aber schnell. Die Lösung für alle Probleme: Hitzeschutzplan und Klimaschutz. Keine kritische Abwägung, sondern Aneinanderreihung, die hier den Eindruck einer Kausalität macht. Die Frage müsste eigentlich lauten: Braucht Caritas tatsächlich einen Hitzeaktionsplan? Ist es nicht möglich, Trinkwasser und kühle Räume für Obdachlose zu organisieren, ohne gleich einen ganzen Staat samt Gesellschaft in Alarmbereitschaft zu versetzen? Ist das Problem nicht ein spezifisch soziales und weniger klimatisches? Vice-versa: Warum hat es für Obdachlose nie die Idee eines Kälteschutzplans gegeben?

Primat der Klimapolitik

Man merkt die Absicht und ist verstimmt. Wie bei Corona geht es nicht primär um Gesundheit, sondern um Klima. Wie schon früher ausgeführt: In Außen- und Energiepolitik herrscht das Primat der Klimapolitik. Nunmehr

soll sich auch die Gesundheitspolitik dem beugen. Diese Linie zieht sich fort. Das Publikum erfährt noch, dass Feller beim Aktionsbündnis „Scientists 4 Future“ mitmacht. Danach verweist „MDR investigativ“ auf „Health for Future“, ein Bündnis, das den Hitzeaktionsplan ins Leben gerufen hat.

Hier ein Einschub. Denn was „MDR investigativ“ nicht berichtet: dass „Health for Future“ eine Initiative der Deutschen Allianz Klimawandel und

Gesundheit (KLUG) ist. Bekanntlich steht diese Organisation auf demselben Bezahlzettel wie die Agora: Insbesondere die Mercator-Stiftung ist mit ihr verdrahtet. „Health for Future“ ist dabei ebenso Mitglied im „For Future Bündnis“ wie „Scientists 4 Future“. „MDR investigativ“ spricht also zuerst mit einem „For Future“-Bündnismitglied, und dann dem nächsten. Zwei NGO-Mitglieder, die verbündet sind. Statt verschiedene Meinungen zuzulassen, wird dieselbe Stoßrichtung bedient.

Das „Health for Future“-Mitglied, das der MDR auswählt, ist Katja Kühn. Sie ist zugleich Mitglied bei KLUG. Der MDR sieht sich offenbar nicht in der Pflicht, dies zu berichten – KLUG als Bindeglied findet keine Erwähnung im Artikel, ebenso wenig wie die Verbindungen der „For Future“-Bündnisse. Noch viel verblüffender als solche investigativen Auslassungen ist jedoch das, was Kühn zu sagen hat. Hier das volle Zitat aus dem Artikel:

Normal hält der Körper eine Kerntemperatur von 37 Grad. Wird es heiß, leitet er sehr viel Blut in die Haut um

warmen Wasser lassen“, erklärt Internistin Kühn. „Das denaturiert, das wird von flüssig, klarem Eiweiß zu weißem, festen Eiweiß. Das ist nicht wieder umkehrbar. Die Mechanismen sind komplex und noch ein bisschen anders. Aber: Das ist tödlich.“

Die Äußerungen hatten eine so „einschlagende“ Wirkung, dass das Video zum Artikel durchs Netz ging. Zu den Verbreitern gehörte Karsten Smid von Greenpeace. Es ist eher ausgeschlossen, dass er diese Worte ironisch verstanden haben könnte. Der Hitzetod im Eierhahn soll Angst und Schrecken verbreiten. Doch wieder – Moment mal. Kommt einem diese merkwürdige Agrumentation nicht genauso diffus wie bekannt vor? Gab es da nicht einen Herrn Doktor, der sich genau dieser Worte bediente? Richtig, Eckart von Hirschhausen! Da war doch was:

Man könnte das für einen blanken Zufall halten. Wie TE jedoch in den letzten Wochen mehrfach dokumentiert hat: Es gibt einen Komplex aus KLUG, den von ihnen ins Leben gerufenen Initiativen und Hirschhausen. Auch die Geldgeber, wie etwa Mercator, überschneiden sich. Hirschhausen, der „Hitzehasser“, versucht mit einer neuen Stiftung an Gewicht zu gewinnen, die das „Hitzeproblem“ zu einem Kernthema auserkoren hat. Und eben jener Hirschhausen trifft immer mal wieder zu Vorlesungen bei KLUG auf, dem Bündnis, dem wiederum Kühn angehört.

Ideologisches Framing

Durch dauernde Wiederholung derselben Slogans soll das Bewusstsein geformt werden. Auch das erinnert an eine ganz ähnliche Phase, als gesundheitliches Problem politisiert wurde.

Mit Hitze konnte der Mensch historisch besser umgehen als mit Kälte.

So kann er schwitzen und kühlt ab. Doch Organe wie Herz und Hirn sind dann schlechter durchblutet. Die Folge können Schwindel, Schwäche oder Herzrasen sein. Bei längerer Extremhitze versagt die Wärmeregulierung. Ab 40 Grad Körperkerntemperatur droht der Hitzschlag und ohne sofortige Abkühlung der Tod. „Unser Gehirn besteht aus Eiweiß. Stellen sie sich vor, sie kochen ein Ei und das brauchen sie auch bei 42 Grad nur lange genug im

Der Hitzeschutzplan soll – so lautet das Mantra – nicht die persönlichen Freiheiten einschränken wie Corona. Doch das Mediengerre erinnert stark an die Corona-Zeit, und die Netzwerke an die Öko-Lobby hinter der Agora. Ganz offensichtlich soll Deutschland wieder einmal zum Experimentierfeld werden. Dass die goldene 40-Grad-Regel im Juli (40 Grad in Deutschland und vermeintliche Temperaturen von über 40 Grad in Spanien, Italien und Griechenland, die in Wirklichkeit Bodentemperaturen waren) als Horrorszenario bemüht wurde, ist in diesem Zusammenhang als be-

sonders bedenkenswert zu sehen.

Dass der Vergleich mit dem Ei aus mehrfacher Perspektive hinkt, muss hoffentlich an dieser Stelle nicht ausgeführt werden. Nur so viel: Eier haben keine Kultur und keine Kulturtechnik. Wie etwa die Stämme im Gebiet des Death Valley oder die Beduinen in der Wüste. Kühn und Hirschhausen suggerieren, dass es bis zur Entdeckung des Klimawandels keine Umgangsformen mit dem Phänomen Sonne gegeben hätte. Dafür muss man nicht einmal in die Sahara reisen. Konzepte wie die Siesta existieren bereits in Europa. Ita-

lienische Palazzi haben nicht nur aus Ästhetik- und Prestige Gründen hohe Decken, sondern auch, weil warme Luft nach oben steigt. Die verwirrenden Gassensysteme der mittelalterlichen Städte ordneten sich nach Schattenmöglichkeit, Windzirkulation und damit Temperaturregulierung.

Es gehört zu den grüdeutschen Tugenden, sich „mediterranes Flair“ in der Betonwüste der Friedrichstraße zu wünschen, aber gar nicht die Grundlagen dafür zu kennen, wie mediterranes Flair entsteht: Dafür braucht es mediterranes Klima, das einen dazu zwingt,

so zu bauen und zu wohnen wie im Mittelmeerraum. Da die simple Übernahme von Kulturtechniken jedoch um einiges billiger wäre und es keine neuen NGOs und Stiftungen bräuchte, neppt und schleppt eine neu aufkeimende Lobby den Bürger, um ihm Wundermittel auf dem Jahrmarkt anzubieten, indes der Staat die Panik dazu missbraucht, die eigenen Befugnisse zu erweitern. Und das in einem der statistisch kältesten Länder der Welt.

Dieser Artikel erschien zuerst bei Tichys Einblick.

Die Linken ziehen mit Extremistin Carola Rackete in die EU-Wahl

Schlepper- und Schleuserunterstützerin Carola Rackete tritt für die Linken zur EU-Wahl an. Bekannt wurde die 35-Jährige, als sie als Kapitän der Sea-Watch 3 Gesetze übertrat, um illegale Einwanderer in die EU einzuschleusen. Im Gegensatz zu ihr, kritisiert Sarah Wagenknecht die sozialen Folgen der ungebremsten Einwanderung. Mit der Polit-Personalie Rackete stellt sich die Linke ein weiteres Mal offen gegen Sahra Wagenknecht und entfernt sich von gewerkschaftlichen Positionen. (JR)

Von Mario Thurnes

Wer sind die Vorsitzenden der Linken in Deutschland? Die Antwort auf diese Frage dürfte bei Günther Jauch locker eine halbe Million Euro wert sein: Janine Wissler fällt ab und an auf, wenn sie in ihrem Landesverband Hessen Vorwürfe des sexuellen Missbrauchs kleinreden muss – Martin Schirdewan dürfte nur einer überschaubaren Zahl Interessierter bekannt sein.

Schirdewan hat sein komplettes Berufsleben im Umfeld der Linken verbracht, sitzt für sie im EU-Parlament und soll jetzt wieder Spitzenkandidat werden. Damit wäre der Funktionär zu Ende erzählt. Er will den Menschen „Europa zurückgeben“. Das Zurückgeben von Staat oder Demokratie gilt als rechter Topik. Fordert es jemand wie Hubert Aiwanger (Freie Wähler) bauen deutsche Medien einen Skandal daraus – bei einem Linken schauen sie darüber hinweg.

Interessant ist erst die Kandidatin auf Listenplatz zwei: Carola Rackete. Der Bachelor der Nautik wurde 2019 bekannt, als sie als Kapitänin der Sea-Watch 3 trotz Verbots in das italienische Lampedusa einlief. Ziel der Aktion war es, über 50 Einwanderer, die das Schiff vor Libyen aufgriff, in den Raum der EU zu bringen. Wohlgesinnte deutsche Medien feierten Rackete darauf als Heldin.

Nachdem der Ruhm um die Einwanderung verblasste, wandte sich Rackete dem damals stärker werden Klimathema zu und schloss sich der Bewegung Extinction Rebellion an – die allerdings medientechnisch gegen Fridays for Future und die letzte Generation absoff. Außerdem ist Rackete Gründungsmitglied der „Progressiven Internationalen“, die ihre polnische Sektion verlor, als sie sich nicht eindeutig genug für die Anerkennung der Ukraine und gegen die Verurteilung des russischen Imperialismus aussprach.

Racketes Nominierung auf dem sicheren Listenplatz zwei ist eine politische Grundsatz-Entscheidung der Linken. Im Herbst hatte die Partei noch versucht, eine Sammlungsbewegung gegen die Politik der Ampel zu werden – unter anderem durch den Protest gegen die damals geplante Gasumlage von Wirtschaftsminister



Als Kapitänin der Sea-Watch 3 machte Carola Rackete fragwürdige Schlagzeilen.

Robert Habeck (Grüne). Doch für eine Sammlungsbewegung fehlt den Linken die Toleranz. Von Beginn an schlossen sie jeden aus, der nicht die reine Lehre vertrat – sodass aus der Nummer die nächste Sektierer-Erfahrung der Linken wurde.

Linksruck der Linken

Wissler preist den Linksruck an, den Rackete verkörpert. Die Kandidatin stelle die Kombination aus „Klima-

und Klassenpolitik“ dar. Sprich: Die einstige SED will ihre alten roten Hüte nun unter einem grünen Label vermarkten. Rackete bläst ins gleiche Horn und sieht in der „Klimakrise ein Ergebnis kolonialer Ausbeutung“. Deswegen will Rackete „Lebensmittel und Ackerböden den Finanzspekulation entziehen“.

Aber sie „erwarte mehr von der Par-

tei“, sagt Rackete in Richtung Parteivorstand. Ohne Sahra Wagenknecht beim Namen zu nennen, spricht die Kandidatin von Richtungsentscheidungen, die in der Linken nun vollzogen würden. Wagenknecht kritisiert die sozialen Folgen der ungebremsten Einwanderung – für die gerade Rackete steht.

Die Idee, gewerkschaftliche Positionen zu beziehen, hat die Linke aufgegeben. Dafür steht die Personalie

Die Idee, gewerkschaftliche Positionen zu beziehen, hat die Linke aufgegeben.

Özlem Demirel. Sie arbeitete für Gewerkschaften und war in der vergangenen EU-Wahl die Spitzenkandidatin der Linken. Nun muss sie für den Liebling der woken Medien weichen und auf Platz drei antreten.

Ob der sicher ist, wird sich zeigen. Im Westen waren die Linken in der Fläche zuletzt im freien Fall: 2,7 Prozent in Niedersachsen, 2,1 Prozent in

Nordrhein-Westfalen und 1,7 Prozent in Schleswig-Holstein. Im Osten hat die Linke ihre einstige Rolle als Volkspartei an die AfD verloren und rutscht auch dort immer weiter ab. 96 Abgeordnete ziehen für Deutschland ins EU-Parlament ein. Als Faustregel gilt: Auf jeden Prozentpunkt kommt ein Sitz.

Wohlstandsverwahrloste als Zielgruppe

Die Ergebnisse in der Fläche sind ein Grund für die neue Orientierung der Linken. In den urbanen Zentren Bremen und Berlin konnte die Partei ihren Sturz zuletzt abbremsen. Statt auf sozial Abgehängte setzt sie jetzt wieder auf urbane Wohlstandsverwahrloste als Zielgruppe. Sprich: Immer dann, wenn die Grünen in der Ampel einen Kompromiss machen müssen, stehen die Linken künftig bereit, um die enttäuschten Anhänger der reinen Lehre als Wähler einzufangen.

Rackete ist die perfekte Wahl für diese Zielgruppe – in ihrer verlogenen Mischung aus dem Sozialismus das Wort führen und selbst vom Kapitalismus ganz gut leben. Als die Kapitänin 2019 auf dem Höhepunkt ihrer Popularität war, sagte sie dem Spiegel, sie wolle später nicht mehr in Deutschland leben. Hierzulande lebten „zu viele Menschen auf zu engem Raum“.

Die linke Einwanderungspolitik brachte Rackete damit in einem Zitat zusammen: grenzenlose Einwanderung fordern. Negative Folgen verneinen und deren Aussprechen unter rechten Ideologieverdacht stellen. Außer es geht um einen selbst. Dann möchte man als linker Weltenretter doch nicht mit „zu vielen Menschen auf zu engem Raum“ leben.

Für die Linke trete sie an, weil es für die Klimabewegung wichtig sei, dass eine wie sie an den Schaltstellen sitze. Und weil sie „Ressourcen“ für die Bewegung erschließen wolle. Für die Kapitänin springen auch einige Ressourcen raus: über 9.000 Euro im Monat garantiert, dazu ein bunter Strauß an Tagesgeldern und anderen Zuschlägen. Damit kann man dann später bequem den „zu vielen Menschen“ aus dem Weg gehen, die man selbst „auf zu engem Raum“ gebracht hat.

Dieser Artikel erschien zuerst bei Tichys Einblick.

Die Afrika-Offensive des Iran

Nach der Aussöhnung mit dem Königreich Saudi-Arabien und der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu den Golfstaaten verstärkt der Iran seine „diplomatische Blitzaktion“, die diesmal auf Nordafrika, den Sudan und Ostafrika ausgerichtet ist. Damit will das mörderische Mullah-Regime Israels diplomatische Beziehungen in Afrika sabotieren und sich neue Uranlieferanten für den Bau seiner Atombombe sichern. (JR)

Von Jacques Neriah/JNS.org

Zum ersten Mal seit dem letzten Besuch von Präsident Ahmadinedschad auf dem afrikanischen Kontinent vor 11 Jahren besuchte der iranische Staatspräsident Ebrahim Raisi am 12. und 13. Juli drei afrikanische Länder am Horn von Afrika - Uganda, Kenia und Simbabwe -, die schon immer im Mittelpunkt des Interesses Teherans standen.

Der Iran misst den ostafrikanischen Ländern besondere Bedeutung bei. Er sieht in dieser Region ein weites und fruchtbares Feld für politische, militärische und wirtschaftliche Aktivitäten, insbesondere in den Ländern an der Küste des Roten Meeres. Mit weniger als 20 Botschaften in Afrika unterstreicht die begrenzte diplomatische Präsenz Irans das Fehlen einer Vision für die Entwicklung umfassender afrikanischer Beziehungen als Ausgleich für seine Isolation in anderen Regionen. Im Gegensatz dazu hat die Türkei Botschaften in 44 afrikanischen Ländern und Turkish Airways fliegt 55 Destinationen in Afrika an - zwei Trümpfe, die die Türkei genutzt hat, um strategischen und diplomatischen Einfluss auf dem Kontinent zu gewinnen.

Teherans diplomatische Abwesenheit ist nicht der einzige Grund dafür, dass das Land auf dem zweitgrößten Kontinent der Welt in die Rolle eines Junior Players gedrängt wurde. Der Iran wird von vielen Regierungen in Afrika auch als bösartiger Akteur wahrgenommen - vor allem wegen seiner Bemühungen, die von ihm favorisierte Version des politischen Islams zu exportieren, was sie misstrauisch gegenüber den Absichten des Irans macht und sie zögern lässt, ihn als vertrauenswürdigen Partner zu akzeptieren.

Stehen wir an der Schwelle zu einer Wende in Afrika?

Der geopolitische Kontext hat sich radikal verändert: Der Trump-Administration war es gelungen, mit der Unterzeichnung des Abraham-Abkommens die Beziehungen zwischen Israel, Marokko und den führenden Golfstaaten zu normalisieren, während der Sudan bereits angesprochen worden war und seine Bereitschaft bekundet hatte, dem Abkommen beizutreten. Fast täglich kursieren Gerüchte über eine mögliche Annäherung zwischen Israel und Saudi-Arabien, während das Königreich zum ersten Mal eine israelische Fußballmannschaft beherbergt und zu Beginn des Turniers die israelische Hymne spielt. Das strategische Spielfeld ist komplexer, da Irans regionale Konkurrenten - die Türkei, Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Ägypten und Israel - jeweils umfangreiche Wirtschafts- und Sicherheitsbeziehungen in Afrika aufgebaut haben.

Vor diesem Hintergrund scheint es, dass Raisis Besuche am Horn von Afrika zusammen mit den erneuten Bemühungen, auf potenzielle afrikanische Partner zuzugehen, ein iranisches Bestreben darstellen, die Beziehungen des Irans zum afrikanischen Kontinent neu zu gestalten, einem Kontinent, den Raisis Vorgänger Hassan Rouhani



Der iranische Präsident Ebrahim Raisi zu Besuch in Simbabwe am 13. Juli 2023.

(2013-2021) vernachlässigt hatte und der Annäherung an die Vereinigten Staaten, Westeuropa, China und Russland den Vorrang gab, was mit der Unterzeichnung des Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA) im Jahr 2015 und der damit einhergehenden teilweisen Aufhebung der Sanktionen im Jahr 2016 seinen Höhepunkt fand.

Rouhanis Haltung gegenüber Afrika spiegelt sich in der Liste seiner offiziellen Besuche außerhalb Irans wider. Bis zum Jahr 2020 hatte Rouhani mehr als 55 Länder in Europa, Asien und Amerika besucht. Rouhani ist nie nach Afrika gereist, und nur die Präsidenten von Ghana, Südafrika und Simbabwe haben Iran besucht, allerdings erst nach der Unterzeichnung des JCPOA und der teilweisen Aufhebung der Sanktionen in den Jahren 2016 und 2017. Im Gegensatz zu seinen Vorgängern entschied sich Rouhani, Afrika nicht zu besuchen, und das geringe Handelsvolumen mit dem Kontinent spiegelt seine Unaufmerksamkeit wider.

Umstrukturierung der Region

Raisis Aufstieg zum Präsidenten scheint mit dem Wind des Wandels zusammenzufallen, der aus Teheran weht und sich bereits auf seine Politik und Entscheidungsfindung ausgewirkt hat. In seiner jährlichen Ansprache zum persischen Neujahrsfest Nowruz, das auf den 21. März fiel, erklärte Ayatollah Ali Khamenei: „Starke Beziehungen zu Afrika und Lateinamerika sind Teil unserer definitiven Agenda, und so Gott will, werden wir diesen Plan verfolgen.“

Angesichts dieser Umstrukturierung der Region und ihrer derzeitigen Situation hat der Iran eine Politik eingeleitet, die darauf abzielt:

1. „Die konzertierten Bemühungen Israels und der Vereinigten Staaten, ein Gegengewicht zu seinem schiitischen

Halbmond zu schaffen, sollen durch eine „Offensive des Lächelns“ gestört werden, die sich auf die direkten Partner Israels im Rahmen des Abraham-Abkommens konzentriert und sogar so weit geht, dass diplomatische Beziehungen zu potenziellen neuen Partnern des Abkommens (wie Saudi-Arabien), die in der jüngeren Vergangenheit zu Feinden geworden sind, wieder aufgenommen werden.

2. Dem erneuten israelischen Vordringen auf dem afrikanischen Kontinent entgegenwirken. Der Iran verfolgt mit großer Sorge die israelischen Bemühungen um den Ausbau seiner Beziehungen in Afrika, die in der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu afrikanischen Staaten nach Staatsbesuchen des israelischen Premierministers, des Finanzministers und offizieller Delegierter des Außenministeriums gipfelten.

3. Stärkung und Verbreitung des Schiismus durch Proselytismus und Korruption. Der Schiismus ist in vielen afrikanischen Staaten (Nigeria, Komoren, Staaten am Horn von Afrika, Senegal und Tansania) durch die iranische Organisation für islamische Kultur und Beziehungen, eine der führenden iranischen Organisationen in Ostafrika, präsent.

4. Ausweitung der militärischen und politischen Präsenz im Roten Meer und insbesondere in der Nähe des Golfs von Aden und der Straße von Bab el-Mandeb, der Meerenge, die die Seepassage vom Indischen Ozean zum Mittelmeer über die Küsten des Horns von Afrika und des Jemen kontrolliert. Es sei auch daran erinnert, dass Ismail Qaani, der derzeitige Befehlshaber der Quds-Truppen, als Stellvertreter von Qassem Soleimani über umfangreiche Erfahrungen mit Afrika verfügte und zu Zeiten der Regierung Ahmadinedschad mehrere Reisen in afrikanische

Länder unternommen hatte.

5. Fortsetzung der Suche nach Uranlieferanten in Afrika. Die Suche nach nicht angereichertem Uran ist einer der wichtigsten Katalysatoren für den Iran, um seine Beziehungen zu ostafrikanischen Ländern zu festigen.

Politische Partnerschaft mit Algerien

Gegenwärtig ist der Iran jedoch bestrebt, seine politische Partnerschaft mit Algerien, einem wichtigen Verbündeten und Irans führendem Partner in Nordafrika, zu stärken. Unter Ausnutzung der Feindschaft zwischen den beiden nordafrikanischen Rivalen Algerien und Marokko und der algerischen Ablehnung einer israelischen Beteiligung an einem gesamt afrikanischen Forum, um ein Gegengewicht zur „neuen“ israelischen Präsenz in Marokko nach dem Abraham-Abkommen und der Anerkennung der marokkanischen Souveränität über die Westsahara durch die Trump-Administration zu schaffen, hat Teheran seine Unterstützung für Oppositionsgruppen und insbesondere für die Polisario-Front angeboten.

Die Polisario ist eine Marionettenmiliz im Dienste Algeriens, die eine Bedrohung für die Maghreb- und Sahelregion sowie für Europa darstellt. Marokko hat sich bereits mehrfach zu diesem Thema geäußert und den Iran aufgefordert, seine Unterstützung für die terroristische Gruppe einzustellen, und davor gewarnt, dass die Lieferung von Drohnen an die Polisario die Region destabilisieren würde.

Marokko, ein wichtiger Akteur in der muslimischen Welt und die sechstgrößte Volkswirtschaft Afrikas, ist ein ständiger Feind des Iran, und die Beziehungen zwischen den beiden Ländern sind seit Jahren angespannt. Im Jahr 2009 brach Rabat die Beziehungen zu Teheran ab und warf dem Iran vor, den Schiismus im mehrheitlich sunnitischen Marokko zu verbreiten. Nachdem Marokko die Beziehungen fünf Jahre später wieder aufgenommen hatte, brach es 2018 erneut die diplomatischen Beziehungen zum Iran ab und beschuldigte ihn, die Hisbollah zur Unterstützung der Polisario einzusetzen. Algerien erlaubte der Islamischen Republik Iran, ihre Botschaft in Algier als Kanal für Waffen, Finanzierung und Ausbildung für die Polisario-Kräfte zu nutzen.

Schlussfolgerung

Zweifellos wird der Iran die Ausbreitung des Schiitentums in Afrika weiter fördern und gleichzeitig die in vielen Regionen des Kontinents herrschende Instabilität nutzen, um in die schwankenden und wackeligen Regime einzudringen und so den westlichen Einfluss zu bekämpfen und zu versuchen, Israels Bemühungen um eine Konsolidierung seiner Positionen in Afrika zu blockieren.

Es bleibt abzuwarten, wie Raisi sich von Rouhanis Politik distanzieren wird, indem er die Beziehungen zu diesen Ländern über bloße Rhetorik hinaus stärkt.

Ursprünglich veröffentlicht vom Jerusalem Center for Public Affairs.

Judenfeindlicher Eklat: Radikale Tierschutz-Aktivistin Raab verharmlost Holocaust

In dem bekannten österreichischen Fernsehsender Servus TV setzt die militante Veganerin Raffaella Raab in der Sendung „Talk im Hangar-7“ Massentierhaltung mit der Shoah gleich. Ihre Rhetorik hat System und geht auf den australischen Philosophen Peter Singer zurück. Was angesichts der dummdreisten Relativierung des schrecklichsten Genozids an dem jüdischen Volk bleibt, ist eine schamlose Verhöhnung der in der Shoah ermordeten jüdischen Frauen, Männer und Kinder und ein Schlag in die Magengrube der Angehörigen der Opfer. Ebenfalls bezeichnend für die Diskussionsrunde ist: Bis auf Roland Tichy leistete keiner der anwesenden Gäste Gegenrede. (JR)

Von Julian M. Plutz

Eine faire Diskussion mit Raffaella Raab ist unmöglich zu führen. Die selbsternannte radikale Veganerin fällt ständig ins Wort und versucht, mit kurzen Kommentaren die Diskutanten aus dem Konzept zu bringen. Nicht selten mit Erfolg. Mit einer vorlauten Ignoranz kämpft sie für eine Welt, in der Tiere die gleichen Rechte haben wie Menschen. Ihr Extremismus ist radikal, ihre Argumente sind seicht und durchschaubar, doch nur wenige Gesprächspartner leisten Widerworte.

Dabei ist ihre Wortwahl altbekannt und vom Philosophen Peter Singer entliehen. Der Australier gilt als der intellektuelle Büchsenpanzer für die vegane Bewegung. Singer unterscheidet nicht zwischen Mensch und Tier, sondern zwischen drei verschiedenen Wesen und zwischen Personen und Nichtpersonen.

Fehlende Abgrenzung zwischen Mensch und Tier

Hauptkritikpunkt an seiner Theorie: Die Abgrenzung von Mensch zu Tier ist nicht gegeben, ja sogar gewollt schwammig definiert. So kann ein selbstbewusstes Wesen ein Mensch sein, aber auch ein Affe, der in der Lage ist, komplexe Probleme zu lösen. Ist der Mensch jedoch geistig behindert, so rutscht er in Singers Präferenzhierarchie ab: Er ist nur noch ein bewus-

tes Wesen. Fehlt das Schmerzempfinden in Gänze, so wird aus einem Menschen ein nicht bewusstes Wesen.

Diese Hierarchie ist für Singer insofern wichtig, als sie die Wertigkeit der Existenz in der Gesellschaft widerspiegelt. Bei bewussten und selbstbewussten Wesen müssen ihre Interessen berücksichtigt werden; bei nicht bewussten Wesen hingegen nicht. Das kann bedeuten, dass ein behinderter Mensch unter Umständen entrechtet wird und Tiere hingegen einen höheren juristischen Stellenwert in einer Gemeinschaft haben können.

Kurzgefasst: Eine Person ist laut dem Präferenzutilitarismus ein Lebewesen, das selbstbewusst, empfindungsfähig, autonom ist und Interessen, also Präferenzen hat. Kann sie seinen Wünschen für die Zukunft nicht nachgehen und fehlt auch ein Identitätsbewusstsein, so kann sie nach dem Philosophen auch keine Person sein. Es ist kein Wunder, dass vor allem Sonderpädagogen die Nackenhaare aufstellen,



Raffaella Raab in der Sendung „Talk im Hangar-7“ bei Servus TV.

wenn der Name Peter Singer fällt.

Raffaella Raab argumentiert genauso. In der Sendung Talk im Hangar 7 von 13.07.2023, in der auch Roland Tichy zu Gast war, schoss die Österreicherin den sprichwörtlichen Vogel ab: „Wenn ich Diktator wäre, würde ich auf Basis von Gesundheit und Umwelt tierische Produkte verbieten.“ Doch mehr noch. Auf die fiktive Frage „Es sind doch nur Tiere“, antwortet sie: „Das hat man auch bei der menschlichen Sklaverei oder dem Holocaust vergleichen. (...) Das sind doch nur Juden, hat man damals gesagt.“

Laut Raab gibt es in der Tierhaltung „Gaskammern“, die man mit Konzentrationslager vergleichen kann. Sie möchte nicht Teil dieses „faschistischen Systems sein.“ Ein Twitternutzer gab der Aktivistin daraufhin den Titel: „Die Ursula Haverbeck der veganen Ultras“. Ein anderer Nutzer stellte Strafanzeige wegen Volksverhetzung, Verunglimpfung des Andenkens und der Verstorbenen sowie wegen Beleidigung.

Mit einem Lächeln die Opfer der Shoah verhöhn

Das eigentlich Schlimme ist: Bis auf Roland Tichy leistete keiner der anwesenden Gäste Gegenrede. Der Slogan „Nie wieder!“ beschränkt sich bei

vielen offensichtlich ausschließlich auf die Zeit zwischen 1933 und 1945, was dem guten Gewissen, nicht aber der Realität gerecht wird.

Raffaella Raab stört das nicht. Ihre abstoßende Taktlosigkeit hat System und gehört zum Programm: Auffallen und provozieren um jeden Preis. Dass die 27-Jährige auch kein Problem damit hat, mit einem kaum einzuhaltenen Grinsen die Toten von Auschwitz, Buchenwald, Mauthausen oder Dachau zu verhöhn, passt da gut ins Bild.

Verfassungsschutz-Präsident Haldenwang missbraucht sein Amt für unzulässige politische Einflussnahme

Deutschlands oberster Verfassungsschützer Thomas Haldenwang (CDU) warnte nach dem Magdeburger Parteitag vor der AfD. Ihm geht es dabei wie einem großen Teil der Medien: Er hat sich als politischer Akteur festgelegt und ist somit kaum noch glaubwürdig. Zumal es bisher gänzlich unüblich war, seitens des Verfassungsschutzes politische Einflussnahme zu betreiben. Kein VS-Präsident vor ihm, ist jemals so weit gegangen, einen Parteitag zu kommentieren. Verzettelt in seiner Parteilichkeit hat sich Haldenwang auch bei der sogenannten „Letzten Generation“, der er einen Persilschein ausgestellt hatte, obwohl sich die radikalen Klima-Aktivisten in internen Foren ungeniert und unbehelligt über den Einsatz von Gewalt und Sprengstoff unterhielten. (JR)

Von Mario Thurnes

Vor 2018 dürfte kaum eine Mehrheit Hans-Georg Maaßen oder den Namen eines seiner Vorgänger gekannt haben. Das Amt des Präsidenten für Verfassungsschutz galt als eines, das am besten und wirksamsten im Hintergrund ausgeübt wurde. Dann kam Thomas Haldenwang. Eingesetzt von der Kanzlerin, deren „alternativlose“ Politik die Alternative für Deutschland (AfD) bewirkt hat – die wiederum zum Problem für die Vormachtstellung der CDU werden sollte. Also kümmerte sich der Christdemokrat Haldenwang für die Christdemokratin Merkel von Anfang an um diesen Bereich – und erhöhte gleich die Zahl der Stellen um rund die Hälfte.

Seitdem drängt Haldenwang an die Öffentlichkeit. Mit recht unbeholfenen Äußerungen. Den Wiederholungsver-

brechern der „Letzten Generation“ stellte der oberste Verfassungsschützer einen Persilschein aus: Die Organisation sei nicht extremistisch, sondern sage quasi nur: „Heh, Regierung, ihr habt so lange geschlafen, ihr müsst jetzt endlich mal was tun.“

Letzte Generation redet über Sprengstoff

Nun hat sich gezeigt, dass eben diese letzte Generation sich in internen Foren über den Einsatz von Gewalt unterhält. Auch darüber, sich zu diesem Zweck Sprengstoff zu besorgen. Erfahren hat das der Verfassungsschutz von Apollo News. Die Journalisten haben das getan, woran das Amt nach dem Persilschein seines Präsidenten nicht mehr interessiert zu sein scheint: Sie haben in Sachen letzter Generation recherchiert.

In einem anderen unglücklichen Inter-

view meinte Haldenwang, es sei „nicht allein der Verfassungsschutz ... dafür zuständig, die Umfragewerte der AfD zu senken“. Mit Betonung auf „nicht allein“. Der Christdemokrat sieht sich und sein Amt also schon dafür zuständig, die Umfragewerte der AfD zu senken. Aber er fordert dabei Hilfe.

Nach dem Magdeburger Parteitag hat Haldenwang nun erklärt, die AfD sei extremistisch. Sie habe extreme Kandidaten für die EU-Wahl aufgestellt und auf dem Parteitag seien rechte Theorien wie die des „Großen Austauschs“ bedient worden. Auch seien Positionen bezogen worden, die nicht mit der Verfassung zu vereinbaren wären. Laut RBB-Berichterstattung fällt für Haldenwang darunter die Begrenzung der Einwanderung. Für den Merkel-Zögling ist das keine zulässige Position. Ein „He, Regierung, ihr habt so lange geschlafen, ihr müsst

jetzt endlich mal was tun.“ verbittet sich Haldenwang an der Stelle.

Verfassungsschutz keine neutrale Instanz

Ein Wunsch Haldenwangs ist indes in Erfüllung gegangen. Er muss nicht alleine versuchen, die Umfragewerte der AfD zu senken. Die Medien, die sich das seit zehn Jahren ebenfalls zum Ziel gesetzt haben, übernahmen Haldenwangs Analyse bereitwillig. Dass die Partei danach von ihren 22 Prozent in den Umfragen abgerutscht sei, ist allerdings nicht gesichert. Denn für Haldenwang gilt das Gleiche wie für den Großteil der deutschen Medien: Sie haben sich so derart deutlich als Gegner der AfD definiert, dass ihre Analysen nicht mehr als das Werk einer neutralen Instanz verstanden werden.

Dieser Artikel erschien zuerst bei Tichys Einblick.

Was „PA“-Dauerpräsident Mahmoud Abbas der Welt verschweigt

In der Übersetzung der Kairoer Rede des Terror-Freundes und Olympia-Mord-Finanzierers Anfang August bei einem Treffen der Generalsekretäre sogenannter „palästinensischer“ Fraktionen wurden antiamerikanische und antibritische Hassreden weggelassen. In den Teilen der Rede, die bewusst nicht in englischer Sprache veröffentlicht wurden, verunglimpft Abbas die USA und Großbritannien ungeniert als „kolonialistische“ Staaten und warf ihnen vor, Israel unrechtmäßig gegründet zu haben.

Von Itamar Marcus/JNS.org

Die „Palästinensische“ Autonomiebehörde übersetzt häufig wichtige Reden ihres Chefs Mahmoud Abbas ins Englische und veröffentlicht sie auf der Website ihrer offiziellen Nachrichtenagentur Wafa.

Auch Abbas' Rede Anfang August in Kairo wurde übersetzt, aber ein wichtiges Thema wurde ausgelassen: Die antiamerikanischen und anti-britischen Hassreden. Abbas verurteilte die Balfour-Erklärung, in der das Recht des jüdischen Volkes auf die Gründung eines Staates in seinem Heimatland anerkannt wurde, als „Verschwörung“:

Abbas: „Der westliche Kolonialismus - und insbesondere die USA und Großbritannien - haben sich verschworen, um 1917 das ominöse Balfour-Versprechen (d.h. die Deklaration) abzugeben, in dem einer, der kein Eigentum hat, einem, der kein Recht hat, ein Versprechen gibt.“

[Offizielle PA-Tageszeitung Al-Hayat Al-Jadida, 31. Juli 2023]

Abbas behauptete weiter, dass „die kolonialistischen Staaten“ - insbesondere die USA - ihr Fehlverhalten fortsetzen, indem sie Israel weiterhin unterstützen, das Abbas mit dem Apartheidstaat Südafrika verglich: „Wir konzentrieren uns auch besonders darauf, die öffentliche Meinung in den kolonialistischen Staaten zu verändern, die Israel unterstützt haben und es bis zum heutigen Tag unterstützen, und insbesondere in den USA (in diesem Zusammenhang haben wir Südafrika als Vorbild).“

Abbas behauptete ferner, dass die „Palästinensische“ Autonomiebehörde wegen all dieser angeblichen Verbrechen rechtliche Schritte gegen die Vereinigten Staaten und Großbritannien plane: „Wir werden auch Klagen gegen die USA und Großbritannien einreichen, weil sie für das Balfour-Versprechen und dessen Umsetzung durch das britische Mandat für Palästina verantwortlich sind.“

Da die „Palästinenser“ - so Abbas - seit Tausenden von Jahren auf ihrem „historischen Heimatland“ leben und die Geschichte Israels aus „falschen zionistischen und israelischen Behauptungen und Erzählungen“ bestehe, sei Israel eine illegale Besatzung, die „vorübergehen“ werde:

„Wir werden sicherlich triumphieren, wir werden die Besatzung besiegen ... denn jede Besatzung geht am Ende vorbei, und das wird das Schicksal der verhassten israelischen Besatzung unseres Heimatlandes sein.“

[Offizielle palästinensische Tageszeitung Al-Hayat Al-Jadida, 31. Juli 2023]

Verschiedene Versionen

Palestinian Media Watch hat zahlreiche antiamerikanische Äußerungen und Angriffe auf andere westliche Länder von Abbas und anderen Führern und Beamten der „Palästinensischen“



Der Präsident der sogenannten „Palästinensischen“ Autonomiebehörde Mahmoud Abbas.

Autonomiebehörde aufgedeckt und dokumentiert, dass die Loyalität der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde bei anderen Staaten wie Russland und China liegt.

Im Folgenden finden Sie Auszüge aus den beiden Berichten über Abbas' Rede auf dem Treffen der Generalsekretäre der „palästinensischen“ Fraktionen in Ägypten am 30. Juli 2023.

Der erste ist die Übersetzung aus dem Arabischen in der offiziellen „palästinensischen“ Tageszeitung für den „palästinensischen“ Gebrauch, gefolgt von der englischen Übersetzung der offiziellen „palästinensischen“ Nachrichtenagentur Wafa für den ausländischen Gebrauch:

Überschrift: „Der [PLO-]Präsident: Die PLO ist die einzige legale Vertretung unseres Volkes, und wir müssen uns an sie, ihre Grundlagen und ihre internationalen Verpflichtungen halten“

„Seit sich der westliche Kolonialismus - und insbesondere die USA und Großbritannien - verschworen haben, um 1917 das ominöse Balfour-Versprechen (d.h. die Erklärung) abzugeben, in dem jemand, der kein Eigentum hat, einem anderen, der kein Recht hat, ein Versprechen gab, hat unser Volk, das in Jerusalem und um Jerusalem herum den Ribat (d.h. den religiösen Konflikt um Land, das als islamisch beansprucht wird) austrägt, gegen den Kolonialismus und die Besatzung gekämpft und den Dschihad geführt. Es hat Tausende von Märtyrern, Verwundeten und Gefangenen auf dem Weg zu Freiheit, Ehre und Unabhängigkeit geopfert. ...“

Im Rahmen dieses politischen und rechtlichen Kampfes werden wir weiterhin mit den internationalen Institutionen, Organisationen und Gerichten zusammenarbeiten, um den Besat-

zungsstaat für die Verbrechen, die er während seiner Besatzung begangen hat, vor Gericht zu stellen. Wir werden auch Klagen gegen die USA und Großbritannien wegen ihrer Verantwortung für das Balfour-Versprechen und dessen Umsetzung durch das britische Mandat für Palästina einreichen. ...“

Ein besonderes Augenmerk richten wir auch auf die Veränderung der öffentlichen Meinung in den kolonialistischen Staaten, die Israel unterstützt haben und bis heute unterstützen, vor allem in den USA (hier haben wir Südafrika als Vorbild). Wir werden auch weiterhin auf dem europäischen Parkett, in Lateinamerika und in Afrika aktiv werden.“

[Offizielle PA-Tageszeitung Al-Hayat Al-Jadida, 31. Juli 2023]

Bericht auf Englisch von der offiziellen Nachrichtenagentur der PA:

Headline: „Präsident Abbas sagt, dass die palästinensische Teilung sofort beendet werden muss“

„Präsident Mahmoud Abbas sagte heute, dass der Staatsstreich von 2007 und die dadurch verursachte Spaltung der Palästinenser sofort und ohne Zögern oder Verzögerung beendet werden muss. Präsident Abbas äußerte sich während des Treffens der palästinensischen Fraktionsvorsitzenden, das er in der ägyptischen Stadt El-Alamein leitete. Er betonte, dass die Spaltung eine neue Katastrophe für das palästinensische Volk und die palästinensische Sache sei und fügte hinzu, dass die nationale Einheit und das gemeinsame Handeln auf klaren Prinzipien und Grundlagen beruhen müssten, um die Spaltung zu beenden, die Einheit zu erreichen und das innere Haus zu ordnen.“

„Angesichts der Besatzung und des anhaltenden Terrorismus der Siedler müssen wir uns auf diesen Widerstand

einigen, um der Aggression der Besatzer zu begegnen“, sagte er. Er betonte, dass die internationale Gemeinschaft das „palästinensische“ Volk vor denjenigen schützen muss, die es angreifen.

„Wir müssen daran arbeiten, die Teilung zu beenden und die Dinge wieder in Ordnung zu bringen, im Rahmen eines einzigen Staates, eines Systems, eines Gesetzes, einer legitimen Waffe und einer Regierung, und das gebieten die Interessen unseres Volkes und unserer nationalen Sache“, sagte Präsident Abbas.

Was die Abhaltung von Wahlen betrifft, so sagte Präsident Abbas, Wahlen seien „unser einziges Mittel, um die Verantwortung und die nationale Beteiligung zu teilen, und wir wollen heute vor morgen Präsidentschafts-, Parlaments- und Nationalratswahlen abhalten, vorausgesetzt, dass unser Volk im besetzten Ost-Jerusalem ohne Hindernisse als Kandidaten und Wähler an diesen Wahlen teilnehmen kann, wie es in den Jahren 1996, 2005 und 2006 geschehen ist“.

Er betonte, dass derjenige, der die Abhaltung dieser Wahlen behindert, die Besatzungsmacht ist, und forderte die internationale Gemeinschaft, angeführt von den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union, auf, Israel zu verpflichten, uns die Abhaltung demokratischer Wahlen in Jerusalem zu ermöglichen. Präsident Abbas dankte dem ägyptischen Präsidenten Abdel Fattah el-Sisi und Ägypten für die Ausrichtung des Treffens und die Bereitstellung von Räumlichkeiten für die Einberufung dieses Treffens.“

[Wafa, offizielle palästinensische Nachrichtenagentur, englische Ausgabe, 30. Juli 2023]

Ursprünglich veröffentlicht von
Palestinian Media Watch.

Linksgrüne Manipulation in den Medien: Brennende E-Autos, ein übergriffiger VS-Präsident und relativierte islamo-migrantische Gewalt

Die beste Komplizin der Manipulation ist die Doppelmoral. Man nehme nur den Fall des havarierten Frachters „Fremantle Highway“ in der Nordsee. Statt über die Gefahren leichtentflammbarer Auto-Akkus zu reden, was durchaus das Ende des Elektroautos einläuten könnte, schossen sich die Medien auf das Schweröl des Frachters ein. Einen doppelten Standard legen unsere Medien auch dann an, wenn es um sexuelle Übergriffe geht. War der Täter ein islamischer Migrant, verschwinden die Meldungen schnell wieder von der Bildfläche – meist sogar, ohne auf die Täterherkunft einzugehen. (JR)

Von Matthias Nikolaidis

Die Doppelmoral scheint ein Virus unserer Zeit geworden zu sein. Egal, ob es um angeblich ökologische Fortbewegungsmittel geht oder um Parteien, die man meiden will: Die mediale Präsentation droht häufig, umzukippen. Und dann ist auch der Kipp-Punkt nicht mehr weit, an dem sich Grünokratie und Asylsystem von selbst zerlegen könnten.

Amnesty International beklagt sie im Umgang mit Russland und den vermeintlichen „Freunden des Westens“. In der Coronapandemie fiel sie vielen an den „Maßnahmen“ und an der politischen Klasse auf. Vor allem sticht sie dem unvoreingenommenen Beobachter dort ins Auge, wo es um die großen gesellschaftlichen Tabus geht. Die Doppelmoral kommt überall dort zum Tragen, wo die maßgeblichen Bestimmer einen Balken im Auge haben, denselben aber partout nicht sehen wollen. Man nehme nur den Fall des havarierten Frachters „Fremantle Highway“ in der Nordsee.

Eine aktuelle Tagesschau-Meldung berichtet von dem Feuer, das auf dem Frachter entbrannte, vergisst aber daran zu erinnern, dass sich auf dem Frachter zahlreiche E-Autos befinden, die nun einmal besonders gut brennen. Die E-Wagen gelten als mögliche Brandursache. Doch stattdessen schrieb man lieber etwas vom Schweröl, das den Tanker nun einmal zum Fahren bringt und das nun, da er Feuer gefangen hat, auslaufen könnte. Ein typisches Ablenkmanöver, durch das man ein umweltrelevantes Thema durch ein anderes ersetzt.

Die Internationale Seeschiffahrtsorganisation IMO will sich noch einmal speziell mit dem „Sachverhalt Elektroautos“ befassen, auch die japanische Reederei hält diese Brandursache für durchaus möglich und das wäre doch angesichts der allseits vorangetriebenen E-Revolution von großem Interesse für die möglichen Kunden. Nur die Mehrzahl der deutschen Medien wollten lieber etwas von ‚bösen‘ Kohlenwasserstoffen schreiben.

Der parteiische VS-Präsident

Mehr noch spielt das Thema Doppelmoral natürlich da eine Rolle, wo es um Politik schlechthin geht. Doppelmoral ist es, wenn ein Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz mit CDU-Partei-buch einen AfD-Parteitag ganz genau in Augenschein nimmt und dabei eine Strichliste mit „rechtsextremistischen Verschwörungstheorien“, die er zufällig kennt, führt. Thomas Haldenwang ist dieser oberste Verfassungsschützer Deutschlands und hat sich zu keiner anderen Partei je ähnlich kritisch geäußert, schon gar nicht live im TV. In der AfD sah man Haldenwangs Äußerungen kritisch. Die Partei wehrte sich und verschickte zunächst eine Abmahnung, nach der das Bundesamt für Verfassungsschutz damit aufhören sollte, sich in die „Entscheidungsfindung der Delegierten“ einzumischen und so letztlich auch die Wähler zu beeinflussen. Beides sei rechtswidrig. Nicht der Verfassungsschutzpräsident, sondern die Bürger hätten über Wahl-



Das havarierte Schiff „Fremantle Highway“

vorschläge zu entscheiden. Das Verwaltungsgericht Köln gab der Partei Recht, und Haldenwang verschwand wieder aus dem Fernsehprogramm.

Ein ähnlicher Fall von Doppelmoral war es, als nach der Wahl des Sonneberger Landrats Robert Sesselmann ausgerechnet die Linkspartei eine Demokratieprüfung des soeben gewählten Kandidaten forderte. Als Sesselmann die „Prüfung“ bestand, wurde es rasch still um die Forderung und die darin ausgedrückten Implikationen. Um es deutlich zu sagen: Die Nachfolger der Einheitspartei SED hätten natürlich um so viel mehr eine Demokratieprüfung verdient. Doch die Partei der Mauertoten bleibt ungeprüft, ebenso die Altparteien, die dem Volk bekanntlich wenig zutrauen. Nur die neugegründete AfD mit viel direkter Demokratie im Programm scheint prüfenswert.

Grüne Langstreckenflüge

Wie steht es aber mit den Grünen und der Doppelmoral? Um es in einem Wort zu sagen: Großartig! Man nehme nur die Kalifornien-Flüge grüner Politiker. Nicht dass man solche Reisen verbieten sollte, es passt nur nicht zur eigenen Ideologie der Wirtschaftsschrumpfung. Wer anderen pausenlos Verzicht auf „schädliche“ Klimagase – und wenn sie aus Kuhgedärmen stammen – verschreibt, der kann nicht einfach so in den Kerosin-Gang umschalten. Jedenfalls nicht, ohne dass es auffällt und auffallen sollte. So, wie ein Klimakleber im Bali-Urlaub eben auch unsouverän wirkt, um das Mindeste zu sagen. Oder ein Klimaexperte, der innerdeutsche Flüge verbieten will, sie aber dringend für seine Auftritte braucht. Als nächstes müsste man die Wohnungen der Grün*innen nach Wäschetrocknern und Fleischvorräten durchsuchen. Jedenfalls nicht, ohne dass es auffällt und auffallen sollte. So, wie ein Klimakleber im Bali-Urlaub eben auch unsouverän wirkt, um das Mindeste zu sagen. Oder ein Klimaexperte, der innerdeutsche Flüge verbieten will, sie aber dringend für seine Auftritte braucht. Als nächstes müsste man die Wohnungen der Grün*innen nach

Wäschetrocknern und Fleischvorräten durchsuchen.

Wie sich nun herausstellte, waren auch die grün-totalitären Klimakleber auf Deutschlands Straßen in ihren Chats nicht wählerisch, wollten sich Sprengstoff notfalls im Darknet besorgen und den NRW-Innenminister Reul „über den Haufen schießen“. Es ist richtig, dass wegen ähnlicher Chatverläufe Razzien gegen Maßnahmenkritiker in Gang kamen, die am Ende zu Verhaftungen und langer U-Haft wegen angeblicher Pläne zur Entführung Karl Lauterbachs führten. Doch ein Verfassungsschutzpräsident Haldenwang attestierte den Klima-Klebern ja Verfassungstreue als Blanko-Vollmacht. Verurteilt, wer hier Übles wittert.

Ausverkauf und Gleichmacherei

Dann das Thema Flucht und Migration. Ein Doppelmoral-Pflaster. Ein Afghane soll wegen Vergewaltigungsvorwürfen verurteilt werden und wird mit einer Auflage freigesprochen: Er soll nicht mehr so viel trinken, weil ihn das dazu verleitet, Mädchen zu belästigen und zu sexuellen Handlungen zu zwingen. Ansonsten sei er „voll integriert“. Zudem ist er über den Jahreswechsel in seiner Heimat urlaubte, wie er offenbar so wenig fürchten muss, wie ein Mallorquiner die seine. Ähnlich ist es mit Syern und Syrien und den meisten anderen Herkunftsländern. Asyl ist zu einer Witzvokabel geworden. Nur die deutschen Steuerbürger glauben noch – zum Teil – an die schöne Fiktion, dass man es heute besser mache als in der Vergangenheit, als man noch Kriterien für den Aufenthalt im Lande hatte. Inzwischen ist alles ein großer Ausverkauf geworden, und das zählt nun als Fortschritt in Sachen „Menschlichkeit“. Dabei geht genau die vor die Hunde, wenn man ungehindert und ungeklärt jeden hineinlässt und ihm ein lebenslanges Anrecht auf „Bürgergeld“ gibt. Auch dieses Wort ist übrigens brüchiger Neusprech und letztlich Doppelmoral, weil dem Bürger als soziale Gerechtigkeit verkauft wird, was eigentlich Gleichmacherei ist.

Und dann war da noch die Grünen-Chefin Ricarda Lang, die tönte, dass man

mit der AfD auch auf kommunaler Ebene nicht einmal reden dürfe, kurz bevor sich herausstellte, dass sich in ihrem eigenen Wahlkreis im baden-württembergischen Backnang grüne Gemeindevertreter nicht nur mit dem AfD-Kollegen besprachen, sondern auch einem AfD-Antrag zur Förderung eines Theaters zustimmten. Außerdem gehen dort alle Gemeinderäte nach der Sitzung noch auf ein Bier. Doch das alles muss nun der Vergangenheit angehören, weil Ricarda es so will. Sie habe mit den Lokalpolitikern gesprochen und war sich anscheinend einig: So etwas soll nicht wieder vorkommen. „Wenn es um sinnvolle Anliegen geht“, so die vollschlanke Grünen-Chefin weiter, „kann man ja selbst einen Antrag stellen.“ Und muss dann wohl hoffen, dass die Kumpel von der AfD dem Antrag nicht auch zustimmen. Doppelmoral im Quadrat! Erst hat Lang die Union in die Ecke treiben wollen, als sie dann im eigenen Wahlkreis erwischte wurde, umzingelte sie die eigenen Parteifreunde mit einem Angebot, das diese nicht ablehnen konnten. Es wird vermutlich wenig Folgen haben, außer dass es die Arbeit des Gemeinderats komplizierter und unauthentischer macht. Schade drum! Und alles nur wegen der grünen Doppelmoral, die blühen muss, wo das Land den Bach hinuntergeht!

Doch enthüllt ist damit eigentlich das Heuchlerische der gesamten sogenannten „Brandmauer“ gegen eine Partei, die heute von mehr als 20 Prozent der Deutschen gewählt würde. Zuletzt verlohnt der Skandal um die Musikgruppe Rammstein eine kurze Notiz. Denn über die horrend gewachsenen Vergewaltigungen in nächtlichen Straßenzügen oder im Umfeld von Partys hat sich das gesamtgesellschaftliche Feuilleton wohl kaum so herrlich erregt wie über die Reihe-Null-Gäste des Sängers einer ostdeutschen Kultband. Die Vorwürfe scheinen inzwischen schon wieder ziemlich in sich zusammengefallen zu sein. Mehr als ein paar Einzelfälle könnten da nicht übrigbleiben. Doch den Medien wäre wieder einmal die Dämonisierung des alten, weißen Mannes gelungen. Das war vielleicht alles, was sie an dieser Stelle wollten. Ein Fanal der Doppelmoral.

Bericht zu „Muslimfeindlichkeit“: Akteure wollen „mehr Islam“

Der nur dem Namen nach „Unabhängige Expertenkreis Muslimfeindlichkeit“ (UEM) hat seinen Abschlussbericht unter dem Titel „Muslimfeindlichkeit – Eine deutsche Bilanz“ vorgestellt, dem Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) übergeben. Er belegt damit deutlich seine Islam-Affinität. Das Vierhundert-Seiten-Papier stellt fest, dass die Hälfte der Deutschen den Islam als Bedrohung wahrnehme. Allerdings hinterfragen die vom UEM erhobenen Vorwürfe kaum die täglich für jeden erkennbaren Ursachen für den islamkritischen Vorbehalt, wie Gewalt, Frauenfeindlichkeit oder Judenhass. Dagegen wird im Bericht schon die Kritik am Islam oder an der Anspruchshaltung islamischer Verbände kurzerhand zu Muslimfeindlichkeit umdefiniert. (JR)



Von Birgit Gärtner

Der Bericht zur „Muslimfeindlichkeit“ wurde im Juni dem Bundesministerium des Inneren und für Heimat übergeben.

Der Unabhängige Expertenrat Muslimfeindlichkeit (UEM) legte nach zweieinhalbjähriger Arbeit den knapp 400-seitigen Abschlussbericht mit dem Titel „Muslimfeindlichkeit – eine deutsche Bilanz 2023“ vor. Darin wird Ablehnung des Islams oder Kritik an der Anspruchshaltung islamischer Verbände kurzerhand zu Muslimfeindlichkeit umdefiniert, schon gibt es allerhand zu beanstanden – und zu tun.

Die Publikation ist ein einziges Lamento, wie unterprivilegiert und diskriminiert Muslime – und vor allem Musliminnen – in Deutschland sind. Das in dem Bericht konstatierte Grundproblem: In allen wesentlichen gesellschaftlichen Bereichen – Politik, Erziehung, Bildung und Wissenschaft, Justiz, Sicherheitsbereich und Medien – wird der Islam vor allem mit Unterdrückung, Geschlechtertrennung, Gewalt und Terror konnotiert, die positiven Aspekte blieben zumeist unbeleuchtet, ist dort zu lesen.

Der Bericht enthält eine lange Liste von Handlungsempfehlungen an die Politik: Mehr Islam, mehr muslimische Expertise, mehr Musliminnen und Muslime in allen Bereichen – von der KiTa über die Schulbücher, Wissenschaft und Forschung, Medien, Justiz und Sicherheitsbereich, bis hin zu den Parteien und den Parlamenten.

Das empfohlene „mehr Islam“ ist verknüpft mit mehr Befugnissen – um nicht zu sagen Sonderrechten – für Musliminnen und Muslime, islamische Verbände und Organisationen, so problematisch Letztere auch sein mögen, zudem der Einrichtung von Meldestellen auch für gefühlte Diskriminierung – das klingt nach Wächterrat mit Gesinnungs-TÜV für die Kufr (Ungläubigen).

Protegiertes Netzwerk mit fragwürdigen Akteuren

Der UEM sowie weitere Personen aus Wissenschaft, Politik und Medien bilden dabei den antirassistischen Schutzwall um ein Netzwerk islamischer Akteure, Initiativen und Organisationen, das von der jetzigen Anti-Diskriminierungsbeauftragten der Bundesregierung, Ferda Ataman, in ihrer Zeit als Sprecherin der Neuen Deutschen Medienmacher*innen (NDM) und der Neuen Deutschen Organisationen (NDO) initiiert, in antirassistische Strukturen eingebunden und in der Ära der SPD-Politikerin Aydan Özoğuz als Integrationsbeauftragte der Bundesregierung politisch protegiert und finanziell aus Steuergeldern gefördert wurde. Aydan Özoğuz steht wie keine andere für den Brückenschlag zwischen hoch problematischen islamischen Organisationen wie beispielsweise der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüş (IGMG) und der Politik. So beriet sie die IGMG eigenen Aussagen zufolge während der Zeit der Gründung der SCHURA Hamburg (Rat der Islamischen Gemeinschaften), die später mit ihrem engen politischen Vertrauten Olaf Scholz und ihrem Ehemann Michael Müller (beide SPD) den Staatsvertrag mit dem Hamburger SPD-Senat schloss.

So wundert es nicht, dass der Bericht offiziell vom Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) herausgegeben wird, mit dessen Logo versehen ist und Bundesinnenministerin Nancy Faser das Vorwort verfasste. Aber zuständig möchte das Ministerium nicht sein, Nachfragen seien an den UEM zu adressieren, teilte die Pressestelle des BMI der Jü-

dischen Rundschau mit.

Rund 1 Mio. Euro investierte das BMI in den UEM zur Evaluierung des Problemfeldes „Muslimfeindlichkeit“, oder auch „antimuslimischer Rassismus“ (AMR): Etwas mehr als 800.000 € erhielt die an dem Erlanger Zentrum für Islam und Recht Europa (EZIRE) der Friedrich-Alexander-Universität angesiedelte Koordinierungsstelle, plus je 10.000 Euro Aufwandsentschädigung für die Mitglieder des UEM. Gelder, die der demokratischen Kontrolle entzogen werden, wenn das BMI die Verantwortung für deren Verwendung ablehnt.

Zweck der Förderung war es laut BMI-Pressestelle, „aktuelle und sich wandelnde Erscheinungsformen von Muslimfeindlichkeit in Deutschland zu analysieren und als Ergebnis einen Bericht vorzulegen sowie Empfehlungen für den Kampf gegen antimuslimischen Hass und Ausgrenzung zu erarbeiten.“

Islamfeindliche Straftaten – viel Wind um nichts?

In dem Bericht wird erläutert, wie es zur Gründung des UEM kam:

<< Das BMI hat nach den rassistisch motivierten Anschlägen in Hanau vom 19. Februar 2020 im September 2020 den Unabhängigen Expertenkreis Muslimfeindlichkeit einberufen. Dieser wurde mit

Wissenschaftler*innen sowie Akteur*innen zivilgesellschaftlicher Organisationen besetzt, die sich mit Ausdrucksformen, Wirkungsweisen und der Bekämpfung von Muslimfeindlichkeit befassen. >>

Wieso ein rassistisch motivierter Anschlag Anlass gab, sich mit dem

Thema „Muslimfeindlichkeit“ zu beschäftigen, bleibt im Dunkeln. An dieser Stelle werden die Opfer des Anschlags schlicht islamisiert.

Im Grund entspricht der UEM damit der eigenen Definition von „Muslimfeindlichkeit“, bzw. „Antimuslimischem Rassismus“:

<< Muslimfeindlichkeit (auch: Antimuslimischer Rassismus) bezeichnet die Zuschreibung pauschaler, weitestgehend unveränderbarer, rückständiger und bedrohlicher Eigenschaften gegenüber Muslimen und als muslimisch wahrgenommenen Menschen. Dadurch wird bewusst oder unbewusst eine ‚Fremdheit‘ oder sogar Feindlichkeit konstruiert. Dies führt zu vielschichtigen gesellschaftlichen Ausgrenzungs- und Diskriminierungsprozessen, die sich diskursiv, individuell, institutionell oder strukturell vollziehen und bis hin zu Gewaltanwendung reichen können.>>

Zur Untermauerung der These, „Muslimfeindlichkeit“ sei ein drängendes gesellschaftliches Problem in Deutschland, wurde unter anderem die Kriminalstatistik „Politisch motivierte Kriminalität“ (PMK) zu Rate gezogen, die 2017 um den Bereich „islamfeindliche Straftaten“ erweitert wurde. Dort werden u.a. „Straftaten gegen religiöse Repräsentanten“ verzeichnet, diese umfassen strafbare Handlungen gegen die Religion als solche sowie gegen erkennbar oder vermeintlich dieser Religion zugehörigen Personen, unabhängig von deren Status innerhalb der betreffenden Religionsgemeinschaft.

Schauen wir uns beispielsweise die PMK 2021 an, dann fällt auf, dass die meisten Delikte sich im Bereich der Volksverhetzung bewegen.

Wer solche Delikte recherchiert, stellt fest, dass es vielfach zwar zur Anzeige, nicht unbedingt aber zur Verurteilung kam. Wie beispielsweise im Falle von Marcel B., einem Mann aus dem ostwestfälischen Herford, der lautstark mit Topfdeckeln und Kuhglocke gegen den „Ruf des Muzzins“ protestierte und dafür wegen „Volksverhetzung“ angeklagt wurde. Mitte Juni 2023 wurde er jedoch freigesprochen. Mit anderen Worten: Es steht jedem frei, muslimische Rituale als störend zu empfinden und gegen diese zu protestieren.

Im ebenfalls ostwestfälischen Minden wurde 2019 in einer DITIB-Moschee ein zerrissener Koran mit menschlichen Fäkalien gefunden. In Verdacht gerieten PKK-Anhänger; diese hatten in der Vergangenheit schon die Außenwände beschmiert. Ebenfalls ein Straftatbestand, der in die PMK einfließt. Allerdings stellt sich die Frage, ob es tatsächlich ein anti-religiöses, gar muslimfeindliches Vergehen ist, denn DITIB untersteht via Religionsbehörde der türkischen Regierung. In Minden wurde vermutlich ein ethnischer Konflikt in einer weit entfernten Region ausgetragen, Adressat dürfte wohl eher die türkische Regierung als die ostwestfälische Moscheegemeinde gewesen sein. Wie auch immer, ethnische Konflikte in den Herkunftsländern kann kein UEM lösen.

Juden sollen ihre Probleme selber lösen

In der PMK 2021 werden rund 80% der erfassten Delikte „gegen religiöse Repräsentanten“ dem Problemfeld „Antisemitismus“ zugeordnet, 17,47% dem Unterthemenfeld „islamfeindlich“. Antisemitische Straftaten sind der PMK zufolge 2021 um 28,75 % gegenüber dem Jahr 2020 gestiegen. Obwohl die meisten dieser Straftaten (84%) dem „Phänomenbereich PMK-rechts“ zugeordnet werden, haben rund 6% dieser Delikte religiösen Hintergrund oder fallen in den Phänomenbereich „ausländische Ideologie“.

Laut katholisch.de werden <<Als "rechts" [...] nach Angaben des BKA Straftaten bewertet, "wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie nach verständiger Betrachtung einer 'rechten' Orientierung zuzurechnen sind".>>

Konkret belegen lässt sich die Einordnung „rechts“ offensichtlich nicht. Taugt aber allemal, um den „Kampf gegen Rechts“ zu legitimieren.

Auch der UEM beschäftigte sich mit den Themen „Antisemitismus“ und „jüdisch-muslimischer Dialog“:

<<Der jüdisch-muslimische Dialog war in den vergangenen Jahren immer häufiger im Zentrum des öffentlichen Interesses. Es entstanden neue Projekte und Initiativen mit dem Ziel, Brücken und Bündnisse zwischen Jüdinnen und Juden und Muslim*innen zu schaffen. Ein Grund hierfür sind Spannungen im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt, der auch hierzulande in den jeweiligen Communities immer deutlicher sein Echo findet.>>

Von Angriffen seitens „in Deutschland lebender Jüdinnen und Juden“ auf Muslime oder islamische Einrichtungen aufgrund dieses Konflikts ist nichts bekannt, wohl aber von Angriffen auf jüdische Einrichtungen und auch auf Juden. Beispielsweise wurde

der Hamburger Jude Michael T. auf einer pro-israelischen Kundgebung von dem jungen, ideologisch völlig verblendeten, jüdenfeindlichen Muslim und Kampfsportler Aram A. so schwer verletzt, dass er sein rechtes Augenlicht verlor.

Laut Welt sind einer Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung zufolge

<< antisemitische Einstellungen [...] unter Muslimen weiter verbreitet als im Rest der Bevölkerung. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung, die dem Evangelischen Pressedienst (epd) vorliegt. Demnach stimmen im Bevölkerungsschnitt vier Prozent der Aussage zu, dass Juden „hinterhältig“ seien. Unter Muslimen lag die Zustimmung bei zwölf Prozent.

Rund ein Viertel (26 Prozent) der Muslime bejahen demnach die Aussage, dass reiche Juden „die eigentlichen Herrscher der Welt“ seien (Bevölkerungsdurchschnitt: sechs Prozent). Sieben Prozent akzeptieren Gewalt gegen Juden (Bevölkerungsdurchschnitt: zwei Prozent).>>

Auch der UEM konstatiert:

<< Innerhalb des migrantisch-muslimischen Milieus ist die Solidarität mit den Palästinenser*innen weit verbreitet. In der Vergangenheit führte allerdings eine unreflektierte Solidarität zu jüdenfeindlichen Vorfällen, wie beispielsweise die antisemitischen Demonstrationen im Mai 2021 im Zuge einer erneuten Eskalation des Nahostkonflikts. So kam es u. a. in Gelsenkirchen, Bonn und Berlin zu antisemitischen Protesten, unter anderem vor deutschen Synagogen (vgl. Mendel 2021).>>

Drohungen und Gewalt sind absolut inakzeptabel und müssen konsequent verfolgt werden. Widerspruch gegen frühmittelalterliche Sicht- und Lebensweisen müssen Muslime indes aushalten.

Zur Lösung des Problems empfiehlt der UEM:

<< die Schaffung geschützter Räume für das jüdisch-muslimische Gespräch zu den Themen des israelisch-palästinensischen Konflikts.>>

Abgesehen davon, dass damit deutsche Juden für israelische Politik in die Pflicht genommen werden, scheint mir als nicht-jüdische Autorin dieses Blattes da doch einiges durcheinander zu geraten. Demnach sind nicht Muslime oder islamische Verbände gehalten, den Antisemitismus in den Griff zu bekommen, sondern Juden müssen gucken, wie sie damit zurechtkommen.

Laut UEM leben

<< schätzungsweise 225.000 Jüdinnen und Juden und 5,3 Millionen Muslim*innen in Deutschland. ... – in eine Formel gebracht, stehen einer*m in Deutschland lebenden Jüdin oder Juden etwa 23 Muslim*innen gegenüber.>>

Und jedem dieser „in Deutschland lebenden Jüdin oder Juden“ obliegt es – so liest es sich zumindest im Abschlussbericht des UEM – das Zusammenleben mit den ihr oder ihm „gegenüberstehenden 23 Muslim*innen“ täglich neu auszuhandeln, wie Aydan Özoğuz 2015 in einem Strategiepapier als Beitrag der Gesellschaft zur Integration der damals aufgenommenen Flüchtlinge empfahl. Vermutlich hat Michael T. Aram A. gegenüber bloß nicht die richtigen Worte gefunden ...

Nennt es bloß nicht Islam

Was genau die vom UEM in der öffentlichen Wahrnehmung vermissten positiven Aspekte des Islams sind, die nach dessen Ansicht stärker in den Vordergrund gerückt werden sollten, darüber wird auf knapp 400 Seiten kein einziges Wort verloren. Auch das BMI blieb der JR die Antwort auf die Frage, welche positiven Aspekte das Ministerium sieht, schuldig. Die diesbezügliche Frage beantwortete die Pressestelle des BMI folgendermaßen: << Der Grundsatz weltanschaulich-religiöser Neutralität verwehrt es dem Staat, Glauben und Lehre einer Religionsgemeinschaft als solche zu bewerten.>>

Also können wir nur spekulieren – die farbenprächtigen Trachten könnten es ja nicht sein ...

Wieso wird die Religion des Friedens, die in knapp 60 Ländern der Welt – und überall wo der Islam sich ausbreitet, bzw. Muslime und muslimisch geprägte Menschen sich ansiedeln – täglich beweist, dass Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen dem Islam quasi immanent ist, Akzeptanz aller Lebensformen, beispielsweise der Homosexualität, und die Anerkennung anderer Religionsgemeinschaften – zuvörderst des Jüden- und Christentums – hehre Anliegen sind sowie muslimische Gesellschaften und Milieus, in denen Probleme für gewöhnlich im Stuhlkreis ausdiskutiert werden, hierzulande so hartnäckig mit Gewalt und Terror in Verbindung gebracht?

Dieses Rätsel scheint auch der UEM nicht gelöst zu haben. So versucht er es mit Umdefinition: Statt beispielsweise sexuelle Übergriffe wie in der Kölner

die Politik und Medien. Diese vermitteln dann das vermisste positive Bild des Islams.

Denn im Abschlussbericht wird ein gravierendes Manko konstatiert:

<< Zu den Problemen zählen eine begrenzte Sensibilisierung der Chefredaktionen für Muslimfeindlichkeit, ein starker Einfluss kommerzieller Motive, erhöhter populistischer Druck auf Redaktionen, begrenzter Zugriff auf muslimische Quellen sowohl im In- als auch im Ausland, eine starke Stellung umstrittener ‚Islamexpert*innen‘ als Autor*innen, eine noch immer begrenzte muslimische Diversität in deutschen Nachrichtenredaktionen, Mängel in der journalistischen Ethik und Ausbildung.>>

Mit anderen Worten: Mit dem richtigen Schreiberling wird auch der Islam in Afghanistan schön. Ob das wirklich funktioniert, ist indes fraglich. Kürzlich sorgte ein Beitrag des aus Raqqa (Syrien/IS-Hochburg) stammenden Autors Mohamad Alkhalaf in seiner Kolumne „Typisch deutsch“ in der Süddeutschen Zeitung (SZ) für Furore: Darin beschreibt der Autor, wie er mit einem unlängst in Deutschland eingereisten Landsmann namens Ibrahim auf einer Bank irgendwo in München sitzt und dieser die Fassung verliert angesichts Eis essender Frauen. Dies gelte in ihrer Heimat als obszön, lässt Mohammed Alkhalaf seine Leserinnen und Leser wissen. Die Folge waren eine veritable Empörungswelle in sozialen Medien – und öffentliche Happenings vergnügt Eis essender Frauen.

Fazit: Der UEM-Abschlussbericht liest sich, als sei auf bizarre Weise Orwells Roman „1984“ mit Houellebecqs Roman „Unterwerfung“ verschmolzen. Geadelt durch das Logo des BMI wirkt es wie die freundliche Übergabe der säkularen Demokratie an den islamischen Wächterrat und seine antirassistischen Schutzpatrone. Die Neue Züricher Zeitung (NZZ) fragt zu Recht:

<<Warum schlucken die Deutschen solche Pillen, ohne mit der Wimper zu zucken?>>

Um nicht missverstanden zu werden: Straftaten gegen Musliminnen und Muslime oder islamische Einrichtungen müssen geahndet werden; Beleidigungen sind indiskutabel – und mitunter auch strafbar; Drohungen und Gewalt sind absolut inakzeptabel und müssen konsequent verfolgt werden. Widerspruch gegen frühmittelalterliche Sicht- und Lebensweisen müssen Muslime indes aushalten.

Warum um alles in der Welt ist der Bundesregierung so sehr daran gelegen, uns die „Religion des Friedens“ schön zu reden? Warum werden so viele öffentliche, also Steuergelder, in diese Umschreibung der islamischen Realität investiert? Wie viel Verständnis kann uns als Gesellschaft für eine Kultur abverlangt werden, in der Eis essende Frauen als obszön gelten? Was ist die Bundesregierung zu investieren bereit, damit die Mehrheitsgesellschaft sich duldsam in den Islam integriert? Und zu welchen Mitteln will sie dabei greifen?

Birgit Gärtner lebt in Hamburg und ist seit knapp 30 Jahren als Journalistin, Pressesprecherin und Öffentlichkeitsreferentin tätig. Seit geraumer Zeit beschäftigt sie sich mit fundamental-islamischen Strukturen.

Da hilft nur mehr Islam, Islam, Islam ...

Der Abschlussbericht ist unterteilt in mehrere Kapitel, am Ende eines jeden Kapitels steht eine Liste von Handlungsempfehlungen an die Politik. Diese lesen sich zusammengefasst so: Mehr Islam allerorten, mehr islamische Expertise ins Bildungssystem, mehr Musliminnen und Muslime in

Islamische Massenmigration: Ausdruck eines sich wandelnden politischen Klimas für Juden und Nicht-Juden

Antisemitismus ist in deutschen Städten kein Einzelfall mehr, eher schon Ausdruck eines sich wandelnden Klimas, das allmählich durch die Ritzen der deutschen „Problemviertel“ in das breitere gesellschaftliche Bewusstsein eindringt. Die unkontrollierte Massenzuwanderung aus vorwiegend islamischen Ländern verunmöglicht ein offenes jüdisches Leben in all seinen Bereichen und drängt jüdische Menschen zunehmend aus der Öffentlichkeit, wie auch beispielsweise der jüngste brutale Angriff auf einen israelischen Touristen in Berlin-Kreuzberg belegt. Während die deutsche Politik wegschaut und über Heuchelfloskeln nicht hinausgeht, können zumeist radikale islamische Rädelsführer in den islamo-migrantisch überformten Vierteln erfolgreich für ihre Sicht der Dinge werben und zu Demonstrationen mit vielen Beteiligten auffordern. Auch diese gerade für unser Nachkriegsdeutschland unerhörte Tatsache, ebenso wie die vorsätzliche Nichtnennung der Täterherkunft, wird noch zu oft ausgeblendet. (JR)

Von Matthias Nikolaidis

Mit der massenhaften Zuwanderung aus muslimischen Ländern wächst auch der Antisemitismus in deutschen Städten. Die neue Realität wird zunehmend ungemütlich, auch für Nicht-Juden. Das Beispiel Frankreich zeigt, dass es schnell zu einem Exodus kommen kann.

Ein Mann geht in einem Berliner Außenbezirk die Straße entlang und telefoniert auf Hebräisch. Er wird angerempelt und antisemitisch beleidigt. An einem Stromkasten finden sich Beschimpfungen Israels und ein Todeswunsch an alle Juden, darunter die Worte „Allahu akbar“. Manchmal werden Menschen auch mit ebendiesen Worten auf den Lippen angegriffen. Längst sind solche Vorfälle keine Einzelfälle mehr, eher schon Ausdruck eines sich wandelnden Klimas, das allmählich durch die Ritzen der deutschen „Problemviertel“ in das breitere gesellschaftliche Bewusstsein eindringt.

Man darf sich fragen, was das eigentlich für das Leben in Deutschland bedeutet. Die aktuelle Bundesregierung ist ja vor allem für ihre Unterstützung von „Vielfalt“ bekannt, die sie auch durch eine weithin akzeptierte illegale Massenzuwanderung pflegen und ausbauen will. Dazu passt dann das Engagement der Innenministerin Nancy Faeser „für Toleranz und Akzeptanz“ (etwa im Zeichen der Regenbogenflagge), aber zugleich für rasche Einbürgerungen, weil Deutschland sich endlich als „Einwanderungsland“ begreifen müsse. Daneben setzt sich die Bundesregierung mittels des Programms „Demokratie leben!“ für die bessere Integration von Extremisten aller Couleur ein. Zu dumm nur, dass auf einem Foto die Innenministerin mit jugendlichen „Verfassungsschülern“ sowohl der Wolfsgruß türkischer Nationalisten als auch die Rabia-Hand der Muslimbrüder zu sehen war. Das Bild entstand erst letzten Sommer und wurde eilends von der Seite des Ministeriums gelöscht.

Das „diverse“ Deutschland

„Häufig wird Diversität noch mit Frauenförderung gleichgesetzt“, beklagte nun – am „11. Deutschen Diversity-Tag“ – die Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung, Ferda Ataman. Vielfalt bedeute doch viel mehr, etwa die Akzeptanz diverser sexueller Identitäten, Religionen und Herkünfte. Es ist gut zu wissen, dass die Gleichberechtigung kein wesentliches Thema mehr für Ataman ist. Die scheinbar eher mit linken und wohl auch rechten Identitätsgruppen kuschelt, solange sie nur für die Auflösung des Bestehenden eintreten. Zum anderen ist Atamans Liste der „Diversität“ aber

immer noch unvollständig. Denn auch unterschiedliche politische Auffassungen sollten vom Grundbegriff Vielfalt gedeckt sein, drückt sich doch wirkliche Individualität in ihnen aus.

Wie sieht es daneben mit gelebter Identität aus im besten und diversesten Deutschland aller Zeiten? Laut der Neuköllner Integrationsbeauftragten Güner Yasemin Balcı nicht ganz so gut. Die ehemalige Journalistin ist regelmäßig wütend über den schlechten Ruf ihres Geburtsorts Neukölln. Sie sieht das „Miteinander“ gefährdet durch Hass und Hetze und meint damit vor allem den wachsenden Antisemitismus. Klar ist auch, von wem dieser „neue Antisemitismus“ in Neukölln und vielen anderen Orten Berlins und Deutschlands ausgeht. Balcı sagt es nicht so deutlich, aber auch sie verbindet das Phänomen natürlich mit der wachsenden muslimischen Bevölkerung.

An vielen Berliner Schulen gibt es schon seit Jahren muslimische Mehrheiten. Heute betragen sie mancherorts über 90 Prozent. Das macht die betroffenen Viertel zu einer Art Mikrokosmos mit ganz anderen Werten, als sie in deutschen Medien stattfinden. Die Folgen findet Balcı beschämend, wie sie im Gespräch mit der Jüdischen Allgemeinen zugibt. Man erinnert sich noch der Szene, als ein jugendlicher im öko-bourgeoisen Prenzlauer Berg seinen Gürtel wie eine Peitsche schwang, und damit einen Juden mit Kippa attackierte. Seither wundert man sich, wenn man noch einen Mann mit der typisch jüdischen Kopfbedeckung in der Tram sieht. Warum sollte einer absichtlich dieses Risiko eingehen, am Ende körperlich angegriffen zu werden? Vielleicht weil er keine Lust hat, sich zu verstecken.

Güner Balcı bemüht sich, Nichtregierungsorganisationen (NGO) zusammenzuführen, die „arabisch, türkisch, kurdisch oder jüdisch-israelisch geprägt“ sind. Doch was helfen diese Meta-Organisationen, die das alltägliche Leben der Menschen kaum berühren? In Berlin-Neukölln soll es nun ein „Netzwerk“ geben, das bei schweren antisemitischen Vorfällen zusammenkommt. Aber die wirklichen „Friedensrichter“ sitzen auch in diesen Fragen vermutlich ausschließlich in der muslimischen Gemeinschaft, die auch auf diesem Wege eine neue Relevanz für die deutsche Gesamtgesellschaft erringt.

Beunruhigende Zahlen

Die Tendenzen sind dabei nicht nur in Deutschland greifbar. Längst schon hat im Nachbarland Frankreich ein Exodus eingesetzt. Einige ziehen aus ihren inzwischen überformten Geburtsorten in der Pariser Banlieue in



Neuköllns Integrationsbeauftragte Güner Yasemin Balcı spricht den Antisemitismus in ihrem Bezirk offen an.

kleinbürgerliche, vermeintlich sichere Gegenden, doch letztlich zieht es viele französische Juden ins Ausland, meist nach Israel. Im Zuge der jüngsten Unruhen nach dem Tod eines kriminellen Jugendlichen aus der Banlieue wurde auch ein Holocaust-Denkmal in Nanterre beschmiert und von „Protestierenden“ besetzt.

In Deutschland gibt es keine belastbaren Zahlen zu dem Problemfeld Antisemitismus. Doch allein die Berliner Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (Rias) berichtet von mehr als 300 Vorfällen im öffentlichen Raum. Dazu zählen 22 Gewalttaten, 31 gezielte Sachbeschädigungen und 24 Bedrohungen, daneben viele hundert verbale Ausfälle meist im Internet. Im November 2022 wurden zwei Brüder (16 und 22), die in einem Spandauer Park „Free Israel“ gerufen hatten, von einer Männergruppe verfolgt und mit Baseballschlägern, Messern und Pfefferspray bis zur Krankenhausaufnahme traktiert.

Der Antisemitismus geht dabei natürlich nicht von allen Muslimen gleichermaßen aus, und einige der Taten werden auch von Deutschen begangen. Aber in der deutschen Gesellschaft ist Antisemitismus längst nicht mehr salonfähig. Dagegen können radikale Rädelsführer in den migrantisch überformten Vierteln erfolgreich für ihre Sicht der Dinge werben – und zu Demonstrationen mit vielen Beteiligten auffordern. Das ist der Unterschied, der noch zu oft ausgeblendet wird.

Zu den Organisatoren solcher anti-jüdischen und gegen Israel gewandten Demonstrationen – wie erst im diesjährigen Ramadan wieder gesehen – gehört die links-nationalistische Gruppe „Samidoun“, die Israel als Macht beschreibt, die den Nahen Osten zu einer „weißen Nazikolonie“

umwandeln wolle. Die Bundesrepublik gilt diesen aggressiven Propagandisten als Schutzmacht Israels und gerät so ebenfalls ins Fadenkreuz. In Neukölln hat sich „Samidoun“ laut Balcı eine solide Basis geschaffen und profitiert so von der „Perspektivlosigkeit“ vieler Jugendlicher. Doch die ist lebendiger Ausdruck nicht etwa der Ausgrenzung von außen, vielmehr von selbstgewählter Isolation dieser Gruppen und Familien, die sich dabei in radikale Religion, Stammeswelt und Bildungsverweigerung einkapseln.

Demographische Folgen

Angesichts dieser Realität darf man sich in der Tat fragen: Wie lange wird Deutschland noch ein tolerantes Land bleiben? Fraglich wird das vor allem angesichts der andauernden Massenzuwanderung, die einen weitgehend uniformen Charakter trägt. Es kommen ja nicht massenhaft Ingenieure, Handwerker oder die viel beschworenen „Raketentechniker“ ins Land, sondern meist Menschen aus weniger entwickelten Weltgegenden, vor allem Nahost, Zentralasien und Afrika. In diesen Weltregionen sitzt auch, nicht allüberall, aber als großer Anteil eine muslimische Bevölkerung, die so zum wiederholten Mal an Europas Türen klopft. Europa, das sich lange Zeit nicht den Vorkämpfern des Islams ergeben hatte – heute öffnet es ihnen freiwillig seine Tore.

In Wahrheit ist dies schon lange geschehen, und alle Menschen im Land müssen sehen, wie sie mit den – auch demographischen – Folgen umgehen. Nun wurde der Direktor der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt am Main, Meron Mendel, von der FAZ befragt, was der Ausruf „Allahu akbar“ in der „Jugendzone“ bedeuten mag. Hintergrund war der Angriff eines jungen Mannes auf eine jüdische Besuchergruppe an der Frankfurter Großmarkthalle, die der Jugendliche mit diesen Worten eingeleitet hatte. Es ist atemberaubend, wie der langjährige Direktor der Bildungsstätte es schafft, nicht über den Angriff zu sprechen, nur über die Ungefährlichkeit dieses religiös-radikalen Ausrufs. Im Alltag fehlt „ein religiöser Kontext“ demnach „meist völlig“, wenn irgendjemand „Gott ist groß“ ausruft, was schlichtweg absurd anmutet.

Der Direktor hat damit sein Kreuz oder seinen Davidstern mehr als abgelegt. Denn alle diese Formeln (wie auch wallah, inschallah usw.) geben Auskunft über ein gefestigtes islamisches Weltbild, das damit zugleich nach außen bekräftigt wird. Der Bildungsstättendirektor zeichnet so nichts Geringeres als seinen eigenen Weg in die „Unterwerfung“ à la Michel Houellebecq vor.

Ideologische Straßenumbenennungen: Warum gedenkt man nicht der Opfer muslimischer Attentate?

Insbesondere Diktaturen nutzen die symbolische und propagandistische Wirkung von Ortsbezeichnungen. Die Nationalsozialisten ließen Straßen und Plätze mit vormals jüdischen Namen umbenennen, die DDR überschrieb ganze Städte im Sinne der stalinistischen Gewaltherrschaft. Heutzutage soll mit der fortschreitenden Umbenennung von öffentlichen Orten ein ideologisches Zeichen besonders in Richtung Grün und Wokeismus gesetzt werden. Problematisch ist dieses Vorgehen schon deshalb, weil das Gedenken einseitig gehandhabt wird und allzu durchsichtig einer linksgrünen politischen Agenda folgt. Heute wird ausschließlich nur jener gedacht, die in dieses Bessermensch Schema passen. Was ist mit all jenen Opfern in Deutschland, die den Messerattacken seitens der nichteingeladenen aber gern eingelassenen vor allem islamischen „Neu-Hinzugekommenen“ erliegen? Warum gebührt etwa auch den unschuldigen Opfern des schrecklichen islamischen LKW-Anschlags vom Breitscheidplatz in Berlin kein Erinnern in unserer Stadtlandschaft? (JR)

Von Regina Bärthel

Die Diskussionen um die Umbenennungen von Straßen, deren Name heute als „rassistisch“ oder „kolonialistisch“ empfunden werden könnten, währt schon seit einiger Zeit. Im Juli hat das Berliner Verwaltungsgericht entschieden: Auch die Mohrenstraße in Mitte darf umbenannt werden. Doch dies ist nur ein Beispiel der urbanen Flurbereinigung zur Steuerung der Erinnerungskultur. Nicht erinnert wird an jene Opfer, die einer gewissen Agenda nicht entsprechen.

Unvergessen die Szene, als Diederich Heßling, Heinrich Manns Literaturgewordener „Untertan“, bei tosendem Gewitter die Statue seines angebeteten Kaisers Wilhelm I. der Öffentlichkeit präsentiert. Eine Szene, die nicht zuletzt deutlich macht: Das Denkmal galt weniger dem Kaiser, als der Darstellung der eigenen Gesinnung. Davon sind wir heute natürlich weit entfernt.

Sind wir das? In Berlin-Lichtenberg wurde der – bislang namenlose – Bahnhofsvorplatz nach einem Mann benannt, der dort ums Leben kam: Eugeniu Botnari war ein ortsbekannter Obdachloser aus Moldawien. Als er 2015 im dortigen Supermarkt bei einem Ladendiebstahl – trotz Hausverbots entwendete er eine Flasche Schnaps – ertappt wurde, mißhandelte ihn der Filialleiter schwer. Drei Tage später starb Botnari an den Folgen eines Hirntraumas. Ohne Frage beging der Filialleiter brutale Selbstjustiz; nach Zeugenaussagen nicht zum ersten Mal. Zwei Jahre später wurde er wegen Körperverletzung mit Todesfolge verurteilt. Heute dient die Benennung des Eugeniu-Botnari-Platzes als „Aufruf, sich Rassismus, Rechtsextremismus und Rechtspopulismus jederzeit entgegenzustellen“, so Bezirksbürgermeister Michael Grunst (Die Linke).

Das kulturelle Gedächtnis einer Stadt

Straßennamen dienen der Orientierung. Doch gelangen durch sie nicht nur Besucher, Post oder Kunden an die richtige Adresse; vielmehr besitzen sie auch eine wichtige Funktion für das kulturelle Gedächtnis einer Stadt und bilden einen Ankerpunkt kollektiver Identität: Indem durch Straßennamen an Personen, Orte und Ereignisse erinnert wird, spiegeln sie Kultur und Weltanschauung einer Stadt, aber auch deren Herrschaftsverhältnisse wider. Denn die Auswahl der zu ehrenden Personen obliegt stets denjenigen, die aktuell die Deutungshoheit darüber besitzen, was für erinnerungswürdig erachtet wird.

Dies lässt sich besonders angesichts der politischen Transformationen des vergangenen Jahrhunderts nachvollziehen: Die Nationalsozialisten waren zwar nicht die ersten, die Straßen umbenannten, doch sie waren gründlich. Ein Erlass des Reichsinnenministeriums von 1938 verfügte, dass insbesondere Straßen mit jüdischen Namen zügig umbenannt



Das Verwaltungsgericht Berlin entschied Anfang Juli, dass die „Mohrenstraße“ in „Anton-Wilhelm-Amo-Straße“ umbenannt werden darf.

werden sollten. Zur Benennung Berlins in „Germania“ kam es zum Glück nicht mehr, doch der real existierende Sozialismus der DDR benannte gleich ganze Städte um und folgte damit dem kommunistischen Bruderland UDSSR: Aus Chemnitz wurde Karl-Marx-Stadt. Insbesondere Diktaturen, so lässt sich erkennen, nutzen die symbolische, um nicht zu sagen propagandistische Wirkung von Ortsbezeichnungen.

Aktuell werden Straßennamen in Deutschland wieder heiß diskutiert. Umbenannt werden können jene, „die während der NS- und der DDR-Zeit an Menschen vergeben wurden, die sowohl aktive Gegner der Demokratie als auch Befürworter von NS-Ideologie und -Diktatur bzw. der stalinistischen Gewaltherrschaft waren“, informiert beispielsweise die Berliner Senatsverwaltung für Verkehr. Im Dezember 2020 wurden ausdrücklich auch Straßen einbezogen, die „nach Wegbereitern und Verfechtern von Kolonialismus, Sklaverei und rassistisch-imperialistischen Ideologien“ benannt sind. Dies bereite den Weg nicht nur zur Umbenennung der Mohrenstraße in Berlin-Mitte; auch im Afrikanischen Viertel werden Namen von sogenannten „Kolonialverbrechern“ getilgt: Die Petersallee wurde im Gedenken an den anticolonialistischen Widerstand in die Anna-Mungunda-Allee und die Maji-Maji-Allee geteilt. Der Manga-Bell-Platz überschrieb den Nachtigalplatz, benannt nach dem Afrikaforscher Gustav Nachtigal. Dessen Denkmal in seinem Geburtsort Stendhal wurde im Zuge der anticolonialen Ausrichtung der DDR-Geschichtswissenschaft bereits 1970 entfernt, nach der Wiedervereinigung jedoch wieder aufgestellt. Die Biografien Gustav Nachtigals und Rudolf Manga Bells, König der Duala in Kamerun, sind durchaus miteinander verwoben und machen die Komplexität der deutschen Kolonialgeschichte deutlich.

Opferstatus als Prädikat

Mit Straßennamen wird von jeher an die Leistungen von Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft oder Kultur erinnert und ihnen ein – wenn auch kleines – Denkmal gesetzt. Bislang ehrte man damit Personen vornehmlich des eigenen Kulturraums, die nicht selten gerade aufgrund ihrer Lebensleistungen zu Opfern politischer Systeme wurden. In jüngster Zeit allerdings genügt immer häufiger auch der Opferstatus allein – wie der Fall Botnari zeigt.

Doch auch hier ist natürlich der Name Programm: Mit der Benennung von öffentlichen Orten nach Opfern soll „ein Zeichen gesetzt werden“. Ein Zeichen des Gedenkens, ein Zeichen durchaus auch der Schuld: „Das darf nie wieder geschehen!“, lautet der Subtext, wenn Namen von Leidtragenden – beispielsweise von Gewalttaten – in den öffentlichen Raum eingeschrieben werden.

Problematisch wird es dann, wenn dieses Gedenken einseitig gehandhabt wird und allzu deutlich einer politischen Agenda folgt. Wenn ausschließlich jenen gedacht wird, die in ein ideologisches Schema passen. Oder passend gemacht werden.

Das aktuell angewandte Schema ist natürlich das von Rassismus und Kolonialismus, also jenen „rassistisch-imperialistischen Ideologien“ von denen der Berliner Senat 2020 sprach. Nicht zufällig ist es dasselbe Jahr, in dem der Afroamerikaner George Floyd bei einer polizeilichen Festnahme ums Leben kam. Ein Todesfall, der, wenn auch längst nicht abschließend geklärt, sofort als rassistisch motiviert bezeichnet wurde und unter dem Motto „Black Lives Matter“ äußerst gewaltsame Massenausschreitungen in den USA, aber auch in Europa nach sich zog. Dies, wie auch die ähnlich gelagerten Ausschreitungen, die Frankreich jüngst erlebte, sind Höhepunkte in einer sich seit langem auswirkenden Agenda: Bereits

2001 verabschiedete die UN-Konferenz gegen Rassismus ein Aktionsprogramm, dessen Unterzeichner – darunter auch die Bundesrepublik Deutschland unter der rot-grünen Regierung Schröder/Fischer – sich dazu verpflichteten, „Opfer des Kolonialismus und des Rassismus zu ehren und Täter zu verurteilen“.

Strukturell rassistische Gesellschaft

Was aber ist mit all jenen Betroffenen, die nicht in den Narrativen „unbescholtener Migrant wird von wütendem weißen Mob verfolgt“ oder „von einer strukturell rassistischen Staatsgewalt getötet“ entsprechen? Was ist mit all jenen Opfern in Deutschland, die den Messerattacken von „Neu-Hinzugekommenen“ erliegen? Eines ist sicher: sie können die „Regeln des Zusammenlebens“ nun nicht mehr „jeden Tag neu aushandeln“, wie es die damalige Integrationsbeauftragte der deutschen Bundesregierung, Aydan Özoguz (SPD), im ersten Jahr der Migrationskrise forderte.

Keinesfalls aber können diese Verletzten, Vergewaltigten oder Ermordeten Opfer einer rassistisch motivierten Tat sein. Denn Rassismus kann, wie die aktuelle Ideologie verkündet, stets nur gegen Menschen mit einer höheren Anzahl an Farbpigmenten gerichtet sein. Weiße hingegen seien Nachkommen des Kolonialismus und beförderten auch heute noch eine strukturell rassistische Gesellschaft, können daher niemals selbst Betroffene rassistischer Angriffe sein. Dementsprechend gebührt ihnen auch keine Erinnerung innerhalb der Stadtlandschaft.

So wird auch den 2016 auf dem Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz Ermordeten, Verletzten und Traumatisierten ausschließlich als Opfer eines islamistischen Terroranschlags, eines extremen Einzelfalls also, gedacht. Einzelfälle werden auch jene Leidtragenden von Angriffen durch „Traumatisierte“ genannt, die zur falschen Zeit am falschen Ort – oder im falschen Zug waren. Ihrer als Leidtragende einer religiös motivierten Ideologie zu gedenken, die einem das Andere verachtenden Rassismus sehr nahe kommt, hieße jedoch für viele in Politik und Verwaltung, die eigene Agenda überdenken zu müssen.

„Ein kommunistisches System erkennt man daran, dass es die Kriminellen verschont und den politischen Gegner kriminalisiert“, schrieb einst der sowjetische Dissident Alexander Solschenizyn. Möglicherweise gilt dies nicht nur für den Kommunismus. Mit dem „Eugeniu-Botnari-Platz“ hat Berlin-Lichtenberg jedenfalls ein Zeichen gesetzt. Denn wie schon die alten Lateiner wussten: „Nomen est Omen“ – der Name ist Programm.

Regina Bärthel studierte Kunstwissenschaften und Germanistik. Sie leitete den Kommunikationsbereich verschiedener Kultureinrichtungen und veröffentlichte Texte zur bildenden Kunst. Heute ist sie als Journalistin und Essayistin tätig, unter anderem für die „Junge Freiheit“.

„Wir müssen reden!“ – IKG Bamberg lud zur Podiumsdiskussion über Antisemitismus ein

Die Israelitische Kultusgemeinde Bamberg lud Mitte Juni zu einer Debatte über Judenhass und Betroffenheit aus unterschiedlichen Perspektiven. Ein Gespräch von Simone Schermann (Historikerin und Journalistin JR, Freiburg i.Br.) mit Patrick Nitzsche (Antisemitismusbeauftragter der Stadt Bamberg), moderiert von Gerd Buurmann (Autor, Blogger, Moderator, Schauspieler und Regisseur, Köln) brachte unbequeme Themen auf den Tisch, die von unseren Medien gern verschwiegen werden. (JR)

Von Jaffa Lyn/ IKG Bamberg

„Wir müssen reden“

Die Israelitische Kultusgemeinde Bamberg lud Mitte Juni zu einer Podiumsdiskussion über das Thema Antisemitismus ein. Bekanntmachung und Einladung erfolgten rechtzeitig über vielfältige Medien. Zusätzlich wurden alle Stadtratsfraktionen noch einmal extra eingeladen. Man hielt Thema und Diskussion für aktuell und erforderlich.

„Tod den Juden! Tod Israel!“ mit diesen Aufrufen zogen Hunderte am Ostersamstag 2023 in Berlin bei einer „Palästinenser“-Kundgebung durch Neukölln und Kreuzberg.

Kurze Zeit später hingen in den Straßen von Neukölln antisemitische Plakate, die Raketenangriffe auf Israel verherrlichten und eine gewaltsame Auslöschung des jüdischen Staates forderten. Die Meldestellen sowie der Bundesbeauftragte gegen Antisemitismus Felix Klein, schlugen Alarm.

Ein Aufruf zum Aufstand der Anständigen, wie einst im Oktober 2000 vom damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder gefordert, bleiben aus. Solidaritätsbekundungen ebenfalls.

„Ach, schauen Sie doch, das schöne sonnige Wetter, da solltet ihr die Abende anders verbringen, denn keiner will immer über Juden reden. Das interessiert niemand!“ sagte die Ladenbesitzerin im freundlichen Ton, faltete den Einladungs-Flyer zusammen und steckte ihn in eine Schublade.

Eine Self-fulfilling prophecy? Vielleicht war es tatsächlich der wohlige Abend oder einfach nur Desinteresse - wir wissen es nicht. Aber wir sind es gewohnt, und Solidarität oder Empathie kann man schließlich nicht einklagen.

So waren an diesem Abend eine überschaubare Gruppe von ca 25 Personen in die Gemeinde gekommen. Von den persönlich durch den Gemeindevorsitzenden eingeladenen Stadträten war immerhin eine Dame von den Grünen anwesend.

Antisemitismus ist Hass auf Juden!

Als Hausherr der Jüdischen Gemeinde und Vertreter des Jüdischen Lehrhauses Bamberg begrüßte der 1. Vorsitzende Martin Arie Rudolph alle Anwesenden sehr herzlich und ermutigte das Publikum, sich aktiv in die Diskussion einzubringen. Und Diskussionsstoff gab es reichlich: Simone Schermann, Jüdin aus einer in mehreren Fällen direkt von Shoa und Flucht betroffenen Familie sowie israelische Staatsbürgerin, Historikerin, in Deutschland für einige mittlerweile so etwas wie eine „persona non grata“.

Warum? Ja, Simone Schermann ist wahrlich keine „Wohlfühljüdin“ - sie ist ganz und gar authentisch. Das entspricht freilich nicht den sonst allorts vom Mainstream hofierten



Gerd Buurmann, Patrick Nitzsche und Simone Schermann (v.l.n.r.)

„Quotenjuden“. Schermann nennt die Dinge beim Namen. So ist schon beim Wort „Antisemitismus“ klar, dass dieser Begriff mehr verschleiert, als konkret wiedergibt, worum es eigentlich geht: Hass gegen Juden! Dies griff auch Moderator Gerd Buurmann auf, indem er auf die Verwendung des Wortes „Antisemit“ als Selbstbezeichnung der pseudo-akademischen Judenfeinde Wilhelm Marr und später Heinrich von Treitschke und der „Antisemiten-Liga“ hinwies.

Dann ging es gleich zur Sache, als Schermann den Antisemitismusbeauftragten der Stadt Bamberg, Patrick Nitzsche, direkt mit der These konfrontierte, dass die schiere Tatsache der Existenz von Antisemitismusbeauftragten in Deutschland einer Kapitulation im überall angekündigten „Kampf gegen Antisemitismus“ gleichkäme. Dieser verkomme zum Feigenblatt der Politik. Und es verwunderte sie schon, fuhr sie fort, dass er als Antisemitismusbeauftragter sich in das Jüdische Gemeindeleben einmische. Dies sei eine Grenzüberschreitung, denn nur Juden könnten sich selbst definieren. Und sollten autark sein und sich selbst vertreten. Juden benötigen keine betreute Führung durch Antisemitismusbeauftragte.

Schermann verwies auf die Tatsache, dass trotz einer ständigen steigenden Anzahl von Antisemitismusbeauftragten dennoch die Zahl antisemitischer Vorfälle zunimmt. Es scheint so, als bestehe eine Korrelation? Wozu also

braucht man diese in Deutschland? Kann man so Judenhass verhindern, eindämmen, gar strafrechtlich verfolgen? Welche Person eignet sich? Wie sind die Anforderungen, die Aufgaben der Beauftragten? Was tun bei Untauglichkeit des Kandidaten? So, wie in Baden-Württemberg. Der Antisemitismusbeauftragte des Bundeslands, Michael Blume, steht auf der Antisemitismus-Liste des renommierten Simon Wiesenthal Centers 2021. Gleichzeitig wird er vom Zentralrat der Juden verteidigt. Die Vorwürfe seien „halb so schlimm“ oder gar nicht erkennbar. Es ist schon paradox - da wird ein Amt eingerichtet, damit Juden geschützt werden, stattdessen wird der Antisemitismusbeauftragte von Juden angeklagt und gleichzeitig von Juden verteidigt. Wozu in aller Welt brauchen wir Beauftragte gegen Judenhass?, fragt Schermann.

Jüdisch leben können nur Juden selbst

Dieser Aussage stellte sich Nitzsche insofern entgegen, als er eine pauschalisierte Sinnlosigkeit von Beauftragten für verfehlt halte, und betonte dafür, dass diese Stellen kein Feigenblatt oder Abladeplatz für Verwaltungen und Behörden sein dürften. Auch müssten „Beauftragte und ihre Arbeit individuell beurteilt und natürlich - wenn es zu Fehlern kommt - konstruktiv kritisiert werden“. Auch Fehlbesetzungen seien wie in allen anderen Arbeitsbereichen und Ämtern nicht ausgeschlossen. Eine pauschale Absage an Beauftrag-

te, die gegen Judenhass und als Unterstützer jüdischen Lebens ernsthaften Einsatz leisten, verschließe aber potentielle Türen und Möglichkeiten. Doch welche?, will Schermann wissen. So finde sie es schon sonderbar, dass er (Nitzsche) bei facebook die jüdischen Feiertage erkläre. Dies sei Sache der Jüdischen Gemeinde. Und entmündige sie! Wozu also brauche man Antisemitismusbeauftragte? Jüdische Leben fördern? Jüdisch leben können nur Juden selbst.

Beauftragte bräuchte es vielleicht nicht, wenn nicht viel zu lange der Hass gegen Juden von nichtrechten, also auch linken und muslimischen sowie aus der „sogenannten Mitte der Bevölkerung“ stammenden usw., Tätern gelehrt oder zumindest bagatellisiert worden wäre, erwiderte Nitzsche.

So gebe es erst seit kurzem aus der Not geborene Anlauf- und Meldestellen wie RIAS; wir befänden uns, so Nitzsche, nun eben erst in dieser frühen, „aber vielleicht schon zu späten Phase im Kampf gegen Judenhass“.

Einig waren sich alle darin, dass es klare Gesetze braucht, die eine konsequente Verfolgung von jüdenfeindlichen Tatbeständen überhaupt erst ermöglicht. Bisher ist die Gesetzeslage schwammig. Judenfeindliche Äußerungen laufen meist nur unter dem Tatbestand „Beleidigung“ und werden öfters eingestellt.

Kein Vertrauen in die Regierung
Schermann reagierte angesichts ihrer

Erfahrungen seit Kindheitstagen hier in Deutschland klar pessimistisch, weil sich seither im Grunde in all den Jahren gar nichts geändert habe, sie könne deshalb kein Vertrauen in die Regierung aufbringen.

Von klein auf habe sie wie alle Juden durch Schleusen gehen müssen, um in Deutschland „sicher“ zu sein. Aber was sei das für eine rein äußerliche und temporäre „Sicherheit“, wenn damit schon eine emotionale Sicherheit für Juden in Deutschland nicht geboten werden könne? Schließlich bedinge das eine doch grundlegend das andere. Zudem sei laut Schermann das Vertrauen vieler Juden in den Staat und wechselnde Regierungen eindrücklich zerrüttet worden; man denke nur an Martin Schulz oder Olaf Scholz (beide SPD) in Zusammenhang mit Mahmud Abbas: 2016 wurde Abbas im EU-Parlament tosend für seine Rede über Juden als Brunnenvergifter applaudiert, u. a. von Schulz, der sich bei Abbas auf Twitter für diese „inspirierende Rede“ gar bedankte; und vor weniger als einem Jahr hoffierte Kanzler Scholz eben jenen Abbas im Kanzleramt, wo dieser das Märchen von den „50 Massakern, 50 Holocausts“, die Israel an den „Palästinensern“ seit 1947 begangen habe, erzählen durfte, ohne dass Scholz widersprochen hätte – erst Stunden später gab er dem Druck der Medien nach und entschuldigte sich für das Geschehene.

Ganz zu schweigen von der Personalie Claudia Roth und der Documenta 15 in Kassel 2022 – ein bis heute ungesühntes Staatsversagen, das selbst bei sonst übervorsichtigen Zentralratspräsident Dr. Schuster für Entsetzen sorgte und bei uns weiterhin sorgt. Es sei ja, so Schermann, nicht so, als hätte man nicht Monate vorher schon gewarnt; doch Juden würden nun einmal immer noch nicht auf Augenhöhe behandelt. Nitsche stimmte dem vollumfänglich zu.

Nach mal hitziger, mal weniger scharf geführten Wortwechseln zwischen Nitsche und Schermann fasste Moderator Gerd Buurmann für alle

Anwesenden die im Kern erst einmal zu begreifende jüdische Identität treffend zusammen: „Eine Religion, ein Volk und eine Nation!“ Das bedeutet für Juden, auch und vor allen Dingen diejenigen in der Diaspora, dass sie sich einzig und allein auf Eretz Israel verlassen können – unabhängig von der eigenen praktizierten Religiosität.

Verdrehung der Tatsachen

Wenn deutsche Medien redundant und beinahe obsessiv immer wieder politische Themen aus Israel auf eine Weise „darstellen“ – immer natürlich mit dem erzieherisch erhobenen deutschen Zeigefinger –, dass in den allermeisten Fällen ein einseitiges und tendenziöses Bild von Israel beim Leser bzw. Zuschauer hängenbleibt, dann mag das deutsche Leitkultur sein, für uns Juden aber unerträglich.

Juden benötigen keine betreute Führung durch Antisemitismusbeauftragte.

Wenn Terroristen als „Freiheitskämpfer“ bezeichnet werden, dann müsse die Überschrift ja selbstverständlich lauten: „Israel erschießt X Palästinenser“. Fast nur mit Sehhilfe kann man dann eher beiläufig und im Kleingedruckten entziffern, dass die „Freiheitskämpfer“ zuvor israelische Zivilisten mit Waffen attackiert und erstochen hatten.

Nächstes Beispiel: Wenn in Berlin „Tod, Tod, Tod Israel! Tod den Juden!“ ungestraft skandiert wird, um der „Nakba“ (arab. Unheil, Katastrophe; gemeint: Niederlage der Araber im Israelischen Unabhängigkeitskrieg 1948) „würdig zu gedenken“ (Zeigefinger hoch!), da bleibt die Reaktion des deutschen Staates zunächst aus und hinkt allenfalls in einer späten Empörung hinterher. Und dies stets mit dem Hinweis, dass es eine deutsche Pflicht sei, nachdem was in Deutschland einst mit Juden geschah.

Man hat sich daran anscheinend schon gewöhnt, so wie an das ritualisierte Gedenken. Vor den Synagogen

stehe doch ein Polizeiauto, und dann gebe es im Notfall ja noch die guten Sicherheitsschleusen – Halle an der Saale (spätestens) sei Dank!

Kritik an der Gedenkkultur

Die fließend in das interessierte Publikum übergegangene Diskussion drehte sich mit Wortbeiträgen sowohl von Gemeindemitgliedern als auch Nichtjuden lange Zeit eben um das Thema Gedenkkritikale: Was man sich an einem 9. November in Deutschland wünsche, das seien gefügige Juden, die aus Quotengründen dankbar danebenstehen und die großen Anstrengungen der deutschen Politik preisen.

Blicken wir zur Reichspogromnachts-„Feier“ vergangenes Jahr in Bamberg: Der 1. Gemeindevorsitzende Rudolph hielt eine Rede über die

Antisemitismusbeauftragte von der Gemeinde schriftlich zu einer Stellungnahme und Einschätzung über die antisemitischen Inhalte des Schreibens aufgefordert.

Nitsche stellte fest, es handelt sich um einen eindeutig antisemitischen Akt.

Traurig und erschüttert

In der Gemeinde war man ratlos, entsetzt, traurig, erschüttert. Man darf nicht vergessen, dass wir einige Shoah-überlebende in der Gemeinde haben. Alt, einige über 90zig, aber sie wissen noch was ihnen und ihren Familien in den Ghettos angetan wurde. Ihre Eltern in Synagogen oder Scheunen bei lebendigem Leib verbrannt. Nun sind sie samt ihrem Vorsitzenden wieder schuld. Passen sich nicht an, die Juden.

Der Vorwurf - absurd.

Presse im In- und Ausland hat über diesen unsäglichen Vorfall und die Anklagen gegen unsere Gemeinde berichtet, so stellte etwa Alexander Kissler in der NZZ vom 14.02.2023 fest: „In Bamberg ist das Tischtuch zerschnitten“.

Die Ermittlungen wurden von der Staatsanwaltschaft zwischenzeitlich eingestellt, denn gemäß § 194 StGB fehlte der erforderliche Strafantrag von Martin Arie Rudolph. Wir haben darauf verzichtet.

Eine Dame gab unseren Vorsitzenden einen Ratschlag, er solle einfach etwas christlicher werden. Nein, dem gilt es zu widersprechen, wir sollen nur etwas mutiger werden wie Schermann, die Frau mit den „Heiligen Zorn“ in ihren Augen und Worten.

Die Podiumsdiskussion beendete der Gemeindevorsteher mit den Worten: „Wir Juden stehen mit dem Rücken zur Wand, immerhin ist hinter uns dann kein Abgrund.“

Auch Simone Schermann erklärte: „Nein, wir Juden brauchen keine ständige Belehrung“, und stieß damit auf ungeteilte Zustimmung im Saal. Eins blieb allen Beteiligten am Ende glasklar: Wir müssen weiter reden!

Gruppenvergewaltigungen: Jeder zweite Täter Ausländer mit oftmals islamischem Hintergrund

Die Bundesregierung hat eine abenteuerliche Theorie zu Gruppenvergewaltigungen: Der hohe Anteil ausländischer Tatverdächtiger in der Polizeilichen Kriminalstatistik würde sich vor allem daraus ergeben, weil diese „beispielsweise wesentlich wahrscheinlicher angezeigt werden“. Die Verharmlosung migrantischer und islamischer Gewalt und die Vertuschung der Herkunft der Täter zeigte sich unlängst wieder am Beispiel der Gruppenvergewaltigung einer 18-Jährigen in Spanien durch fünf „passdeutsche“ Türken. In den öffentlich-rechtlichen Mainstream-Medien wurde zunächst über „deutsche Mallorca-Urlauber“ berichtet und keine Silbe über ihren kulturellen Hintergrund, der zuerst aus der ausländischen Presse bekannt wurde, verloren. (JR)

Von Mario Thurnes

Der Anteil ausländischer Täter an Gruppenvergewaltigungen ist mehr als dreimal so hoch wie der Anteil von Ausländern an der Bevölkerung. Die Bundesregierung hat eine abenteuerliche Theorie, wieso das so sein könnte.

Im Jahr 2014 lag der Anteil von Ausländern an Tätern von Gruppenvergewaltigungen bei 37 Prozent. 2015 stieg er auf 46 Prozent an. Im vergangenen Jahr lag er bei 50 Prozent. Gleichzeitig lag der Anteil von Ausländern an der Bevölkerung zwischen 9,3 und 13,1 Prozent. Das geht aus einer Anfrage hervor, die Stephan Brandner und Martin Hess (beide AfD) an den Bun-

destag gestellt haben. Sie wollten von der Bundesregierung die Gründe dazu wissen.

Bundesregierung zitiert vier Jahre alten Bericht

Die Bundesregierung zitiert in der Antwort einen vier Jahre alten Bericht des BKA. Darin heißt es, die Zahl der von der Polizei ermittelten Tatverdächtigen sei nicht repräsentativ, denn das Dunkelfeld sei hoch. Dann folgt die abenteuerliche Theorie: „Es ist daher möglich, dass ausländische Tatverdächtige sich in der Polizeilichen Kriminalstatistik deswegen besonders häufig finden, weil sie beispielsweise wesentlich wahrscheinlicher angezeigt

werden.“

Warum werden ausländische Tatverdächtige wahrscheinlicher angezeigt? Und das gleich „wesentlich“. Sind die Opfer Rassisten? Oder die Polizisten? Nehmen Staatsanwälte keine Anzeigen gegen in Massen vergewaltigende Deutsche an? Das beantwortet die Bundesregierung nicht. Sie kleidet ihre verwegene Theorie ja auch in ein „Es ist daher möglich...“ ein. Was sie weiß, glaubt die Bundesregierung nur, weil sie etwas anderes nicht glauben will. Zudem weiß die Bundesregierung nicht, warum in der Statistik häufig türkische, syrische und afghanische Täter zum Opfer einer rassistischen Anzeigepaxis werden.

Aber es gibt auch Dinge, die die Bundesregierung weiß: „Selbst wenn tatsächlich die Täter beziehungsweise Täterinnen gemeinschaftlich begangener Vergewaltigungen besonders häufig keine deutsche Staatsangehörigkeit haben, darf dies nicht damit gleichgesetzt werden, dass die Herkunft die Tat begründet.“ Die Auffälligkeit komme wahrscheinlich daher, dass Ausländer unter Armen und Jugendlichen stark vertreten seien und diese Gruppen besonders anfällig für Straftaten seien.

Aktuell sorgt eine Gruppenvergewaltigung auf Mallorca für Schlagzeilen.

Dieser Artikel erschien zuerst bei Tichys Einblick.

Israelische Botschaft kennzeichnet und kritisiert die sogenannte Nahost-Expertin Muriel Asseburg als Antisemitin

Muriel Asseburg, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Stiftung Wissenschaft und Politik, diskutierte in einem Interview mit Tilo Jung, dem Gründer und Moderator des Interview-Formats „Jung & Naiv“, u.a. den „israelischem Kolonialismus“ im Westjordanland. Ihre Ausführungen waren derart haarsträubend, dass sie sogar der israelische Botschafter in Deutschland, Ron Prosor, in mehreren Tweets kritisierte. Muriel Asseburg betreibe „Antisemitismus im pseudoakademischen Milieu“, heißt es auf dem offiziellen Twitter-Account der israelischen Botschaft. (JR)

Von Dr. Deborah Ryszka

Seit Linke und Grüne unser Land regieren, ist unsere Gesellschaft „besser“ geworden. Nämlich: Bunter, diverser, weiblicher. Gleichzeitig sehen wir: antisemitische Vorfälle, Messerattacken und unbezahlbarer Wohnraum nehmen zu. Mann muss es in dieser Deutlichkeit sagen: Deutschland ist im Niedergang. Dass das eine mit dem anderen auf irgendeine Weise zusammenhängen könnte, kann selbstverständlich nicht sein. Wieso? Hierfür gibt es schlichtweg keinen Platz in der links-grünen Ponyhof-Fantasie. Denn dort gilt: „Was nicht sein darf, das existiert nicht“. Man kann, in Anlehnung an den „naturalistischen Fehlschluss“, von einem „moralischen Fehlschluss“ sprechen. Und dieser „moralische Fehlschluss“ zieht sich wie ein roter Faden durch das Leben der links-grünen Lastenradfahrer*innen.

Da wäre die schablonenhafte Denkweise: Der Mächtige ist immer der „Böse“ und der Schwache immer der „Gute“. Heißt konkret: Weil Männer grundsätzlich Frauen körperlich überlegen sind, müssen Frauen zwangsläufig das Opfer sein. Oder weil afrikanische Staaten weitgehend den westlichen Staaten hinterherhinken, soll das größtenteils die Schuld des Westens sein. Oder weil „Palästinenser“ Israelis unterlegen sind, liegt das Recht auf der Seite des vermeintlich Schwächeren. Der „alte, weiße Mann“ versinnbildlicht diese sehr einfach gefasste Logik (wenn man hier überhaupt von Logik sprechen kann).

Differenziertes Denken gefragt

Um Missverständnisse vorzubeugen: Selbstverständlich kann der Stärkere, Mächtigere oder Überlegene seine Macht missbrauchen. Viel zu oft geschieht das auch. Doch pauschal, alle in ein und denselben Täter-Topf, zu werfen, entspricht nicht den Tatsachen, ist aber bequem. Denn individuell, von Fall zu Fall, zu urteilen, erfordert mühevoll nachdenken – differenziertes und unvoreingenom-

menes dazu. Für manchen Zeitgenossen eine schier nicht zu bewältigende Aufgabe. Und das ist keine Frage des Willens. Sondern viel öfters eine von entsprechender Un-Bildung gepaart mit Intelligenz-Inkompetenz. Dazu hat unser Genosse noch alle Hände voll zu tun – nämlich mit der Rettung der Welt: Das Klima vor der menschengemachten Hölle, die Demokratie vor dem politischen „Rechts-Tsunami“ und die weißen Turnschuhe vor dem Produktionsende.

Das überfordert. Der links-grüne Journalist ist oft nicht nur Journalist, sondern auch Gesinnungs-Journalist. Der links-grüne Wissenschaftler dazu noch Wissenschafts-Aktivist. Und der links-grüne Theatermensch ist Theater-Oberlehrer. Da kann es schon einmal passieren, dass so einiges auf der Strecke bleibt. Wie die fachliche Expertise, das logische „Ursache-Wirkung“-Denken und der Bezug zur Realität. Schlimm. Und immer mehr dieses Menschentypus bekleidet wichtige gesellschaftliche Schlüsselpositionen. Das ist noch schlimmer.

Ein Beispiel hierfür ist Muriel Asseburg. Sie ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Internationale Politik und Sicherheit der Stiftung Wissenschaft und Politik. Laut eigener Homepage liegen ihre Forschungsschwerpunkte auf „Nordafrika und Mittlerer Osten“, hier unter anderem auf dem „Nahostkonflikt, Israel, Palästina“ usw. Im Jahr 2000 promovierte sie an der Ludwig-Maximilians-Universität München zum Thema: „Blockierte Selbstbestimmung: Palästinensische Staats- und Nationenbildung während der Interimsperiode (nach dem Oslo-I-Abkommen 1993)“.

Asseburg und ihre fragwürdigen Aussagen

Asseburg fällt stets mit fragwürdigen Aussagen und Positionierungen zum Nahostkonflikt auf. So kritisierte sie etwa eine Entscheidung des Bundestages im Jahr 2019. Damals verabschiedeten die große Koalition, die Grünen und die FDP den Antrag „Der BDS-Bewegung entschlossen

entgegenzutreten – Antisemitismus bekämpfen“. Nach Asseburgs Meinung jedoch könne man der „Boycott, Desinvestitionen und Sanktionen“-Bewegung (BDS-Bewegung) pauschal keinen Antisemitismus vorwerfen. Zudem würden ihre fragwürdigen Aktivitäten von der Meinungsfreiheit gedeckt.

Diese „Palästinenser“-Sympathie oder Israel-Antipathie gepaart mit, nennen wir es einmal, wissenschaftlicher Verwirrtheit, demonstrierte Asseburg wiederholt bei einem Interview mit Tilo Jung, dem Gründer und Moderator des Interview-Formats „Jung & Naiv“. Zwei Köpfe, eine Meinung trafen dort aufeinander: Weil Israel im Nahostkonflikt die Oberhand hat, sei es unhinterfragbar der Täter. Das fängt schon bei der abstrusen Diskussion an, ob im Westjordanland von „israelischem Kolonialismus“ gesprochen werden könne, was Asseburg durchaus bestätigt.

Zur Erinnerung: Am 5. Juni 1967 begannen die israelischen Luftstreitkräfte einen Präventivschlag gegen ägyptische Luftwaffenbasen. Zuvor hatte das ägyptische Oberhaupt, Gamal Abdel Nasser, der die israelische Souveränität immer noch nicht anerkannt hatte, die Kriegstrommel massiv erklingen lassen. Am 22. Mai desselben Jahres ließ er die Straße von Tiran für die israelische Schifffahrt sperren, zwang die United Nations Emergency Force-Missionstruppen der Vereinten Nationen (die den Frieden zwischen Ägypten und Israel regeln sollten) aus Sinai abzuziehen und verstärkte die Grenzen zu Israel mit 1.000 Panzern und 100.000 Soldaten. Ein recht eindeutiges Signal seitens Ägyptens an die israelische Regierung, die adäquat mit einem Präventivschlag am 5. Juni desselben Jahres konterte, der sich zu einem Krieg ausweitete. Im Zuge dessen gewann Israel die Kontrolle über das Westjordanland, Ostjerusalem, den Gazastreifen, die Golanhöhen und die Sinai-Halbinsel. Diese Ereignisse gingen als „Sechstagekrieg“ oder „Junikrieg“ in die Geschichte ein und prägen noch bis heute die geopolitische Situation vor Ort – und überfordern den ein oder anderen Kopf, was sein historisches Wissen beziehungsweise seine historische Einordnung angeht.

Ein absurder Vergleich

So wie der absurde „Palästina“-Ukraine-Vergleich, den der „Jung & Naiv“-Moderator im Verlaufe des Gesprächs eröffnet und Asseburg freudig aufgreift. Indem sie denjenigen Heuchelei vorwirft, die den ukrainischen Widerstand befürworten, jedoch „Palästinenser“ als Terroristen abstempeln. Unzulässigerweise wirft sie „Palästinenser“ und Ukrainer in einen Topf als „Freiheitskämpfer“. Hierzu ein Auszug im Wortlaut aus dem Interview: Tilo Jung (TJ): „Ist

das überhaupt rechtlich zulässig, dass 'ne Oma Molotowcocktails wirft?“, Muriel Asseburg (MA): „Ja, natürlich ist das zulässig“, TJ: „Ist das dann auch zulässig für 'ne Oma in Palästina?“, MA: „Meiner Ansicht nach ja.“, TJ: „Also keine Terroristin?“, MA: „Na, das hatten wir ja schon mal, ja?“ [...] Die Terroristin oder der Terrorist ist immer derjenige, der ...“, TJ: „... der Freiheitskämpfer der anderen Seite.“, MA: „Genau, aber es gibt natürlich ...“, TJ: „Hm.“, MA: „... diese Bezeichnung von Menschen als Terroristen, die man delegitimieren möchte, deren Anliegen man delegitimieren möchte.“ [...] TJ: „Aber wenn Hamas die israelische Armee angreifen würde, das ist die Besatzungsarmee, das wäre rechtmäßig?“, MA: „Meiner Ansicht nach ja. Israel würde sagen ‚Wir besetzen den Gazastreifen ja gar nicht mehr, wir sind gar nicht mehr Besatzer hier.“

Diese Täter-Opfer-Umkehr gipfelt im Laufe des Interviews noch weiter. TJ: „Aber die Abgeordneten sind doch alle schlaue Menschen. Die wissen doch wie die Lage ist. Dass die Israelis die Besatzer sind und die Palästinenser sind die Besetzten. Die kennen doch die Machtverhältnisse. Das wird dann einfach ignoriert, ausgeblendet?“, MA: „Nein, das wird überhaupt nicht ignoriert, das wird ...“, TJ: „Die müssen doch verstehen, dass man sich dann auf die Seite der Besatzer schlägt. Niemand erwartet, dass wir, Deutschland, auf der Seite der Unterdrückten, also der Palästinenser, auf deren Seite gegen die Israelis kämpfen. Das erwartet ja, glaub' ich, niemand, aber es muss doch verstanden werden, dass man sich dann auf der Seite der ... Das wäre ja so, als ob wir uns auf der Seite der Russen stellen würden.“

Zu allem Überfluss unterstellen, von Gelächter begleitet, die beiden den „Palästinensern“ den unbedingten Willen zu verhandeln, während das nicht im Interesse der Israelis liegen würde - und auch nicht im Interesse Deutschland oder internationaler Organisationen. TJ: „Wir wollen nicht, dass die Palästinenser sich gegen die Besatzung wehren?“, MA: „Nein. Wir wollen nicht.“

Um es über dieses Interview in den Worten Asseburgs zu sagen: „Das ist traurig“. Traurig zu sehen, wie politisch-historische Zusammenhänge aus dem Kontext gerissen werden. Traurig zu sehen, dass Experten Meinungen, aber keine Expertise besitzen. Und traurig zu sehen, wie fehlende Kompetenz durch ein ideologisches Weltbild ersetzt wird. Mit diesem Menschentypus im Schlepptau kann es nur heißen: Gute Nacht Deutschland.

Dr. phil. Deborah Ryszka, geb. 1989, M. Sc. Psychologie, freie Publizistin und Vertretungsprofessorin für Psychologie.

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTlich.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 85 Cent bei:

- Für jede Ausgabe – 3 Briefmarken;

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

Friedrich Merz flickt seine Brandmauer

Gäbe es eine Weltmeisterschaft im Zurückrudern, so wäre Friedrich Merz der aktuelle Anwärter auf den Weltmeistertitel. Nachdem der CDU-Chef angesichts des Umfragehochs der AfD eine Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene für möglich hielt, knickte er wieder unter dem Druck der Merkelianer aus seiner Partei ein. Was Friedrich Merz nicht zu verstehen scheint ist, was die meisten AfD-Wähler und Wahlinteressierten, die einst andere Parteien wählten, mit ihrem Votum sagen wollen. Sie wollen ohne Wenn und Aber eine Politik, die keinen für unseren Staat und seine Bürger suizidalen Einlass zumeist islamischer Rechtsverachtung und Gewaltbereitschaft fördert, sondern die sich am Wohle der Gemeinschaft orientiert und nicht an von jedem gesunden Menschenverstand verlassenem woken und suizidalen grün-linken Weltrettungsideologien. (JR)

Von Peter Grimm

Friedrich Merz hat schon manches Mal versucht, mit einer scheinbar klaren Ansage so zu tun, als würde er endlich einen Kurs abseits der wertebefreiten, aber dafür ideologieaffinen Linie der Merkel-CDU einschlagen wollen. Doch die Merkelianer mussten sich gar nicht lange empören, und Merz ruderte zurück. So war es gestern nun auch wieder. Zum Frühstückskaffee wurde der Nachrichtenkonsument noch mit der Meldung in den Tag begleitet, dass der CDU-Vorsitzende die strenge Abgrenzung zur AfD etwas aufweichen und seinen Parteifreunden künftig gestatten wolle, auf kommunaler Ebene mit gewählten Kommunalpolitikern aus der AfD zu reden und Sachpolitik zu betreiben.

Der Parteivorsitzende hatte offenbar erkannt, dass das nicht ganz zu vermeiden ist, wenn beispielsweise der direkt gewählte Landrat zu dieser bösen Partei gehört. Man könnte den Landrat als Kommunalpolitiker nun trotzdem demonstrativ schneiden, nur dürfte das der eigenen Gemeinde eher schaden als nutzen. Was sich viele Bundespolitiker inzwischen abtrainiert haben, ist bei Kommunalpolitikern noch weit verbreitet, nämlich die Überzeugung, dass man dem Gemeinwesen, für das man Verantwortung trägt, nicht um eines abstrakten Prinzips willen sehenden Auges Schaden zufügt. Deshalb loten Kommunalpolitiker schon länger Kooperationsmöglichkeiten aus.

In der Lebenswelt der mental zumeist eher im urbanen Raum beheimateten Vertreter von Parteiapparaten und Medienhäusern bemerkt man das vielleicht nicht, aber im Interesse der eigenen Gemeinde, der eigenen Stadt oder des eigenen Landkreises hat man sich parteiübergreifend von Brandmauern längst verabschiedet. Vielerorts hat deshalb niemanden überrascht, womit Bild allenfalls die Leser schockierte, die glauben, eine solche Brandmauer würde noch 50 oder 100 Jahre halten:

„Kooperationen auf kommunaler Ebene mit der AfD gibt es seit Längerem.“

- In Sachsen bildete ein parteiloser Grünen-Gemeinderat aus der Gemeinde Gohrisch mit zwei Gemeinderäten von AfD und CDU sogar eine Fraktion.

- In Waren/Müritz stimmten SPD, Linke und Grüne einem AfD-Antrag über die Bewirtschaftung der kommunalen Wälder zu.

- Im Dezember 2022 stimmte die SPD in Hildburghausen (Thüringen) mit der AfD für ein Abwahlverfahren gegen den Bürgermeister der Linken.

- Sogar auf Landesebene stimmten bereits Vertreter etablierter Parteien mit der AfD. Im September 2020 beantragte die Baden-Württemberger SPD im Landtag, die Duldung integrierter Asylsuchender zu prüfen. Dagegen stimmten die Grünen gemeinsam mit CDU und AfD. Der Antrag scheiterte.“

Wer dies morgens las und sich dachte, dass Friedrich Merz vielleicht im Interesse vieler Parteifreunde aus der



CDU-Chef Friedrich Merz

Kommunalpolitik etwas gar nicht so Unvernünftiges gesagt hat, hätte sich diese Gedanken sparen können. Angesichts der erwartbaren Empörung der erwartbar Empörten ruderte der CDU-Vorsitzende bereits zurück, bevor der durchschnittliche deutsche Medienkonsument überhaupt bei seiner Mittagspause angekommen war. Auch zuvor hatte er ja mitnichten den Fall der Brandmauer zur AfD verkündet, sondern sie nur fürs Kommunale etwas öffnen wollen. Immer wieder hatte er betont, auf Landes- und Bundesebene würde er weiter darüber wachen, dass niemand auf Kooperationsgedanken käme.

„Immer Feind“

Statt nun seine innerparteilichen Kritiker aus der Merkel-Ecke darauf hinzuweisen und einen kleinen eigenen Akzent ein einziges Mal zu verteidigen, musste Merz unbedingt wieder zurückrudern. Offenbar lässt sich der große Vorsitzende der (noch?) größten Oppositionspartei von solch markigen Worten beeindrucken, wie sie eine Parteifreundin, die Bundestags-Vizepräsidentin Yvonne Magwas, schrieb: „Ob Ortschaftsrat oder Bundestag, rechtsradikal bleibt rechtsradikal. Für Christdemokraten sind Rechtsradikale IMMER Feind!“

Klingt ebenfalls schön radikal (oder darf man sagen „populistisch“?), aber Frau Magwas, die eigentlich aus der vogtländischen Provinz stammt, scheint nicht mehr zu wissen, was Großstädter wie ich erst lernen mussten, nämlich dass im Ortschaftsrat der engagierte Nachbar meist nicht plötzlich zum „Feind“ wird, nur weil er der „falschen“ Partei angehört. Lustig war auch die Reaktion des bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzenden Markus Söder. Ausgerechnet dieser Meister im Meinungswechsel

ließ verlauten, er sei „nicht bereit, den Anstand und das Gewissen der CSU zu riskieren“ für ein oder zwei Prozent zusätzlich in Umfragen. Immerhin wissen wir jetzt, dass Markus Söder die Begriffe Anstand und Gewissen zwar aus seinem politischen Leben, aber noch nicht aus seinem Wortschatz verbannt hat.

Doch zurück zu Merz, der solchen Reaktionen nicht einmal ein paar Stunden lang standzuhalten vermochte, sondern twitterte: „Die Beschlusslage der CDU gilt. Es wird auch auf kommunaler Ebene keine Zusammenarbeit der CDU mit der AfD geben.“

Wer zu den Mitbürgern mit einer etwas höheren Zahl an Jahresringen gehört, wird sich denken können, was als Nächstes kommt. Es wird ein Satz sein wie: Eine Zusammenarbeit mit Kommunalpolitikern, die der AfD angehören, ist aber nicht zwingend eine Zusammenarbeit mit deren Partei. Die Älteren kommen deshalb auf solche Gedanken, weil sie vor mehr als 25 Jahren schon einmal erlebt haben, wie eine zunächst eherne Brandmauer fiel, was auch mit dem Bekenntnis zu rein kommunaler Zusammenarbeit begann. Damals ging es um die mögliche Kooperation der SPD mit der im Osten starken SED-Nachfolgepartei, die sich seinerzeit noch PDS nannte.

Die kommunale Zusammenarbeit galt gewogenen Medien und vielen Parteifunktionären als Beweis dafür, wie pragmatisch-demokratisch man doch mit Genossen arbeiten kann, deren Partei die führende Kraft einer erst wenige Jahre zuvor gestürzten Diktatur war. Bereits 1994 wurden die SED-Nachfolger als Mehrheitsbeschaffer für eine rot-grüne Landesregierung in Sachsen-Anhalt ins Boot geholt. Im November 1998 durften die SED-Erben in Mecklenburg-Vorpommern erstmals in einer Demokratie mitregieren. Mit Brandmauern zur

einzigsten noch existierenden deutschen Partei, die die führende Rolle in einer Diktatur innehatte, hielt man sich im rot-grünen Lager nicht allzu lange auf. Inzwischen denkt man ja sogar in der CDU über Koalitionen mit den SED-Erben nach. In der DDR hatte die Blockpartei CDU auch an der Seite der SED gestanden – die Geschichte hat offenbar einen Sinn für speziellen Humor.

„Wir versuchen, Normalisierung ins Geschäft zu bringen.“

Aber wieder zurück zu Friedrich Merz, der gerade mit der Brandmauer nach rechts stärker beschäftigt ist als mit der Brandmauer nach links. Vielleicht hilft ihm ja beim Reden und Schreiben in dieser schweren Zeit eine kleine Zeitreise in das Jahr 2000. Damals dachte die SPD unter Kanzler Gerhard Schröder vorsorglich über weitere Koalitionsoptionen im Bund nach. Was lag da näher als die PDS. Das galt seinerzeit sogar für viele Sozialdemokraten noch als anstößig. Und die Annäherungsversuche an die SED-Erben musste der damalige SPD-Generalsekretär Franz Müntefering nun im Deutschlandfunk in gute Worte kleiden. Wie dieser Genosse die Nachfragen pariert hat, davon kann Friedrich Merz vielleicht noch etwas lernen. Wobei Müntefering natürlich mehr Zeit zum Nachdenken hatte. Sofort auf Twitter reagieren, musste er nicht, denn das Twitern begann erst im Jahr 2006.

Am Wohl des Gemeinwesens orientiert

Inzwischen gibt es in Thüringen einen Ministerpräsidenten der SED-Erben mit SPD und Grünen als Juniorpartner, der auch von der CDU mit an der Macht gehalten wird. Nur der Vollständigkeit halber: Der Autor dieser Zeilen fand es seinerzeit verheerend, dass eine Partei, die allein schon materiell immer noch von der Diktatur profitierte, für die sie verantwortlich war und dafür nie haftbar gemacht wurde, so schnell wieder Zugang zur Macht bekam. Doch egal wie man das bewertet hat oder heute bewertet, auch diese Erfahrung, wie wenig Brandmauern am Ende wert sind, ist einer der Gründe, warum gerade viele Ostdeutsche die heutigen Brandmauerschwüre nicht ernst nehmen.

Bei der AfD ist der große Zuspruch nicht auf den Osten beschränkt. Und egal ob Merz entsprechendes zur AfD sagt oder wie oft er noch zurückrudert – letztlich geht es nicht darum. Es geht darum, dass endlich einer anfangen muss, mit praktischer Politik zu zeigen, dass er ernst nimmt, was die meisten AfD-Wähler und Wahlinteressierten, die einst andere Parteien wählten, mit ihrem Votum sagen wollen. Sie wollen eine Politik, die sich erkennbar und spürbar zuerst am Wohl des Gemeinwesens orientiert und nicht an Weltrettungsideologien. Wer das liefert, muss sich keine Gedanken um die Gestaltung von Brandmauern machen.

Dieser Artikel erschien zuerst bei achgut.com

Die antizionistischen Äußerungen der DIG

Unter ihrem Präsidenten Volker Beck positioniert sich die Deutsch-Israelische Gesellschaft (DIG) zunehmend antizionistisch. In einer tendenziellen Pressemitteilung nimmt Volker Beck den deutschen Botschafter in Israel, Steffen Seibert, in Schutz und verunglimpft die engagierten jüdischen Demonstranten vor der Botschaft. Die zionistischen Demonstranten haben ihren Unmut über die israelfeindlichen Umtriebe des Botschafters kundgetan und auf die Finanzierung terrornaher Organisationen mit deutschen Geldern hingewiesen. Steffen Seibert musste vom israelischen Außenministerium sogar für seinen Schulterchluss mit judenfeindlichen Organisationen abgemahnt werden, was zu einem Tiefpunkt in der deutsch-israelischen Beziehungen geführt hat. (JR)

Von Yonatan Shay

Vor etwa einem Monat, an einem warmen Sommertag, ereignete sich in der Luxusresortstadt Herzliya (die Stadt meiner Kindheit, in der ich aufgewachsen bin, sie liegt nördlich von Tel Aviv) ein historisches Ereignis, das auch einen Wendepunkt in den Beziehungen zwischen Israel und Deutschland markiert. Zum ersten Mal in rund 60 Jahren diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und Deutschland trafen etwa 20 zionistische Demonstranten vor der Residenz des deutschen Botschafters in Israel, Steffen Seibert, um gegen sein subversives und feindseliges Verhalten gegenüber Israel, sowie seine skandalösen und unangebrachten Äußerungen, durch welche viele Israelis beleidigt worden sind, zu protestieren.

Wie es zu erwarten war, wurde es in der öffentlichen Berichterstattung zum Schutz der sich in den letzten Jahren stark verschlechterten israelisch-deutschen Beziehungen kaum erwähnt. Dennoch sorgte die Aktion zweifellos für großes Aufsehen. Der Protest am Eingang der Botschaftsresidenz war ausgesprochen lautstark und störte den Ablauf eines Empfangs mit der Anwesenheit dutzender wichtiger Gäste, der anlässlich des 60. Jahrestages der Israel-Studienreisen der BPB im Garten stattfand, erheblich.

Steffen Seibert entehrte wichtige israelische Feiertage

Es ist wichtig anzumerken, dass Botschafter Seibert es in weniger als einem Jahr im Amt geschafft hat, die israelische Gesellschaft an mehreren ihrer wichtigsten und sensibelsten Punkte zu beleidigen. Und zwar mit einem Mangel an Taktgefühl, der ihn sogar dazu brachte, als erster deutscher Botschafter in Israel vom israelischen Außenministerium aufgrund seines Verhaltens gerügt zu werden (wie Kanal 14 in Israel berichtete).

Seibert entehrte einen der wichtigsten Feiertage im israelischen Kalender, indem er als einziger hochrangiger europäischer Diplomat an einer „gemeinsamen Gedenkfeier“ für gefallene IDF-Soldaten und „palästinensische“ Terroristen, die bei ihrem Versuch, Juden zu ermorden, umkamen. All dies an Yom Hazikaron, dem offiziellen Staatsgedenktag für Opfer (sic!) von Terroranschlägen und gefallene Soldaten.

Er entehrte auch Yom Haazmaut, den israelischen Unabhängigkeitstag, den glücklichsten Tag im zivilen Kalender Israels, als er mit „seinem Erfolg“ prahlte, sichergestellt zu haben, dass beim Überflug der Flugzeuge der israelischen Luftwaffe mit Flugzeugen anderer Militärs zu Ehren des israelischen Unabhängigkeitstages über Israel das deutsche Flugzeug die Formation verlässt, sobald die Route im Himmel über Judäa und Samaria verläuft, die in seiner antizionistischen Sichtweise als „besetzte palästinensi-



Im Juli versammelten sich zionistische Demonstranten vor der deutschen Botschaft in Tel Aviv.

sche Gebiete“ gelten.

Darüber hinaus kritisierte Seibert wenige Stunden vor Beginn des Internationalen Holocaust-Gedenktags am 26. Januar 2023 auf Twitter die israelischen Sicherheitskräfte nach einer notwendigen Operation in der Terrorstadt Dschenin, bei der „palästinensische“ Terroristen mit jüdischem Blut an den Händen getötet wurden. Mit großer Arroganz und Gefühllosigkeit forderte er die israelische Armee auf, gegenüber den Terroristen Zurückhaltung zu üben.

DIG positioniert sich

All dies tangierte die Deutsch-Israelische Gesellschaft DIG (die größte proisraelische Organisation in Deutschland) überhaupt nicht. Seit dem letzten Jahr unter der Präsidentschaft des Grünen-Politikers Volker Beck (der von seiner Partei seit 2017 nicht mehr auf einer aussichtsreichen Listenplatzierung für den Bundestag aufgestellt wurde und Drogenskandale hatte) tut sie alles andere, nur nicht den jüdischen Staat und seine Interessen in Deutschland zu unterstützen. Dabei boykottiert sie die zionistisch-konservative Mainstream-Gesellschaft in Israel und baut währenddessen Verbindungen zu radikalen und marginalen Mindermeinungen in der israelischen Gesellschaft auf. Die DIG bewies in einer Pressemitteilung, die am Tag nach der Demonstration vor der Residenz des Botschafters mit, für die DIG ansonsten ungewöhnlich, außerordentlicher Geschwindigkeit veröffentlicht wurde, dass sie zu einer gut geölten Propagandamaschine gegen den Staat Israel geworden ist, deren Ziel es ist, die Mehrheit der zionistisch-konservativen Meinungen in Israel zu dämonisieren.

Volker Beck, bekannt für seine Abgabe von Statements ohne breite Zustimmung innerhalb der DIG und ohne Rücksprache mit weiteren Mitgliedern des DIG-Präsidiums, hat es erneut getan, dieses Mal in eklatanter Dämonisierung und fest auf der Seite der Israelhasser. Viele Beiträge der DIG insbesondere auf Facebook und X (früher Twitter) deuten angesichts der Rechtschreib- und Zeichensetzungsfehler daraufhin, dass Beck sie persönlich verfasst. Beispielsweise werden in den letzten Monaten die offiziellen Social-Media-Kanäle der DIG genutzt, um gegen andere DIG-Mitglieder zu hetzen, die durch ihre Unterstützung für Israel und ihre jüdischen Kooperationspartner Beck nicht gefallen. Die neuerliche Boykottierung von Yonatan Shay durch die DIG, als Führungskraft der größten und einflussreichsten zionistischen Bewegung in Israel, nach vielen Jahren beispielhafter und außerordentlich erfolgreicher Zusammenarbeit zwischen dem Verfasser dieses Texts und der DIG in den vergangenen Jahren, war das Ergebnis einer undemokratischen und politischen Haltung von Volker Beck, der offiziell behauptete, die Entscheidung sei im Präsidium einstimmig getroffen worden. Dies steht auch so im Protokoll der fraglichen Präsidiumssitzung, eine Begründung oder Diskussion hierzu lässt sich diesem jedoch nicht entnehmen.

In Wirklichkeit sagen mindestens vier Mitglieder des DIG-Präsidiums, dass sie nichts von der Entscheidung wussten. Aras-Nathan Keul (Präsidiumsmitglied und ehemaliger Chef des Jungen Forums) erläutert, dass er Yonatan Shay und die Im Tirtzu Bewegung auf der Präsidiumssitzung sogar unterstützt habe.

Auch im Fall der Verurteilung des Protests vor Seiberts Residenz scheinen alle Mittel kosher zu sein, um die Teilnehmer der polizeilich genehmigten Demonstration zu delegitimieren, die ihrer Frustration über Deutschlands Politik gegenüber Israel 77 Jahre nach dem Holocaust Ausdruck verliehen.

Becks Darstellungen der vermeintlichen Gründe der Demonstration vor der Residenz des Botschafters in der Presseerklärung sind folglich fein säuberlich in vier Teile gegliedert:

A. Unterstützung für Galit Distel Atbaryan, Ministerin für Hasbara, die Ministerpräsident Netanjahu sehr nahesteht und Deutschland vorwarf, gemeinsam mit u.a. dem Iran die Demonstrationen gegen die Justizreformreform mitzufinanzieren.

B. Kritik an der Teilnahme des deutschen Botschafters in Israel an der beschämenden Gedenkzeremonie für Terroristen, die Juden und IDF-Soldaten getötet haben (wobei auch die veranstaltende linksradikale Organisation „Combatants for Peace“ aus deutschen Steuergeldern mitfinanziert wird).

C. „Die deutsche Finanzierung von Organisationen in Israel“ (wobei Beck nicht näher erläutert, um welche Organisationen es sich dabei handelte).

D. Deutsche Finanzierung der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde und weitere internationale Anti-Israel-Organisationen.

Verurteilungen ohne Substanz

Nun sollte die Millionen-Dollar-Frage gestellt werden: Woher weiß Herr Volker Beck, was die Beweggründe von fünf zionistischen Organisationen waren, deren Namen er überhaupt nicht

kennt, zur Residenz des Botschafters zu kommen und dort zu demonstrieren? Hat er Partner oder "Maulwürfe" in diesen Organisationen? Und wenn ja, warum hat er in seiner Presseerklärung nicht die Namen der Organisationen genannt, sondern sie alle nur abfällig und in Deutschland negativ konnotiert als „rechte Demonstration“ bezeichnet?

Lassen Sie uns also die Fakten überprüfen, die Herr Beck ausgelassen hat, als er eine „Amok“-Erklärung mit scharfen Verurteilungen unschuldiger Juden verfasste, die nur gegen eine Verletzung ihrer Ehre und der Ehre ihres Landes protestieren wollten, um dem deutschen Außenministerium zu gefallen, das die DIG finanziert (über 92 %), die Beck anführt:

Tatsächlich behauptete Ministerin Distel Atbaryan, dass sowohl deutsche als auch iranische Gelder die Proteste in Israel finanzieren, und das wurde auch in Israel und auf der ganzen Welt kritisiert, aber was Volker Beck in der Erklärung vergessen hat zu erwähnen, kann überraschend sein – sie ist offenbar auch rechts(!), wenigstens teilweise.

Daher ist wohl automatisch jede Unterstützung der Verurteilung des Botschafters und jede Kritik an den Protesten gegen die Justizreform schändlich, zumindest für Beck (und alle Mitglieder der DIG, in deren Namen der Brief geschrieben wurde). In den ersten zwei Monaten der Demonstrationen gegen die Justizreform von Minister Yariv Levin, die im ganzen Land stattfanden, wurden diese von linksradikalen antizionistischen Organisationen finanziert und organisiert, die ihrerseits nachweislich von ausländischen Regierungen finanziert werden.

Deutsche Unterstützung für den Iran

Zusätzlich zu Becks falscher Anschuldigung nannte er zwei weitere Dinge, die jeden wahren Unterstützer Israels in Deutschland beunruhigen sollten:

Offensichtlich war Volker Beck in seiner Erklärung absolut schockiert und entsetzt über die Gleichsetzung Deutschlands und Irans, einer der ärgsten Feinde Israels, in der Behauptung der Ministerin. Und was hat Herr Beck schon wieder vergessen? Immerhin ist Deutschland selbst der ultimative Unterstützer des antisemitischen Terrorregimes im Iran. Dies konnten wir in den letzten Jahren in mehreren Fällen beobachten:

Sigmar Gabriel war der erste hochrangige westliche Minister, der nur wenige Tage nach der Aufhebung der Sanktionen gegen den Iran durch die Obama-Regierung im Rahmen des Atomabkommens von 2015 in Teheran landete; Außenminister Heiko Maas entwickelte den kompromisslosen Versuch, einen Umgehungsmechanismus für die von der Trump-Administration gegen das iranische Ayatollah-Regime verhängten Sanktionen zu schaffen; Präsident Steinmeier schließlich gratulierte dem iranischen Regime mehrfach anlässlich des Jahrestages der islamischen Revolution, die den Iran zu dem dunklen, grausamen und antisemitischen Land gemacht hat, das es heute ist (und zudem rollte er den roten Teppich für abscheulichen Islamisten, die Führer des Iran, aus, als sie zu einem offiziellen Besuch nach Deutschland kamen).

Nun, Volker Beck, wenn der Iran ein entschiedener Feind Israels ist und Deutschland den Iran wirtschaftlich und politisch fördert, darf dann viel-



Israelis kritisieren die Einmischung Deutschlands in innere Angelegenheiten.

leicht eine israelische Ministerin in ihrer Aussage Deutschland mit dem Iran vergleichen? Hat sie vielleicht als Jüdin, die durch die für sie feindseligen Aktionen der Deutschen verletzt wurde, ein Recht darauf?

Protest ist an den Botschafter adressiert

Überall auf der Welt finden Demonstrationen vor Botschaften statt, wenn die Zivilgesellschaft Kritik an der feindseligen Haltung der Innen- oder Außenpolitik des Entsendelandes übt. Beispielsweise gab es in Berlin zahlreiche Protestaktionen vor der russischen Botschaft in Bezug auf den Krieg in der Ukraine. Die einzige Adresse für Kritik an der feindseligen Politik gegenüber dem jüdischen Staat und der Unterstützung für Israels schlimmste Feinde ist das deutsche Außenministerium! Das Ministerium, welches den Botschafter anstellt und die Rechtsaufsicht ausübt und die Politik der Botschaft festlegt. Gegen wen erwartete Herr Beck also, dass die Zivilgesellschaft in Israel ihre Frustration zum Ausdruck bringen würde? Vor der Luxemburger Botschaft? Dies ist einfach eine erschreckende Ignoranz von Herrn Beck.

In einer scharfen Wendung zur Wahrheit, sagt die Pressemitteilung Becks, ein weiterer Grund für die historische Demonstration vor der Residenz des Botschafters sei das aktuell heißeste Thema im rechtskonservativen Lager in Israel – die deutsche Finanzierung der antizionistischen Propagandaorganisationen der radikalen Linken in Israel. Und hier hat Beck tatsächlich recht.

Abgesehen von den feindseligen und dreisten Aktionen des Botschafters im letzten Jahr war dies das Hauptthema des Protests. Wenn radikale und absolut marginale Organisationen in der israelischen Gesellschaft, von denen die meisten einen BDS-ähnlichen Boykott Israels unterstützen, entsprechend der Anzahl falscher antiisraelischer Berichte Gelder erhalten, wie zum Beispiel "Breaking the Silence" (die für jede Aussage eines ehemaligen Soldaten, der behauptet, Gewalttaten begangen oder „die Menschenrechte“ von „Palästinensern“ verletzt zu haben, eine stattliche Bezahlung erhalten) oder „Betzelem“ (die für jede Untersuchung von Siedlergewalt oder vermeintliche Menschenrechtsverletzungen durch die israelische Armee eine stattliche Bezahlung erhalten), ist das für Volker Beck kein Problem. Also sollten jetzt möglicherweise alle wahren Israel-Liebhaber in Deutschland austreten und ihre Mitgliedschaft

in der DIG kündigen, bis die Organisation von einer zionistischen Persönlichkeit geleitet wird, die dieser Position würdig ist (gemäß dem Aufruf des bekannten israelischen Journalisten Eldad Beck, nachdem Volker Beck die Justizreform in Israel mit der sogenannten „Orbanisierung Ungarns“ gleichsetzte).

„Zähmung“ statt Unterstützung

Zu erwähnen ist weiterhin, dass dies kein kleines Phänomen ist – nach Angaben der Rechercheabteilung der Im Tirtzu-Bewegung flossen im Jahrzehnt zwischen 2012 und 2021 über 154 Millionen Schekel vom deutschen Steuerzahler für linksradikale antizionistische Organisationen dieser Art nach Israel! Deutschland steht damit weltweit an erster Stelle, wenn es um öffentliche Gelder geht, die offensichtlich der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Israels und der Anfachung des Konflikts im Nahen Osten dienen (während die EU mit etwa 20 % an zweiter Stelle im Budget vieler linker israelischer Organisationen steht).

Tatsächlich glaubt Volker Beck, dass der moderne israelische (Zabar) Jude noch nicht reif genug ist, um in seinem Land souverän zu sein, und dass er die komplette Unabhängigkeit noch nicht verdient. Daher müsse er einen Babysitter oder deutschen Aufseher haben, um sicherzustellen, dass er weiß, wie er sich gut zu benehmen hat, wenn er versucht, in einer der gewalttätigsten und grausamsten Regionen der Welt zu überleben (da Israel von totalitären muslimischen Ländern umgeben ist, die es zu zerstören beabsichtigen). Becks Unterstützung für die Finanzierung dieser antiisraelischen Propagandaorganisationen (wobei die Selbstbetitelung „Menschenrechtsorganisationen“ eine Beleidigung der Intelligenz der Leser darstellt) ist im Grunde die Verkörperung des Antizionismus und des Wunsches, Israel zu zähmen, anstatt es zu unterstützen.

Schließlich ist es eindeutig, dass Seibert kein wahrer Freund Israels ist, und wenn er wirklich einer wäre, warum ist er dann der erste deutsche Botschafter in der Geschichte der deutsch-israelischen Beziehungen, vor dessen Residenz eine lautstarke Demonstration stattfand? Seine Aussagen und Taten sprechen für sich. Das Besorgniserregendste an dieser ganzen Geschichte ist die Entmenschlichung und Delegitimierung, die Volker Beck den Demonstranten gegenüberbringt, die an der Residenz der Botschaft demokratisch und friedlich demonstrierten. Dies liegt daran, dass er ihre

Frustration über die feindselige Politik Deutschlands gegenüber Israel fast 80 Jahre nach dem Holocaust offensichtlich nicht versteht. Laut Beck handele es sich um eine rein „rechte Demonstration“, nicht von Menschen mit persönlichen Geschichten, und Vertretern zionistischer Organisationen, die unter der eklatanten und feindseligen Einmischung Deutschlands in die inneren Angelegenheiten Israels stark gelitten haben.

Wo bleibt die Anteilnahme mit Israel?

Was ist mit der Tochter (Leutnant Shir Hajaj, IDF Offizierin) der hinterbliebenen Eltern Merav und Herzl Hajaj (die Leiter des Choosing Life Forums), die in Jerusalem bei einem Terroranschlag mit 21 Jahren ermordet wurde? Deutsches Steuergeld wurde verwendet, um die Gerichtskosten des Terroristen und dessen Familie zu zahlen.

Was ist mit einem weiteren Demonstranten, Liran Baruch (Leiter des Forums Kriegsversehrter für die Sicherheit Israels), ein IDF-Veteran, der während einer Militäroperation in Ramallah sein Auge verlor, während deutsche Steuergelder die weiteren Aktivitäten der PLO und „Palästinensischen“ Autonomiebehörde dort finanzieren?

Was ist mit der Menschenrechtsaktivistin Sheffi Paz (Leiterin der Front zur Befreiung Süd-Tel Avivs), die sich ebenfalls dem Protest anschloss, da sie wegen der vielen Raubüberfälle und Vergewaltigungen nachts an viele öffentliche Orte in Süd-Tel Aviv nicht gehen kann, weil deutsches Geld in Millionenhöhe zugunsten von Kampagnen zur Einwanderung illegaler Migranten aus Afrika investiert wurde, die die Haupttätergruppe dieser Delikte sind?

Was ist mit Dr. Naftali Hirschl, der vor einem Jahr im Alter aus der antisemitischen Bundeshauptstadt Berlin nach Israel emigrierte, nur um herauszufinden, dass mit deutschen Steuergeldern das Schüren des Konflikts im Nahen Osten vorangetrieben wird, anstatt den aktuellen Antisemitismus in Deutschland zu bekämpfen?

Herr Botschafter Seibert weigerte sich nicht nur, zu diesen Israelis zu gehen, sie zu respektieren und mit ihnen auf Augenhöhe zu sprechen (so wie er es tat, als vor zwei Monaten eine Reihe linksradikaler Aktivisten in Israel in sein Büro in der deutschen Botschaft in Tel Aviv kamen und Deutschland um Hilfe baten, um „die israelische Demokratie zu retten“), sondern beschwerte sich über die Lautstärke, die sie bei der Demonstration verursachten. Stattdessen ordnete er an, bei dem Empfang die Begrüßungen und Reden zu überspringen und lotste die Gäste direkt zum reichlichen Buffet. Sowohl aus der Sicht Volker Becks als auch aus der Sicht Seiberts sind die Teilnehmer des Protests offensichtlich keine Menschen, zu denen es sich lohnt, hinauszugehen und zu versuchen, sie zu verstehen. Das sind alles jüdisch-israelische „Rechtsextreme“.

Tatsächlich reicht ein kurzer Satz aus, um die wahren Gründe einer Person zu enthüllen, die nicht tatsächlich die ist, für die sie sich ausgibt. Gibt es wirklich eine vernünftige Person, die nach der Lektüre der DIG-Presseerklärung glaubt, dass Volker Beck immer noch ein Freund an der Seite Israels ist, dem Israels Wohl am Herzen liegt? Ich bin mir ziemlich sicher, dass die Antwort auf diese Frage klar und eindeutig ist.

Antwort an Sawsan Chebli – Warum Meinungsfreiheit keine Gewalt ist und wie wir sie verteidigen können

„LAUT: Warum Hate Speech echte Gewalt ist und wie wir sie stoppen können“, so heißt das neue Buch der SPD-Politikerin Sawsan Chebli. Der engagierte Autor und Schauspieler Gerd Buurmann möchte daher ebenfalls laut werden und erklären, warum Kritik per se kein Hass ist und warum vor allem die Meinungsfreiheit als übergeordnetes Gut gegenüber intoleranten Religionen wie beispielsweise dem Islam verteidigt werden muss. Cheblis einseitige Einlassung, die sie im umgekehrten Falle ganz offensichtlich nicht gelten lässt, scheint nichts anderes zu bezwecken als die Diffamierung, wenn nicht gar das Verbot jeglicher berechtigter Islamkritik. (JR)

Von Gerd Buurmann

„Über neunzig Prozent meiner Anzeigen laufen ins Leere. Ich krieg’ immer von den Gerichten zurück, der Täter ist nicht ermittelbar oder das handelt sich um eine Meinungsfreiheit und vieles mehr, und das muss endlich ein Ende haben, damit Menschen sich auch im Netz frei bewegen können.“

Das sind die Worte von Sawsan Chebli aus der Tagesschau vom 11. April 2023. Eine deutsche Politikerin erklärt offen, dass die Meinungsfreiheit endlich ein Ende haben muss. Ich sage laut: Nein! Die Meinungsfreiheit ist unser höchstes Gut und muss verteidigt werden.

Sawsan Chebli behauptet, Meinungsfreiheit schließe keine Hassreden und keine Falschaussagen ein, aber genau das tut sie. Es ist die exakte Definition von Meinungsfreiheit, dass auch falsche Meinungen geäußert werden dürfen.

Was soll das überhaupt sein, Hassrede? Jeder Mensch hasst irgendwas. Ich zum Beispiel hasse Nazis und diese Meinung darf ich frei äußern. Hass ist eine menschliche Eigenschaft. Jeder Mensch hasst irgendwas, ob nun Rassismus, das neue Album von Madonna oder Brokkoli.

Das Wort „Hassrede“ ist ein völlig schwammiger Begriff. Wer mit dem Wort „Hassrede“ arbeitet, statt mit den juristisch klar definierten Begriffen „Beleidigung“ oder „Verleumdung“, und damit sogar das Recht auf freie Meinung einschränken will, nimmt die Verwässerung und Aushöhlung der Meinungsfreiheit in Kauf.

Wenn Menschen sich uneinig sind, gibt es zwei Möglichkeiten, wie sie mit ihren Differenzen umgehen können. Sie können sich entweder direkt aufs Maul hauen oder sie können ihrer Mäuler nutzen, um zu debattieren. Der Meinungsaustausch, auch der Austausch von Meinungen über Dinge, die man hasst, ist die pazifistischste Form, mit der Menschen ihre Differenzen austragen können. Es geht nicht gewaltfreier als so. Hassrede ist die gewaltfreiste Form des Hasses. Einen Menschen jedoch daran zu hindern, seine Meinung zu äußern, ist Gewalt. Wer Hassrede verbietet, nutzt Gewalt, um etwas zu verhindern, das gewaltfrei ist.

Es gibt kein Zuviel an Meinungsfreiheit

Es gibt jedoch ein Zuviel an Angst und ein Zuviel an Beleidigtsein. Gegen Meinungen, die schmerzen, mögen sie nun schmerzen, weil sie wahr sind oder weil sie unwahr sind, hilft nur die Gegenrede als zivilisierte Form der Verteidigung. Eine Beleidigung, die in die Richtung eines Menschen gefeuert wird, beleidigt den Menschen nur, wenn er die Beleidigung in seinem Kopf annimmt. Eine Faust oder eine Kugel jedoch, die in die Richtung eines Menschen abgefeuert wird, verletzt oder durchlöchert den Kopf unabhängig von der Haltung des Menschen. Wer eine Beleidigung nicht hört, lebt. Wer eine Kugel nicht hört, stirbt. Das ist der Unterschied.



Die ehemalige Staatssekretärin Sawsan Chebli (SPD) erstattete laut eigenen Angaben bis zu 30 Strafanzeigen pro Woche wegen Hasskommentaren.

Wer glaubt, ein Mensch sei eine Gefahr, weil er spricht, glaubt auch, eine Frau sei eine Gefahr, wenn sie ohne Verschleierung aus dem Haus geht.

Die Zensur ist für die Redefreiheit das, was der Schleier für die Rechte der Frau ist. Jede Frau darf selbst entscheiden, ob sie einen Schleier tragen möchte, so wie jeder Mensch selbst entscheiden darf, ob und zu was er oder sie schweigen will. Es darf keinen Zwang geben, weder für den Schleier noch für den Mantel des Schweigens.

Meinungsfreiheit gilt auch für die Hassrede!

Wäre die Hassrede nicht von der Meinungsfreiheit gedeckt, hätte der Koran schon längst verboten werden müsse, denn da stehen einige deutliche Aufrufe zur Gewalt drin.

Stellen Sie sich einfach mal vor, Sie sehen in eine Kneipe einen Mann mit einem Hakenkreuz am Revers. Sie würden denken: „Oh, ein Nazi, dem gebe ich kein Bier aus.“ Jetzt stellen Sie sich aber mal vor, er trüge dieses Hakenkreuz nicht, weil es verboten wäre. Sie würden sich vielleicht hinsetzen, sich vorstellen und er würde Sie nicht mit „Heil Hitler“ begrüßen, weil das unter Hassrede fällt. Sie würden ein wenig plaudern, dabei das ein oder andere Bier trinken, vielleicht sogar ein Bier ausgeben, bis das Gespräch auf ein Thema fällt, bei dem Sie plötzlich merken: „Scheiße, ein Nazi!“ Dann aber ist es zu spät. Sie haben ihm bereits ein Bier ausgegeben. Alles nur, weil ein Verbot des Hakenkreuzes und des Sagens von „Heil Hitler“ Sie daran gehindert hat, den Mann sofort als das zu erkennen, was er ist. Ich möchte wissen, wie jemand drauf ist, bevor er zur Tat schreit.

Meinungsfreiheit ist ein präventiver Schutzmechanismus

Nur durch die Artikulation der Gedanken lerne ich das Innere eines Menschen kennen und kann so rechtzeitig

entscheiden, ob ich mich vor ihm schützen sollte oder von ihm lernen kann. Meinungsfreiheit nutzt dem Gehassten immer mehr als dem Hassenden.

Wenn es Leuten schlecht geht, flüchten sie. Manche flüchten in andere Länder, andere flüchten in Ideologien. Einige Länder und Ideologien sind gut, andere weniger. Wer das Außern einer Meinung verbietet, sorgt lediglich dafür, dass die Meinung nur noch gedacht wird. Aber nur weil ich jemanden nicht mehr höre, heißt das nicht, dass er die Sache nicht mehr denkt. Die Meinung wird lediglich erst sichtbar, wenn sie sich zu einer Handlung entwickelt hat. Dann aber ist es oft zu spät.

Andere Meinungen auszuklammern, ist so effektiv wie das kleine Kind, das sich die Hände vor die Augen hält und glaubt, so sei die Gefahr verschwunden. Internetseite zu löschen, im Glauben, man würde dadurch etwas verhindern, ist so produktiv, wie Bücher zu verbrennen.

Wer die Meinungsfreiheit einschränken will, verbrennt keine Bücher, sondern Gedanken.

Es gibt Menschen, die sind so frei von jedem Zweifel und so sicher, auf der richtigen Seite des Lebens zu stehen, dass sie Gewalt rechtfertigen oder billigend in Kauf nehmen, um ihre Gewissheit zu manifestieren. Jeder Mensch läuft Gefahr, in das Schussfeld dieser Selbstgerechtigkeit zu geraten.

„Wehret den Anfängen“ brüllen diese gerechten Putztruppen und meinen damit doch nur die Anfänge einer Zukunft, die sie aus ihrer Angst konstruieren. Aus Angst nehmen sie andere Menschen als Geisel ihrer Vermutung. Diese Angst ist die Wurzel des totalitären Denkens, die Gewalt über Gedanken als Präventivschlag ermöglicht.

Worte können zu Taten werden. Gerade deshalb müssen die Worte artikuliert werden dürfen.

Das Problem in der Zeit des Nationalsozialismus war nicht, dass „Der Stürmer“ zu erwerben war, sondern die

Tatsache, dass sich die Nationalsozialisten zunächst die persönliche und später auch die staatliche Gewalt nahmen, andere Meinungen und Zeitungen zu verbieten, die ohne Probleme die Ideologie der NSDAP hätten entlarven können.

Die Nationalsozialisten nutzen nicht die Meinungsfreiheit, um Gewalt auszuüben, sondern sie nutzten Gewalt, um die Meinungsfreiheit zu attackieren. Nichts fürchten jene, die Unrecht haben, mehr als die Meinungsfreiheit. Darum erklärten auch die Nationalsozialisten in ihrem 25-Punkte-Programm unter Punkt 23:

„Wir fordern den gesetzlichen Kampf gegen die bewußte politische Lüge und ihre Verbreitung durch die Presse. Um die Schaffung einer deutschen Presse zu ermöglichen, fordern wir, Zeitungen, die gegen das Gemeinwohl verstoßen, sind zu verbieten. Wir fordern den gesetzlichen Kampf gegen eine Kunst- und Literaturrichtung, die einen zersetzenden Einfluß auf unser Volksleben ausübt und die Schließung von Veranstaltungen, die gegen vorstehende Forderungen verstoßen.“

Aufgrund des „Gemeinwohls“, Meinungen kriminalisieren, Veranstaltungen schließen, Bücher verbieten und Zeitungen abschaffen. Das ist die Gedankenwelt der Nazis.

„LAUT: Warum zu Hass entartete Sprache echte Gewalt ist und wie wir sie stoppen können“

Was Hass ist, das bestimmten natürlich die Nazis selbst. Ein Staat, der sich das Recht nimmt, eine Meinung einzuschränken, weil sie Hass sei, der entscheidet auch darüber, wann eine Meinung Hass ist; und ein Staat nimmt sich dieses Recht mit den Mitteln, die ihm zur Verfügung stehen. Ein Staat, der die Meinung einschränkt, tut dies stets mit Waffengewalt, nämlich mit der Waffe des Staates und seinen bewaffneten Beamten.

Man sollte sich in Acht nehmen vor einem Staat, der im Namen des Friedens und der Liebe Meinungen einschränkt, denn dieser Staat neigt dazu, jeden Menschen zu einem hasssprechenden Kriegsaktivisten zu erklären, sobald er es auch nur wagt zu widersprechen.

In einer Demokratie wechseln sich Machtverhältnisse ständig. Jede Gruppierung kann an die Macht kommen. Auch Menschen mit unangenehmen Meinungen werden mal an entscheidende Positionen der Macht kommen. Ich möchte nicht, dass sie ein System vorfinden, das es ihnen ermöglicht, andere Meinungen einzuschränken oder zu verbieten.

Bei jedem Gesetz sollte man sich stets die Frage stellen, ob man wollen kann, dass dieses Gesetz auch gilt, wenn die politischen Gegner an der Macht sind. Wenn diese Frage mit Nein beantwortet wird, sollte man sich laut gegen dieses Gesetz aussprechen.

Dieser Artikel erschien zuerst bei tapferimmirgendwo.com

Die Spätfolgen des Oslo-Abkommens

Das Oslo-Abkommen war von Anfang an eine diplomatischen List gegenüber dem naiven Westen. Der damalige PLO-Chef und Terrorist, Jassir Arafat, wurde von den USA hofiert und salonfähig gemacht, doch hat er und danach seine politischen Erben die mörderische Agenda gegenüber Israel nie aufgegeben. 30 Jahre nach der Unterzeichnung der Abkommen und den verlogenen Versprechungen, den Terror gegen die jüdische Zivilbevölkerung aufzugeben, unterstützt die sogenannte „Palästinensische“ Autonomiebehörde weiterhin den Terrorismus und belohnt die Attentäter und Judenmörder sogar mit großzügigen Zahlungen. (JR)

Von Yechiel M. Leiter/JNS.org

Kurz nach der Unterzeichnung des Osloer Abkommens machte Jassir Arafat seine Absichten deutlich. Er sagte, die Abkommen seien nichts weiter als eine „Hudabiyah“, eine vorübergehende Vereinbarung, die den endgültigen Untergang Israels herbeiführen solle. Der arabische Begriff bezieht sich auf einen zehnjährigen Waffenstillstand, den der Prophet Mohammed mit dem Stamm der Quraisch, der Mekka kontrollierte, geschlossen hatte und den er, als es militärisch opportun war, bald darauf brach. Was die Quraisch für Mekka waren, sind die Juden für „Palästina“. Oslo war dazu gemacht, durchbrochen zu werden.

Acht Jahre später, während der zweiten Intifada, konnten die unaufhörlichen „palästinensischen“ Terroranschläge, bei denen Hunderte von Menschen getötet und Tausende von Israelis verstümmelt wurden, die politische Führung Israels nicht zu einem Kurswechsel bewegen. Und dies, obwohl in der israelischen Öffentlichkeit die Skepsis darüber wuchs, dass der gesamte Prozess ernsthaft fehlerhaft war.

Die Architekten des Oslo-Prozesses hielten an der Vorstellung fest, dass Arafat und seine PLO, falls sie sich nicht bereits geändert hätten, der Friedensprozess ihnen bald keine andere Wahl lassen würde, als den erwarteten Wandel zu vollziehen. Shimon Peres tat die wiederholten Äußerungen Arafats als bloße Reflexion seines Bedürfnisses ab, sich an eine neue Realität anzupassen und seine heimische Wählerschaft zu beschwichtigen, und der Spitzendiplomat Yossi Beilin behauptete, es handle sich lediglich um „dumme Worte“. Die Erfordernisse der Staatsführung und die internationale Anerkennung ihres Regierungsorgans würden die „palästinensische“ Führung dazu zwingen, den Terrorismus in all seinen Erscheinungsformen sowohl formell als auch funktionell aufzugeben.

PA finanziert Terrorismus

Doch 30 Jahre nach der Unterzeichnung der Abkommen und den Versprechungen, das Erbe des Terrors aufzugeben, setzt sich die „Palästinensische“ Autonomiebehörde weiterhin für den Terrorismus ein, unterstützt ihn in der „palästinensischen“ Gesellschaft, den Medien, den Schulen und in einer offiziellen Haushaltslinie der Regierung, aus der Terroristen und ihre Familien bezahlt werden. Die „Palästinensische“ Autonomiebehörde verfolgt eine eindeutige und unmissverständliche Politik, die darin besteht, für die Ermordung von Israelis zu bezahlen.

Der Chef der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde, Mahmoud Abbas, schickt vielleicht nicht wirklich Terrorzellen los, um Menschen zu ermorden, aber er ist verantwortlich für die Hassdoktrination, die Aufstachelung und die Anreize, die sie dazu bringen, genau das zu tun, und wenn sie es tun, gratulieren er und seine Ko-



Der israelische Premierminister Yitzhak Rabin, US-Präsident Bill Clinton und PLO-Chef Yasser Arafat bei der Unterzeichnung des Osloer Abkommens am 13. September 1993.

horten ihnen nicht nur, sie bezahlen sie. Es ist eine offizielle Politik des Geldes für Mord.

In der Annahme, dass die Alternative schlimmer wäre, haben es die israelischen Regierungen, einschließlich derer, die gegen Oslo waren und von Anfang an vor der diplomatischen List gewarnt haben, konsequent vermieden, die PA zur Rechenschaft zu ziehen. In der Annahme, dass die Rechenschaftspflicht den Zusammenbruch der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde einschließen könnte und dass ihr Zusammenbruch notwendigerweise die Rückkehr der IDF zur Aufgabe der kommunalen Verwaltung der „palästinensisch“-arabischen Bevölkerungszentren bedeutet, wurden alle ungeheuerlichen Verstöße der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde gegen die von ihr unterzeichneten Abkommen zwar formell kritisiert, aber funktionell ignoriert.

Abgesehen von der moralisch verwerflichen Haltung, die Aufforderung zum Mord auf breiter Front zu tolerieren - für viele Grund genug, eine solche Laissez-faire-Haltung gegenüber Vertragsverletzungen aufzugeben - hat dies zu mehreren unbeabsichtigten Folgen geführt. Jede einzelne Folge ist bedeutend genug, um eine Änderung der Politik zu rechtfertigen, aber in ihrer Gesamtheit lassen sie Israel keine andere Wahl, als sofort und effektiv zu einer konsequenten und eindeutigen Politik der Konditionalität und Rechenschaftspflicht überzugehen.

Der „Kobra-Effekt“

Das „Gesetz der unbeabsichtigten Folgen“ ist ein Konzept in der politischen, wirtschaftlichen und soziologischen Theorie, das mindestens auf John Locke im 17. Jahrhundert zurückgeht. Das „Gesetz“ bezieht sich auf ein oder mehrere Ergebnisse einer zielgerichteten Handlung, die unvorhersehbar oder unerwartet ist/sind. Das unbeab-

sichtigte Ergebnis wird oft durch einen „perversen Anreiz“ hervorgerufen, der zu Ergebnissen führt, die den Absichten der Entwickler zuwiderlaufen. Das vielleicht beste Beispiel für einen perversen Anreiz ist der „Kobra-Effekt“.

Während der britischen Herrschaft in Indien war Neu-Delhi von Kobras befallen. Als britische Beamte ein Kopfgeld auf Kobrahäute aussetzten, in der Hoffnung, dass finanzielle Anreize dazu beitragen würden, die Öffentlichkeit für die Ausrottung der Schlangen zu gewinnen, verschlimmerte sich das Problem erheblich. Die Kobrapopulation nahm zu, da die Menschen begannen, Kobras zu züchten, um eine Entschädigung zu erhalten. Als die Briten davon erfuhren und das Programm beendeten, wurden die nun wertlosen Kobras freigelassen, was eine noch größere Gefahr für die Öffentlichkeit darstellte als zuvor. Der deutsche Wirtschaftswissenschaftler Horst Siebert nannte diese Form der unbeabsichtigten Folge den „Kobra-Effekt“.

Die CIA verwendet einen anderen Begriff, um die unbeabsichtigten Folgen ihrer Operationen zu beschreiben: „Blowback“. Die verdeckte Operation zur Unterstützung der afghanischen Mudschaheddin, die als „Operation Cyclone“ bezeichnet wurde, sollte das kommunistische Regime stürzen, das sich in Afghanistan festgesetzt hatte. Es handelte sich um eine Strategie des Kalten Krieges, mit der die Ausbreitung des Kommunismus gestoppt werden sollte, aber sie führte zur Destabilisierung Afghanistans und zum Aufstieg der Taliban und von Al-Qaida. Diese Folgen, die die CIA kaum auf dem Radarschirm hatte, waren völlig unbeabsichtigt und unvorhersehbar.

Hätte die CIA die „Operation Cyclone“ fortgesetzt, wenn sie die Rückwirkungen vorhergesehen hätte? Den Aufstieg von Al-Qaida, die Anschläge vom 11. September 2001 und die Kriege und das Chaos, die darauf folgten?

Man kann mit Fug und Recht sagen „Nein“.

Und es ist fair, die gleiche Frage zu stellen und die gleiche Antwort in Bezug auf Oslo zu geben. Hätten die Initiatoren des Osloer Abkommens mit der Legitimierung der PLO und ihrer Stärkung durch die Gründung der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde fortgefahren, wenn sie gewusst hätten, was das für Folgen haben würde?

Die unbeabsichtigten Folgen von Oslo

„Nichts hat nur eine Folge“, schrieb der Evolutionswissenschaftler Jeremy Sherman. „Die Folgen fächern sich mit der Zeit in alle Richtungen auf. Das Leben ist wie ein Klavierspiel mit Ofenhandschuhen. Man schlägt eine Taste an, und dabei werden andere getroffen.“

Die Architekten von Oslo trugen Ofenhandschuhe und versuchten, auf eine Karte zu setzen. Die Folgen haben sich in alle Richtungen ausgebreitet, und sie sind schrecklich. Die Ofenhandschuhe müssen jetzt abgelegt werden.

Die aufeinanderfolgenden Regierungen, Geheimdienstschätzungen und Verteidigungsplaner konzentrierten sich auf eine mögliche Folge einer Politik der Rechenschaftspflicht der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde - die Auflösung der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde. In diesem Zusammenhang könnte man darüber streiten, ob diese Konsequenz allein aus moralischen Gründen in Kauf genommen werden sollte oder nicht. In der Zwischenzeit sind jedoch mehrere unbeabsichtigte Folgen eingetreten, die weitaus schwerwiegender und bedrohlicher sind als der mögliche Zerfall der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde.

Anders ausgedrückt: Die Kobras wurden freigelassen, und der Rückstoß ist tödlich. Sie zeigen sich in Form von Hassdoktrination und Aufwiegelung, „Bezahlung für Mord“, Förderung des weltweiten Antisemitismus, Delegitimierung Israels, illegalen Bauvorhaben in Gebiet C, Missachtung der „palästinensischen“ Verpflichtungen aus den Osloer Abkommen, Radikalisierung der israelischen Araber und institutioneller Korruption zum Schaden des „palästinensischen“ Volkes.

Es wäre ein Fehler, diesen Weg fortzusetzen. Damit ist niemandem gedient. Israel kann und muss einen Weg finden, die Handschuhe loszuwerden, während es auf dem politischen Klavier spielt.

Dr. Yechiel M. Leiter ist Generaldirektor des Jerusalem Center for Public Affairs. Er war in leitenden Regierungspositionen in den Bereichen Bildung, Finanzen und Verkehr tätig. Er promovierte in politischer Philosophie an der Universität von Haifa. Seine Post-Doc-Studie über John Locke und die hebräische Bibel wurde von Cambridge University Press veröffentlicht.

BDS nimmt Israels Cybersicherheitsindustrie ins Visier

Die Anti-Israel-Bewegung konzentriert sich nicht mehr ausschließlich auf den Boykott gegen Waren und Dienstleistungen aus Judäa und Samaria, sondern versucht nun, Israels Cybersicherheitsindustrie international in Verruf zu bringen. Die jüdenfeindliche BDS-Bewegung verbreitet Verschwörungstheorien über israelische IT-Unternehmen in Zusammenhang mit angeblichen Menschenrechtsverletzungen verbündeter Länder und verschweigt dabei, dass es israelische Software war, die u.a. vermeintliche Journalisten als Spione und Muslimbrüder enttarnte und damit weitere Terror-Anschläge vereitelte und vermutlich vielen unschuldigen Terroropfern das Leben rettete. (JR)

Von Irina Tsukerman/JNS.org

BDS-Befürworter schaffen eine neue Verleumdungskampagne, indem sie die Rolle Israels als angebliche Ursache von Menschenrechtsverletzungen auf der ganzen Welt, nicht nur für „Palästinenser“, universalisieren. Um dieses Ziel zu erreichen, nehmen sie Israels berühmte Cybersicherheitsindustrie ins Visier. Auf der Grundlage kommerzieller Spionageprogramme konnte Jerusalem Sicherheitsbeziehungen in diplomatische Durchbrüche umwandeln, da seine vertrauenswürdigeren Partner in der Lage waren, einige ihrer größten Bedrohungen durch terroristische Gruppen, revolutionäre Opposition, ideologische Extremisten und organisiertes Verbrechen zu bekämpfen. Der Medienskandal um die Pegasus-Software, die angeblich von einer Reihe von Verbündeten und befreundeten Nachbarländern eingesetzt wird, ist nur ein Beispiel dafür, wie es der BDS-Bewegung gelungen ist, Israel mit angeblichen Menschenrechtsverletzungen in Verbindung zu bringen.

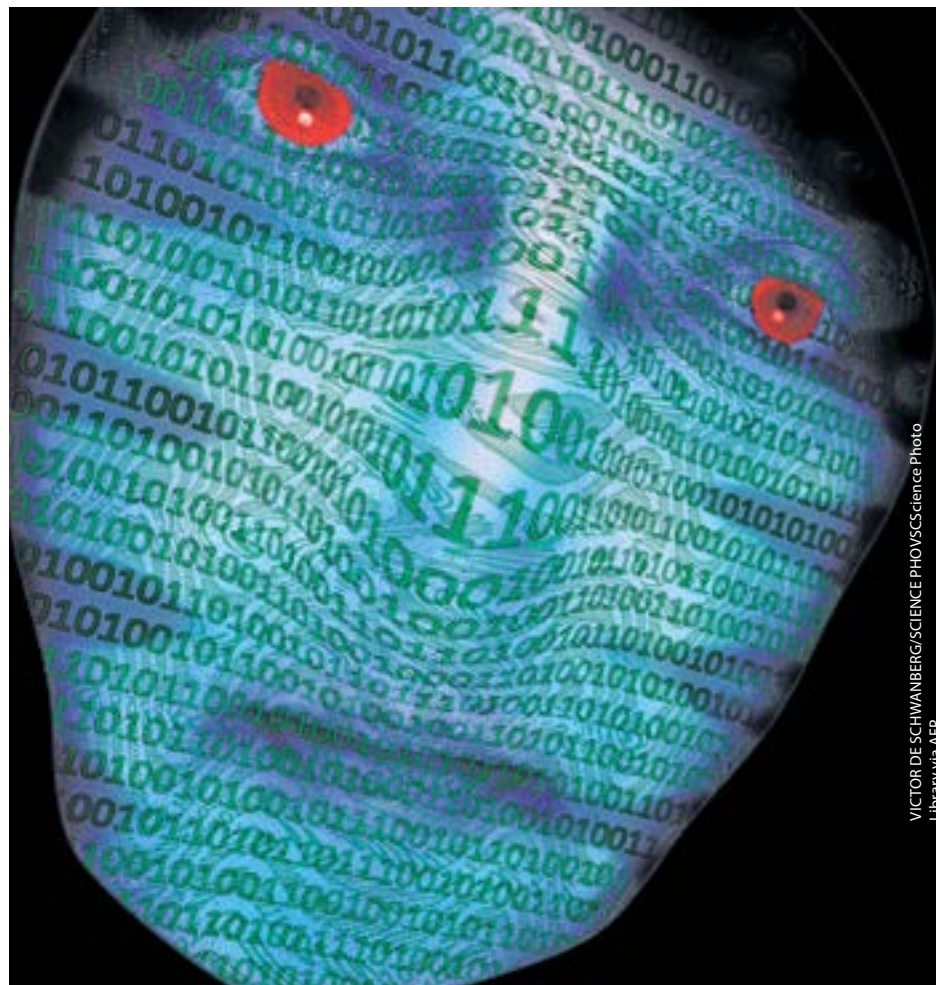
Eine konzertierte Lobbykampagne in Verbindung mit anhaltenden Medienskandalen, die von einem Konglomerat linker Publikationen gebildet wurden, die häufig mit Katar, den Muslimbrüdern und Sympathisanten des Arabischen Frühlings in Verbindung gebracht werden, führte dazu, dass die Biden-Regierung den Entwickler von Pegasus, die NSO Group, und mehrere andere israelische Cybersicherheitsunternehmen auf die schwarze Liste setzte.

Die politisch-ideologischen Menschenrechtsorganisationen, die hinter dieser Kampagne stehen - das in Kanada ansässige Citizen Lab, Amnesty International, ACCESS NOW und Front Line Defenders - haben nie Beweise für eine Pegasus-Präsenz zur unabhängigen Überprüfung vorgelegt. Diese Organisationen wurden von mehreren Fachleuten dafür kritisiert, dass sie sich nicht an die wissenschaftliche Methode halten und die akademischen Standards der Transparenz, der Überprüfbarkeit und der unabhängigen Überprüfung durch Fachkollegen nicht erfüllen. Ihre Reaktion bestand darin, die Experten, die ihren Berichten widersprachen, zu entlassen, zu ignorieren oder schlichtweg zu verleumden.

Die Methoden und Beweggründe dieser Organisationen sind zwar ein gesondertes Thema, doch ihre Auswirkungen auf Israel sind erheblich. Die NSO-Gruppe hat ihre Kontakte zu verschiedenen Ländern erheblich eingeschränkt, was die diplomatischen Bemühungen Israels und die Ausweitung des Abraham-Abkommens unterminiert hat.

Was steckt hinter der eskalierenden Terroroffensive?

Der ehemalige israelische Verteidigungsminister Benny Gantz verbot Israel die offene Ausfuhr kommerzieller Spionagesoftware u. a. nach Saudi-Ara-



Die israelischen Cybersicherheitstechnologien vereiteln Terroranschläge und retten Menschenleben.

bien und in die Vereinigten Arabischen Emirate. Kürzlich hat Israel ein Cybersicherheitsabkommen mit Marokko aufgekündigt, was unabhängig von den Ursachen aufgrund der zahlreichen Angriffe von Amnesty auf Rabat sehr bedenklich erscheint. Berichten zufolge ist Indien auf der Suche nach Alternativen zu Pegasus, nachdem negative Publicity die Aufmerksamkeit auf seine eigenen Sicherheitsbedenken lenkte und seine blühenden Verteidigungsbeziehungen mit Israel gefährdete.

Der Verlust von Kunden oder potenziellen Kunden macht auch vor Pegasus nicht halt. Ein anderes israelisches Softwareunternehmen, Predator, ist ebenfalls zu einer Quelle von Streitigkeiten geworden. Ein weiterer enger und wachsender Verbündeter, Griechenland, stimmte schließlich für ein Verbot aller kommerziellen Spionageprogramme, was wichtige Sicherheitsvereinbarungen mit Israel zunichte machen könnte.

Auch die Vereinigten Staaten werden dazu gedrängt, jegliche kommerzielle Spionage-Software zu verbieten. Wenn sie dem nachkommen, wird dies zur Verbreitung unregulierter Spionagesoftware auf dem Schwarzmarkt führen, die israelische Cybersicherheitsindustrie ruinieren und zu einer Zunahme von Menschenrechtsverletzungen führen. Dieser Zustand würde feindlichen Regimen wie Russland, China, Iran und Nordkorea zum Vorteil gereichen.

BDS stellt seine neue Strategie offen zur Schau

Israels Geschäfts- und Sicherheitsbeziehungen werden angegriffen, und BDS-Bemühungen haben Erfolg, wenn es darum geht, Verbündete wie die Vereinigten Staaten dazu zu bringen, israelische Unternehmen zu schließen, ohne dass transparente Untersuchungen oder eine faire Prüfung der Beweise durchgeführt werden und ohne dass Israel die Möglichkeit erhält, sich mit seinen Anklägern auseinanderzusetzen. Eine neue, unheilvolle Phase dieser internationalen Kampagne ist nun im Gange, die von konspirativen Anti-Israel-Interessen durchgeführt wird.

Das erste öffentliche Bekenntnis zu dieser neuen Strategie findet sich in einem Artikel, der angeblich von einem marokkanischen Oppositionspaar verfasst wurde. Zwar hat das Paar in der Vergangenheit die Hisbollah und den Iran unterstützt, doch der Artikel trägt die Handschrift einer geheimdienstlichen Planung. Er erörtert die sozioökonomische und politische Lage in Marokko seit dem Arabischen Frühling und beschuldigt die sich vertiefenden Cybersecurity-Beziehungen zwischen dem königlichen System und Israel, die Korruption zu fördern, abweichende Meinungen zu unterdrücken, einen Polizeistaat aufzubauen und Opposition und Kritiker durch Bespitzelung im Ausland zu unterdrücken.

Der Artikel extrapoliert diese Aktivitäten auf internationaler Ebene und

geht dann auf Verschwörungstheorien ein, indem er behauptet, dass Marokko, Frankreich und Israel ein Netzwerk von Aktivisten geschaffen haben, die zum Angriff auf die Opposition eingesetzt werden. Der Artikel skizziert die genauen Schritte, die BDS-Anhänger unternehmen, um Israel zu verleumden und zu delegitimieren.

Wenige Tage nach der Veröffentlichung des Artikels veröffentlichte DAWN MENA, ein Projekt, das von Jamal Khashoggi geplant und nach seinem Tod von seinen Partnern und Gefolgsleuten umgesetzt wurde, einen ähnlichen Artikel mit fast identischer Wortwahl, in dem Israel für den weltweiten Export von Cybertechnologien angegriffen wurde, die angeblich zum Ausspionieren von „Palästinensern“ eingesetzt werden.

DAWN MENA wird von Al Jazeera-Reportern, Mitgliedern der Muslimbruderschaft (wie Dr. Dalia Fahmy), dem Sohn des saudischen Hasspredigers Salman Al Oudeh, Abdullah Alaudh, sowie katarischen, algerischen und armenischen Lobbyisten und Propagandisten, darunter Marc Owen Jones und Sarah Leah Whitson aus Doha, betrieben und steht mit ihnen in Verbindung. Der DAWN MENA-Beitrag übernahm die Sprache der Angriffe auf Israels Cybersicherheitsbereich und nutzte seine Beziehungen zum US-Außenministerium, um seine politische Agenda voranzutreiben, indem er Israels Pegasus für Khashoggis Tod verantwortlich machte, und unterstützte auch Klagen, die den angeblichen Einsatz israelischer Cyberwaffen zur Überwachung von Mitgliedern der saudischen Opposition und ehemaligen Al Jazeera-Reportern aufdecken wollten.

Diese unbegründeten Angriffe auf Israel ignorieren die enorm eindringende, systematische und weit verbreitete chinesische Überwachungstechnologie, die massenhaft im Iran und in Saudi-Arabien eingesetzt wird, sowie andere feindliche Geheimdienst-Cybertechniken.

Durchschaubare Schmutzkampagnen

Dieser Anti-Israel-Nexus konzentriert sich nicht mehr ausschließlich auf die „Palästinenser“, sondern versucht nun, Israels Cybersicherheitsindustrie in den Augen der Welt als eine Waffe zu verunglimpfen, die korrupte Regime gegen friedliche Zivilisten unterstützt. Bei diesen Angriffen werden die legitimen Bedrohungen durch vermeintlich friedliche Dissidenten und Journalisten, die sich oft als politische Agenten, Spione und ideologische Extremisten entpuppen, absichtlich ignoriert.

Dadurch werden nicht nur die israelischen Cybersicherheitsprogramme in den Schmutz gezogen, sondern auch die Assoziationen mit Israel getrübt. Der neue arabische Frühling basiert nicht auf der direkten Konfrontation zwischen Oppositionsgruppen und Regierungen, sondern zielt darauf ab, den

Gegner und die Vermittler anzugreifen und bloßzustellen und eine nichtstaatliche globale Bewegung gegen Israel zu schaffen.

Diese Form der hybriden Kriegsführung gegen Israel erreicht neue Gipfel des Erfolgs. Sie beschränkt sich nicht mehr auf den akademischen Bereich, sondern nutzt nun erfolgreich die politische Lobbyarbeit, die Titelseiten der Nachrichten, internationale NGOs, das Bildungssystem, große Technologieunternehmen, die mit ihren israelischen Mitbewerbern konkurrieren, die Informationssicherheitsgemeinschaft, Lawfare und ganze Aktivistengemeinschaften, die von staatlichen Akteuren und angeschlossenen Bewegungen finanziert werden, deren einziger Zweck es ist, israelische Cyber-Institutionen anzugreifen, verschiedene Libertäre und jeden, der dazu neigt, den hochtechnischen Jargon nicht zu hinterfragen, und zwar in einem Ausmaß, das noch vor zehn Jahren unvorstellbar war.

Die politische Strategie, Unternehmen wie die NSO Group und Candiru auf eine schwarze Liste zu setzen, wird durch eine Reihe von internationalen Prozessen gegen israelische Unternehmen ergänzt, an denen Menschenrechtsorganisationen, Unternehmen der sozialen Medien und Privatpersonen beteiligt sind. An der Columbia University gibt es eine ganze Abteilung, die sich der Umwandlung von Lawfare in eine Form des politischen Aktivismus speziell gegen Pegasus widmet. Ihre Methoden wurden in einer Diskus-

sionsrunde des Knights Institute mit dem salvadorianischen Aktivistin und Journalisten Carlos Dada, der die von der Oppositionspartei unterstützte Publikation El Faro leitet, offen dargelegt.

Das Ziel ist es, analoge Klagen von Aktivisten in den Vereinigten Staaten, Thailand, dem Vereinigten Königreich und der Europäischen Union zu ergänzen. Lawfare zielt darauf ab, potenzielle Kunden abzuschrecken, negative Publicity zu erzeugen, finanzielle Ressourcen zu erschöpfen und das Ermittlungsverfahren im Dienste der Rufschädigung zu missbrauchen.

Gefährliche Taktik

Die neue Methode der BDS-Bewegung, Israel anzugreifen, ist weitaus gefährlicher als ihre früheren Taktiken, da sie leicht Sympathisanten auf der ganzen Welt anziehen kann und sich nicht auf die „Palästinenser“ konzentrieren muss, um dieses Ziel zu erreichen. Der Schatten des Überwachungsstaates und der Machtmissbrauch durch korrupte Regierungen sind den Menschen überall vertraut. Israel durch Assoziation mit der Erleichterung angeblicher globaler Menschenrechtsverletzungen in Verbindung zu bringen, ist die neueste und erfolgreichste Variante der Verleumdung.

Durch die Annäherung der arabischen Welt an den Iran sind Israel wertvolle Verbündete abhanden gekommen. Staaten, die jetzt mit dem Iran, Katar und ihren geheimdienstlichen Vermittlern, Russland und China, zusam-

menarbeiten, haben deutlich weniger Anreize, Geheimdienstinformationen auszutauschen, ihre Kräfte zu bündeln, um die Organisatoren dieser Kampagne aufzudecken und zurückzuschlagen.

Die BDS-Kampagne verlagert sich nun weg von gezielten Skandalen, die für staatliche Akteure peinlich sind, da die Ziele der Bewegung in diesen Staaten weitgehend erreicht wurden. In einem nächsten Schritt wird Israel die Hauptschuld dafür zugeschoben, dass diese "Verbrechen" angeblich möglich sind. Jetzt, da diese Länder nicht mehr durch den Schatten von Pegasus und anderer Software geächtet werden, bleibt Israel allein der Schuldige. Es wird alles daran setzen, es aufgrund des angeblich antidemokratischen Charakters seiner kommerziellen Überwachungsindustrie von der internationalen Gemeinschaft zu isolieren.

Informationskriegsführung

Israel sollte diese Angriffe als Informationskriegsführung behandeln, die nicht weniger bedrohlich ist als kinetische Operationen vor Ort. Der Zusammenschluss von Interessengruppen, die in der Lage sind, mehrjährige gezielte Kampagnen durchzuführen, ist eine starke Bedrohung. Diese Interessengruppen verfügen über genügend Motivation, Ressourcen und Engagement, um erheblichen und potenziell irreversiblen Schaden anzurichten.

Staatliche und nichtstaatliche Akteure, die Israel unterminieren wollen, haben nicht-tödliche Operationsme-

thoden gewählt, um tödliche Ziele zu erreichen, und bauen ihre Wirkung mit der Zeit auf. Um das Spiel langfristig zu gewinnen, sollte Israel die Methoden des Gegners nachahmen und von defensiven zu offensiven Maßnahmen übergehen. Dazu sollte politischer Druck auf staatliche Akteure ausgeübt werden, damit diese Unterstützung gewähren, qualifizierte Mitarbeiter rekrutieren, die Interessen und Absichten hinter diesen Kampagnen aufdecken und offenlegen und ihre Operationen mit Hilfe von Sicherheits- und Nachrichtendiensten, Strafverfolgungsbehörden, befreundeten Medien, Denkfabriken und Verbündeten aus der Wirtschaft stören.

Dazu gehört auch, Klagen wegen Verleumdung einzureichen, die beteiligten Parteien wegen des Mangels an stichhaltigen Beweisen anzufechten und eine unabhängige Überprüfung der Berichte zu fordern. Israel sollte Experten, die angeblich für eine israelfeindliche Berichterstattung herangezogen werden, befragen und anfechten und für einen Sitz bei Anhörungen im Parlament und im Kongress kämpfen, um Fairness zu gewährleisten. Expertenteams haben wegen der aufkommenden Bedrohung Alarm geschlagen. Jetzt, da die Bedrohung offenkundig ist, sollte Israel diese Experten nutzen, um seine Interessen durchzusetzen.

Ursprünglich veröffentlicht vom Begin-Sadat Center for Strategic Studies.

Israels Botschafter weist bei UN-Sicherheitsratssitzung das sogenannte „palästinensische Rückkehrrecht“ zurück

Die Forderung nach der sogenannten Rückkehr von Millionen nicht in Israel geborenen arabischen Nachkommen ist eine Forderung, deren Ziel es ist, das Recht des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung auszulöschen, mahnte der israelische Botschafter bei den Vereinten Nationen, Gilad Erdan, Ende Juli vor dem Sicherheitsrat an. Die Nachkommen der aus der Region stammenden Araber sind im Übrigen die einzigen, denen die Vereinten Nationen den Flüchtlingsstatus überhaupt zuerkennen. Für keine andere Gruppierung weltweit gibt es das hier zur Vernichtung Israels verlangte sogenannte Recht auf Rückkehr. (JR)

Von Mike Wagenheim

Israels Botschafter bei den Vereinten Nationen, Gilad Erdan, hatte am 27. Juli während der vierteljährlichen öffentlichen Debatte über den israelisch-„palästinensischen“ Konflikt eine unverblümte Botschaft an den Sicherheitsrat. „Lassen Sie es mich klar sagen: Es gibt kein 'Rückkehrrecht'. Sie alle wissen das“, erklärte der Botschafter vor dem Rat, den er beschuldigte, das „palästinensische“ Flüchtlingsproblem aufrechtzuerhalten.

„Die Forderung nach der Rückkehr von Millionen von Nachkommen der Flüchtlinge ist eine Forderung, die das Recht des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung auslöschen soll“, fügte er hinzu. „Das wird niemals geschehen.“

Die Sitzung war die 14. des Rates in diesem Jahr zum Thema Israel-„Palästina“. Normalerweise tagt er monatlich unter diesem einzigen Tagesordnungspunkt.

Erdan kritisierte die Vereinten Nationen und insbesondere Generalsekretär António Guterres für ihre Kritik an den israelischen Antiterroroperationen in Dschenin zu Beginn dieses Monats. Alle 12 Todesopfer waren bestätigte Terroristen.

„Die Tatsache, dass der Generalsekretär Israel, eine gesetzestreue Demokratie, im Gegensatz zu den blutrünstigen palästinensischen Terroristen, die unschuldige Israelis ermorden wollen,



Gilad Erdan, israelischer Botschafter bei den Vereinten Nationen.

verurteilt hat, ist eine Schande“, sagte Erdan. „Solche Äußerungen ermutigen die Terroristen nur.“

Lager in „palästinensischen“ Städten

Ein Teil der Kritik des internationalen Gremiums an Israel bezog sich auf die Schäden in dem, was die Vereinten Nationen ein „Flüchtlingslager“ nennen: „Wie kann es sein, dass es nach so vielen Jahrzehnten immer noch Flüchtlingslager in palästinensischen Städten gibt?“, fragte Erdan. „Haben Sie sich jemals

gefragt, warum die Nachkommen der palästinensischen Flüchtlinge immer noch in Flüchtlingslagern leben? Warum sind sie nicht in die palästinensische Gesellschaft integriert worden?“

„Wir sprechen hier von Lagern in palästinensischen Städten“, fügte er hinzu.

Erdan bezeichnete das System, das das UN-Hilfswerk (UNRWA) betreibt, als „Gehirnwäsche“ für „Generationen von Palästinensern“. Letzteren wird vorgegaukelt, dass sie Israel auslöschen könnten, wenn sie sich in israelischen Städten niederlassen, anstatt sich dauer-

haft im Gebiet der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde niederzulassen.

Die Nachkommen der ursprünglichen „palästinensisch“-arabischen Flüchtlinge sind das einzige Volk, dem die Vereinten Nationen den Flüchtlingsstatus zuerkennen. Für die Nachkommen der zweiten und dritten Generation von Flüchtlingen aus anderen Konflikten in der Welt gibt es keine solche Kennzeichnung.

Gegen alle Formen von Gewalt und Aufwiegelung

Robert Wood, stellvertretender US-Beauftragter für besondere politische Angelegenheiten, sagte auf der Sitzung, Washington erwarte von der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde, dass sie Terroranschläge gegen Israelis klar verurteile.

„Wir fordern alle Parteien auf, proaktive Maßnahmen zu ergreifen, um allen Formen von Gewalt und Aufwiegelung entgegenzuwirken und sicherzustellen, dass Verantwortlichkeit und Gerechtigkeit in allen Fällen extremistischer Gewalt mit gleicher Strenge verfolgt werden“, so Wood. Washington sei besorgt über die Zahl der Verletzten und die Sachschäden in Dschenin, erkenne aber an, „dass Israel Maßnahmen ergriffen hat, um zivile Schäden während seiner Operation zu vermeiden“, erklärte Wood.

Dieser Artikel erschien zuerst bei Israel Heute

Der Zweite Exodus: Der Anstieg des weltweiten Antisemitismus führt zu einer Massenauswanderung

Die Zukunft des jüdischen Volkes in Europa – und sogar in Amerika – ist in großer Gefahr. Viele Juden wandern nach Israel aus oder es wird ihnen nicht selten hinter vorgehaltener Hand nahegelegt. Untersuchungen der Anti-Defamation League zeigen, dass der klassische Antisemitismus in der amerikanischen Gesellschaft und in Europa wieder auflebt. Insbesondere angesichts des zunehmenden muslimischen Judenhasses, befürchten Betroffene, dass so manche unter einem Übermaß islamischer Einwanderung leidende europäische Stadt insgesamt und ganz im Sinne der Nazis in nicht allzu ferner Zukunft sogar „judenrein“ werden könnte. Schweden zum Beispiel, einst ein Vorbild an Toleranz, hat heute die dritthöchste Rate antisemitischer Vorfälle in Europa, was wiederum größtenteils auf die erhebliche islamische Zuwanderung zurückzuführen ist. Dabei ist die Zahl der Juden parallel zum prozentualen Anstieg der islamischen Population in der Stadt Malmö in nur wenigen Jahren von 3.000 auf 600 gesunken. (JR)

Von Charles Gardner

Dr. Fred Wright, ein britischer Historiker und Theologe, der sich seit den Tagen der ehemaligen Sowjetunion dafür einsetzt, verfolgten Juden auf der ganzen Welt die Alija (Rückkehr in ihr altes Land) zu ermöglichen, hat einen großen Teil des schockierenden Anstiegs des weltweiten Antisemitismus beobachtet, der hinter dieser Massenflucht steht. Derzeit ist er Kommunikationsdirektor von Ezra UK.

Im Gespräch mit uns schildert Fred die ernste Lage, in der sich die jüdischen Gemeinden befinden:

„Das jüdische Volk hat den Ruf, die am meisten angefeindete und verleumdete Gruppe der Geschichte zu sein, seit es schriftliche Aufzeichnungen gibt“, sagte er. Der angesehene Historiker Robert Wistrich bezeichnete es als den längsten Hass der Welt. Jede Diskussion über das jüdische Volk, seine Beziehung zu Gott und zum Land wird immer vom bösen Geist des Antisemitismus und von den Darstellungen überschattet, in denen Juden als Clanmitglieder, Verschwörer und Inhaber der Weltmacht in den Bereichen Medien, Politik und Wirtschaft dargestellt werden.

Untersuchungen der Anti-Defamation League zeigen, dass der klassische Antisemitismus in der amerikanischen Gesellschaft, in der es rund sechs Millionen Juden gibt, wieder auflebt. Es stellt sich die Frage nach ihrer Zukunft innerhalb und außerhalb der USA, insbesondere angesichts des zunehmenden muslimischen Antisemitismus, wobei jüdische Leiter, die früher der Aliyah gleichgültig gegenüberstanden, ihre Anhänger nun ermutigen, die USA zu verlassen.

Antisemitismus ist an der viel gepriesenen Harvard-Universität weit verbreitet, wo Studenten die israelfeindliche Boykott-, Desinvestitions- und Sanktionsbewegung unterstützt haben. Und bei einem schockierenden Vorfall in Las Vegas wurde ein Hakenkreuz in den Rücken eines 17-jährigen autistischen Schülers geritzt.

Keine Zukunft in Europa?

„In Europa erleben wir derzeit den Anfang vom Ende der jüdischen Geschichte“, so der ehemalige sowjetische Refusenik Natan Scharansky. Der in Berlin lebende Korrespondent der größten israelischen Zeitung Israel Hayom stellte fest, dass die jüdische Bevölkerung in Europa in den letzten 50 Jahren um 60 Prozent zurückgegangen ist. Und Wistrich sagte über das europäische Judentum: „Es ist vorbei; es ist ein langsamer Tod. Kurz gesagt, es gibt keine Zukunft für die Juden in Europa.“

Samuel Hayek, der seit über 40 Jahren im Vereinigten Königreich lebt, Vorsitzender des Jüdischen Nationalfonds und ein renommierter Philanthrop, hat ebenfalls mit Bedauern festgestellt, dass



Die Mauern der Altstadt von Jerusalem – eine alte Festung, die auch ein Symbol für den sicheren Hafen für Juden in Israel ist, den der zionistische Pionier Theodor Herzl anstrebte.

Juden in Großbritannien keine Zukunft haben, wo im Jahr 2022 landesweit 1.652 antijüdische Hassvorfälle registriert wurden. Er wies darauf hin, dass sich die muslimische Bevölkerung Großbritanniens in den nächsten 20 Jahren verdreifachen könnte, und fügte hinzu: „Ich bin nicht gegen irgendeine Minderheit oder gegen Muslime im Vereinigten Königreich oder in Europa, sondern gegen alle, die Hass verbreiten.“

Ein anderer Sprecher, Mehdi Hasan, wies darauf hin, dass „Antisemitismus in einigen Teilen der britischen muslimischen Gemeinschaft nicht nur geduldet wird; er ist Routine und alltäglich“.

Muslimische Fanatiker

Der jüdischen Gemeinde in den Niederlanden wurde geraten, auszuwandern, um der zunehmenden Belästigung durch junge muslimische Fanatiker zu entgehen. Der Oberrabbiner Binyomin Jacobs sagte, er und seine Frau würden auswandern, wenn sie nicht die Verantwortung für die dort verbliebenen Juden hätten. „Ich bin wie der Kapitän eines sinkenden Schiffes“, erklärte er. Und der niederländische Schriftsteller Leon de Winter sagte voraus, dass der letzte Jude Europa verlassen wird, wenn Israel im Jahr 2048 sein hundertjähriges Bestehen feiert.

Frankreich, das in den letzten Tagen Schauplatz zahlreicher chaotischer Aufstände war, blickt auf eine düstere Geschichte des Antisemitismus zurück, die ihren Höhepunkt in dem berüchtigten Fall von Ungerechtigkeit gegen einen jüdischen Armeemoffizier fand, den der Journalist Theodor Herzl mit-

erlebte und aus dem er schloss, dass es für Juden in Europa keine Zukunft gab. Daraufhin rief er die zionistische Bewegung ins Leben, die eine kontinuierliche Alijah nach Israel auslöste. Einige Wissenschaftler sind der Ansicht, dass sich die Nazi-Ideologie genauso gut in Frankreich wie in Deutschland hätte entwickeln können. Und die Situation scheint heute schlimmer denn je zu sein, verschärft durch islamistisch geprägte Elemente, wobei jüdische Bildungseinrichtungen in den ersten Stockwerken mit bombensicheren Türen und Sicherheitspersonal untergebracht sind.

„In den letzten Jahren hat die Zahl der Juden, die die Großstädte verlassen, ständig zugenommen. Aus Grenoble ist die Hälfte der jüdischen Gemeinde geflohen, und in Nizza ist die Zahl der Juden von 20.000 auf 5.000 gesunken. In Toulouse, wo ein Großteil der jüdischen Gemeinde in den 60er und 70er Jahren nach der Vertreibung durch die Islamisten aus Nordafrika kam, sahen sich nicht weniger als 50 % von ihnen gezwungen, erneut umzuziehen. In ein paar Jahrzehnten wird es in Frankreich keine Juden mehr geben“, sagte ein jüdischer Leiter.

Der Oberrabbiner von Brüssel, Albert Guigui, trägt aus Angst vor Gewalt keine Kippa mehr in der Öffentlichkeit, und der israelische Journalist Eldad Beck berichtet, dass „die Chancen gut stehen, dass es in zwanzig Jahren ein judenreines Belgien geben wird“.

Ein globales Phänomen

Auch in Deutschland kommt es immer wieder zu antisemitischen Vorfällen – in den ersten zehn Monaten des Jahres 2022 waren es durchschnittlich fünf pro Tag – weniger als 80 Jahre nachdem der

Holocaust die Welt erschüttert hat. Ein besonderer Tiefpunkt war, als der Präsident der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde, Mahmoud Abbas, auf einer Pressekonferenz in München im vergangenen Jahr Israel in unverschämter Weise beschuldigte, „50 Holocausts“ an den „Palästinensern“ verübt zu haben! Semen Gorelik, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde in Brandenburg, hat angekündigt, Deutschland in Richtung Israel zu verlassen, und die deutschen Juden aufgefordert, diesem Beispiel zu folgen, da der Antisemitismus in Deutschland zunimmt.

Eine ähnliche Situation besteht in Österreich, wo der Präsident der Jüdischen Gemeinde Wien erklärte: „Die Herausforderung des zunehmenden Antisemitismus ist ein globales Phänomen und wir arbeiten eng mit allen Teilen der Gesellschaft zusammen, um es zu bekämpfen.“

Schweden, einst ein Vorbild an Toleranz, hat heute die dritthöchste Rate an antisemitischen Vorfällen in Europa zu verzeichnen, was wiederum größtenteils auf islamische Spannungen zurückzuführen ist, wobei die Zahl der Juden in der Stadt Malmö in nur wenigen Jahren von 3.000 auf 600 gesunken ist.

Das benachbarte Norwegen läuft derzeit Gefahr, eines der ersten Länder ohne jüdische Bevölkerung zu werden. Aufgrund der islamischen Spannungen sind die Synagogen von Oslo und Trondheim die am besten geschützten Gebäude des Landes, und die Alija hat einen neuen Schwerpunkt gefunden. In Dänemark zeigt sich ein ähnliches Bild, während in Spanien vier Jahrzehnte nach dem Ende der Diktatur von General Franco Meinungsumfragen weiterhin tief verwurzelte antisemitische Klischees offenbaren.

Und während die Italiener im Allgemeinen nicht aus Überzeugung antisemitisch sind, gibt es aufgrund der Lehre der römisch-katholischen Kirche einen Rest an Misstrauen gegenüber Juden. Und selbst in Griechenland ist der Antisemitismus trotz seiner relativ kleinen jüdischen Gemeinde ein ständiges Problem.

Weitere Informationen finden Sie unter www.ezrauk.org

Charles Gardner ist Autor folgender Bücher: „Israel the Chosen“, erhältlich bei Amazon; „Peace in Jerusalem“, erhältlich bei olivepresspublisher.com und „A Nation Reborn“, erhältlich bei Christian Publications International.

Dieser Artikel erschien zuerst bei Israel Heute.

Im August 2005 zog sich Israel aus Gaza zurück: Eine Bilanz

18 Jahre nach dem vollständigen Rückzug Israels aus dem Gazastreifen zeigt sich, dass die sogenannten „Palästinenser“ keine blühenden Landschaften auf ihrem Autonomiegebiet erschaffen haben. Korruption, Armut und Hass dominieren Gaza und die islamistische Hamas terrorisiert nicht nur den jüdischen Staat mit Raketen-Angriffen, sondern unterdrückt auch die eigene Bevölkerung. Die Initiative „Land für Frieden“ hat gezeigt, dass die „palästinensische“ Führung keine friedliche Koexistenz zweier Staaten will, sondern nur einen arabischen, bei gleichzeitiger Auslöschung Israels. (JR)

Von Mirjam Lübke

Hätte Israel im Gaza-Streifen bleiben sollen? In Teilen der deutschen Presse, aber auch in der deutschsprachigen Wikipedia kann man auch heute noch lesen, am Status von Gaza hätte sich durch den Abzug der israelischen Truppen 2005 nichts geändert. Auch in Teilen der deutschen Bevölkerung wird das Gebiet als von Israel besetzt wahrgenommen. Weist man auf die Initiative „Land für Frieden“ hin, reagieren viele Bürger mit Erstaunen. Zwar wird uns der Konflikt in der Region beständig in den Medien vor Augen geführt, aber stets sitzt dabei Israel auf der Anklagebank. „Befreit Gaza!“ rufen Demonstranten nicht nur auf pro-„palästinensischen“ Kundgebungen, sondern überall dort, wo die tatsächlich oder scheinbar Unterdrückten sich zum Protest zusammenfinden. Auch die UNO erkennt den Abzug nicht an und sieht Israel als verantwortlich für die Menschen in Gaza an. Das ist so bequem wie dreist, vor allem für die von Dauerpräsident Mahmud Abbas geführte Autonomiebehörde in Ramallah.

Sabotage der Frischwasser-Pipelines

Tatsächlich ist es so – und auch das ist vielen deutschen Bürgern nicht bewusst – dass Israel Gaza weiterhin mit Frischwasser, medizinischen Gütern und Lebensmitteln versorgt. Da Abbas auch vor der UNO gern eine moderne Variante der „Brunnenvergifter-Legende“ aufrechterhält, der zufolge der jüdische Staat für die schlechte Wasserversorgung in Gaza verantwortlich ist, möchte er das Bekanntwerden dieser Tatsache gern verschweigen.

Verantwortlich für die schlechte Wasserqualität sind private Brunnenbohrungen in der Nähe der Küste, bei denen sich Meer- und Grundwasser vermischen. Es ist Abbas Konkurrenzorganisation Hamas, welche häufig die Frischwasser-Pipelines aus Israel sabotiert, denn auch sie bezieht ihre Rechtfertigung aus den schlechten Lebensumständen des ärmeren Teils der Bevölkerung. Ein Friedensschluss setzt nun einmal den Friedenswillen beider beteiligten Parteien voraus, jedoch arbeiten sowohl die Autonomiebehörde als auch die Hamas und andere Terrororganisationen erbarungslos daran, die Bevölkerung von Gaza mit ihrer 2005 gewonnenen Unabhängigkeit nicht glücklich werden zu lassen.

Auch wenn es einige private Organisationen gibt, in denen Araber und Israelis zusammenarbeiten, um eine Besserung der Lebensumstände herbeizuführen, kommt Gaza nicht voran: Alle Chancen, eine tragfähige Infrastruktur aufzubauen, blieben ungenutzt.

Zwangsumsiedlung von Gush Katif Dabei gab Israel damals viel auf, vor



Während hohe Hamas-Funktionäre in Villen wohnen, lebt ein großer Teil der Bevölkerung in Gaza in Armut.

allem die Menschen in der Siedlungsgemeinschaft Gush Katif. Die meist von religiösen Siedlern bewohnten Ortschaften galten als landwirtschaftliches Modellprojekt, als sie damals zwangsumgesiedelt wurden, plante die israelische Regierung, den „Palästinensern“ Treibhäuser und landwirtschaftliche Geräte als „Starthilfe“ zu überlassen. Viele derjenigen, die 2005 aus Gush Katif zwangsumgesiedelt wurden, haben die Ereignisse noch heute nicht verwunden. Innerhalb weniger Wochen mussten sie entscheiden, ob sie gegen eine Entschädigungszahlung des israelischen Staates freiwillig ausziehen oder ihre Vertreibung riskieren würden. Nur wenige rechneten mit einer Umsetzung der zwangsweisen Räumung, denn niemand konnte sich einen Einsatz der israelischen Armee gegen die eigene Bevölkerung vorstellen. Die Journalistin Orit Arfa erlebte die Räumung vor Ort und erinnerte sich daran, wie die großen Hoffnungen der Israelis auf einen zukünftigen Frieden die Ereignisse erst möglich machten: Mit dem Rückzug aus Gaza sollte der von dort ausgehende Terror beendet werden, da erschien die Aufgabe von Gush Katif als geringeres Opfer. Für die knapp 7000 Bewohner wurde sie zum Trauma. Arfa traf einige von ihnen nach Jahren wieder, viele hatten niemals wieder in der Gesellschaft Fuß fassen können.

Die Hoffnung, die „Palästinenser“ würden die ihnen überlassene landwirtschaftlichen Strukturen nutzen, um dort selbst den Anbau von Lebensmitteln zu betreiben, zerschlugen sich rasch. Stattdessen erfolgte die unmittelbare Demontage aller zurückgelassenen Strukturen, vor allem die Metallteile waren begehrt und verschwanden im Nirwana. Wenn heute in Gaza ein rudimentäres Agrarwesen besteht, dann handelt es sich größtenteils um traditionellen Olivenanbau.

Diese Oliven werden im kleinen Stil zu Öl oder Seife weiterverarbeitet. Pro-„palästinensische“ Aktivisten preisen die Produkte zeitweise im Internet an, so als wollten sie den Beweis antreten, dass die Gazaner sehr wohl Landwirtschaft betreiben würden, wenn der „böse Nachbar“ sie nur ließe. Auch wenn es sicherlich ein guter Ansatz ist, dass einige „Palästinenser“ versuchen, sich eine eigene wirtschaftliche Existenz aufzubauen, so hat sich daraus bislang keine größere Infrastruktur entwickelt, welche der „Unterschicht“ einen bescheidenen Wohlstand verschaffen könnte.

Höheres Einkommen für Terroristen

Auch Mahmud Abbas, der angeblich nicht für die Verhältnisse in Gaza verantwortlich zeichnet, setzt hier seine eigenen Anreize: Wenn Terroristen und deren Angehörige ein besseres Einkommen erzielen als Lehrer oder Bauern, die harte Arbeit für die Gemeinschaft leisten, dann ist vor allem für junge Menschen der Lebensweg schon vorgezeichnet. Warum schufteten, wenn man durch das Töten des „Feindes“ bequemer seine Familie ernähren kann? Und auch ein höheres Ansehen innerhalb der Gemeinschaft genießt?

Auch wenn es „Palästinenser“ gibt, welche diesen gefährlichen Irrweg erkennen, hat doch die Mehrheit schon 2005 den Kurs vorgegeben, indem sie bei den ersten und einzigen Wahlen in Gaza die Hamas in Regierungsverantwortung brachte. „From the river to the sea: Palestine will be free“ - diese auch hier in Deutschland oft gerufene Parole lässt keinen Zweifel daran, wie wenig diese Führungsmannschaft an einer friedlichen Koexistenz mit Israel interessiert ist. Wem sein Leben lieb ist, tut gut daran, dem nicht zu widersprechen. Auch den Menschen vor Ort dürfte bewusst sein, wie gut es sich ihre

eigene Führungsschicht gehen lässt. Aber der ihnen eingepflichtete Hass lässt es sie ignorieren oder gar gutheißen. Der Rest schweigt aus Angst.

Seit Israels Rückzug aus Gaza ist viel Geld an die „palästinensische Flüchtlingsorganisation“ UNWRA geflossen, stets in der Hoffnung, es würde für den Aufbau eines Schul- und Gesundheitswesens oder zur Schaffung einer grundlegenden Infrastruktur zur Strom- und Wasserversorgung genutzt. Auch die deutschen Zuwendungen wachsen jährlich, in diesem Jahr sollen es 340 Millionen Euro werden. Doch wenn etwas davon in das Schulwesen fließt, dann in Kinderbücher, die schon die Jüngsten zum Hass auf Israel erziehen sollen. Ein Teil des Geldes wird auch für die sogenannten „Märtyrerrenten“ aufgewendet, welche an die Familien inhaftierter Terroristen ausbezahlt werden.

Das Auswärtige Amt hat Kenntnis von diesen Zahlungen, aber unternimmt scheinbar nichts.

Noch schlimmer ist nur noch die indirekte Mitfinanzierung des Terrors selbst, die Ergebnisse sind bekannt: Gaza ist zu einer einzigen Abschussbasis für mehr oder minder hochgerüstete Raketen geworden, die binnen Minuten den Süden Israels erreichen. Fragt man Kritiker Israels, wie das bei einer noch bestehenden Besetzung möglich sein kann, so erntet man meist Schweigen oder Aggression.

Vor diesem Hintergrund wirkt die Forderung, Israel solle nun auch noch Judäa und Samaria räumen, um den Weg für eine Zweistaaten-Lösung freizumachen, wie purer Hohn. Die Entwicklung in Gaza hat gezeigt, wie selbstmörderisch ein solcher Schritt wäre, denn die „palästinensische“ Führung will keine zwei Staaten, sondern nur einen: Den eigenen. Trotz wohlklingender Solidaritätsbekundungen gibt sich auch die deutsche Politik der Illusion hin, durch weitere Zugeständnisse Israels könne ein Frieden in der Region erreicht werden. Auch der Besuch Annalena Baerbocks sprach eine deutliche Sprache: Auch wenn sie es nicht offen aussprach, betrachtet sie Israel als den „Störenfried“ der Region.

Zum Glück legt die israelische Regierung keinen Wert darauf, sich von der Deutschen belehren zu lassen. Denn egal, ob solche deutschen Ideen nun aus Naivität oder aber unterschwelligem Antisemitismus entstehen, kann man ihnen nur mit Unverständnis begegnen. Israel ist nicht den Befindlichkeiten des deutschen Außenministeriums verpflichtet, sondern lediglich dem Wohl seiner eigenen Bevölkerung. Die aus Gaza gelernte Lektion kann also nur lauten, kein weiteres Stück Land für eine vergebliche Hoffnung aufzugeben.

Falsche und einseitige Berichterstattung vieler Medien über den IDF-Einsatz in Dschenin

Unsere Medien und die internationale Gemeinschaft waren bei der Berichterstattung über den Dschenin-Einsatz der IDF, wie fast immer, wenn es gegen Israel geht, äußerst wahrheitsklitternd und verantwortungslos. Mit einer hemmungslosen antiisraelischen Voreingenommenheit wurden der Öffentlichkeit wichtige Fakten über die Aggression der arabischen Seite und über die Strategie des israelischen Militärs zur Verteidigung seiner Bürger vor islamischen Terroristen vorenthalten. Weder wurde adäquat über die riesigen Waffenlager berichtet, die das israelische Militär in Dschenin gefunden hat, noch über die erstaunlich erfolgreichen Bemühungen der israelischen Streitkräfte, die terroristische Infrastruktur von Dschenin in einem dicht besiedelten Wohngebiet zu zerstören, ohne auch nur einen einzigen Zivilisten zu töten. (JR)

James Sinkinson/JNS.org

Während das israelische Militär Anfang Juli eine der konsequentesten Gegenoffensiven gegen „palästinensische“ Terroristen seit Jahren startete, berichteten die Medien über das Ereignis mit ihrer hemmungslosesten antiisraelischen Voreingenommenheit aller Zeiten.

Den meisten Mainstream-Medien gelang es nicht, einen Kontext für die Beweggründe und mörderischen Aktivitäten der Terroristen oder für die politische Realität in Dschenin bereitzustellen. Noch ungeheurer ist, dass die Medien der Öffentlichkeit wichtige Fakten über die Strategie des israelischen Militärs zur Verteidigung seiner Bürger und zum Überfall auf Hochburgen der Terroristen vorenthalten haben, sowie Einzelheiten zu den riesigen Waffenlagern, die das Militär in Dschenin entdeckt hat.

Operation ohne tote Zivilisten

Ebenso haben sich nur wenige Medien die Mühe gemacht zu erklären, warum die regierende „Palästinensische“ Autonomiebehörde den Dschenin-Terroristen freie Hand gelassen hat. Sie erkannten auch nicht die erstaunlich erfolgreichen Bemühungen der israelischen Streitkräfte an, die terroristische Infrastruktur von Dschenin in einem dicht besiedelten Wohngebiet zu zerstören, ohne einen einzigen Zivilisten zu töten.

Ein weiteres wichtiges Detail, das in den meisten Berichten fehlte, war eine Erklärung dafür, warum ein „Flüchtlingslager“ 75 Jahre, nachdem die Vorfahren der heutigen Bewohner von Jenin vertrieben wurden, überhaupt existiert.

Nach der Flüchtlingskonvention von 1951 ist ein Flüchtling „jemand, der aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen seiner Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung nicht in sein Herkunftsland zurückkehren kann oder will“.

Wer ist ein „Flüchtling“?

In den Medien wird nie darauf hingewiesen, dass die meisten Bewohner des Flüchtlingslagers Dschenin dort geboren wurden - oder dass die ursprünglichen Flüchtlinge von 1948 fast alle verstorben sind. Die Bewohner von Dschenin sind Flüchtlinge, weil sie darauf bestehen, in ein Land "zurückzukehren", das sie nie betreten haben. Sie sind Flüchtlinge, weil ihre arabischen Nachbarn sich seit 75 Jahren weigern, sie anzusiedeln.

Kurz gesagt, das "Flüchtlingslager" von Dschenin ist gar kein Flüchtlingslager, sondern einfach ein Viertel der Stadt Dschenin - ein Viertel, das zunehmend von Terroristen bevölkert wird. Wie ihre terroristischen Brüder in anderen Teilen von Judäa und Samaria



Die Gesamtzahl der zivilen Todesopfer beim IDF-Einsatz in Dschenin: null.

und im Gazastreifen haben die Banden von Dschenin nur ein Ziel: die Zerstörung Israels.

Ungeachtet dessen erklären die Medien unaufrichtigerweise das Ziel der Terroristen zum "Widerstand gegen die israelische Besatzung". Die Washington Post zum Beispiel bezeichnete das

Die Bewohner von Dschenin sind Flüchtlinge, weil sie darauf bestehen, in ein Land "zurückzukehren", das sie nie betreten haben. Sie sind Flüchtlinge, weil ihre arabischen Nachbarn sich seit 75 Jahren weigern, sie anzusiedeln.

Flüchtlingslager Dschenin als "Zentrum des palästinensischen Widerstands".

Doch die Post und andere Medien versäumen es zu erklären, dass das Ziel dieses "Widerstands" die Zerstörung Israels ist, das nach Ansicht der Terroristen ihr Land unrechtmäßig "besetzt". Tatsächlich beanspruchen sie das gesamte Gebiet vom Mittelmeer bis zum Jordan - den gesamten jüdischen Staat sowie Judäa und Samaria (das Westjordanland). Die Medien verschweigen auch, dass die Strategie der Terroristen die Ermordung unschuldiger israelischer Bürger beinhaltet.

PA hat Kontrolle über Dschenin verloren

Ein weiteres journalistisches Versäumnis ist, dass die Medien nicht darauf hinweisen, dass die Verantwortung für die Sicherheit in Dschenin gemäß den Osloer Verträgen allein bei der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde liegt, die die Kontrolle über die Stadt vollständig verloren hat. Damit ist Israel gezwungen, in Selbstverteidigung das wuchernde Terrornest Dschenin zu säubern.

Auch von der zunehmenden Finanzierung und dem Einfluss des Irans auf „palästinensische“ Terrororganisationen wird man weder auf CNN hören noch in der New York Times lesen. Die Rolle des Irans als Eindringling ist kein Geheimnis: Der „Palästinensische Islamische Dschihad“, eine der terroristischen Kli-

entelgruppen des Irans, hat kürzlich bestätigt, dass die Islamische Republik Terroristen in Judäa und Samaria bewaffnet. Vor einigen Monaten sagte der Generalsekretär des PIJ, Ziyad al-Nakhalah: "Die Waffen, mit denen die Palästinenser kämpfen, kommen aus dem Iran - die Iraner zahlen entweder für diese Waffen oder liefern sie." Es ist also klar - wird aber in den meisten Medien praktisch nicht erwähnt -, dass der Iran versucht, in Judäa und Samaria eine weitere Front gegen Israel zu bilden, so wie er es bereits im Libanon, in Syrien und im Gazastreifen getan hat.

Die IDF haben die Antiterroroperation im Lager Dschenin als Reaktion auf die jüngste Terrorwelle eingeleitet, bei der bisher 28 Israelis, fast ausschließlich Zivilisten, getötet wurden. Es überrascht jedoch nicht, dass viele große Medien das Vorgehen Israels als böswillig bezeichneten. Reuters und MSNBC sprachen von einem israelischen "Angriff" auf Dschenin. Die PBS-Reporterin Leila Molana-Allen berichtete über die Operation, als ob die IDF wahllos alles töteten, was sich bewegte. Sie sprach von niederprasselnden Raketen und Blut, das "vom Boden gewaschen" wurde.

Erfolgreiche chirurgische Angriffe

Die Wahrheit ist, dass die IDF sehr darauf bedacht waren, nur Terroristen ins Visier zu nehmen. Die IDF schickten Infanteristen in die Straßen des Lagers Dschenin, anstatt sich auf die massive Artillerie- und Luftwaffe zu verlassen, die ihnen zur Verfügung stand, und setzten ihre eigenen Soldaten einem Risiko aus, um die Zahl der zivilen Opfer zu minimieren. Die IDF schickten sogar Textnachrichten an die Bewohner des Lagers, um sie vor Kampfhandlungen zu warnen.

Tatsächlich führten die IDF einen der erfolgreichsten chirurgischen Angriffe auf terroristische Hauptquartiere in der Militärgeschichte durch. Sie entdeckten und zerstörten Anlagen zur Herstellung von Waffen und Bomben, töteten 12 Terroristen und verhafteten etwa 150 Terrorverdächtige. Die israelischen Streitkräfte fanden sogar ein Waffenlager unter einer Moschee - ein Gotteshaus, das zu einem Versteck für Terroristen umfunktioniert wurde. Die Gesamtzahl der zivilen Todesopfer: null.

Dennoch haben die Medien Israel beschuldigt, unschuldige „Palästinenser“ sinnlos zu töten. So hatte beispielsweise die BBC-Moderatorin Anjana Gadgil in einem Interview mit dem ehemaligen israelischen Ministerpräsidenten Nafali Bennett die Chuzpe zu sagen: "Die israelischen Streitkräfte töten gerne Kinder", selbst nachdem Bennett korrekt darauf hingewiesen hatte, dass alle von den IDF getöteten „Palästinenser“ Terroristen waren. Nach internationalem Recht ist ein Kämpfer, der sich aktiv an der Kriegsführung beteiligt, ein Kämpfer, unabhängig vom Alter. Die BBC hat sich später entschuldigt.

Antisemitische Berichterstattung

Die Medien und die internationale Gemeinschaft haben bei der Berichterstattung über die Razzia in Dschenin ungeheuerlich unverantwortlich gehandelt. Im Dienste einer antisemitischen grenzenden antiisraelischen Stimmung verschwiegen sie kritische Fakten, verdrehten die Wahrheit und versäumten es, eine ausgewogene Analyse der komplexen Situation in Dschenin zu liefern.

Kein anderes Land der Welt toleriert die kaltblütige Ermordung seiner Bürger, und kein anderes Land der Welt achtet bei der Terrorismusbekämpfung so sehr darauf, zivile Opfer zu vermeiden, wie Israel es tut. Es ist erbärmlich - und ein schlechter Dienst an ihren Kunden - dass die Medien sich weigern, diese Wahrheiten zu sagen.

James Sinkinson ist Präsident von Facts and Logic About the Middle East (FLAME), das Aufklärungsbotschaften veröffentlicht, um Lügen und Fehleinschätzungen über Israel und seine Beziehung zu den Vereinigten Staaten zu korrigieren.

Ghetto meets Broadway: Jüdische Stileinflüsse im Jazz der 1930er und 40er Jahre

Große jüdische Musiker mit zumeist osteuropäischen Wurzeln wie zum Beispiel George Gershwin mit seinen Welt-Hits „Rhapsody in Blue“ oder „I Got Rhythm“ haben sich nicht nur selbst ein musikalisches Denkmal gesetzt, sondern auch eine kulturelle Brücke zu den afro-amerikanischen Künstlern geschlagen und eine Musikrichtung ganz eigener Art geschaffen. Das tief verwurzelte Gefühl von Leid und Trauer findet sich in der jüdischen Musik sowie im Blues wieder. In beiden musikalischen Traditionen ist auch die Improvisation Bestandteil. Jüdische Künstler trugen nicht nur dazu bei, den Jazz der Afro-Amerikaner populär und gesellschaftlich akzeptabel zu machen, sondern unterstützen auch schwarze Musiker. Der legendäre Louis Armstrong und Sammy Davis Jr. sind zwei von ihnen. Sammy David Jr. konvertierte später sogar zum Judentum. (JR)

Von Sabine Schereck

New York, der 12. Februar 1924. Draußen ist es schon dunkel, als am Abend die fließenden Töne der Rhapsody in Blue durch den Konzertsaal der Aeolian Hall rauschen. George Gershwin wagte es, Jazz und Klassik zu vereinen. Heute genügen die ersten Takte des Glissandos der Klarinette, um die ganze aufregende Epoche Amerikas der 1920er Jahre heraufzubeschwören.

George Gershwin wurde 1898 als Jacob Gershowitz als Sohn russisch-jüdischer Einwanderer in Brooklyn geboren. Natürlich hat er den Jazz nicht erfunden, aber den Beitrag, den jüdische Künstler wie er zum Jazz geleistet haben, ist vielen nicht bewusst.

Gershwin schuf beliebte Jazz-Standards wie Embraceable You, I Got Rhythm, Summertime und They Can't Take That Away from Me. Zudem schrieb er Musicals wie Lady Be Good, die die Musik populär machte. Den Durchbruch hatte er 1919 mit Swanee, das der Broadway Entertainer Al Jolson in seine Show aufnahm.

Gershwins erste Anstellung in der sogenannten Tin Pan Alley brachte ihn 1913 ins richtige Umfeld. Dort reihten sich Musikverlagshäuser aneinander, deren Geschäft die Unterhaltungsmusik war. Es wimmelte dort von Komponisten, Musikern, Liedtextern.

Einer von ihnen war Irving Berlin – wie Gershwin aus einer russisch-jüdischen Familie stammend. Berlin, zehn Jahre älter als Gershwin, kam 1888 als Israel Beilin noch im russischen Kaiserreich zur Welt. Sein Vater war Kantor und starb früh, so dass Berlin gezwungen war, Geld zu verdienen. Seinen ersten großen Hit hatte er 1911 mit Alexander's Ragtime Band. Der Titel ist interessant, da der Ragtime als einer der Vorläufer des Jazz gilt. Er ging aus der afro-amerikanischen Gemeinde der Südstaaten hervor und wurde von Tanzbands verfeinert ins Repertoire genommen, insbesondere zwischen 1890 und 1910.

Songbooks reflektieren auch Identität

Aus Berlins Feder stammen die Evergreens Let's Face the Music and Dance, Cheek to Cheek, Puttin' on the Ritz und There's No Business Like Show Business. Wie Gershwin schrieb er Musicals, doch finden sich viele seine Songs auch in Film-musicals bzw. Tanzfilmen wieder, darunter Top Hat. Die Tatsache, dass seine Titel quer durch die Jahrzehnte von Stars gesungen wurden wie The Andrews Sisters, Fred Astaire, Louis Armstrong, Frank Sinatra, Sammy Davis Jr., Ella Fitzgerald, Judy Garland, Doris Day, Elvis Presley, Barbra Streisand, Diana Ross, Bob Dylan, Leonard Cohen und Christina Aguilera sagt viel über die kulturelle Bedeutung seiner Lieder aus. Als Teil des Great American Songbooks reflektieren sie nicht nur Qualität, sondern auch Identität, ameri-



Louis Armstrong, Pierre Dudan und Jean-Jacques Perrez im Hamam. Paris, März 1948

kanische Identität. Dazu später mehr.

Ebenfalls fast gleichbedeutend mit amerikanischem Jazz ist der Name Benny Goodman. Der Klarinetist und Big Band Leader galt als King of Swing und verhalf dem Jazz durch seine ausgearbeiteten Arrangements und seinem virtuoseren Spiel zu weiterer Anerkennung bei einem weißen Publikum. Auch Goodmans Eltern waren jüdische Immigranten aus dem Russischen Kaiserreich. Sie ließen sich in Chicago nieder, wo Benjamin David 1909 das neunte von zwölf Kindern war. Armut bestimmte den Alltag, dennoch war dem Vater wichtig, ihnen eine musikalische Sensibilität zu vermitteln und nahm sie zu kostenlosen Bandkonzerten im Park. Als 10-Jähriger erhielt Goodman Musikunterricht in der Synagoge vom deutschstämmigen Klarinetisten des Chicago Symphony Orchestra Franz Schoepps. Die Klarinette erhielt der Junge, da er von feiner Statur war. Bereits zwei Jahre später, mit nur zwölf Jahren, spielte er in verschiedenen Orchestern. Zudem war er vom aufkommenden Jazz begeistert. Er hörte genau zu, wenn beispielsweise King Olivers Creole Jazz Band spielte. Mit von der Partie war der junge Louis Armstrong.

Jazz als Brücke

Was führte dazu, dass viele jüdische Musiker den Weg in die Jazzwelt nahmen? Und wie wurde das von der afro-amerikanischen Gemeinde gesehen, die den Jazz hervorgebracht hatte?

Da ist zum einen die musikalische Nähe. Das tief verwurzelte Gefühl von Leid und Trauer findet sich in der jüdischen Musik sowie im Blues der Afro-Amerikaner wieder. In beiden musikalischen Traditionen ist auch die Improvisation Bestandteil.

Zum anderen – heute kaum noch bekannt – wurden auch Juden damals vom Mainstream der US-amerikanischen Gesellschaft ausgegrenzt. Das war zwar weniger offensichtlich als bei der Rassentrennung gegenüber Schwarzen, aber

Diskriminierung gab es dennoch. Die Unterhaltungsindustrie stand ihnen allerdings beruflich offen.

Ziel war es zudem, sich zu integrieren. Das funktionierte bestens darüber, was Amerikas Identität ausmachte: der Jazz als ureigenes amerikanisches Produkt. Dabei schufen die Neuankömmlinge in Amerika nicht nur eine amerikanische Identität für sich, sondern förderten damit gleichzeitig die Identität Amerikas selbst.

Die Beziehung schwarzer Musiker zu Juden war etwas komplizierter. Es bestanden Vorwürfe, von jüdischen Geschäftsmännern und Nachtclubbesitzern schlecht behandelt und ausgenutzt worden zu sein. Doch in zwei Fällen ist die Beziehung zwischen Schwarzen und Juden besonders bemerkenswert: bei Louis Armstrong und Sammy Davis Jr.

Eine besondere Freundschaft

Armstrong wuchs in ärmlichen Verhältnissen in New Orleans auf. Als 6-Jähriger begann er 1907 für die Karnofskys zu arbeiten, aus Russland stammende Juden. Er half ihnen beim Lumpen sammeln und Kohle ausliefern und machte mit einem Blechhorn Kunden auf sie aufmerksam. Er aß mit der Familie, hörte die Mutter Lieder singen und dank eines ihrer Söhne konnte er eine Trompete erwerben – der Anfang seiner Karriere. Er blieb den jüdischen Menschen zeitlebens verbunden und trug später einen Davidstern am Hals.

Sammy Davis Jr. ging einen Schritt weiter: er konvertierte zum Judentum. Es gibt viele Geschichten, was ihn dazu veranlasste. Eine davon ist, dass er dem jüdischen Entertainer Eddie Cantor seine Karriere verdankte. Eddie Cantor war nur ein Künstlernamen, seine Geburtsname Isidore Iskowitz verrät schon seine russische Herkunft. Ironischerweise war eine seiner Bühnenfiguren eine schwarze, wofür er sein Gesicht schwarz anmalte, um dann eine Karikatur derselben zu prä-

sentieren. Im Vaudeville war dies damals gängige Praxis.

Der Film The Jazz Singer von 1927 greift dies auf. Die unglaubliche Bedeutung des Films liegt aber auf anderer Ebene: Er erzählt nämlich die Geschichte vom Sohn eines jüdischen Kantors, der davon läuft, um Jazzsänger zu werden. Dazu tritt er mit schwarz gefärbtem Gesicht auf. Die Titelrolle spielt Al Jolson. Es dürfte kaum überraschen, dass er, wie so viele in der Branche, russisch-jüdische Wurzeln hatte. Als Asa Yoelson 1885 in Russland geboren, kam er mit 9 Jahren nach New York.

Eine Bereicherung für die Jazzwelt

Jüdische Künstler trugen nicht nur dazu bei, den Jazz der Afro-Amerikaner populär und gesellschaftlich akzeptabel zu machen, sondern unterstützen auch schwarze Musiker. Benny Goodman beispielsweise setzte sich mutig über Amerikas Rassentrennungsgesetze hinweg, als er bei seinem legendären Carnegie Hall Konzert 1938 schwarze Musiker gemeinsam mit weißen auftreten ließ. Das war das erste Mal auf einer amerikanischen Konzertbühne und eigentlich tabu. Seine offene Haltung schwarzen Kollegen gegenüber, wie dem Pianisten Teddy Wilson und Lionel Hampton, die er in seine Band aufnahm, ist mitunter auf das positive Vorbild seines ehemaligen Lehrers Franz Schoepps zurückzuführen. Dieser unterrichtete neben jüdischen Kindern auch schwarze, was zu der Zeit unerhört war.

Ebenfalls deutscher Herkunft war der 1908 in Schöneberg geborene Alfred Löw. Seit seiner Jugend in Berlin war er begeisterter Jazzfan, doch die Nationalsozialisten zwangen den Juden zur Flucht. 1939 gründete er unter dem Namen Alfred Lion in New York das Blue Note Label. Gemeinsam mit Max Margulis, einem amerikanischen Musiker und linken Aktivist, bereicherte er die Jazzwelt um zahlreiche Plattenaufnahmen. Wie Goodman setzte Lion auf Qualität, nicht auf Hautfarbe. Als erstes hatte er die schwarzen Boogie-Woogie-Pianisten Albert Ammons und Meade Lux Lewis ins Studio geholt. Der erste Hit folgte mit Sidney Bechets Einspielung von Summertime; er war ein schwarzer Saxophonist und Klarinetist.

Summertime ist ebenfalls ein markantes Stück im Geflecht von jüdischen Musikmachern, Jazz und afro-amerikanischer Kultur. Es stammt aus Gershwins Oper Porgy and Bess (1935), die das Leben Schwarzer in Charleston, South Carolina um 1870 zeigt. Gershwin nahm seine Figuren ernst. Er war nach South Carolina gefahren, um deren Milieu zu studieren und ließ die Figuren von schwarzen Darstellern verkörpern. Erst spät fand das musikalische Hybrid zum Erfolg. Bis dahin hatten die von einem Juden für afro-amerikanische Sänger geschriebenen Songs längst einen festen Platz in der Jazzwelt.

Der „Berliner Antisemitismusstreit“: Nicolas Berg hat Walter Boehlichs Standardwerk neu gelesen

Der Judenhass von der Antike bis in die Gegenwart ist ein Begleiter zivilisatorischen Denkens, Hass, der sich als Blutspur durch die Geschichte zieht. Neu am „modernen“ Antisemitismus, der im 19. Jahrhundert vom deutschen Historiker Heinrich von Treitschke propagiert wurde, war die rassistische Komponente, eine Ideologie, die sich von der Elimination aller Juden die Rettung der Welt versprach. 1965 erschien „Der Berliner Antisemitismusstreit“ von Walter Boehlich, eine Sammlung von Dokumenten, Reden, offenen Briefen aus den Jahren 1879/80 über die Frage nach der Zugehörigkeit der Juden zur deutschen Nation. Der nunmehr von Nicolas Berg neu herausgegebene „Berliner Antisemitismusstreit“ ist mehr als doppelt so umfangreich wie die ursprüngliche Textsammlung und sieht sich als „Neubetrachtung“ der Geschichte des „modernen“ Antisemitismus. (JR)

Von L. Joseph Heid

Drei kontroverse geschichtliche Debatten haben in den vergangenen etwa 150 Jahren die Historikerzunft wie die Öffentlichkeit in Deutschland nachhaltig beschäftigt und gezeigt, wie die Deutschen mit ihrer Geschichte umgehen: Die von Fritz Fischer angestoßene „Kriegsschulddiskussion“ in den 1960er Jahren über die Politik und Verantwortung des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg; in den 1980er Jahren die von Ernst Nolte angezettelte Kontroverse über die Frage der Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, bei der es seinerzeit um die Frage ging, wie der Holocaust geschichtlich einzuordnen sei – als ein Verbrechen, wie es vergleichbar in der Geschichte auch anderswo und zu anderen Zeiten stattgefunden hat, oder als singuläres, unvergleichliches Geschehen? Die erste dieser Historikerdebatten liegt gleichwohl länger zurück und ist historiografisch rubriziert unter dem Begriff „Berliner Antisemitismusstreit“ – eine Wendung, die im deutschen Original auch Eingang ins Englische gefunden hat –, eine deutsche Debatte, die Ende der 1870er Jahre durch Heinrich von Treitschke initiiert wurde – und nie endete. Retrospektiv betrachtet scheinen diese drei Debatten innerlich-thematisch einen gemeinsamen Nukleus zu haben.

Judenfeindliche Kombattantenschaft

Was für ein Aufschrei, als Ende 1879 in den renommierten „Preußischen Jahrbüchern“ ein Aufsatz aus der Feder Heinrich von Treitschke erschien, betitelt: „Unsere Aussichten“. Der Artikel war datiert mit dem 15. November 1879. Es war dies ein offener publizistischer Angriff auf das „Judenthum“. Treitschke (1834 -1896) war nicht irgendwer: Er war Historiker, politischer Publizist und Mitglied des Reichstags von 1871 bis 1884, zunächst als nationalliberaler Abgeordneter, ab 1878 ohne Parteizugehörigkeit. Er war einer der zu seiner Zeit bekanntesten und meistgelesenen Historiker und politischen Publizisten in Deutschland. 1873 war er als Nachfolger Leopold von Ranke auf dessen Lehrstuhl an die Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität berufen worden und hatte damit den Olymp historischer Lehrtätigkeit in Preußen-Deutschland erreicht.

Treitschke, die eigentlich treibende Kraft des „modernen“ Antisemitismus, stand mit seinen antijüdischen Ausfällen durchaus nicht allein und der Spätherbst 1879 hatte es in agitatorischer Hinsicht in sich: Als hätten sie sich abgesprochen, war Adolf Stoecker, des letzten deutschen Kaisers Hofprediger, mit seiner judenfeindlichen Rede „Unsere Forderungen an

das moderne Judenthum“, mit der er zugleich die „Berliner Bewegung“ ins Leben gerufen und mit der Gründung der „Christlich-socialen (Arbeiter-)Partei“ den politischen Antisemitismus zu einer Massenbewegung in Deutschland gemacht hatte, an die Öffentlichkeit getreten. Treitschke und Stoecker, Katheder und Kanzel, waren damit eine unheilige Allianz eingegangen. Diese judenfeindliche Kombattantenschaft gipfelte in einem unsäglichen Schlagwort, das in Deutschland Geschichte machte: „Die Juden sind unser Unglück!“

Nichts hat die öffentliche Meinung jener nachfolgenden Jahre mehr aufgewühlt und als „Judenfrage“ beschäftigt. Zahllose Broschüren, Zeitungsartikel, Versammlungen sowie Korrespondenzen privater Natur beschäftigten sich damit. Eduard Bernstein, ein sensibler Beobachter dieser Entwicklung, hat die Berliner Pogromluft der frühen 1880er Jahre als eine „Sturzwelle judenfeindlicher Reaktion“ beschrieben.

Nicht, dass es schon vor Treitschke und Stoecker keine Judenfeindschaft gegeben hätte – im Gegenteil. Der Judenhass von der Antike bis in die Gegenwart ist ein Begleiter zivilisatorischen Denkens, Hass, der sich als Blutspur durch die Geschichte zieht, als eine zählbare Tradition, als ein „kultureller Code“ oder als „Erlösungsantisemitismus“ wirkt. Neu am „modernen“ Antisemitismus war die rassistische Komponente, eine Ideologie, die sich von der Elimination aller Juden die Rettung der Welt versprach.

Judenemanzipation unter Vorbehalt

Mit der Gründung des deutschen Kaiserreichs 1871 war die Judenemanzipation an ihr vorläufiges Ende gelangt, blieb fortan jedoch ein fragiles politisches Zugeständnis. Denn die konservativen Eliten neigten grundsätzlich dazu, alle politischen Freiheitsrechte, also auch die Judenemanzipation, als staatliche Konzession mit dem Vorbehalt des Widerrufs zu betrachten. Man billigte dem Judentum allenfalls den Rang einer geduldeten Religion zu.

Obwohl die Verfassung des Deutschen Reichs von 1871 die rechtliche und politische Gleichstellung der Juden gesetzlich verankert hatte, bestand eine Kluft zwischen dem geschriebenen und dem in Wirklichkeit geltenden Gesetz. Wie dem auch sei, Juden drängten in freie Berufe und den ihnen offenstehenden Kulturbere-



reich, wodurch ihnen ein öffentlicher Bekanntheitsgrad zukam. Folglich waren die Antisemiten religiöser, wirtschaftlicher und rassistischer Prägung ohne große Schwierigkeiten imstande, auf die „Überfremdung“ des deutschen Volkes durch die Juden hinzuweisen. Eben das tat Treitschke, wenn er dezidiert darauf abhob, dass über die Ostgrenze, aus der „unerschöpflichen polnischen Wiege eine Schaar strebsamer hosenverkaufender Jünglinge“ nach Deutschland eindringen würde, mit dem Ziel, dass deren „Kinder und Kindeskinde der einst Deutschlands Börsen und Zeitungen beherrschen“ sollen. Diese sogenannten Ostjuden, so Treitschke weiter, stünden „erfahrungsgemäß“ dem „germanischen Wesen“ fremd gegenüber.

Der „Universitätsantisemitismus“

Neu an dem „modernen“ Antisemitismus Treitschke'scher Prägung war auch, dass er fanatisch in gelehrtem Gewand daherkam, sozusagen als „Universitätsantisemitismus“. In der Zeitspanne von der Reichsgründung bis zum Ende der Weimarer Republik war die Geschichte der Juden in Deutschland einerseits durch fortschreitende Assimilation, andererseits jedoch durch wachsende Widerstände gegen diesen Integrationsprozess gekennzeichnet. Die wirtschaftliche Krise, die sich nach

dem Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 im „Gründerkrach“ von 1873 niederschlug, war der Ausgangspunkt einer organisierten antijüdischen Bewegung. Für diese Krise, so Treitschke, trügen die Juden die Verantwortung. Das „Semitenthum“ hätte an dem „Lug und Trug“ und mit seiner „frechen Gier des Gründer-Unwesens“ unbestreitbar einen großen Anteil: „In tausend deutschen Dörfern sitzt der Jude, der seine Nachbarn wuchernd auskauft.“ Das waren stereotype verbale Auslassungen, die eines Gelehrten und einer Magnifizienz unwürdig waren.

Zwar war Judenhass nichts Neues in Deutschland, aber im Unterschied zu früheren Zeiten war der Hass jetzt nicht gegen die Bekenner des jüdischen Glaubens gerichtet, sondern gegen die Angehörigen der „jüdischen Rasse“. Die „moderne“ Judenfeindschaft in Deutschland bedurfte einer nomenklatorischen Sprachregelung, und diese erhielt sie durch den von Wilhelm Marr 1879 in Umlauf gebrachten Begriff „Antisemitismus“. Doch

galt dieses Wort als ein wenig „nebulös“, war um 1880 noch kein weithin zustimmungsfähiges Fahnenwort, spielte aber für das innenpolitische Klima eine wichtige Rolle – und sollte es für lange Zeit bleiben. „Antisemitismus“ war fortan der Sammelbegriff, mit dem sämtliche antijüdischen Motive der vorangegangenen Jahrzehnte gebündelt, etikettiert und zudem alle Vorurteile und Ressentiments „verwissenschaftlicht“ werden konnten.

Der „moderne“ Antisemitismus

Antisemitismus als konzertierte Aktion mit dem Ziel, antijüdische Denkweise in politische Aktion umzumünzen, erlangte im deutschen Kaiserreich nachhaltige Bedeutung. Hauptingredienzien des neuen giftigen Gebräus: Als Antikapitalismus verkleideter Antisemitismus mit einem Schuss deutschen Sozialismus. Nicht mehr religiöse, sondern rassistisch definiert, sahen sich die Juden solchen Vorurteilen ausgesetzt, denen sie nichts entgegenzusetzen vermochten. Protagonisten des modernen Antisemitismus waren Stoecker, Treitschke, Eugen Dühring, Wilhelm Marr, Otto Glagau und all die anderen, die mit ihrer antijüdischen Agitation vorwogen, was die nationalsozialistischen Vernichtungsantisemiten Jahrzehnte später in die Tat umsetzten.

Und so formierte sich der „moder-

ne“ Antisemitismus seit den 1870er-Jahren im politisch-gesellschaftlichen Raum und fand als integraler Bestandteil Eingang in Parteiprogramme. Hier manifestierte sich eine fortschritts- und demokratiefeindliche Ideologie, die bewusstseinsstiftend auf die nachfolgenden Jahrzehnte wirkte. Als neues, alles überlagerndes Moment antisemitischer Pseudotheorien bildete sich der Begriff der „Rasse“ heraus. Nicolas Berg klassifiziert Treitschkes Judenfeindlichkeit treffend: „Aus der immer schon gehässigen Doktrin eines religiösen Dogmas einer sozialen Gruppierung oder einer politischen Parteiung hatte sie sich in die Verschwörungserzählung einer nationalen Bewegung verwandelt, die den Verdacht gegen Juden beförderte und ihnen Machenschaften unterstellte, durch die hinter den Kulissen die deutsche Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft gesteuert würden“. Was Treitschke anstrebte war, so Berg, ein „nationales Identitätspostulat“ – ein Kollektivbild von sich selbst als Volk.

Die Agitation mit dieser Volkstumsdoktrin basierte auf einer angeblichen – biologisch begründeten – Höherbeziehungsweise Minderwertigkeit bestimmter Völker und Menschengruppen, in der sozialdarwinistische Lehren vom Sieg des stärkeren Volkes über schwächere mit religiösen Ressentiments gegen die Juden verschmolzen. Die Identifikation der Juden mit ausschließlich negativen, unveränderlichen Rasseigenschaften, wie sie von Antisemiten vom Schlage eines Paul de Lagarde propagiert wurden, war zugleich eine Absage an die Ideen der Aufklärung und des Liberalismus. Seinen kirchlichen und universitären Segen erhielt der moderne Antisemitismus durch den Theologen Adolf Stoecker und den Historiker Heinrich von Treitschke. Sie ließen ihren Schlachtruf, die Juden seien der Deutschen Unglück, wie „aus einem Munde“ ertönen.

„Eine schauerliche Epidemie“

Es waren fast ausschließlich jüdische Stimmen, die sich gegen den antisemitischen Tabubruch Treitschkes verteidigend zu Wort meldeten, darunter bekannte Persönlichkeiten wie der Historiker Heinrich Graetz, der Philosoph Hermann Cohen, der liberale Politiker

Ludwig Bamberger oder der vielgelesene Schriftsteller Berthold Auerbach, der trefflich davon sprach, dass eine „niedrige Sache eine gewisse Erhöhung gewonnen“ hätte. Der prominenteste nichtjüdische Gegner, der Treitschke mit Verve entgegentrat, war der Althistoriker und liberale Abgeordnete Theodor Mommsen, der später für sein bedeutendes Buch „Römische Geschichte“ 1902 (als 2. Preisträger) mit dem Nobelpreis für Literatur(!) geehrt wurde. Für ihn war der Antisemitismus nichts als „eine schauerliche Epidemie, wie die Cholera“. Mommsen war im Jahr 1890 folgerichtig einer der führenden Gründer des „Vereins zur Abwehr des Antisemitismus“.

Mit seinen radikal-antijüdischen Traktaten „Unsere Aussichten“ (November 1879), „Herr Graetz und sein Judentum“ (Dezember 1879), „Noch einige Bemerkungen zur Judenfrage“ (Januar 1880), „Antwort auf eine studentische Huldigung“ (November 1880) oder „Die jüdische Einwanderung in Deutschland“ (Januar 1881) hatte Treitschke vor allem in den akademischen und „gebildeten“ Schichten Deutschlands den Ton gesetzt. Treitschkes Forderungen an das Judentum waren deren völlige Assimilation (ähnliches wünschte sich auch Mommsen), und die Sperrung der östlichen Grenze, um die „wesensfremde“ jüdische Einwanderung aus den östlichen Grenzländern zu verhindern. Walter Boehlich, der Herausgeber von „Der Berliner Antisemitismusstreit“ im Jahre 1965, fand bei Treitschke das Zitat: „Immer waren die Juden ‚ein Element der nationalen Decomposition‘, auf ehrlich deutsch: der nationalen Zersetzung“. Gleichwohl darf man sich der Einsicht nicht verschließen, dass Treitschke bei seiner Kritik am Judentum tatsächlich dem Ausdruck gab, was viele seiner Zeitgenossen ebenso empfanden und dachten. Daraus lässt sich schlussfolgern, wie es Mommsen formulierte: Der Judenfeindschaft wurde die Scham genommen – sie wurde salonfähig.

Es war Walter Boehlich (1921-2006), Literaturkritiker, Verlagslektor und Übersetzer, der im Jahre 1965 die wichtigsten Reaktionen auf Treitschkes maßlose Auslassungen mit einem aufschlussreichen Nachwort im Frankfurter Insel-Verlag herausgab. Sein quellenbasiertes Standardwerk „Der Berliner

Antisemitismusstreit“, ist ein Klassiker der Historiographie – damals. Und ist es geblieben.

Einladung zur Zivilcourage

Boehlichs aufklärerische Quellensammlung war mehr als eine Handreichung für den Geschichtsunterricht an Universitäten und Schulen – es war eine Einladung und Ermutigung zur Zivilcourage, eine intellektuelle Herausforderung gegen Geschichtsrevisionismus, der in den bleiern Adenauer-Jahren mit dem Nationalsozialismus abzuschließen suchte. Boehlichs Buch war eine „editorische Pioniertat“ und seinerzeit deswegen unbequem, weil es die eigentliche Dimension des Antisemitismus erschloss und das spezifische deutsche Element daran. Das spiegelt sich auch in den unmittelbaren Reaktionen beim Erscheinen des Buches. Vor allem an dem Begriff „Universitätsantisemitismus“ wurde Anstoß genommen und behauptet, so etwas habe es nie gegeben. Dazu Boehlich ein wenig resignierend: „Da helfen natürlich keine Argumente“. Ein Rezensent der „Süddeutschen Zeitung“ wiederum stellte fest: „Es war nicht eigentlich ein Streit – damals, 1879/80. Es war ein Skandal“.

Boehlichs Buch verstand sich als offene Kritik an einer Gesellschaft, die sich weigerte, Schuld und Verantwortung an Ausgrenzung und Raub, an Vertreibung und schließlich Vernichtung anzuerkennen. Die intellektuellen Beschädigungen, die das „Dritte Reich“ hinterlassen hatte, war nicht einmal in Ansätzen korrigiert worden, weder in Schulen noch in Universitäten. Boehlich hatte dagegen die Kontinuitätslinie sichtbar gemacht, die ausgehend von der Treitschkeschen Agitation von 1879 folgende bis zum Jahr 1933 und die nächsten zwölf Jahre führte. Für Boehlich lagen die Gründerjahre des modernen Antisemitismus keineswegs in weiter Ferne. Anders formuliert: Treitschke und seine Gesinnungsgenossen hatten die theoretischen Grundlagen gelegt, die die Nazis gut 50 Jahre später in die grausame Praxis umsetzten. Der heutige Leser muss gleichwohl darüber erschrocken sein, wie wenig kaschiert und mit welcher Selbstverständlichkeit Treitschke seinen Antisemitismus vortragen hatte und wie wenig fremd er daherkommt.

Neubetrachtung der Geschehnisse

Boehlich war seiner Zeit voraus. Erst Jahre später begann man in der Bundesrepublik sich ernsthaft der dunklen Vergangenheit zu stellen und nach den Wurzeln des spezifisch deutschen Antisemitismus zu fragen. Er hatte mit seinem dokumentarischen Rückblick gezeigt, dass die Vertreter des modernen Antisemitismus keine mediokren Gestalten wie die Handlanger des Mordens in Auschwitz, sondern Vertreter einer akademischen Elite waren.

Der nunmehr von Nicolas Berg neu herausgegebene „Berliner Antisemitismusstreit“ ist mehr als doppelt so umfangreich wie die ursprüngliche Textsammlung von Walter Boehlich. Das liegt vor allem an der fundierten Einführung, die Berg als eine „Neubetrachtung“ versteht und nicht zuletzt an der gründlichen Kommentierung der präsentierten Texte, auf die Boehlich seinerzeit verzichtet hatte. Auch hat Berg gegenüber der Boehlichschen Ausgabe drei Texte neu aufgenommen: Moritz Lazarus' „Was heißt ‚national‘?“, Briefauszüge von Berthold Auerbach an seinen Freund und Cousin Jakob Auerbach aus der Zeit zwischen 1875 und 1881 sowie ein Brief von Levin Goldschmidt an Heinrich von Treitschke von Anfang Mai 1881.

Es ist der politischen Aktualität eines real-existierenden Antisemitismus in der Gegenwart geschuldet, was den Verlag und den Herausgeber Nicolas Berg veranlassten, die Boehlichsche Quellensammlung als gesellschaftspolitische Statement erneut herauszugeben. Nicolas Berg zeigt auf, dass die vor 140 Jahren veröffentlichten Text auch in der Gegenwart noch zum Nachdenken anregen, ja, anregen müssen. Er selbst hat durch seine Einführung, Erläuterungen und Kommentierungen zum ideengeschichtlichen Hintergrund des Berliner Antisemitismusstreits einen gewichtigen Anteil an diesem Anspruch. Berg lädt den Leser zum weiteren Studium über die abgründige Geschichte des Antisemitismus ein. Ein Personenregister hätte diesem Wunsch allerdings gutgetan.

Der Berliner Antisemitismusstreit. Eine Textsammlung von Walter Boehlich. Neu hrsg. v. Nicolas Berg, Suhrkamp Verlag, Jüdischer Verlag, Berlin 2023, 543 S., 28 Euro

Keine Zeitung ohne Leser: Wir freuen uns auf Ihre Leserbriefe!

Senden Sie uns Ihren Leserbrief an folgende Mailadresse:

leserbriefe@juedische-rundschau.de

Einsendungen über diese Mailadresse können sowohl in der Printausgabe der Jüdischen Rundschau als auch online veröffentlicht werden.

Die Jüdische Rundschau behält sich vor, zu entscheiden, welche Leserbriefe erscheinen und welche nicht. Die Redaktion behält es sich außerdem vor, die Leserbriefe sinnwahrend zu kürzen.

Für die Veröffentlichung muss der Leserbrief bitte mindestens folgende Angaben enthalten:

- Auf welchen Artikel bezieht sich der Leserbrief und in welcher Ausgabe ist der Artikel erschienen?
- Ihr Vor- und Nachname sowie der Wohnort (werden veröffentlicht)
- Ihre Anschrift (wird nicht veröffentlicht)

Ihre vollständige Anschrift ist wichtig, da der Leserbrief sonst als anonym gelten muss und damit nicht veröffentlicht werden kann.

Wir lesen alle Briefe sorgfältig, auch wenn wir sie nicht alle beantworten können.



„Die Asyl-Lotterie“ – Europa ist der Jackpot

In „Die Asyl-Lotterie. Eine Bilanz der Flüchtlingspolitik von 2005 bis zum Ukraine-Krieg“ rechnet der niederländische Migrationsforscher Ruud Koopmans schonungslos mit der europäischen und en détail mit der deutschen Asyl- und Integrationspolitik ab. Sachlich und nüchtern. Wissenschaftlich und faktenorientiert. Sein Fazit: Wer es bis an die Grenzen der EU schaffe, könne fast immer dort bleiben und habe damit stets den Jackpot geknackt. (JR)

Von Dr. Deborah Ryszka

Erst einmal soll ein Containerdorf für 400 Asylsuchende innerhalb des 500-Einwohner-Dorfes Upahl aufgebaut werden. Dann sollen 40 Bewohner ihre Wohnungen Flüchtlingen überlassen. Wie kommt man auf solche „grandiosen“ Ideen? Sitzen Asyl- und Integrationspolitiker am Tisch und würfeln sich diese ausgereiften Integrationskonzepte zusammen?

Das bleibt jedenfalls nicht auszuschließen – folgt man zumindest dem Migrationsforscher Ruud Koopmans. In „Die Asyl-Lotterie. Eine Bilanz der Flüchtlingspolitik von 2005 bis zum Ukraine-Krieg“ rechnet er nämlich schonungslos, en gros mit der europäischen, und en détail mit der deutschen Asyl- und Integrationspolitik ab. Sachlich und nüchtern. Wissenschaftlich und faktenorientiert. Offen und ehrlich.

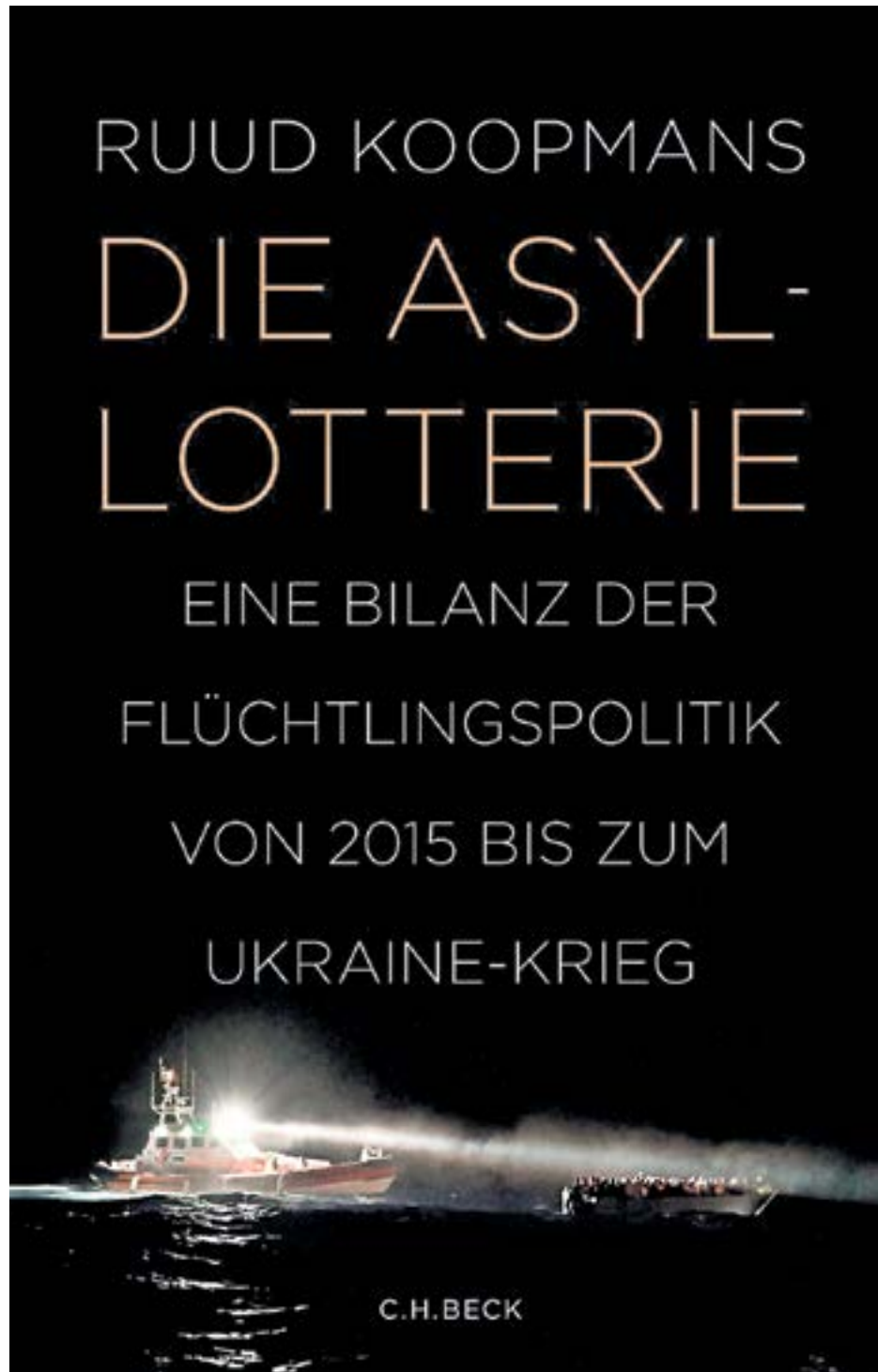
Die Europäische Union dreht Däumchen

Dabei ist Koopmans kein Unbekannter. Bereits 2016 kritisierte der Professor für Soziologie und Migrationsforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin die Flüchtlingspolitik der deutschen „Lotto-Fee“ Angela Merkel als „absolute Fehlleistung“. Mit „Die Asyl-Lotterie“ kann er nun seine Einschätzung endlich untermauern. Die Realität gibt ihm Recht. Sein Fazit ist hierbei erschreckend. Hatte die Europäische Union (EU) spätestens seit 2015 die Möglichkeit das Asylsystem zu reformieren, legte sie stattdessen die Hände in den Schoß und drehte Däumchen.

Die Folge: Wer es bis an die Grenzen der EU schaffe, habe stets den Jackpot geknackt. Anhand etlicher Beispiele zeigt Koopmans, dass es gängige Praxis sei, dass bereits abgelehnte Asylbewerber noch monate- und jahrelang, ohne Aufenthaltsgenehmigung, in Europa verweilen – weil die Herkunftsländer diese nicht aufnehmen möchten. Oder dass fehlende Ausweisdokumente kein Hindernis darstellten, um trotz fehlendem Identitätsnachweis in der EU bleiben zu dürfen. Seltsamerweise können sich vor allem diejenigen Flüchtlinge nicht ausweisen, die aus Ländern mit geringen Anerkennungschancen kommen.

Junge Männer aus wohl-situierten Verhältnissen

Von einer geregelt durchdachten europäischen Asylpolitik könne somit keine Rede sein. Das wüssten die Asylsuchenden. Deswegen nähmen sie auch, wohlwollend und hoffnungsvoll, die strapaziösen Hürden über den Seeweg in Kauf. Um in das „gelobte“ Europa zu gelangen. Meistens einfach nur, um besser zu leben. Denn die meisten Migranten seien Wirtschaftsflüchtlinge. Zumeist junge Männer aus wohl-situierten Verhältnissen. Die Schwächsten blieben hierbei außen vor und müssten in Kriegs- und Hungergebieten weiter ausharren: Arme und Alte, Frauen und Kinder.



Diese europäische Asylpolitik beinhaltet auch sicherheitspolitische Risiken. Islamistische Kräfte nutzen die löchrige Asylpolitik, um Fuß auf eu-

Koopmans ausgewählten Wunschfantasien, aus Politik und Wirtschaft, wie feinste Realsatire. Wie etwa diejenige des damaligen Daimler-Chefs

Seltsamerweise können sich vor allem diejenigen Flüchtlinge nicht ausweisen, die aus Ländern mit geringen Anerkennungschancen kommen.

ropäischen Boden zu setzen. Seit der Flüchtlingskrise 2015/2016 nahmen islamistisch motivierte Taten europaweit zu. Auch in Kriminalitätsstatistiken seien besonders Marokkaner und Algerier überrepräsentiert - im Vergleich zu ihrem Bevölkerungsanteil. Auffällig ist, dass grundsätzlich abgelehnte Asylbewerber und solche mit offenem Asylverfahren straffällig werden. Siehe etwa Anis Amri, der Breitscheidplatz-Attentäter von 2016. Auf anerkannte Flüchtlinge hingegen treffe das nicht zu.

Weiterhin räumt Koopmans mit der links-grünen Mär von Flüchtlingen als treibenden Wirtschaftsmotor auf. Passagenweise lesen sich die von

Dieter Zetsche: „Im besten Fall kann es auch eine Grundlage für das nächste deutsche Wirtschaftswunder werden - [...]. Natürlich ist nicht jeder Flüchtling ein brillanter Ingenieur, Mechaniker oder Unternehmer, sicher nicht. Aber viele sind top ausgebildet.“

Besser konnte Koopmans die Unwissenheit vieler Politiker, Unternehmer und Journalisten über die tatsächlichen Lebensbedingungen der zu 100 Prozent muslimischen Flüchtlingen und der hieraus kulturellen Differenzen nicht darlegen. Ende 2020 waren etwa Zwei-Drittel der Flüchtlinge auf Sozialleistungen angewiesen.

Konsequenzen für Europa und für die innere Sicherheit

Das hätte man aber schon damals wissen können. Einerseits, weil die meisten muslimischen Flüchtlingen noch in alten, patriarchalischen Denkmuster gefangen seien („importierte Macho-Kultur“). Frauen dürften dort nur selten einer Beschäftigung nachgehen. Andererseits sei das Bildungsniveau in den meisten muslimischen Ländern ein anderes. So verfügten 35 Prozent der hier lebenden Flüchtlinge über keine Bildung, die über das Grundschulniveau hinaus gehe. Nur die wenigsten würden eine fachspezifisch abgeschlossene Berufsausbildung besitzen.

Das alles und noch viel mehr untermauert Koopmans nicht nur mit Statistiken und Fakten, sondern auch mit konkreten Fallbeispielen. Die sieben Buchkapitel, verteilt auf etwas über 270 Seiten, vergehen dabei wie im Fluge. Nicht nur verweist der Migrationsforscher hierbei versiert auf die fatalen Fehler im Asylsystem. Zumeist hausgemacht und vermeidbar. Er zeigt auch auf die hieraus entstehenden Konsequenzen: für Europa und für die innere Sicherheit, für die Wirtschaft und die Abhängigkeit Europas von Autokraten. Zudem bietet er Lösungen aus diesem Asylchaos an. Dabei weiß er: das größte Hindernis für eine Asylreform stellen parteiideologische Grabenkämpfe dar.

Allem in allem: Friede-Freude-Eierkuchen-Integrations-Enthusiasten brauchen starke Nerven. Denn Koopmans lässt sich nicht in die Wunsch-



Ruud Koopmans

Ecke drängen, die da wäre: Nicht sehen, was ist. Aber sehen, was man sehen möchte. Stattdessen rechnet er kenntnisreich mit der desaströsen europäischen und deutschen Asylpolitik ab. Deswegen ist „Die Asyl-Lotterie“ auch das, was sie ist: Eine sechs im Lotto.

Koopmans, Ruud (2023). „Die Asyl-Lotterie. Eine Bilanz der Flüchtlingspolitik von 2015 bis zum Ukraine-Krieg“. München: C.H. Beck.

„Kennen Sie einen Juden?": Alle möglichen jüdischen Geschichten

Das Buch ist eine Hommage an jüdische Künstler, an das Shtetl, den jüdischen Witz und die jiddische Sprache, alles einzigartig, ausgestattet mit dialektischer Akrobatik und doppelten Böden. Die Journalistin und Germanistin Birgit Lahann nimmt den Leser mit in eine vergangene Zeit, voll mit Geschichten, die einem zum Lachen bringen oder die Tränen in die Augen pressen. (JR)

Von L. Joseph Heid

Der Buchtitel stammt aus einem Interview der Autorin mit dem international gefeierten Opern- und Theaterregisseur, dem Deutsch-Australier Barrie Kosky, ab 2012 Intendant der Komischen Oper in Berlin. Dieser hatte sich für eine Dokumentation über den Antisemitismus in Deutschland an das Brandenburger Tor begeben und Passanten mit der Frage konfrontiert: „Kennen Sie einen Juden? Ich bin einer. Wenn Sie Fragen haben, fragen Sie mich.“ Eine provokante Frage, gewiss, und die Antworten waren vielsagend, auch erschreckend. Er hörte zumeist ein „Nein“ oder „No“. Und irritiert fragte er sich, wo er denn „gelandet“ sei, was für ein Land ist das denn hier?

Dies ist eine von vielen weiteren Geschichten, die Birgit Lahann in ihrem Buch erzählt – kurzweilig, witzig, informativ, mal ernst, immer nachdenklich, auch anekdotenhaft und sie bewegt sich dabei ebenso feinfühlig wie kenntnisreich auf sicherem Terrain. Angesichts der Tatsache, dass die Personen, die zu Wort kommen, und die Welt, die sie beeinflusst haben, nicht mehr existiert, macht ihr Buch auch wehmütig, wenn nicht traurig. Sie erzählt turbulente Geschichten wie die von: Marc Chagall, Joseph Roth, Elisabeth Bergner, Wolf Biermann, Johannes Mario Simmer, Ignaz Bubis, Ralph Giordano, Coco Schumann und viele andere. Sie schreibt mit leichter Feder und der Leser darf sich beim Lesen immer auf die nächstfolgende Geschichte freuen.

Mit Barrie Kosky kommt Birgit Lahann auf Max Reinhardt zu sprechen und das Gespräch wird nachdenklich und anrührend: 1905 war Max Reinhardt Intendant und Eigentümer des Deutschen Theaters in Berlin, machte das Deutsche Theater zum Zentrum deutscher Theaterkunst und führte es mit diversen Gastspielen zu Welt- ruhm.

„Ehren-Arierschaft“

Erster März 1933: Als letzte Inszenierung Max Reinhardts am Deutschen Theater wird Hugo Hofmannsthal's „Das große Welttheater“ aufgeführt. Dann fällt der Vorhang für das Ensemble. Als Propagandaminister auch für Kulturfragen zuständig bietet Joseph Goebbels Max Reinhardt eine „Ehren-Arierschaft“ an, die dieser entrüstet ablehnt. Reinhardt verlässt Deutschland.

Nach seiner Flucht aus Deutschland schreibt Reinhardt am 16. Juni 1933 an die Hitler-Regierung: „Der Entschluß, mich endgültig vom Deutschen Theater zu lösen, fällt mir naturgemäß nicht leicht. Ich verliere mit diesem Besitz nicht nur die Frucht einer 37-jährigen Tätigkeit, ich verliere vielmehr den Boden, den ich ein Leben lang gebaut habe und in dem ich selbst gewachsen bin. Ich verliere meine Heimat.“ In den USA war Max Reinhardt mittellos. Er, Reinhardt, schreibt er weiter, habe „alle Ursache“ anzunehmen, dass er mit seiner Tätigkeit dem Theater auch in schwerer Zeit hätte entscheidend helfen können. „Das

neue Deutschland wünscht jedoch Angehörige der jüdischen Rasse, zu der ich mich selbstverständlich uneingeschränkt bekenne, in keiner einflussreichen Stellung.“ Am Ende seines Briefes gelingen Reinhardt Zeilen, vor denen die Nazis, die sie gelesen haben, rot hätten werden müssen: „Wenn ich nun aus den gegebenen Umständen die einzig mögliche Folgerung ziehe und dem Staat meinen Besitz überlasse, so nehme ich mit gutem Gewissen die Überzeugung mit mir, daß ich damit meine Dankeschuld abtrage für meine langen glücklichen Jahre in Deutschland“. Ob sich der hinkende Propagandaminister Joseph Goebbels beim Lesen dieser Worte geschämt hat, ist nicht überliefert. Vermutlich nicht.

„Geschichte aus dem Shtetl“

Birgit Lahann ist Germanistin und Theaterwissenschaftlerin, die mit Peter Zadek zusammengearbeitet hat und 25 Jahre Autorin beim „Stern“ war. Sie ist hoch dekoriert mit den angesehenen Theodor-Wolf und Egon-Erwin-Kisch-Preis. So wie Barrie Kosky hat die Journalistin Birgit Lahann viele weitere jüdische Prominente getroffen und sich ausgetauscht, hat Geschichten über längst Verstorbene zusammengetragen.

Birgit Lahann benötigt keine Vorrede und kein Nachwort, auch keinen wissenschaftlichen Anmerkungsapparat oder ein Literaturverzeichnis. Von der ersten Seite an ist sie mittenmang in ihren Geschichten, die im ersten Teil mit den Beteiligten Isaac Bashevis Singer, Manés Sperber, Marc Chagall, Alexander Granach oder Scholem Alejchem in den Hauptrollen im osteuropäischen Shtetl spielen. Sie alle kamen aus der chassidischen Welt des Shtetl, verkörperten sie. Es folgen Geschichten vom Juden Shylock, weiter geht es bei ihr mit Personen, die mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels im Jahre 1998 und dem Preisträger Marin Walser zu tun haben, um mit Geschichten zwischen „Gips & Marmor, Brecht & Heine, Muppet-Show & Kafka“ zu enden.

In ihrer ersten „Geschichte aus dem Shtetl“ schildert Lahann eine wunderschöne Geschichte des Isaac Bashevis Singer in Anlehnung eines seiner schönsten Bücher „Mein Vater der Rabbi“. Singer, der einzige Jiddisch schreibende Literaturnobelpreisträger (1978), schrieb viel über das Shtetl und die in ihm wohnenden Menschen. Das jüdische „Städtchen“ in Osteuropa war doch viel mehr: Es war Gemütszustand, eine Geisteshaltung, ein Glau-



bensbekenntnis, beschreibt Birgit Lahann diesen Raum, eben jener elende Traum, in dem Mangel, Hunger und Armut ertragen wurden, weil der Himmel über jedem Shtetl aufgespannt war. Das Shtetl war ein einzigartiger – leider vernichteter – Kosmos, der in Marc Chagalls Bildern weiterlebt. Bilder, in denen Esel auf Dächern zu sehen sind, wo Liebespaare durch die Luft schweben, jeder physikalischen Logik widersprechen. Das Shtetl war das Treibhaus für Künstler und Schnorrer, die mit Luft oder Eier handelten, die noch nicht gelegt waren. Es waren, wie der kluge, tief sinnige Manés Sperber sie genannt hat, die „Wasserträger Gottes“. Das Shtetl war nicht nur ein Zufluchtsplatz für eine verfolgte Minderheit, sondern ebenso ein großes Versuchslaboratorium für Friede, Selbstbeherrschung, Humanismus – und Witz. Der jüdische Witz und die jiddische Sprache, einzigartig beides, ausgestattet mit dialektischer Akrobatik und doppelten Böden.

Der Schriftsteller und Philosoph Sperber war es, der im Shtetl Zablotów groß geworden ist, der davon berichtete, dass sein Urgroßvater jeden Tag bei Anbruch des Abends aus dem Haus eilte, mit wehendem Kaftan einen Hügel hinauf, um ja nicht die Ankunft des Messias zu verpassen.

Die „Mischpoche ist auf Maloche“

Im Shtetl wurde Jiddisch gesprochen. Eine Sprache, vom Ursprung her das Mittelhochdeutsch, das die Juden vor Jahrhunderten mit ins Ghetto

hinein- und dann, als die Ghettomauern fielen, unverfälscht als „stehen gebliebenes“ Deutsch wieder mit hinausgenommen haben. Im Shtetl „schlürfte und schmatzte“ man diese Sprache und sprach sie mit Händen und Armen. Lahann zitiert dazu diesen makabren Witz: Einmal soll ein Jude bei einem Unfall beide Arme verloren haben. Da fragte man entsetzt: Und womit redet er jetzt?

Über das Jiddische und ihre Spuren im Deutschen an sich fällt Lahann Folgendes ein: Die Mischpoche ist auf Maloche, steht Schmiere, redet Tacheles und macht mit Chuzpe den Reibach, bevor der Pleitegeier kommt, der Schlammassel, der die Schickse in den Knast bringt, wo sie Stuss und Schmonzes redet und völlig meschugge aus dem Tohuwabohu wieder ins Kaff reist, von den Ganoven Schmus hört und aus Daffke Mackes austeilt, weil es schofel ist, so viel Geseire zu hören, wenn dann, nebbich, am Ende doch die Cholera kommt. Wunderbar!

Werner Krauss, einer der bekanntesten Schauspieler seiner Zeit, auf der Goebbelschen „Gottbegnadeten-Liste“ als der wichtigsten Künstler des NS-Staates geführt, hatte sich seine sage und schreibe sechs Judenrollen in dem Hetzfilm „Jud Süß“ im Jahre 1940 mit sagenhaften 50.000 Reichsmark honorieren lassen. In entlarvender Naivität verstieg er sich zu der Aussage, die antisemitische Absicht sei deswegen nicht erreicht worden, denn Ferdinand Marian, der den „Jud Süß“ verkörperte, sei ein so „charmanter Jude“ und der Bräutigam ein „so widerlicher Goy“ gewesen, dass die meisten Frauen nachher sagten: „Mit dem Jud Süß, warum nicht?“ Krauss' Lieblingsrolle war der Shylock in Shakespeares „Der Kaufmann von Venedig“, doch in der NS-Zeit war er mit dieser Rolle in die Abgründe seiner Begabung geraten. Er bediente damals offenbar alles, was Antisemiten glaubten, an einem Juden hassen zu müssen. Und so stellte Krauss, der Arier, eine derart widerliche, nach Geld geifernde, plattfüßig schlurfende und tückisch glotzende Judengestalt dar, dass Gad Granach, der Sohn von Alexander Granach, in seinen Erinnerungen schreibt, bei Krauss seien die Zuschauer jeden Abend als Antisemiten aus dem Theater gegangen. All das, und noch viel mehr, erfährt man bei Birgit Lahann.

Birgit Lahann: „Kennen Sie einen Juden?“ Lauter Künstler von A wie Alejchem bis Z wie Zadek, Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Bonn 2023, 271 S., 26 Euro.

Zum 125. Todestag des „Eisernen Kanzlers“ Otto von Bismarck

Vor und während seiner die deutsche Geschichte prägenden Amtszeit als Reichskanzler gehörten jüdische Politiker und Geschäftsleute zum engen Beraterkreis Otto von Bismarcks. Doch als in den 1880er Jahren die antisemitische Propaganda einen erheblichen Aufschwung erlebte, nutzte der „Eiserne Kanzler“ den wieder wachsenden Antisemitismus gegen die oppositionellen Liberalen und die feindliche Sozialdemokratie. Während seiner langen politischen Karriere zeigte sich Bismarck weder besonders antisemitisch noch philosemitisch. Seine Haltung gegenüber den Juden war eher von dem, was ihm zweckmäßig erschien, bestimmt. Er tat viel für die Emanzipation der Juden aber nutzte auch gleichzeitig geschickt ihre Unterstützung und Dienste. Aber enttäuschend war, dass er so gut wie nichts unternahm, um sie vor der massiv anwachsenden Judenfeindlichkeit in Deutschland zu schützen. (JR)

Von Arkadi Tzfasman

Berlin, Sommer 1878: In der Hauptstadt des jungen Deutschen Reiches trat auf Initiative des Regierungschefs Bismarck ein europäischer internationaler Kongress zusammen. Die Vertreter Frankreichs und Großbritanniens sprachen auf dem Kongress auch die Frage der Gewährleistung der Religionsfreiheit und der Gleichheit der Bürger ohne Unterschied der Religionszugehörigkeit in einigen jungen Balkanstaaten an. Bei der Erörterung dieser Frage erklärte der Vertreter Russlands, Fürst Alexander Gortschakow: "In Serbien, Rumänien und auch in Russland sind die Juden eine Gefahr.... und ihre Gleichstellung in den Rechten wird schädliche Folgen für das Land haben". Bismarck, der "Gastgeber" des Kongresses, sowie der Vertreter Frankreichs widersprachen ihm und betonten, dass die "schädlichen Aktivitäten" der Juden das Ergebnis von Gesetzen seien, "die ihre Rechte einschränken". Er erklärte, dass Deutschland jeden Vorschlag unterstütze, der gleiche Rechte für alle Bürger fordere. So trat Bismarck vor ganz Europa als Verfechter der Gleichberechtigung und Religionsfreiheit für die Juden auf. War er immer so?

Die ersten politischen Schritte

Otto von Bismarck, der am 1. April 1815 auf dem brandenburgischen Gut Schönhausen geboren wurde, erbe viele der feudal-junkerlichen Ideen seiner Klasse. Bismarck begann seine politische Laufbahn 1847 als Abgeordneter des preußischen Landtags, von dessen Tribüne aus er wiederholt seine Zugehörigkeit zur feudal-junkerlichen Partei, die Notwendigkeit, den Geist des Liberalismus zu bekämpfen, und die Bereitschaft zur Verteidigung der königlichen Autorität und des christlichen Charakters des Staates erklärte. Am 15. Juni 1847 antwortete der junge Abgeordnete auf den Vorschlag der Liberalen, die Rechte der Juden anzuerkennen: "Ich gehöre nicht zu den Feinden der Juden Ich habe nichts dagegen, dass sie Rechte genießen; nur eines spreche ich ihnen ab: das Recht, im christlichen Staat einen Platz einzunehmen, der die Untertanen des Königs zum Gehorsam gegenüber den Juden verpflichtet. Inzwischen beanspruchen sie ihn und wollen Landräte, Generäle, Minister sein Wenn ich in der Rolle des Vertreters Seiner Majestät von einem Juden dargestellt werde, dem ich gehorchen muss, gestehe ich, dass ich mich gedemütigt und beleidigt fühle...."

Bismarcks politischer Aufstieg verlief kometenhaft. Bereits zwischen 1851 und 1859 vertrat er die preußischen Interessen im Bundestag in Frankfurt am Main. In der Finanzmetropole des damals zerrissenen Deutschlands lernte Bismarck den älteren Amschel Mayer von Rothschild kennen, den ältesten Sohn des Gründers des Bankhauses.

Der erfolgreiche jüdische Unternehmer fand Gefallen an dem preußischen Politiker.

Jüdische Berater und Vertraute

Mit seiner Unterstützung wurde Mayer Karl Rothschild, der Neffe des Bankiers, preußischer Hofbankier und erhielt später einen Adelstitel und einen Orden des Königs. Und als Bismarck 1859 zum preußischen Botschafter in St. Petersburg ernannt wurde, bat er Rothschild, ihm einen zuverlässigen Finanzpartner in Berlin zu empfehlen. Dieser nannte ihm Gerson Bleichröder. Dies war der Beginn einer engen und langfristigen Zusammenarbeit zwischen dem preußischen Politiker und dem jüdischen Bankier, der nicht nur Bismarcks Vertrauter und persönlicher Finanzberater, sondern später auch sein Hauptberater in Staats- und Finanzfragen wurde.

Bismarcks Einigungspolitik wurde von den preußischen Konservativen nicht unterstützt, die eine "Auflösung" Preußens im Kaiserreich befürchteten. Aber er wusste, wie er die Unterstützung "nützlicher" Menschen, einschließlich der Juden, nutzen konnte.

Der Kanzler war beeindruckt vom Intellekt und der moralischen Reinheit von Ferdinand Lassalle, dem Gründer des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, der ihn davon überzeugte, dass die Grundsätze des allgemeinen Wahlrechts und der gleichen Staatsbürgerschaft im Prozess der deutschen Einigung attraktiv sein könnten. In diesem Bestreben wurde Bismarck von liberalen Politikern jüdischer Herkunft unterstützt. Einer von ihnen war Eduard Lasker, der Gründer und Führer der Nationalliberalen Partei. Auf den Tribünen des Preußischen Landtags und des 1867 eingerichteten Norddeutschen Landtags sowie in der Presse warb er für die Unterstützung der Bismarckschen Politik. Während des Krieges mit Frankreich 1870 reiste Lasker nach Baden, wo er sich für die Eingliederung des Landes in das Deutsche Reich einsetzte.

Ein anderer prominenter Vertreter der nationalliberalen Bewegung, Ludwig Bamberger, vertrat die gleiche Auffassung: Bismarcks Einigungspolitik entsprach den Zielen des deutschen Liberalismus, und der preußische Ministerpräsident handelte trotz seiner konservativen Ansichten im Namen des deutschen Fortschritts. Während des Deutsch-Französischen Krieges begleitete Bamberger Bismarck als Vermittler zwischen ihm und den Journalisten und erwarb dem Politiker große Verdienste bei den schwierigen Verhandlungen mit den süddeutschen Staaten über deren Beitritt zum Reich. Bismarck ernannte Bamberger später



A. Bockmann, Lübeck - Bismarck-Stiftung / WIKIPEDIA

zu seinem Währungsberater. Er war einer der Gründer der Reichsbank und wurde als "Vater der deutschen Goldwährung" bekannt.

Große Verdienste jüdischer Weggefährten

Bleichröders Rolle im Einigungsprozess war von unschätzbarem Wert. Im Jahr 1867 stellte er Bismarck die Mittel für den Krieg gegen Österreich zur Verfügung. Im Jahr 1871 war der Bankier Bismarcks Finanzberater bei den Verhandlungen mit Frankreich über die Zahlung einer Kontribution. Diese Zahlungen wurden über die Pariser Bank von Alphonse Rothschild und die Berliner Bank von Bleichröder abgewickelt. Für seine großen Verdienste um den Staat erhielt dieser den Titel eines Geheimen Kommerzienrates und wurde in den erblichen Adelsstand erhoben. Er weigerte sich jedoch, sich taufen zu lassen und wurde bis zu seinem Lebensende nicht in die "hohe Gesellschaft" aufgenommen.

Nach der Ausrufung des Deutschen Reiches 1871 und der Verabschiedung seiner Verfassung wurden die Juden dank der Bemühungen Bismarcks den Deutschen gleichgestellt und es eröffneten sich für sie neue Möglichkeiten der Integration in die deutsche Gesellschaft. Sie waren nicht nur in der Wirtschaft tätig, sondern auch in verschiedenen Bereichen der Kultur, Wissenschaft, Medizin usw. Der Zugang zur staatlichen Verwaltung und zum Offizierskorps blieb ihnen jedoch verwehrt.

Judenfeindliche Welle

Nachdem er Reichskanzler geworden war, stützte sich Bismarck weiterhin

auf die Nationalliberale Partei im Reichstag, die immer noch von Lasker und Bamberger angeführt wurde. In den 1870er Jahren wurden einige liberale Gesetze verabschiedet und der Kampf gegen den Katholizismus aufgenommen. Der Zusammenbruch des wirtschaftlichen Aufschwungs von 1871-1873, der durch die Gründung von oft spekulativen Aktiengesellschaften gekennzeichnet war - löste jedoch eine jüdenfeindliche Welle aus: Jüdische Spekulanten und Bankiers sowie jüdische Politiker, die die Verabschiedung liberaler Wirtschaftsgesetze gefördert hatten, wurden für den Ruin zahlreicher Kleinanleger verantwortlich gemacht. Die Judenfeinde verschonten auch Bismarck nicht, dem korrupte Beziehungen zu Bleichröder und sogar „verstecktes Judentum“ vorgeworfen wurden. Doch der Kanzler schwieg. So wurden in der öffentlichen Meinung Judenfeindlichkeit und Antiliberalismus untrennbar miteinander verbunden. In dieser Situation schlug Bismarck eine andere Richtung ein: 1879 brach er mit den Nationalliberalen und begann, sich in seiner Politik auf konservative und klerikal-katholische Kräfte zu stützen.

Bismarck instrumentalisiert den Antisemitismus

In den 1880er Jahren erlebte die antisemitische Propaganda in Deutschland einen nie dagewesenen Aufschwung. Daran beteiligt waren Boulevardjournalisten, Publizisten und konservative Politiker. Der berühmte Historiker Heinrich Treitschke warf die Parole "Die Juden sind unser Unglück!" in die Massen. Und was ist mit Bismarck? Öffentlich schwieg er, aber pragmatisch nutzte er den wachsenden Antisemitismus gegen die oppositionellen Liberalen und die feindliche Sozialdemokratie. Freimütige Antisemiten befanden sich nun nicht nur unter den politischen Partnern des Kanzlers, sondern auch in seinem inneren Kreis. Und als Bleichröder an Bismarck appellierte, sich gegen antisemitische Angriffe zu wehren, weigerte sich dieser, etwas dagegen zu unternehmen.

Während seiner langen politischen Karriere (er wurde 1890 pensioniert und starb 1898) zeigte sich Bismarck weder antisemitisch noch philosemitisch. Seine Haltung gegenüber den Juden war von Prinzipien der Zweckmäßigkeit bestimmt. Er tat viel für ihre Emanzipation und nutzte geschickt ihre Unterstützung und Dienste. Aber er unternahm so gut wie nichts, um sie vor dem Antisemitismus zu schützen, der zu einem der Vermächtnisse seiner Zeit wurde und in den folgenden Jahrzehnten grastierte.

Demonstration des Gewissens: 55 Jahre Prager Frühling

Im Frühling 1968 schlug die damalige Tschechoslowakei (CSSR) unter Alexander Dubcek, Erster Sekretär der Kommunistischen Partei, eine politische Wende ein und wollte mit Reformen einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ schaffen. Auf die Liberalisierungs- und Demokratisierungsmaßnahmen reagierte Moskau mit rigoroser Gewalt: In der Nacht zum 21 August 1968 begann die Niederschlagung des „Prager Frühlings“ durch sowjetische, ungarische, polnische und bulgarische Truppen. Auch Verbindungsoffiziere der DDR waren am Truppeneinmarsch des Warschauer Pakts beteiligt. Die militärische Intervention forderte über 100 Todesopfer und rund 500 Verletzte. Sogar in Moskau, wagten es acht mutige Menschen, ihre Solidarität mit der CSSR auf dem Roten Platz zu demonstrieren. Fünf der acht Demonstranten gegen die Besetzung der Tschechoslowakei hatten jüdische Wurzeln, was heute häufig kaum Erwähnung findet. (JR)

Von Alexander Kumbarg

„Es sind alle Juden!“

Im Januar-August 1968 kam der Frühling in die Tschechoslowakei: Der „Prager Frühling“. Die Kommunistische Partei des Landes unter der Führung des Ersten Sekretärs Alexander Dubček setzte auf Meinungsfreiheit, Lockerung der staatlichen Kontrolle über die Medien, Dezentralisierung der Macht, privates Unternehmertum und andere Reformen, um einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ zu schaffen. In der UdSSR und anderen „sozialistischen Ländern“ wurde dies natürlich als Bedrohung für das herrschende Parteiverwaltungssystem angesehen.

Auch der mögliche Austritt der CSSR aus dem prosovjetschen Militärblock, der Organisation des Warschauer Paktes, zeichnete sich ab. Die antisowjetische Stimmung im Land wuchs. Zur Niederschlagung des „Prager Frühlings“ in der Nacht vom 20. auf den 21. August 1968 in der Tschechoslowakei wurde auf Geheiß Breschnews Truppen der UdSSR, Ungarns, Polens, Bulgariens und Verbindungsoffiziere aus der DDR eingesetzt. In der Sowjetunion fanden Versammlungen von Arbeiterkollektiven statt, die „in einem einheitlichen Impuls“ ihre Hände für „brüderliche Hilfe“ erhoben. Das sowjetische Fernsehen und der Rundfunk wurden mit Sendungen über die glühende und einmütige Unterstützung für die „Politik der Partei und der Regierung“ überschwemmt. Und nur wenige erlaubten sich, ihre Ablehnung zu äußern.

Solidarität auf dem Roten Platz

„Unser Jahrhundert stellt uns auf die Probe - kann man auf den Platz gehen, wagt man es, zu dieser Stunde auf den Platz zu gehen?“ - reagierte Alexander Galich auf die Besetzung des tschechischen Bodens. Die Linguistin Larisa Bogoraz-Bruhman, die Dichterin Natalia Gorbanevskaya, der Physiker Pavel Litvinov, der Reiseleiter Viktor Feinberg, der Linguist Konstantin Babitsky, der Dichter Vadim Delone, der Elektriker Vladimir Dremlyuga und die studentische Historikerin Tatyana Baeva wagten sich auf den Platz. Acht Personen. Dazu der drei Monate alte Sohn von Gorbanevskaya im Kinderwagen. Das ist nicht einmal ein Tropfen im 240 Millionen Einwohner zählenden sowjetischen Meer. Plakate mit Parolen „Es lebe die freie und unabhängige Tschechoslowakei!“, „Schande über die Besatzer!“, „Hände weg von der CSSR!“, „Für eure und unsere Freiheit!“, selbstgebastelte tschechoslowakische Staatsfahnen. Eingeladene westliche Journalisten kamen.

Die Demonstranten erinnerten daran, dass die Demonstration nur drei bis fünf Minuten dauerte. Es waren nur



„Für eure und unsere Freiheit!“

wenige Menschen auf dem Platz unterwegs, die Zeit hatten, sie zu sehen. Die Parteisöldner kamen schnell angerannt - in Zivilkleidung, aber in identischen Uniformstiefeln. Sie rissen ihnen Slogans und Fahnen aus den Händen und zerbrachen sie. Sie riefen: „Es sind alle Juden!“, „Schlagt die Juden!“, „Schlagt die Antisowjets!“, „Hooligans, Banditen!“, „Verkauft für Dollars!“. Feinbergs Gesicht war blutverschmiert und seine vier Vorderzähne waren ausgeschlagen. Larisa wurde an den Haaren gezerrt. Litvinov wurde mit einem schweren Sack auf den Kopf geschlagen. Einer der Angreifer sagte zu ihm: „Ich bin schon lange hinter dir her, du Judengesicht“.

Ein Schauprozess

Fünf Personen wurden vor Gericht gestellt. Teilnehmer der Demonstration sagten, sie hätten die 21-jährige Tatjana Baeva überredet, nicht ins Gefängnis zu gehen, nicht um ihr junges Leben zu ruinieren, sondern um zu erklären, dass sie nicht an der Aktion teilgenommen habe, sondern nur zufällig in der Nähe gewesen sei. Sie selbst sagt, es sei ihre Initiative gewesen. Baeva wurde freigelassen. Aber sie wagten es nicht, Victor Feinberg mit ausgeschlagenen Zähnen vor Gericht zu bringen. Sie hielten es für das Beste, ihn für unzurechnungsfähig zu erklären und ihn in eine psychiatrische Spezialklinik einzuweisen. Auch Gorbanevskaya wurde für unzurechnungsfähig erklärt. Selbst das sowjetische Gericht hatte Angst, eine Frau mit zwei kleinen Kindern vor Gericht zu stellen.

Die übrigen Demonstranten wurden in einem Schauprozess mit einem vorbestimmten Schuldspruch verurteilt. Man versuchte, sie als Hooligans darzustellen, die einen Aufstand angezettelt hätten. Absurderweise wurden sie sogar beschuldigt, Touristen daran zu hindern, die Sehenswürdigkeiten Moskaus zu besichtigen.

Der Prozess ging sehr schnell - vom 9. bis 11. Oktober. Wegen „Verbreitung verleumderischer Erfindungen zur Ver-

unglimpfung des sowjetischen Gesellschafts- und Staatssystems“ und wegen „Gruppenaktionen, die die öffentliche Ordnung grob verletzen“ erhielten Delaunay und Dremlyuga (sie waren mehrfach vorbestraft) zwei Jahre und zehn Monate bzw. drei Jahre Lagerhaft. Babitsky, Bogoraz und Litvinov wurden für drei, vier bzw. fünf Jahre ins Exil geschickt. Die mutigen Demonstranten haben ihre Schuld nicht eingestanden.

Vorverurteilt und gedemütigt

Nur einige Angehörige der Angeklagten durften das Gerichtsgebäude betreten, die übrigen Anhänger wurden mit der üblichen Ausrede, es gebe nicht genügend Sitzplätze, nicht hineingelassen. Die empörte sowjetische Öffentlichkeit - angeheuerte Arbeiter aus einer nahen gelegenen Fabrik, Provokateure, Spitzel und Krawallmacher, die mit Wodka versorgt worden waren - konzentrierte sich ebenfalls in der Nähe des Gerichts. Ilja Gabai, ein jüdischer Dissident, der dort anwesend war, berichtet in seinem Essay „An den geschlossenen Türen des offenen Gerichts“ über das „dreitägige Spektakel“, als „Leute aus dem Parteiapparat“ die Freunde der Angeklagten mit Schimpfwörtern und rüpelhaften Drohungen überschütteten. Sie haben Provokationen und Skandale ausgelöst. Sie sagten, dass Faschisten und Mörder vor Gericht gestellt werden. Und ihr seid alle wie sie. Die Polizei hat sich natürlich nicht eingemischt.

War es notwendig, dass die Protestierenden auf den Platz gehen und sich opfern? Schließlich war es aus vielen Gründen ohnehin unrealistisch, die UdSSR zu erschüttern. Selbst in Dissidenten-nahen Kreisen gab es Diskussionen über die Angemessenheit solcher Aktionen wie einer solchen Demonstration auf dem Roten Platz. Einige bewunderten sie, andere sprachen von der Absurdität der Selbstaufopferung, die kein praktisches Ergebnis bringt, von der Sinnlosigkeit eines freiwilligen „Marsches ins Gefängnis“. Sogar der

spezielle Begriff „Selbstaufopferung“ tauchte auf.

Fünf von acht

Fünf der acht Demonstranten gegen die Besetzung der Tschechoslowakei haben jüdische Wurzeln. Das ist ein interessantes Verhältnis. Die jüdische Bevölkerung der UdSSR betrug in dieser Zeit etwa 2-2,5 Millionen in der 240 Millionen Einwohner zählenden.

Die Demonstration vom 25. August war der prominenteste und bekannteste Protest in der UdSSR gegen die Besetzung der Tschechoslowakei und eine der größten Aktionen in der Geschichte der sowjetischen Dissidenz. Es gab noch andere, sehr seltene Fälle und Formen der Verurteilung der Aggression, meist Aktionen von Einzelgängern: Sie gingen nicht zur Wahl, verteilten Flugblätter, gingen mit einzelnen Streikposten auf die Straßen ihrer Städte. Diejenigen, die protestierten, wurden aus der KPdSU ausgeschlossen und aus ihren Jobs entlassen. Einige berühmte Persönlichkeiten des Landes verurteilten die Truppen. 95 Personen unterzeichneten einen Brief an die Behörden, in dem es hieß, die Verurteilung der Demonstranten sei eine „Verletzung der bürgerlichen Freiheiten“.

Antijüdische Vorwürfe

„Für unsere und eure Freiheit“ - ein berühmter Ausspruch von Alexander Herzen zur Unterstützung der polnischen Rebellen, die für die Unabhängigkeit vom russischen Reich kämpften. Auch die Demonstranten von 1968 gaben diese Parole aus. Sie glaubten nicht an einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ und daran, dass die UdSSR ihren eigenen Dubček haben könnte. Aber sie waren hoffnungsvoll: Wenn in der Tschechoslowakei Reformen durchgeführt würden, wäre das eine gute Sache. Und auch für die UdSSR. Sie träumten davon, dass die Freiheit eines Tages Moskau erreichen würde.

Während der Aktion riefen die Geheimdienstler: „Das sind alle Juden!“, so dass es sozusagen allen „den ihren“ sofort klar wurde. Dies erinnert an die Versuche in der Tschechoslowakei und der UdSSR, den Prager Frühling selbst als „zionistische Verschwörung“ darzustellen. Für die Bürger der Tschechoslowakei wurden diese Menschen zum Gewissen der Sowjetunion...

In Russland wurden in den Medien nur einzelne Materialien über die Helden veröffentlicht. Der Staat hat sie auch zu Jelzins Zeiten nicht mit Auszeichnungen überhäuft (obwohl sie natürlich nicht auf den Platz gingen, um Auszeichnungen zu erhalten). Für viele Menschen im Land, die von imperial-sowjetischem Gedankengut infiziert sind und sich nostalgisch nach der Sowjetunion sehnen, vor der sich „alle fürchteten“, sind sie gewiss keine Helden. Und es gibt so viele Juden unter ihnen.

Erinnerung an die ermordeten Juden von Glubokoje

Als im Sommer 1941 Soldaten der deutschen Wehrmacht in die damalige polnische Stadt Glubokoje einmarschierten, wurden alle jüdischen Bewohner ins Ghetto zusammengetrieben. Am 20. August 1943 wurde das Ghetto blutig aufgelöst, nachdem die von der übrigen Bevölkerung allein gelassenen Juden sich mit all ihrer Kraft dagegengestellt hatten. Die Überlebenden des Aufstandes wurden bei Massenerschießungen im nahe gelegenen Wald Borok kaltblütig ermordet. (JR)

Von Michail Ruschanow

Im August 2023 jährt sich zum 80. Mal die Zerstörung des jüdischen Ghettos der Stadt Glubokoje in Belarus. Dieser traurige Jahrestag ist ein Anlass, derer zu gedenken, die unschuldig umgebracht wurden, nur weil sie Juden waren.

Die Stadt Glubokoje (Weißrussland, vor 1939 Polen) liegt 150 Kilometer nördlich von Minsk. Nach deutschen Schätzungen lebten zur Zeit der Besetzung etwa 12.000 Menschen in Glubokoje, darunter 7000-8000 Juden (andere Quellen sprechen von 8000-9000 Einwohnern und 4000-5000 Juden).

Glubokoje wurde am 2. Juli 1941 von den deutschen Truppen besetzt. Zuvor hatten sowjetische Beamte, nachdem sie vom Ausbruch des Krieges erfahren hatten, mit allen verfügbaren Transportmitteln die Stadt verlassen, ohne auch nur zu versuchen, den Menschen bei der Evakuierung zu helfen oder die Juden vor der tödlichen Gefahr zu warnen. Nur wenige jüdische Familien verließen die Stadt zu Fuß, während die große Mehrheit der Juden beschloss, zu bleiben.

Unmittelbar nach der Einnahme der Stadt erschossen die Deutschen prominente Mitglieder der jüdischen Gemeinde und setzten die verbliebenen Juden, sogar Kinder, zur schweren Zwangsarbeit ein und misshandelten sie unbarmherzig. Die Juden wurden ständig ausgeraubt und gezwungen, Wertsachen und Gold zu sammeln, da sonst die Geiseln getötet werden würden, falls sie nicht gehorchten. Fast jeden Morgen sahen die Bewohner von Glubokoje, wie Juden aus dem Polizeigefängnis geholt und in das Wäldchen Borok getrieben wurden, um dort erschossen zu werden.

Alle Juden der Stadt im Ghetto

Ende September 1941 wurde das Ghetto in einigen Straßen der Stadt errichtet, und im Oktober wurde die jüdische Bevölkerung der Stadt und ihrer Umgebung dorthin getrieben. Durch einen spöttischen Befehl des Ghetto-Kommissars wurden alle Juden aufgefordert, innerhalb von 30 Minuten in das Ghetto zu ziehen. Mit Genehmigung einer Sonderkommission des Magistrats durften die Juden nur einige wenige Gerümpel mitnehmen, alles Wertvolle - Möbel, Kleidung, Hausrat, Vieh - war ihnen verboten. Das Ghetto war durch Stacheldraht und einen Bretterzaun von der Stadt getrennt, und der Eingang wurde von polnischen und deutschen Wachen bewacht. Um das Leben im Ghetto zu kontrollieren und zu organisieren, setzten die Deutschen einen Judenrat unter der Leitung von Gershon Lederman (1895 - Februar 1943) ein, einem angesehenen ehemaligen Kaufmann und Mäzen der jüdischen Gemeinde. Der Judenrat verfügte über 20 unbewaffnete jüdische Polizisten unter dem Kommando des ehemaligen Geschäftsmanns Yuda Blunt.

Bis Januar/Februar 1943 waren fast alle jüdischen Ghettos in Weißrussland liquidiert und ihre Bewohner getötet

worden. Im August 1943 existierten die Ghettos in Minsk, Bialystok und Glubokoje "aus technischen Gründen" weiter. Im August 1943 verdankten die verbliebenen Juden von Glubokoje ihr vorübergehendes und teilweises "Überleben" ihrem Status als "Arbeitsghetto". Zu diesem Zeitpunkt befanden sich zwischen 3.000 und 5.000 Menschen aller Altersgruppen im Ghetto. Insgesamt durchliefen während des Bestehens des Ghettos Glubokoje etwa 10.000 Menschen das Ghetto.

Blutige Räumung des Ghettos

Nach der Beschreibung von J. R. Suchowski wurde das Ghetto in der Nacht vom 18. zum 19. August 1943 von deutschen Soldaten umstellt. Als die Häftlinge merkten, dass die Nazis eine weitere "Aktion" vorbereiteten, weigerten sie sich, dem Befehl zu folgen, sich auf dem Marktplatz zu versammeln. Die Masse der Menschen versuchte spontan, aus dem umzingelten Ghetto in Richtung Wald zu fliehen. Einige versteckten sich in vorbereiteten Unterkünften. Mehrere tausend Häftlinge überwältigten die Wachen, durchbrachen den Stacheldrahtzaun und begannen sich zu zerstreuen. Die Soldaten eröffneten ein dichtes Maschinengewehr- und Mörserfeuer.

Nachdem sie vom Zaun abgeschnitten waren, versteckten sich die Ghettohäftlinge in ihren Häusern und in Verstecken. Suchowski glaubt, dass die verfügbaren deutschen Kräfte am 19. August nicht wagten, das gesamte Ghetto zu durchkämmen und auf Verstärkung warteten. Laut der Aussage von Suchowski kam es am 20. August zu Kämpfen, Panzerwagen mit Maschinengewehren fuhren in das Ghetto ein. Aus Dachböden und Kellern flogen Molotowcocktails auf sie, Aufständische feuerten mit Schusswaffen, warfen Sprengstoff und griffen Deutsche mit einfachen Waffen an. Suchowski beschreibt einen Aufständischen, dem es gelang, einen deutschen Offizier zu erreichen und ihm mit einer Rasierklinge die Kehle durchzuschneiden. Angesichts des organisierten und erbitterten Widerstands zogen sich die deutschen Einheiten zurück und riefen die Luftwaffe herbei. Nach einem Bombenangriff gerieten die nordwestlichen Viertel von Glubokoje in Brand, wobei zahlreiche Ghettohäftlinge ums Leben kamen.

Am frühen Morgen des 20. August begannen die Deutschen mit einer erneuten Durchkämmung des Ghettos und der Ermordung aller gefangenen Häftlinge. Die Zerstörungen dauerten bis Mitternacht des 20. August. Alle Häuser im Ghetto wurden in die Luft gesprengt oder verbrannt, die identifizierten und gefangenen Juden wurden an Ort und Stelle getötet oder zur Ermordung in den Wald von Borok ge-



Denkmal für die ermordeten Juden – Gefangene des Ghettos Glubokoe

bracht. Juden, die sich versteckt hielten, erstickten oder verbrannten in ihren Verstecken infolge eines Brandes im Ghetto. Das Feuer wurde möglicherweise durch Mörserbeschuss ausgelöst.

Systematische Liquidierungen

Die im Ghetto gefangen genommenen Häftlinge wurden mit Lastwagen des Polizeiregiments in den Wald von Borok gebracht. Die Lastwagen mit jeweils etwa 30 Häftlingen kamen drei bis vier Stunden lang alle fünf Minuten an. Die Häftlinge stiegen aus und gingen zu drei großen Gruben, die im Voraus ausgehoben worden waren. Die Juden wurden aufgefordert, sich in die Gruben zu legen, wo sie von den Soldaten mit Maschinengewehren beschossen wurden. Diejenigen, die sich wehrten, wurden in die Gruben gestoßen, einige versuchten zu fliehen und wurden von den Soldaten der Absperrung getötet. Die Verwundeten wurden nicht getötet, sondern es wurde einfach die nächste Schicht von Erschossenen auf sie gelegt. Am Ende der Aktion, am Abend des 20. August, war der sich noch bewegende Leichenhaufen mit Kalk und Sand bedeckt.

Eine Gruppe von 300-400 gefangenen Häftlingen wurde auf dem Hof eines großen Bauernhauses außerhalb des Ghettos zusammengezogen. Den Juden wurde Essen gegeben, und als sie sich auf den Boden setzten und zu essen begannen, eröffneten die Soldaten einer Maschinengewehrmannschaft (vermutlich SS-Soldaten).

Die SS-Polizisten durchkämmten die rauchenden Ruinen mehrmals, warfen Granaten durch die Kellerfenster in die entdeckten Bunker, stürzten alle

Toilettenhäuschen um, erledigten die Verwundeten und töteten die aus den Bunkern herausgezogenen Juden. Willy Thiermann, ein Soldat der 6. Kompanie des 26. SS-Polizeiregiments, schoss einer sechsköpfigen Familie, die er in einem Kellerversteck fand, in den Hinterkopf und tötete sie. Ehemalige Soldaten des 2. SS-Polizeiregiments glauben, dass das Ghetto am Nachmittag des 20. August vollständig zerstört war. Am Morgen des 21. August begann das 2. SS-Polizeiregiment seinen schrittweisen Rückzug aus der Stadt. Nach den Erinnerungen von SS-Polizisten durchsuchten sie am 21. August die Umgebung von Glubokoje und fanden in den nahe gelegenen Wäldern und Feldern versteckte Juden, die ermordet worden waren. Am Die Zerstörung des Ghettos in Glubokoje war am 22. August abgeschlossen.

Die Einheimischen räumten Schutt weg, löschten Brände, entfernten Leichen und konnten als Belohnung Haushaltsgegenstände,

Werkzeuge und andere nützliche Dinge der ehemaligen Ghetto-Bewohner mitnehmen. "Spitzel" aus der lokalen Bevölkerung klopfen an die Wände aller Keller und anderer Orte an denen sich Juden im zerstörten Ghetto verstecken konnten. Für jeden gefassten und ausgelieferten Juden zahlten die Deutschen eine Belohnung.

Bewegende Zeugenaussagen

Einige überlebende Ghettohäftlinge sagten nach dem Krieg aus.

Der Zeuge Bela Muscat sagte 1961 in Argentinien aus: "Die Liquidierung begann mit dem Werfen von Handgranaten auf die Fenster von Häusern und Kellern, dann wurde von allen Seiten geschossen. Meine Mutter und meine jüngere Schwester wurden durch Splitter einer Granate getötet, die durch ein Kellerfenster geworfen wurde. Mein Vater, meine andere Schwester und ich waren zu diesem Zeitpunkt in einem Nachbarzimmer. Wir rannten nach draußen und liefen in Richtung Wald. Man schoss auf uns, ich wurde verwundet, mein Vater und meine Schwester wurden getötet.

1961 sagte der 1935 geborene Zeuge Haim Gitelson in Israel aus, dass er auf der Flucht in den Wald Tausende von Leichen auf dem Feld vor dem Wald sah, die von einheimischen Polen und Weißrussen nach Wertgegenständen durchsucht wurden. Zur gleichen Zeit schlugen einige Einheimische den Toten mit Hämmern die Goldzähne aus.

Insgesamt wurden im Ghetto Glubokoje mehr als 10 000 Juden gefoltert und getötet. Die Listen der Ghettohäftlinge wurden zusammen mit dem Judenrat verbrannt. Nur etwa 500 Menschen entkamen dem Tod.

Auf Anregung unserer Leser hin möchten wir Ihnen regelmäßig historisch interessante Seiten der alten JÜDISCHEN RUNDSCHAU vorstellen, die erstmals 1902 unter diesem Namen erschien.

Nr. 66 / Jahrgang 43

Preis 25 Rpf.

JÜDISCHE RUNDSCHAU

Redaktion, Verlag und Anzeigenverwaltung: Berlin W15, Meinekestr. 10
Fernruf: 91 90 31, Telegramm-Adresse: Orghlp. — In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung etwa schon gezahlter Bezugsgebühren. Bezugspreis einschließlich Bestellgeld je Monat RM 2.—, je Vierteljahr RM 5,75; bei Abholung RM 1,88 bzw. RM 5,39 (einschließlich Postzeitungsgebühr von 10,96 Rpf je Monat). — Postcheck-Konten der Vertriebs-Abteilung für Groß-Berlin Berlin 71573, für das übrige Reich: Berlin 17392

BERLIN

כ"ב אב תרצ"ח

FREITAG, 19. AUGUST 1938

Erscheint jeden Dienstag und Freitag. Gültig ist die Anzeigenpreislise Nr. 5 vom 1. April 1936. Die zwölfspaltige mm-Zeile 20 Rpf. für Familien-Nachrichten 15 Rpf. Keine Gewähr für Aufnahme von Anzeigen in bestimmten Ausgaben oder an bestimmten Plätzen. Einzelanzeigen nur gegen Vorauszahlung auf Postcheck-Konto Berlin 71518 oder bar Montag bis Freitag 9—18 Uhr. Annahmeschluss für die Dienstag-Ausgabe Montag 10 Uhr, für die Freitag-Ausgabe Mittwoch 15 Uhr. Familien-Anzeigen am Tag vor Erscheinen 16 Uhr

Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina. (Baseler Programm)

Die Teilungskommission in London / Neue politische Kombinationen über das Teilungsprojekt

Die Palästina-Teilungskommission begann am Montag in London mit ihren Beratungen. Die erste Sitzung dauerte mehrere Stunden. Sie war geheim und befaßte sich mit verschiedenen eingereichten Denkschriften. Ferner hörte die Kommission den Earl of Lytton an, der bekanntlich Vorsitzender des Verwaltungsrates der Palestine Potash Co. ist. Man vermutet, daß bei dieser Sitzung insbesondere wirtschaftliche Fragen erörtert worden sind. Der diplomatische Korrespondent der „Times“ erklärt, angesichts des Palästina-Besuchs des Kolonialministers MacDonald und seines Drängens auf rasche Entscheidung sei es unwahrscheinlich, daß der Bericht der Kommission lange aufgeschoben wird.

Mit der Reise, die der Kronprinz von Saudi Arabien, der zugleich Außenminister seines Landes ist, nach London unternommen hat, werden politische Kombinationen verbunden. Offiziell ist mitgeteilt worden, daß



Die Delegation aus Saudi Arabien. In der Mitte der Kronprinz bei der Ankunft auf der Victoria Station in London. Auslandsfoto

die Europareise des Kronprinzen nach Paris und England privaten Zwecken diene. Man vermutet jedoch, daß er in London auch politische Fragen zur Sprache bringen wird und u. a. den in Frage kommenden englischen Stellen die Haltung Ibn Sauds in der Palästinafrage schildern soll. (Vgl. hierzu auch den Artikel „Falsche Verhandlungsbasis“.)

Inzwischen hat der diplomatische Korrespondent des Londoner „Evening Standard“ einen etwas sensationellen Artikel veröffentlicht, worin er behauptet, Informationen zu haben, daß der Palästina-Teilungsplan in der bisherigen Form überhaupt fallen gelassen sei. Man befürchte, daß die Gefahr einer allgemeinen Erhebung der arabischen Welt gegen Großbritannien wachse, wenn in einem Teil Palästinas ein selbständiger arabischer Staat geschaffen werde. Außerdem habe Ibn Saud England zu verstehen gegeben, daß er bei einer Teilung Palästinas die Herausgabe des Hafens von Akaba, den er von jeher beansprucht hat, verlange werde. Die aus diesem Grunde in Aussicht genommene neue Lösung beruhe darauf, daß das englische Mandat über Palästina aufrechterhalten werden soll, während man zugleich ein autonomes jüdisches Territorium in der Küstenebene des Landes schaffen werde. Dieses jüdische Territorium sollte sich von Tel Awij nach Norden in einem zirka 15 km breiten Landstreifen bis Athlit, 10 km südlich von Haifa, erstrecken. Das in Frage kommende Gebiet werde schon jetzt zu 95% von Juden bewohnt, und die verhältnismäßig nicht sehr zahlreichen Araber könnten in anderen Teilen Palästinas angesiedelt werden. „Evening Standard“ sagt, daß man zwar mit einer energischen jüdischen Opposition gegen einen solchen Plan rechne, da dieses Territorium wesentlich kleiner sei als das in dem Teilungsplan der Peel-Kommission in Aussicht genommene jüdische Gebiet; jedoch glaube man, daß bei der Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes und auch bei der Durchführung des ursprünglichen Teilungsplanes die Lage der Juden ungleich schlechter sein würde. Hohe britische Beamte und Mitglieder der Teilungskommission seien darin einig, daß es gefährlich sei, neben dem jüdischen einen arabischen Staat zu schaffen, da zwischen diesen beiden Staaten ein ständiger Kriegszustand entstehen würde.

„Evening Standard“ will ferner wissen, daß der neue Plan zugleich mit dem Bericht der Teilungskommission Anfang Oktober veröffentlicht werden soll, jedoch sei anzunehmen, daß man seitens der britischen Regierung schon vorher Untersuchungen in Palästina über die Durchführbarkeit des neuen Planes anstellen wolle.

Auch der Jerusalemer Korrespondent des Pariser „Temps“ weiß von neuen politischen Projekten zu berichten. In gemäßigten arabischen Kreisen Palästinas herrsche die Ansicht, daß die britische Regierung als Resultat der jüngsten Besprechungen mit Emir Abdullah beabsichtige, eine Lösung des Palästina-Problems vorzuschlagen, die auf folgenden Prinzipien beruhe:

1. Verhinderung des Landverkaufes seitens der Araber an Juden, mit Ausnahme der Küstenzone zwischen Tel Awij und Haifa.

2. Beschränkung der jüdischen Einwanderung unter der Voraussetzung, daß die Einwanderer sich in der gleichen Zone niederlassen und daß der Um-

fang der Einwanderung von der Aufnahmefähigkeit dieser Zone abhängt.

3. Einrichtung eines Legislative Council aus gewählten Vertretern, in Übereinstimmung mit dem Prinzip proportioneller Vertretung der verschiedenen Bevölkerungsgruppen.

4. Amnestie für alle politischen Gefangenen, Verbannte und Geflüchtete.

5. Verlängerung des britischen Mandatsregimes für die nächsten 10 Jahre.

Wie der Berichterstatter des „Temps“ hinzufügt, habe der Mufti zu diesem Plan seine Zustimmung gegeben.

*

JR. Die Mitteilungen, die in der Londoner und Pariser Presse über neue Projekte zur Lösung des Palästina-Problems aufgetaucht sind, müssen unseres Erachtens mit größter Vorsicht aufgenommen werden. Nach den letzten offiziellen Äußerungen seitens des Kolonialministers MacDonald wie auch des Oberkommissars in Rundfunk beharrt die englische Regierung auch weiterhin auf dem Gedanken der Teilung des Landes, wie er im „Peel-Plan“ prinzipiell niedergelegt worden ist. Wenn demgegenüber ein Projekt, wie es vom „Evening Standard“ angekündigt ist, ernsthaft erwogen würde, so läge darin eine Abkehr von jener Linie, die von den Autoren des Peel-Plans eingehalten wurde und die davon ausging, beiden Partnern, Juden wie Arabern, ihre Hauptforderungen zu erfüllen, nämlich ihnen beiden ein hohes Ausmaß von nationaler Selbständigkeit zu geben. Ohne Zweifel müßte es heftigen arabischen Widerstand hervorrufen, wenn die von England durch den Peel-Plan verheißene Selbständigkeit nicht gewährt würde, während man ein — wenn auch kleines — Gebiet den Juden zur autonomen Verwaltung überläßt. Auf der anderen Seite wäre — dies würde vom „Evening Standard“ selbst so gleich erkannt — ein derartiges Angebot für die Juden völlig unakzeptabel, würde es doch bedeuten, daß die jüdische kolonialistische Arbeit auf einen winzigen Gebietsstreifen beschränkt bliebe, der uns in keiner Weise die natürlichen Möglichkeiten des Landes zur Entwicklung überläßt und auch unter noch so bescheidenen Gesichtspunkten keine ausreichende Einwanderung ermöglicht. Uns scheint, daß es sich bei diesen Angaben weniger um einen konkreten Plan als um einen Versuchsballon handelt, der von gewissen an der Sache interessierten Kreisen ausgeht, um die Reaktionsweise von Juden und Arabern zu erproben. Darauf deutet auch der Jerusalemer „Temps“-Bericht hin, der zwar einen etwas anderen Vorschlag wiedergibt, weil das Land als Ganzes unter Mandatsregime bleiben soll, aber doch darin mit den Mitteilungen des „Evening Standard“ übereinstimmt, daß die jüdische Arbeit auf die Küstenzone beschränkt werden soll.

Wir glauben, daß gerade im gegenwärtigen Augenblick nach den eindeutigen Erklärungen von autoritativer englischer Seite jede Nervosität überflüssig ist und alles geschehen sollte, um eine beschleunigte Durchführung eines verbesserten Teilungsplanes zu erreichen, nachdem dieser als der einzige mögliche Ausweg proclaimed worden ist.

George Rublee in London

Der amerikanische Direktor des intergouvernementalen Büros für Auswanderungshilfe Mr. George Rublee traf in London ein und hat seine Amtsgeschäfte aufgenommen. Er wird im Laufe der Woche das englische Auswärtige Amt besuchen, um mit Lord Winterton, dem Präsidenten des Büros, sich zu beraten.

A. Z. Idelsohn

Der bekannte amerikanisch-jüdische Komponist Abraham Zwi Idelsohn starb, wie uns soeben gemeldet wird, am 16. August in Johannesburg (Südafrika) im Alter von 56 Jahren. Idelsohn ist als Autor einer großen Zahl jüdischer Lieder und als jüdischer Musikforscher bekannt geworden. Er lebte von 1906 bis 1921 in Jerusalem, wo er nach dem Kriege eine jüdische Musikschule begründete. Seit 1924 wirkte er als Professor für jüdische Musik und Liturgie am Hebrew Union College in Cincinnati. Von seinen Werken sind am bekanntesten sein Hebräisch-Orientalischer Melodienschatz und seine zweibändige Geschichte der jüdischen Musik. Idelsohn hat sich in unserer Zeit die größten Verdienste um die Wiederbelebung einer echten volksmäßigen jüdischen Original-Musik orientalischen Charakters (wohl zu unterscheiden von der häufig als „j. i. ch.“ bezeichneten golsgeborenen eklektischen Musik) erworben. Seine Werke und sein Wirken sind in der „Jüdischen Rundschau“ oft besprochen worden.

Falsche Verhandlungsbasis

Die Anwesenheit der arabischen Prinzen aus Saudi-Arabien in London wird in manchen Pressemeldungen auch mit der Palästina-Frage in Verbindung gebracht. Obwohl keine Anzeichen dafür vorliegen, daß die Prinzen aus diesem Grunde nach London fahren, ist es immerhin möglich, daß bei den Unterredungen, die sie dort haben werden, auch Palästina zur Sprache kommt. Unter diesem Gesichtspunkt sind die Informationen von Interesse, die vor einiger Zeit in der „New York Times“ über eine angebliche Intervention der arabischen Nachbarstaaten veröffentlicht wurden.

Die „New York Times“ berichtete, daß die Regierung des Irak im eigenen Namen sowie im Namen der Regierungen von Saudi-Arabien und Jemen einen Vorschlag zur Lösung der Palästina-Frage ausgearbeitet hat, der durch einen Spezialkurier nach Jerusalem gebracht und dort dem einzigen gegenwärtig in Jerusalem anwesenden arabischen Führer Ragheb Bey Naschaschibi, Präsidenten der arabischen Verteidigungsarmee, vorgelegt worden sein soll. Naschaschibi habe dem Vorschlag sofort zugestimmt und daraufhin seien Abschriften an den in Ägypten befindlichen Amī Bey Abdul Hadi, sowie an den im Libanon befindlichen Exmufti von Jerusalem geschickt worden. Die drei Regierungen schlagen als Basis für Verhandlungen folgendes vor: 1. Palästina ohne Transjordanien soll ein unabhängiger Staat werden, 2. das gegenwärtige Verhältnis der Bevölkerungszahl von Juden und Arabern soll als dauerndes Verhältnis bestehen bleiben. (Dies würde praktisch das Aufhören einer jüdischen Einwanderung bedeuten. — A. d. R.) 3. Die Durchführung einer Lösung des Palästina-Problems soll zehn Jahre in Anspruch nehmen, und während dieser Zeit soll Großbritannien die Herrschaft weiter behalten. 4. Eine Volksvertretung ist gemäß der Proportion der einzelnen Bevölkerungsgruppen einzusetzen. 5. Alle Palästinenser, unabhängig von Volkstum und Religion, genießen gleiche bürgerliche und politische Rechte. 6. Araber und Juden genießen in den von ihnen bewohnten Gebieten volle Selbstverwaltung. 7. Die moslemischen, christlichen und jüdischen Gemeinden sind in ihren Gemeindeangelegenheiten völlig unabhängig. 8. England soll dauernd der Schutzherr aller Minderheiten bleiben. 9. Ein Vertrag zwischen Palästina und Großbritannien soll die strategischen und wirtschaftlichen Interessen Englands in Palästina sicherstellen.

In der Meldung der „New York Times“ heißt es weiter: die drei genannten Regierungen der arabischen Staaten würden, sobald die palästinensischen Araber den Vorschlag gutgeheißen haben, Verhandlungen mit der britischen Regierung einleiten. (Unter diesem Gesichtspunkt würde, wenn man die teilweise Richtigkeit der Meldung unterstellt, die Anwesenheit der saudischen Prinzen in London in ein neues Licht gerückt. — A. d. R.) Der Berichterstatter der „New York Times“ meint, daß der Exmufti solchen Verhandlungen nicht zustimmen würde, doch haben sich nach dieser Meldung zwei Vertreter des Iraks zu dem Mufti nach dem Libanon begeben, um ihn zur Zustimmung zu bewegen. Ob dies Erfolg hatte, ist nicht bekannt geworden. Ferner heißt es, daß eine Anzahl von englischen Parlamentariern und auch einige Mitglieder des Britischen Kabinetts für diesen Vorschlag eintreten und daß der Britische Botschafter in Bagdad die Frage eingehend mit der Irak-Vertretung diskutiert hat. Emir Abdulla von Transjordanien ist aus der ganzen Kombination ausgeschaltet worden.

Die „New York Times“ fügt hinzu, daß die Zionisten diese Vorschläge niemals akzeptieren würden. Manche arabischen Führer seien der Meinung, daß im Falle der Zustimmung der Araber England den Juden eine solche Lösung aufzwingen würde.

Die Meldung der „New York Times“ ist natürlich mit größter Vorsicht aufzunehmen, aber erfahrungsgemäß ist meist in derartigen Berichten ein Körnchen Wahrheit, und es ist durchaus möglich, daß irgendeine arabische Stelle einen solchen Vorschlag propagiert. Die Vermutung, daß die Zionisten einen solchen Vorschlag ablehnen müßten, ist gewiß richtig; denn es ist völlig ausgeschlossen, von jüdischer Seite irgendeiner Lösung zuzustimmen, die eine weitere jüdische Einwanderung verhindert. Während ein beträchtlicher Teil der jüdischen Öffentlichkeit der Meinung ist, daß über das Ausmaß der Einwanderung verhandelt werden könnte und daß eine Vereinbarung, die die Zustimmung der Araber findet und den Frieden im Lande wieder herstellt, auch mit Opfern und Verzicht (ideologischer und praktischer Natur) erkauft werden sollte, gibt es wohl niemanden auf jüdischer Seite, der einer völligen Einstellung der jüdischen Ein-

Erster Ueberblick

Im Sharon wurde mit der Errichtung einer neuen Siedlung begonnen.

In den letzten Tagen kam es in Palästina zu einer Reihe von Ueberfällen und Gefechten, die zahlreiche Opfer forderten. Bei einem Ueberfall auf einen Autobus bei „Jawoth hakarmel“ wurden neun Juden getötet. Araber erbeuteten bei einem Postraub in Nablus £P 2000.

Der ehemalige Polizist Mordochai Schwartz wurde in Akko hingerichtet.

Sechs Millionen Opfer klagen an – 70 Jahre Shoah-Gedenkstätte Yad Vashem

Am 19.08.1953 beschloss die Knesset das Yad-Vashem-Gesetz woraufhin der Holocaust-Gedenkort erbaut worden ist, um die nachfolgenden Generationen an die Ermordung von über sechs Millionen Juden durch die Nationalsozialisten zu erinnern. Yad Vashem ist hebräisch und bedeutet „Denkmal und Name“ - in Anlehnung an das Alte Testament, wo es bei Jesaja 56,5 heißt: „Und ihnen will ich in meinen Hause und in meinen Mauern ein Denkmal und einen Namen geben (...) der nicht getilgt werden soll.“ (JR)

Von Juri Kramer

Während des Zweiten Weltkriegs starben 6.000.000 Juden (richtig - mit sechs Nullen; das ist anschaulicher als in Buchstaben), zwei Drittel der im Vorkriegseuropa lebenden Juden.

Die Nazis begannen mit dem „Vaterland“, indem sie am 10. September 1935 auf dem 7. Parteitag der NSDAP in Nürnberg die so genannten Nürnberger Rassengesetze verabschiedeten, die den Beginn der „Endlösung der Judenfrage“ nicht nur in Deutschland, sondern auch im europäischen Teil der Alten Welt darstellten. Wenn es Kräfte und Möglichkeiten gegeben hätte, wären sie auch in der Neuen Welt angekommen.

Die Mittel und Wege zur Umsetzung dieses teuflischen Plans wurden auf der Wannseekonferenz hochrangiger Reichsbeamter im Winter 1942 erörtert und beschlossen, woraufhin die Nazi-Maschinerie zur Vernichtung des europäischen Judentums an Fahrt gewann und mit neuem Elan arbeitete: 1.700.000 Menschen wurden allein in den Jahren 1942-1943 ermordet. Die Juden wurden in Lager deportiert, und die Gaskammern von Auschwitz, Buchenwald, Treblinka und anderen Lagern waren rund um die Uhr in Betrieb.

Die Zahl der Toten wuchs, und die Vernichtungsmaschinerie bewegte sich bis zum Fall Berlins weiter auf dem einst geplanten Weg. Kinder, alte Menschen, Frauen, Männer... 6.000.000 Menschen. Das ist die Zahl, über die sich die Historiker der Shoah einig sind.

Das Yad-Vashem-Gesetz

Israel ließ sich nicht nur von der Idee der Vergeltung leiten, sondern auch von der Idee des Gedenkens: Bereits 1942, sechs Jahre vor der Gründung des Staates Israel, entstand die Idee, aller Juden zu gedenken, die im Holocaust umgekommen waren. Mordechai Shenhavi, ein Kibbuznik aus Mischmar ha-Emek, der aus der Provinz Wolhynien des Russischen Reiches stammte, schlug vor, eine Gedenkstätte zu schaffen, um die umgekommenen Juden zu ehren und all derer namentlich zu gedenken, denen die Möglichkeit genommen wurde, nach dem Tod ein Denkmal zu finden. Er war es auch, der vorschlug, die künftige Gedenkstätte „Yad vashem“ (hebräisch – „Denkmal und Name“) zu nennen.

Von der Idee bis zur Umsetzung vergingen einige Jahre: Am 18. Mai 1953 verabschiedete die Knesset einen ein Jahr zuvor vom israelischen Erziehungsminister Ben-Tzion Dinur vorgelegten Gesetzentwurf zur Gründung des Yad Vashem Instituts. Nach den Diskussionen 1945 auf dem Zionistenkongress in London und in der Jewish Agency, nachdem Israel 1948 ein souveräner Staat wurde und nachdem das beispiellose Ausmaß der Shoah, die das jüdische Volk heimsuchte, zumindest ansatzweise erforscht worden war.



Israelische Soldaten besuchen die Gedenkstätte Yad Vashem

In dem Gesetz hieß es: „Die Gedenkstätte Yad Vashem wird hiermit in Jerusalem errichtet, um der sechs Millionen Mitglieder des jüdischen Volkes zu gedenken, die als Märtyrer durch die Hand der Nazis und ihrer Kollaborateure starben; der jüdischen Familien, die von den Tätern ausgelöscht wurden; der Gemeinden, Synagogen, Bewegungen und Organisationen sowie der sozialen, kulturellen, erzieherischen, religiösen und wohlthätigen Einrichtungen, die in der Absicht vernichtet wurden, die Kultur und den Namen Israels selbst auszulöschen“.

Das Gesetz gedachte auch „der Standhaftigkeit der Juden, die ihr Leben für ihr Volk gaben; des Heldentums der jüdischen Soldaten sowie der Untergrundkämpfer und Partisanen in den Städten, Dörfern und Wäldern, die ihr Leben im Kampf gegen die Nazi-Verbrecher und ihre Kollaborateure riskierten; des heldenhaften Widerstands der von der Welt abgeschnittenen Ghettobewohner und der Kämpfer, die sich erhoben und die Flamme des Aufstands entzündeten, um die Ehre ihres Volkes zu retten“.

Das Gesetz betonte den „edlen und beharrlichen Kampf... des Hauses Israel am Rande der Vernichtung für seine Menschenwürde und seine jüdische Kultur“. Es vergisst auch nicht die Rolle „der edlen Nichtjuden, die ihr Leben riskiert haben, um die Juden zu retten“

und "die unaufhörlichen Bemühungen der Juden, die vom Rest der Welt abgeschnitten waren, um trotz aller Hindernisse das Land Israel zu erreichen; die Hingabe und das Heldentum ihrer jüdischen Mitbürger, die zur Rettung und Befreiung der Überlebenden kamen.“

Zeit und Ort

Der Standort für die Gedenkstätte wurde auf der Westseite des Herzl-Berges gewählt. Niemand hatte Einwände gegen diese Entscheidung. Hier fand im Sommer 1949 die Umbettung der aus Wien überführten sterblichen Überreste von Theodor Herzl statt (im Jahr zuvor wurden im nördlichen Teil des Herzl-Berges die im israelischen Unabhängigkeitskrieg gefallenen Soldaten der israelischen Armee beigesetzt). Die Regierung beschloss, auf dem 834 Meter hohen Berg, der die Stadt überragt und an den Jerusalemer Wald angrenzt, einen Friedhof einzurichten und Staatsmänner und prominente Führer des Zionismus zu bestatten.

Die Bauarbeiten begannen 1953 unmittelbar nach Verabschiedung des Gesetzes durch die Knesset und wurden 1957 abgeschlossen, woraufhin das Museum für Israelis und ausländische Touristen geöffnet wurde. Der Komplex umfasste damals nur wenige Säle, deren Exponate die Geschichte des Widerstands im Warschauer Ghetto,

die Ereignisse rund um die Aufstände in Auschwitz und Treblinka sowie die Schwierigkeiten der jüdischen Überlebenden der Shoah auf ihrem Weg nach Eretz Israel widerspiegeln.

„Ich klage an!“

Vielleicht hat das israelische Volk in seiner ganzen Geschichte noch nie so triumphiert wie am 22. Mai 1960, als Ben-Gurion in der Knesset verkündete, dass Adolf Eichmann „in Israel ist und bald vor Gericht gestellt werden wird“. Wahrscheinlich empfanden die Juden die gleichen Gefühle, als derselbe Ben-Gurion am 14. Mai 1948 die Gründung eines unabhängigen jüdischen Staates verkündete.

Otto Adolf Eichmann, SS-Obersturmbannführer, der seit Dezember 1939 das Referat IV D 4 (damals IV B 4) in der Generaldirektion für die Sicherheit des Reiches leitete - das so genannte „Judenreferat“, das nach dem Namen seines Chefs „Eichmanns Referat“ genannt wurde - wurde mit der „Endlösung der Judenfrage“ beauftragt.

Er, der Sohn eines einfachen Buchhalters der „Elektrischen Straßenbahngesellschaft“ aus Solingen, ein ausführender Diener, der alle Befehle der obersten Naziführung strikt befolgte, der sogar in der wissenschaftlichen Literatur als „Architekt des Holocaust“ bezeichnet wird, war für den Tod von 6.000.000 Juden in Europa verantwortlich. Wie viele

Nazis entkam auch er nicht der Verantwortung: 1960 wurde er von Mossad-Agenten in Argentinien entführt, wo er sich nach dem Krieg viele Jahre lang versteckte, und nach Israel gebracht, wo ihm der Prozess gemacht wurde.

Generalstaatsanwalt Gideon Hausner hielt seine Anklagerede im Eichmann-Prozess: „Ich stehe hier vor Ihnen, liebe Richter Israels, um Adolf Eichmann anzuklagen, aber ich stehe nicht allein. Mit mir zusammen sind in dieser Stunde sechs Millionen Ankläger. Aber sie können nicht aufstehen, mit dem Finger anklagend auf denjenigen zeigen, der auf der Anklagebank sitzt, und ausrufen: „Ich klage an!“ Ihre Asche liegt verstreut auf den Hügeln von Auschwitz und auf den Feldern von Treblinka, verstreut in den Wäldern von Polen. Ihre Gräber sind über ganz Europa verstreut. Ihr Blut schreit, aber ihre Stimme wird nicht gehört. Deshalb werde ich für sie sprechen und in ihrem Namen eine entsetzliche Anklageschrift verfassen...“

Die Staatsanwaltschaft legte 1.600 Dokumente vor, von denen die meisten von Eichmann unterzeichnet waren. Die Dokumente und die Aussagen von 100 Zeugen boten dem Gericht ein erschreckendes Bild der Verfolgung:

die Einführung antijüdischer Gesetze, die Aufstachelung zum Hass gegen die jüdische Minderheit, die Plünderung jüdischen Eigentums, die Inhaftierung von Juden in Ghettos und Konzentrationslagern und die Deportation der jüdischen Bevölkerung Europas in Todeslager. Eichmann war derjenige, der die Deportation von Juden in die Vernichtungslager anordnete und überwachte. Das Gericht erkannte ihn als Kriegsverbrecher an, der sich der Gräueltaten gegen das jüdische Volk und gegen die Menschheit schuldig gemacht hat.

In der Nacht vom 31. Mai auf den 1. Juni 1962 wurde er im Ajalon-Gefängnis von Ramla gehängt, sein Leichnam verbrannt und die Asche anschließend in den neutralen Gewässern des Mittelmeers verstreut, um das jüdische Land nicht zu entweihen.

Eine menschliche Legende

Ab dem Jahr 1972 wurde Yad Vashem von dem legendären Yitzhak Arad geleitet. Er war 21 Jahre lang Vorsitzender des Verwaltungsrats der Gedenkstätte.

Arad, Holocaust-Historiker und eine Legende, entkam als 15-jähriger Jugendlichen aus dem Ghetto in Shvenchenis, Litauen; 1943 kämpfte er gegen die Deutsche in einer Partisaneneinheit in Weißrussland; in Litauen kämpfte er gegen Kollaborateure; 1945 siedelte er illegal aus der Sowjetunion nach Palästina über, wo er für die Gründung eines unabhängigen jüdischen Staates kämpfte; er stieg vom Kompaniechef zum Brigadegeneral in den israelischen Verteidigungstreitkräften auf.

Arad erinnert sich: „1972 lud mich der stellvertretende Ministerpräsident und Minister für Bildung und Kultur, Yigal Alon, in sein Büro ein. Er beauftragte die Verabschiedung des Holocaust-Gedenkgesetzes und die Errichtung einer Gedenkstätte. Er sagte, er wolle mich als Leiter von Yad Vashem. Ich war damals Stabschef der Abteilung und sagte, dass ich darüber nachdenken würde. Schließlich habe ich selbst den Holocaust überlebt, meine militärische Pflicht erfüllt, an drei Kriegen teilgenommen ... Als ich nach „Yad Vashem“ kam, war die Museumsausstellung in zwei Sälen untergebracht. Der eine handelte von der Judenvernichtung, der zweite vom jüdischen Widerstand. Und das war's. Ich war der Meinung,

dass das Museum chronologisch aufgebaut werden sollte, dass die gesamte Struktur grundlegend geändert werden sollte, beginnend mit der Definition dessen, was das europäische Judentum war, und dann zu den Ereignissen vor dem Holocaust, als ob man sich von unten nach oben bewegen würde. Ich habe Nathan Rapoport (den Bildhauer, der das Denkmal für die Helden des Warschauer Ghettos geschaffen hat) aus den Vereinigten Staaten eingeladen, das Flachrelief auf dem Platz des Warschauer Ghettos in der Gedenkstätte Yad Vashem nachzubilden und zu vervollständigen. Danach begann die Hauptzeremonie auf diesem Platz stattzufinden. Sie wird nun immer dort abgehalten.

Außerdem wurde eine Kindergedenkstätte, das Tal der zerstörten Gemeinden (entworfen von Lipa Yaalom und Dan Tsur), geschaffen, um der jüdischen Gemeinden zu gedenken, die im Holocaust umgekommen sind. Meine Idee war es, Yad Vashem zu einem besonderen Ort zu machen, den man bei einer Reise nach Jerusalem unbedingt

Bis Anfang 2022 wurden 28.217 Menschen von Yad Vashem als Gerechte unter den Völkern anerkannt.

gesehen haben muss. Eine Gedenkstätte, die etwas Einzigartiges ist, und das ist nicht nur die Dunkelheit des Holocaust...

Es ist unmöglich, den Holocaust zu visualisieren, und ich wollte einen Weg finden, die Totalität und Unwiderprüflichkeit des Geschehens zu zeigen. Schließlich geht es nicht nur um sechs Millionen getötete Menschen - die jüdische Welt Europas wurde zerstört. Ich wollte sie zeigen, diese jüdische Welt. Aber das Museum der jüdischen Diaspora war bereits in Tel Aviv eingerichtet worden, und es hatte keinen Sinn, es zu wiederholen. Dann dachte ich, es wäre möglich, Steine mit den Namen jüdischer Gemeinden zu verwenden, Orte, an denen Juden vor dem Holocaust gelebt haben, so wie es in der Gedenkstätte am Ort des Todeslagers Treblinka geschieht. Total, kraftvoll und unzweideutig. Es gibt über 5.000 Namen im Valley of the Communities - erschreckend und doch unpersönlich. Es sind nicht nur Ortsnamen, denn Juden lebten in Europa an mehr als 20.000 Orten... Die zerstörte jüdische Welt ist in diesem strengen und monumentalen Komplex verewigt.

Ich erinnere mich noch gut an die Worte „wie Schafe, die zur Schlachtbank geführt werden“, die den Kern einer solch ängstlichen Herangehensweise an die Erforschung des Holocausts bildeten. Dann gab es eine Tendenz, von „Opfern des Holocaust und Helden des Widerstands“ zu sprechen. Ich bin der Meinung, dass es keine Unterteilung in Opfer und Helden geben sollte. Es ist beides gleichzeitig. Eine solche Einteilung ist verräterisch und ungerecht.“

Rückkehr zum Licht

Anfang der 1990er Jahre wurde beschlossen, ein neues Museumsgebäude zu errichten. Der Standort blieb derselbe - die Zeiten hatten sich geändert. Von Jahr zu Jahr tauchten neue Fakten und Beweise über den Holocaust auf, rund 40 Jahre waren seit der Gründung der Gedenkstätte vergangen - die neuen Zeiten verlangten, dass das Museum der Shoah des europäischen Judentums neu gebaut werden sollte.

Es wurde ein Wettbewerb ausgeschrieben, an dem namhafte Architekten teilnahmen und den Moshe Safdie gewann, ein gebürtiger Haifaer, ein Schüler von Itze-Leib Schmuilowsky, der den Namen Louis Kahn angenommen hatte, als er von Livland (ehemalige russische Provinz) nach Amerika zog, und der durch seine Arbeit in der Neuen Welt berühmt geworden war. Safdie war bereits an städtebaulichen und architektonischen Projekten in Israel beteiligt - er gehörte zu denjenigen, die 1967 die Altstadt von Jerusalem wieder aufbauten. Internationale Bekanntheit erlangte er nach der internationalen Ausstellung Expo 67 in Montreal, wo er einen einzigartigen Entwurf für ein mehrstöckiges Reihenhaus präsentierte.

Er arbeitete zehn Jahre lang an dem Projekt für Yad Vashem, das eine Investition von 100 Millionen Dollar erforderte (eine enorme Summe zu jener Zeit). Für das neue Museum wurde ein Hügel zur Verfügung gestellt. Moshe trug ihn nicht ab und baute nicht auf dem Hügel - er baute einen Tunnel im

Inneren des Hügels, ohne die natürliche Landschaft zu zerstören. Man konnte das Museum von der einen Seite des Hügels betreten und von der anderen Seite wieder verlassen. Das Museumsgebäude ist in den Hügel selbst hineingeschnitten - ein langer dreieckiger Tunnel mit einem Oberlicht, das allmählich verschwindet und wieder auftaucht.

Der Komplex des neuen Museums ist um einen langen, lakonisch gestalteten Betontunnel herum angeordnet. Seine Wände verjüngen sich nach oben, so dass nur ein schmaler Lichtstrahl das Innere erhellt. Der Boden fällt nach unten ab, während der Korridor die Besucher zwischen den Räumen auf beiden Seiten des Tunnels, den „Kapiteln“ in der Geschichte der nationalsozialistischen Judenverfolgung, führt. Gleichzeitig verengt sich der Tunnel und vermittelt dem Betrachter ein Gefühl der Eingeschlossenheit, das dem der Opfer des Völkermordes ähnelt. Gegen Ende des Tunnels beginnt sich der Boden wieder zu heben, die Wände bewegen sich plötzlich auseinander, und die Geschichten der Toten werden durch die Geschichten der Überlebenden ersetzt. Schließlich verlässt der Besucher das Museum auf einer Plattform mit Blick auf Jerusalem...

In einer Rede im Moskauer Central House of Artists im Jahr 2009 sagte Safdie, dass das Eintauchen in den Untergrund konzeptionell mit dem Eintauchen in die Geschichte verbunden ist und der Besuch dieses Museums ein Prozess der Reinigung und Transformation ist. Der Besuch des Museums sei ein Prozess der Reinigung und Verwandlung. Wenn der Besucher an die Oberfläche komme, habe er jedoch das symbolische Gefühl, ins Licht zurückzukehren.

Bei der Gedenkstätte handelt es sich um einen ganzen Gebäudekomplex, der auf einer Fläche von 18 Hektar errichtet wurde und das Museum für die Geschichte des Holocaust sowie die Gedenkstätte für Kinder umfasst.

Die „Gerechten“

Der Talmud lehrt: „Wer ein Leben rettet, rettet die ganze Welt“. Lange Zeit sa-

hen viele Forscher, die sich mit dem Holocaust beschäftigten, nur Henker und Opfer. Aber es gab auch Menschen in Europa, die sich aufopferten, jüdisches Leben retteten und dabei ihr eigenes Leben riskierten - das einzige.

Das Gesetz zur Gründung von Yad Vashem aus dem Jahr 1953 enthält eine besondere Bestimmung für den Ehrentitel „Gerechter unter den Völkern der Welt“, der vom israelischen Institut für Schoa und Heldentum der nationalen Gedenkstätte Yad Vashem verliehen wird. Menschen aus der ganzen Welt - sogar aus China und Kuba - wurden mit diesem Titel geehrt. Die ganze Welt kennt den dänischen König Christian, den schwedischen Raoul Wallenberg, den deutschen Oskar Schindler... Mehr als 4.000 Namensbäume wurden auf dem Weg der Gerechten gepflanzt.

Aber die dankbaren Nachkommen derer, die in den Gasöfen von Auschwitz oder Treblinka verbrannten, erinnern sich auch an die Tausenden von Unbekannten, die gegen die Vernichtungsmaschinerie marschierten: Sie konnten die Walze, die Eisen in Europa nicht aufhalten, aber sie konnten 120 Tausend Juden in Polen, etwa 50 Tausend Menschen in Bulgarien, 7000 in Dänemark... vor dem Tod retten. Die Verurteilten wurden in den Niederlanden, Norwegen, Frankreich und anderen Ländern gerettet. Selbst unter den schrecklichsten Bedingungen des antisemitischen Terrors gab es tapfere Männer, die einen beispiellosen Mut bewiesen.

Bis Anfang 2022 wurden 28.217 Menschen von Yad Vashem als Gerechte unter den Völkern anerkannt.

Zahlen und Fakten

- 1993 wurde das Internationale Institut für Holocaust-Forschung in Yad Vashem gegründet.

- Das Museum beherbergt das Archiv des jüdischen Widerstands, eine der weltweit größten Sammlungen von Material über die Shoah - es umfasst mehr als 300.000 Dokumente aus den Archiven jüdischer Untergrundkämpfer und Partisanen im von den Nazis besetzten Europa, Unterlagen von Organisationen und Einzelpersonen, Film- und Fotomaterial, Erinnerungsstücke und persönliche Gegenstände.

- Das Museum beherbergt die weltweit größte Sammlung von Büchern und Zeitschriften zur Geschichte der Shoah: rund 85.000 Bücher in 50 Sprachen sowie Tausende von Zeitschriften. Unter den Büchern, Zeitschriften und Zeitungen befinden sich deutsche Publikationen aus den Jahren 1933-1945, der größte Teil der Nazi-Literatur in deutscher Sprache sowie in den Sprachen der besetzten Länder, einschließlich der Republik der UdSSR. Die Bibliothek verfügt über eine umfangreiche Sammlung offizieller Dokumente der alliierten Streitkräfte, Materialien und Veröffentlichungen zu den Nürnberger Prozessen und anderen Prozessen gegen Kriegsverbrecher - vom ersten Prozess in Krasnodar 1943 bis zu den heute stattfindenden Prozessen.

- Die Bibliothek verfügt über eine bedeutende Sammlung von Literatur über den Antisemitismus in Europa zwischen den beiden Weltkriegen, die Geschichte des Faschismus und des Nationalsozialismus, die Geschichte des Zweiten Weltkriegs und den Neozionismus.

- Jeden Monat besuchen mehr als 100.000 Menschen die Gedenkstätte Yad Vashem, um den unschuldigen Toten und denjenigen zu gedenken, die sich den Nazis widersetzt haben.

Die „Weißen Nächte“ des Menachem Begin

110. Jahre wäre der ehemalige israelische Ministerpräsident am 16. August geworden – sein Leben widmete er dem Zionismus, dem jüdischen Volk und dem Staat Israel. Über die Zeit, bevor Menachem Begin Eretz Israel betrat, ist weniger bekannt: Begin wurde mit 24 Jahren Vorsitzender der zionistischen Jugendorganisation „Betar“ in Polen, floh vor den Nationalsozialisten nach Litauen und wurde dort als „Agent des Imperialismus“ verhaftet und in ein Arbeitslager gesteckt. Seine Erinnerungen an die Demütigungen und Umerziehungsversuche schrieb er in seinem Buch „Weiße Nächte“ nieder. (JR)

Von Alexander Kumbarg

Zu Menachem Begin, Ministerpräsident Israels (1977-1983) und Friedensnobelpreisträger, gehört auch die unvergessliche Zeit seines Aufenthalts in einem sowjetischen Gefängnis und Lager. Über diese Zeit hat er ein sehr interessantes Erinnerungsbuch mit dem Titel "Weiße Nächte" hinterlassen, das 1952 fertiggestellt wurde und das es ermöglicht, ein tieferes Porträt der politischen Figur zu entdecken und in vielerlei Hinsicht einen "anderen Begin" zu sehen, der sich von demjenigen unterscheidet, der auf den trockenen Seiten der offiziellen Biografie erscheint.

Führer der polnischen „Betar“

Begin – gebürtig aus dem Russischen Reich, wurde in Brest geboren und kam dann ins souveräne Polen. In seiner Familie wurde er zionistisch erzogen. Im Alter von 10 bis 13 Jahren war er Mitglied der zionistischen Kinderorganisation "Hashomer Hatzair". Er las und hörte viel von dem Ideologen des revisionistischen Zionismus, Wladimir Zeev Jabotinsky, und betrachtete ihn als seinen Lehrer. Seit seinem 15. Lebensjahr war er Mitglied der von ihm geleiteten Organisation "Betar". Er wurde Leiter von Betar in Polen, einer Struktur mit Zehntausenden von Mitgliedern. Im Jahr 1939 verbrachte er sechs Wochen in einem polnischen Gefängnis, weil er eine Protestdemonstration vor der britischen Botschaft gegen die Politik des Landes im Mandatsgebiet Palästina organisiert hatte. Der Polizeichef drohte ihm, ihn im Falle einer Wiederholung solcher Aktionen in das Gefängnis Bereza Kartuska zu schicken.

Nach dem Angriff Hitlerdeutschlands auf Polen schlug Begin der polnischen Regierung vor, eine Einheit aus Betar-Mitgliedern zu bilden, erhielt jedoch keine Unterstützung. Als er erkannte, was der Nationalsozialismus den Juden brachte, beschloss er, Polen zu verlassen. Mit seiner Frau und einer befreundeten Familie wanderte er von Warschau bis zur Ostgrenze des Landes. Wochenlang liefen sie fast ununterbrochen unter dem Hagel deutscher Bomben. So kam er nach Litauen, in das alte Vilnius, das die Juden "das litauische Jerusalem" nannten.

Der Streit zwischen Kommunismus und Zionismus

Nach der Übernahme Litauens durch die UdSSR wurde eine "Prophylaxe" praktiziert: Alle Feinde der Sowjetmacht und alle, die im Verdacht standen, unzuverlässig zu sein, wurden in Lager geschickt. Im September 1940 war Begin an der Reihe. Er wurde vom NKWD verhaftet und im Lukiškė-Gefängnis in Vilnius inhaftiert. Wie man damals in der UdSSR sagte, "werden in der Sowjetunion, anders als in kapitalistischen Ländern, Menschen nicht ohne Grund verhaftet".

Als er dem Ermittler gegenüber saß, fühlte er sich eher als außenstehender Beobachter denn als Gefangener, der sich mit dem Reich des NKWD, mit den Gesetzen ihrer Wissenschaft, mit ihren Verhörmethoden und ihrem Stil vertraut machte. "Reden Sie mit ihnen wie ein



Foto von M. Begin aus den Archiven des NKWD nach seiner Verhaftung Ende 1940.

Gleicher unter Gleichen. Vergewissern Sie sich, dass die Grobheit und Niedrigkeit um Sie herum gleichzeitig das Material zum Lernen ist, und dann werden Sie in der Lage sein, der Prüfung der Demütigung zu widerstehen und ein menschliches Wesen zu bleiben."

Seine mitgebrachten Bücher wurden ihm sofort weggenommen, das Lesen wurde ihm verboten. "Glaubst du vielleicht, wir haben hier ein Lesehaus?" Nach dem ersten Verhör saß er etwa 60 Stunden lang im NKWD-Büro mit dem Gesicht zur Wand. Ein harter Stuhl lehnt fast an der Wand, man weiß nicht, was man mit seinen unglücklichen Knien machen soll, es gibt weder Essen noch Wasser, und ein Wachposten sorgt dafür, dass er wach bleibt. "Mit einer homöopathischen Dosis wurde mir eine besondere Art der Exposition nahegebracht." Dann die Gefängniszelle, die anstrengenden nächtlichen Verhöre. Bedroht und gefoltert: "Nun, sind Sie bereit, die Wahrheit zu sagen? Sie wissen, dass wir die Mittel haben, Sie zu zwingen, die Wahrheit zu sagen."

Menachem wurde vorgeworfen, sich im Auftrag seiner Organisation in Vilnius aufgehalten zu haben, um antisowjetische und konterrevolutionäre Aktivitäten durchzuführen. Darauf erwiderte er, dass die Passierscheine und Visa für Eretz Israel gerade auf seinen Namen und den seiner Frau ausgestellt worden seien. Sie wollten gerade ausreisen, wurden aber durch die Verhaftung daran gehindert. "Sie hatten also vor, aus der Sowjetunion zu fliehen", presste der Ermittler heraus. – „Die Flucht aus der Sowjetunion ist ein sehr schweres Vergehen, und Sie werden die Strafe erhalten, die Sie verdienen“. Als Begin seinen Zellengenossen von diesem Dialog erzählte, lachten sie alle. Er blieb in der Sowjetunion - er beging ein Verbrechen; er wollte die Sowjetunion verlassen - er beging ein Verbrechen. Das Lachen war so laut, dass es den Wächter hinter der Eisentür aufweckte.

Die Verhöre waren keine Verhöre, keine Untersuchung, sondern ein Streit. Ein Streit zwischen Kommunismus und Zionismus, oft stürmisch, zwischen zwei Welten, die im Büro eines Staatssicherheitsbeamten aufeinanderprallten. Die Ermittler waren Vertreter einer Schule, die keinen Zweifel, keine Abweichung

vom dogmatischen Glauben zuließ. "Die Revolution wird siegen!" Nicht aus dem einen oder anderen objektiven Grund, sondern weil Marx, Engels, Lenin und Stalin das sagten.

Der Zionismus ist älter als der Kommunismus

Im Büro des NKWD wurde Begin gesagt, dass der Zionismus ein Werkzeug des britischen Imperialismus sei, das den Briten einen Vorwand zur Unterdrückung der arabischen Massen liefert; er dient der internationalen Bourgeoisie, indem er die Juden mit seinen falschen Slogans anlockt. So schwächt der Zionismus absichtlich die Kräfte der Revolution. Und nur die Revolution ist in der Lage, die nationale Frage zu lösen, der Feindschaft zwischen den Völkern ein Ende zu setzen. Das ist es, was Marx, Engels, Lenin und Stalin lehrten. Und es wurde in der Sowjetunion verwirklicht, wo die Völker in brüderlicher Freundschaft leben, wo es die jüdische autonome Region gibt. Und Begin ist von der Front der Revolution desertiert und hat sich einem Konzept zugewandt, das nicht verwirklicht werden kann. Und er hat nicht nur sich selbst im Stich gelassen, sondern auch die Massenfucht vieler Juden organisiert. Hätte es ein größeres Geschenk an die Bourgeoisie geben können? Dafür sitzt er und wird er zur Rechenschaft gezogen werden! "Sie sind ein politischer Schwerverbrecher, Sie sind schlimmer als ein zehnfacher Mörder!"

Menachem erklärte, dass der Zionismus in seinem historischen Verständnis lange vor dem Kommunismus, dem Sozialismus und sogar der Bourgeoisie existierte. Und in der Tat ist er aus sich selbst heraus entstanden. Aus jüdischem Blut und Tränen, Leid, Verfolgung und grenzenlosem Heimweh, das von Generation zu Generation weitergegeben wurde. Die Menschen verließen ihr reiches Zuhause, ihr ruhiges Leben und gingen in die Wüste, verrichteten jede Art von Arbeit, legten Sümpfe trocken, bekamen Malaria, gingen im Namen Zions in die Feuer. Und die Betarim sind bereit, für die nationale Idee ihr Leben zu riskieren, in den Tod zu gehen. "Ich bin als Zionist, als Mitglied von "Betar" verhaftet, ich weiß, dass mich ein bitteres Schicksal erwartet, aber ich

beklage mich trotzdem nicht, bin bereit zu leiden, denn das ist mein Glaube ... in Eretz Israel gab es einst einen jüdischen Staat. Die Kultur unseres Volkes wurde dort geboren, unsere Sprache wurde dort geboren. Was haben wir gesündigt? Der Wunsch, das Volk in seine Heimat zurückzubringen?"

Als Ergebnis der tagelangen "Gespräche" mit den Ermittlern wurde Begin "angeboten", die endgültige Anklage zu unterzeichnen: "Ich bekenne mich schuldig, Vorsitzender der Betar-Organisation in Polen zu sein, für die Aktivitäten der Organisation verantwortlich zu sein und jüdische Jugendliche zu ermutigen, Betar beizutreten." Aber es gelang ihm, das Wort "schuldig" zu streichen. Es blieb - "Ich gebe zu, dass ich...". Ihm wurde versprochen, dass es einen Prozess geben würde. "Sie sind in der Sowjetunion, und wir geben jedem, auch Kriminellen, die Möglichkeit, sich zu verteidigen". Aber es gab keinen Prozess: "Die Sonderkonferenz des Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten entschied, dass Menachem Begin ein sozial gefährliches Element sei und verurteilte ihn zu acht Jahren Haft in einem Besserungsarbeitslager."

„Jüdische Solidarität“

Zu seinen Zellengenossen - zwei polnischen Offizieren - hatte Begin ein recht gutes Verhältnis. Aber es gab auch Meinungsverschiedenheiten - zum Beispiel sprachen sie von "jüdischer Solidarität" als einer schweren Sünde, einer heimtückischen Verschwörung. "Großer Gott", dachte ich. - Was haben die Juden getan, um ihre Unsolidarität zu beweisen? In jedem europäischen Krieg, mit Ausnahme des letzten, haben die Juden der einen Kriegspartei die Juden der anderen Kriegspartei ausgelöscht. Die Juden sind bekannt für ihre Vorliebe für interne Streitigkeiten und eine Vielzahl von kleinen Parteien und Strömungen. Wie viele Opfer haben sie auf diesem Altar gebracht! Und alles vergeblich. Die legendäre "jüdische Solidarität" existiert und wird für immer bestehen bleiben - in den Köpfen der Nicht-Juden. „Und wenn dem so ist, fragte ich mich, ist es dann nicht an der Zeit, ihr den Vorwurf der "Verschwörung" zu nehmen? Ist unser Schicksal nicht etwas Außergewöhnliches? Ist es nicht an der Zeit, die 'jüdische Solidarität' von einer Legende der Nicht-Juden in den Stolz der Juden selbst zu verwandeln?“

Doch im Gefängnis wurde er mit einer anderen Realität konfrontiert. Sein erster Vernehmer entpuppte sich als Jude. "Ich bin Jude, und deshalb können Sie mir vertrauen." Doch Begin erkannte schnell: "Selbst wenn seine Mutter am Schabbat-Abend Kerzen anzündete, bedeutete das nichts Gutes für mich." Ein jiddischer Übersetzer, der bei einem seiner Verhöre anwesend war, arbeitete eifrig für den NKWD. Und wegen eines jüdischen Wachmanns erhielt Begin sieben Tage in der Strafzelle.

Doppelte Mauer der Isolation

Begin spricht auch das Thema der politischen "Prozesse" in Moskau und den Satellitenstaaten der UdSSR an. Vielleicht haben sie tatsächlich gegen die Macht-

haber ihrer Länder rebelliert, weil sie von der Bösartigkeit des eingeschlagenen Kurses überzeugt sind, aber warum erklären sie nicht ihre Bestrebungen? Schließlich sind die meisten von ihnen alte, erfahrene Revolutionäre, für die die Anklagebank, die Folter und das Risiko des Todes nichts Neues sind. Sie haben sich mehr als einmal den Richtern und Henkern gestellt, aber sie haben nicht um Gnade gebeten, sondern weiter für ihre Ideen gekämpft. Was geschah nun mit ihnen, als sie den tschetschenischen Henkern gegenüberstanden? Warum verkünden sie nicht: "Die Wahrheit ist auf unserer Seite"? Wenn sie Opfer sind, die keine Taten gegen die Regierung begangen haben, warum rufen sie dann nicht: "Wir sind unschuldig"? In sowjetischen Prozessen geben die Angeklagten sowohl die Idee als auch das Leben auf. Die Welt fragt sich: Was hat sie dazu gebracht, ein doppeltes Opfer zu bringen? Was hat sie dazu gebracht, Fehler einzugestehen, Reue zu zeigen und den Plänen des Henkers zu dienen?

Laut Begin sind die üblichen Druckmittel in Form von Folter nicht entscheidend, um "Geständnisse" zu erlangen. Er hält fest, dass seine persönlichen Erfahrungen unvollständig sind. Er wurde weder gefoltert noch geschlagen. Er wurde nur mit "anderen Mitteln" bedroht. Er hat sich nicht schuldig bekannt und wurde nicht vor Gericht gestellt. Aber er glaubt, dass Schläge die öffentlichen "Geständnisse" der Angeklagten nicht erklären können. Und die Lösung des Rätsels liegt in anderen Faktoren.

Erstens, in der doppelten Mauer der Isolation. Über der Mauer der physischen Isolation erhebt sich die noch stärkere und undurchdringlichere "Regime-Isolation". Unter einer anderen Regierung würde man Zeitungen finden, es würden Flugblätter erscheinen, die die Worte des Verhafteten weitergeben. Der revolutionäre Kämpfer schöpft Kraft aus dem Bewusstsein, dass seine Standhaftigkeit gewürdigt wird, dass sein Opfer einen ideologischen Nutzen bringen wird.

Aber wenn ein Mann weiß, dass es keine Tribüne gibt, dass ihn niemand hören wird, schwindet das Bewusstsein für die Bedeutung seiner Mission. Wer wird mir folgen? Was ist der Sinn des Leidens? Die Selbstaufopferung um einer Idee willen verschwindet. Schlafentzug, ein fester Bestandteil der Untersuchungen in der Sowjetunion, wird von Begin als zweitwirksamster Faktor angesehen.

Natürlich sind auch Drohungen gegenüber den Verwandten und Freunden des Verhafteten sowie Versprechungen, dass es nach der „Umerziehung“ möglich sei, in die Gesellschaft zurückzukehren und dem Wohl des Volkes zu dienen, wichtig.

„Umerziehung“ im Lager

Am ersten Tag seiner „Umerziehung durch Arbeit“ musste Begin, mit Eisenschwellen auf den Schultern, eine schmale Planke vom Kahn hinunter und etwa dreihundert Meter am Steilufer entlang zu den Waggons hinaufsteigen. Das Orchester spielte einen Arbeitsmarsch. Nach mehreren Stunden Arbeit spürte Menachem einen brennenden Schmerz in den Schultern, seine Haut wurde rissig und Schürfwunden entstanden. Allen Neuankömmlingen erging es ähnlich.

Die Häftlinge nahmen an einem „sozialistischen Wettbewerb“ teil. 16 Stunden harte Arbeit pro Tag. Die Belohnung für das Erfüllen und sogar Übertreffen der Norm war weniger Hunger. Nach zehn Tagesschichten erhielten sie ... zehn Nachtschichten. Die Arbeit in der Nachtschicht kostete noch mehr Energie. Eines Nachts bekam Begin Schüttelfrost. Am Morgen wurde unter Aufsicht eines Gesundheitswächters seine Temperatur gemessen. Sie lag bei etwa vierzig Grad.

„Aber es ist ein Jude, kein Pole!“

Begin hatte Glück. Die UdSSR hatte ein Abkommen mit der polnischen Regierung unterzeichnet, das polnischen Bürgern Amnestie gewährte, um im Krieg zu kämpfen. Im Jahr 1941 wurde er aus dem Lager entlassen. Er erinnert sich, wie einer rief: "Das ist doch ein Jude,

kein Pole!". "Von allem Neid auf der Welt ist der Neid eines Gefangenen, dessen Nachbar frei kommt, der größte."

Monatelang wanderte Begin durch Russland, von der Barentssee bis zum Kaspischen Meer. Er suchte nach seiner Schwester und ihrem Mann, die tief nach Russland verbannt worden waren, und nach der polnischen Armee von General Anders, die sich im Aufbau befand: „Ich besuchte große Städte und Dörfer, die von der Außenwelt abgeschnitten waren. Ich übernachtete auf Bahnhöfen, in Parks, in Höfen bei armseligen Hütten. Es gab weder eine Unterkunft noch Essen. Wir legten Hunderte von Kilometern im Stehen zurück, hielten uns an der Türklinke oder aneinander fest. Geld für Fahrkarten gab es nicht. Mehr als einmal haben uns die Kontrolleure aus dem Zug geworfen.“

Die Polen wollten keine Juden in ihre Armee aufnehmen, da sie sie als „Opportunisten“ und „Deserteure“ ansahen. Begin bestand die medizinische Untersuchung nicht. Ihm drohte die Rückkehr ins Lager. Daraufhin wendet er sich in einem Brief direkt an den Generalstabschef. „Auf die Gefahr hin, mich selbst zu gefährden, schrieb ich offen, dass nur die Armee mich vor einer zweiten Verhaftung bewahren könne.“ Er wurde zu einem Gespräch eingeladen und in die polnische Armee aufgenommen.

„Was gibt es?“

Unabhängig davon befasst sich Begin mit dem sowjetischen Phänomen der „Warteschlangen“. „Was gibt es?“ - diese Frage wird in der gesamten Sowjetunion gestellt. Ein Sowjetbürger würde nicht fragen: „Was wird verkauft?“ Er fragt: „Was gibt es?“ - und stellt sich an das Ende der Schlange. Wenn er viel Glück hat, kauft er nach langem Stehen mit seinem eigenen Geld „was sie geben“. Manche Leute fragen gar nicht erst, sondern stellen sich angesichts der langen Schlange hinten an. „Am Ende stellt sich heraus, dass diese Schlange nicht für Brot oder Seife ist, sondern für Quit-

tungen für.... Desinfektionsmittel.“ Eine sowjetische Jüdin, die ich kenne, sagte zu Menachem: "Es ist für uns unmöglich, anzustehen, ohne anzustehen. Wir schämen uns nicht dafür. Wir wissen, dass ihr im Ausland ein besseres Leben hattet. Aber wir haben hohe Ziele. Die Hauptsache ist, dass Stalin mit uns ist". Dann fragte sie, wie Begin in Polen Lebensmittel einkaufte. Er erzählte ihr, dass seine Frau, wenn sie nicht selbst in den Laden gehen wollte, morgens den Lebensmittelhändler anrief und Brötchen, Butter und Käse bestellte, und dann brachte der Bote alles, was sie bestellt hatten, nach Hause. Die Frau konnte es nicht fassen und lachte lange.

In fast jeder Warteschlange hörte Begin: "Hey, Abram, warum schiebst du?" "Iwan kämpft im Schützengraben, Abram verkauft in einem Sklavenladen", "Juden gehen nicht an die Front, gibt es nicht genug Russen?". Es waren meist Jugendliche im Alter von 15-17 Jahren, die diese Dinge sagten. Menachem nimmt an, dass sie wiederholten, was sie in der Schule oder zu Hause gehört hatten. Aber das Wort "Jid" hat er in der UdSSR nur einmal gehört (außer im Lager).

Das Wesen der UdSSR

"Mögen diejenigen gesegnet sein, die die Wahrheit der rohen Gewalt ablehnen, die die Allmacht des Despotismus zurückweisen", schreibt Begin im Nachwort seines Buches. Er erkannte schnell das Wesen der UdSSR - die totale Präsenz des Staates in "jedem Detail des sowjetischen Lebens", die soziale Schichtung, die Gleichheit der Angst und andere Merkmale der sowjetischen Lebensweise.

Das ideologisch behandelte sowjetische Volk wollte dies nicht wahrhaben. Oft sogar diejenigen, die die Lager durchlebt hatten. Und viele haben es bis heute nicht begriffen. Aber Begin, frei von der Romantisierung der sowjetischen Propaganda, erkannte die Tyrannei hinter den falschen Beschönigungen.

JUDISCHE RUNDSCHAU

Unabhängige Monatszeitung

Herausgeber: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH
Verlag: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH, Dahlmannstr. 23, 10629 Berlin
 Für die Postsendungen: Postfach 12 08 41, 10598 Berlin
 Tel. (Redaktion): (030) 54 71 02 51, (Aboverwaltung) Fax: (03222) 13 24 601
 E-Mail: redaktion@juedische-rundschau.de • www.juedische-rundschau.de
 Redaktion: Laila Mirzo (V.i.S.d.P.) • Administration: Michail Goldberg • Layout: Maria Pokrovski

Kontaktmöglichkeiten

• per Post: J. B. O. GmbH, Postfach 120841, 10598 Berlin • per Mail: redaktion@juedische-rundschau.de
 • per Telefon: (030) 54 71 02 51 (Redaktion) • per Fax: (03222) 13 24 601 (Aboverwaltung)
 • per Website: www.juedische-rundschau.de

Werbearbeitung: Tel.: (030) 54 71 02 51

E-Mail: werbung@juedische-rundschau.de

Druck: Presse Druck Potsdam GmbH, Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam

Die Zeitung erscheint monatlich. Abonnementpreis: frei Haus jährlich 39€, ermäßigt 32€ einschließlich 7% MwSt.

Alle in dieser Zeitung veröffentlichten Beiträge unterliegen dem Urheberrecht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Der Verlag haftet nicht für die Richtigkeit der mitgeteilten Angaben und für die Werbung. Für unaufgeforderte Manuskripte oder Fotos wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Für fernmündlich und handschriftlich erteilte Anzeigenaufträge übernimmt der Verlag keine Haftung.

© Copyright AFP Agence France-Presse GmbH – Das mit dem Kürzel «AFP» gekennzeichnete Bildmaterial dieser Seiten ist urheberrechtlich geschützt und ausschließlich für die persönliche Information bestimmt. Jede weitergehende Verwendung, insbesondere die Speicherung in Datenbanken, Veröffentlichung, Vervielfältigung und jede Form der gewerblichen Nutzung sowie die Weitergabe an Dritte – auch in Teilen oder in überarbeiteter Form – ohne explizite Zustimmung der AFP GmbH ist untersagt.

Es gelten AGB vom 01.05.2014 und Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 01.09.2014

Unsere Kontaktadressen

J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin
 (030) 54 71 02 51 (Redaktion, auch Anrufbeantworter)
 (030) 54 71 02 50 (Aboverwaltung, auch Anrufbeantworter)
 redaktion@juedische-rundschau.de
 (03222) 13 24 601
 www.juedische-rundschau.de
 www.facebook.com/jrundschau
 @jrundschau

COUPON ABO- BESTELLUNG

Hiermit bestelle ich zum nächstmöglichen Termin die Monatszeitung «Jüdische Rundschau» im Abonnement zum Preis (in Deutschland) von

- 57,50 € für ein Jahr (Preis gilt für Deutschland, in anderen EU-Ländern und Schweiz - 67,50 €, in Israel zum Preis von 89,50 €)**
- 69,50 € für ein Jahr in einem Umschlag (Preis gilt für Deutschland)**
- 99,75 € für zwei Jahre (Preis gilt für Deutschland)**
- 47,50 € für ein Jahr als Student (nur in Deutschland, mit Nachweis).**

Name, Vorname _____
 Strasse, Hausnummer _____
 PLZ _____ Wohnort _____
 Geburtsdatum _____ Telefon: _____ E-Mail: _____

Ich bin damit einverstanden, dass mein Abonnement sich um ein weiteres Jahr verlängert, wenn ich es nicht spätestens sechs Wochen vor dem Ende schriftlich kündige. Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von 14 Tagen meine Bestellung widerrufen kann.

Datum _____ Unterschrift

Ich zahle gegen Rechnung:
Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten für interne Verlagszwecke gespeichert und verarbeitet werden sowie dafür benutzt werden, um mich über die Neuigkeiten des Verlags zu informieren. Dieses Einverständnis kann jederzeit schriftlich widerrufen werden.

Füllen Sie bitte den Abo-Coupon aus, schneiden Sie ihn aus und schicken ihn uns per Post (J. B. O., Postfach 120841, 10598 Berlin), per Fax (03222/1324601) oder als Scan per E-Mail an: redaktion@juedische-rundschau.de. Sie können die Zeitung auch auf unserer Website www.juedische-rundschau.de abonnieren.

Selman Waksman: Nobelpreisträger und Entdecker des Streptomycins

1952 erhielt der jüdisch-amerikanische Wissenschaftler Selman Waksman den Nobelpreis für Medizin für seine Entdeckung des Streptomycins, was das erste Antibiotikum gegen Tuberkulose war. Der russisch-stämmige Biochemiker konnte das Antibiotikum isolieren und damit bislang auch weitere tödliche Krankheiten wie Cholera und Typhus stoppen. (JR)

Von Reuven Besitsky

Das kleine Dorf Nowa Pryluka, 30 Kilometer von Winnyzja in der Ukraine entfernt, hier wurde am 20. Juli 1888 in einer religiösen jüdischen Familie ein Junge geboren, der den Namen Selman Abraham erhielt. Das Dorf hatte eine große jüdische Gemeinde (über 2000 Menschen) und hielt sich an jüdische Traditionen, so dass der Junge am achten Tag eine Brit Mila und ein festliches Essen für die Verwandten hatte.

Seine Eltern, Jacob Waksman und Fradia Waksman (geb. London), hatten ein Grundstück gepachtet und führten ein Kurzwarengeschäft. Der Junge zeigte schon früh Interesse an Wissen, war ein neugieriges und aufgewecktes Kind. Seine Kindheit verbrachte Selman am Ufer des Flusses Desna, wo er sich im Sommer mit Gleichaltrigen aufhielt. Wenn er an seine Kindheit zurückdenkt, schreibt er: "Ich rieche immer noch die bezaubernden Gerüche der ukrainischen Steppe".

Für Jakob und Fradia stand eine gute Ausbildung ihres Sohnes ganz oben auf der Liste. Selman absolvierte den örtlichen Kindergarten, wo er Tora und Talmud studierte. Doch seine Mutter war sich der Grenzen einer solchen Ausbildung bewusst, und als der Sohn 10 Jahre alt war, stellte sie Privatlehrer für ihn ein. Mit ihrer Hilfe lernte er gründlich die russische Sprache und Literatur, Geschichte, Mathematik, Geografie, Deutsch und Französisch. Die Mutter spielte eine entscheidende Rolle bei der Erziehung und Bildung ihres Sohnes, sie förderte die Neugierde des Kindes und seinen starken Wissensdrang.

Damals erlebte die Familie eine schreckliche Tragödie: Selmans zweijährige Schwester starb an Diphtherie, und obwohl es Mittel gegen die Krankheit gab, waren sie in dem abgelegenen ukrainischen Dorf unerschwinglich. Als das kleine Mädchen im Sterben lag, weinte in Nebenzimmer ihr neunjähriger Bruder aus Mitleid mit seiner geliebten Schwester und aus Unvermögen, etwas zu tun, um ihr zu helfen. Niemand konnte ahnen, dass Jahre vergehen würden und er Tausende von kleinen Leben retten würde ...

In seinem autobiografischen Buch "Mein Leben mit Mikroben" schreibt Waksman, dass er bereits im Alter von 12 Jahren begann, selbst Unterricht zu erteilen, nachdem er zu Hause eine Schule für arme Kinder aus demselben Dorf organisiert hatte.

Schulwechsel und Abschluss

Im Frühjahr 1907 kam er nach Schytomyr, um das Gymnasium zu besuchen und externe Prüfungen abzulegen. Nachdem er die schriftlichen und mündlichen Prüfungen in russischer Literatur und Fremdsprachen bestanden hatte, feierte er im Herzen bereits den Sieg: Es fehlte nur noch die Prüfung in seinem Lieblingsfach, der Geographie. Doch der Prüfer starrte den frechen Juden, der es wagte zu beweisen, dass er das Fach beherrschte, ohne seinen Wohnort zu verlassen, un-



Treffen von Z. Waksman (rechts) und A. Fleming im Jahr 1953

verblümt an und stellte ihm eine knifflige Frage: "Und sagen Sie mir, junger Mann, welcher Fluss fließt durch Berlin?"

Für Sowjetmenschen der älteren Generation, in deren Gedächtnis sich die Ereignisse des Großen Vaterländischen Krieges erhalten haben, ist es nicht schwer, diese Frage zu beantworten: Wir alle wissen, dass Berlin an der Spree liegt. Aber ein 19-jähriger Junge aus einem ukrainischen Dorf wusste das damals nicht und bekam eine "ungenügende" Note.

Nach einem erfolglosen Versuch, in das Gymnasium von Schytomyr einzutreten, beschloss Selman, dass nur Odessa seinen unstillbaren Wissensdurst stillen könne. Und hier ist es, das Odessa seiner Träume: "Eine neue Welt und neue Horizonte taten sich vor mir auf. Eine schöne Universität und fünf Gymnasien erfüllten mich mit Hoffnung für die Zukunft". Hier legte er 1909 erfolgreich die Prüfungen für fünf Klassen ab (seine Mutter bemühte sich nicht vergeblich), und im Jahr darauf - für den gesamten Kurs des Gymnasiums. Er beschloss, seine Ausbildung fortzusetzen. Aber wo? Er durfte nicht an allen Universitäten Russlands studieren, denn sein Vater war weder Kaufmann der ersten Zunft noch Arzt.

Die Herrschaft Alexanders II. markierte den ersten Schritt zur Emanzipation einer kleinen Schicht von Juden. Sie durften außerhalb der "sesshaften

Linie" leben und ihre Kinder durften an Gymnasien und Universitäten studieren. Doch bekanntlich wurde der Anfang des Weges in die richtige Richtung durch die Ermordung der Zarenfamilie unterbrochen. Unmittelbar nach dem Attentat erschienen in den russischen Zeitungen Artikel mit heftigen Angriffen gegen die Juden; Sie nannten die Ermordung des Zaren "das Werk jüdischer Hände" und deuteten unvermeidliche Pogrome an, denn "nach den Ereignissen vom 1. März ist das Volk beleidigt, verbittert und froh, seine Wut an jemandem auszulassen". Und tatsächlich begannen die Pogrome in Südrussland.

Massenflucht aus Russland

Die Pogrome lösten eine Massenflucht von Juden aus Russland aus: Von 1881 bis 1911 wanderten 2 Millionen Juden aus dem Land aus, 1,5 Millionen davon in die USA. Russland trennte sich ohne Bedauern von ihnen, da sie nach den Worten von Nikolaus I. "eher schädlich als nützlich" waren.

Es ist klar, dass die Einwanderer aus Russland in den USA nicht mit Orchester und Blumen empfangen wurden. Sie mussten alle Härten und Entbehrungen von Menschen ertragen, die ihre Heimat verließen und sich in einem anderen Land mit anderen Lebensbedingungen wiederfanden. Dennoch schrieb der Akademiker W. Wernadskij 1913 in seinem Aufsatz über seine

Geschäftsreise in die USA und nach Kanada: "Verfolgungen und Pogrome, Verwüstungen und Zwänge zwangen sie (die Juden), mit Tausenden von Familien in die Neue Welt zu ziehen. Und hier, in Amerika, kann man besonders anschaulich sehen, welche große schöpferische Gestaltungskraft Russland durch die wahnsinnige Politik des Antisemitismus in seinen grausamen Formen, die in unserem Lande stattfand, verloren hat. In der Masse der Juden, denen es in der Neuen Welt gut geht und die den nationalen Reichtum des Landes heben, haben wir einen Teil jenes Kapitals verloren, das die Geschichte Russland geschenkt hat und das seine Staatsmänner hätten nutzen sollen... Vielleicht nicht weniger als rein wirtschaftlich hat Russland kulturell verloren, denn die Juden haben nicht nur ihre Hände hierher gebracht - sie brachten auch die Gewohnheit mit, für mehr als nur materiellen Wohlstand zu arbeiten".

Waksman, und nicht nur er, gehörte zu denen, die sich als "das verlorene Kapital" erwiesen. Ein Jahr nach dem Abitur starb Selmans Mutter - die Haupttriebfeder all seiner Erfolge. Sein Vater heiratete bald darauf erneut, was zu einem Bruch in den Beziehungen zu seinem Sohn führte, der die Entscheidung seines Vaters nicht so schnell akzeptieren wollte. In Abwägung seiner Chancen auf eine Universitätszulassung für einen in der "Sesshaftigkeitszone"

lebenden Juden schrieb Selman: "Die Zulassung zu einer russischen Universität war ausgeschlossen. Nach Hause zurückkehren, wo es keine Mutter gab - warum? Was sollte aus mir werden? Ein weiterer Intellektueller ohne Arbeit und ohne Obdach? Juden in Russland leben in ständiger Angst... Es gibt keine Hoffnung für die Zukunft."

Deshalb beschloss er, Russland für immer zu verlassen und in die Vereinigten Staaten zu den Schwestern seiner Mutter zu ziehen.

Studium in den USA

Am 2. November 1910 kam Waksman in Philadelphia an, wo er dann weiter zu seinem Cousin Molky auf eine Farm in New Jersey zog. Das Leben auf dem Bauernhof weckte in ihm "den Wunsch, die chemischen und biologischen Mechanismen der Landwirtschaft und ihre Grundprinzipien zu lernen". Molky riet ihm, in die nahegelegene Stadt New Brunswick zu gehen, wo sich die Rutgers University mit ihrer agronomischen Hochschule befand. Im September 1911 wurde Selman Waksman Student am Rutgers College of Agronomy. Er erhielt ein Stipendium und die Möglichkeit, kostenlos zu studieren.

Was die Sprache anbelangt, so war er so gut, dass er einen Artikel in der Zeitschrift *The Rural New Yorker* mit dem Titel "How I Raise Chickens" (Wie ich Hühner züchte) veröffentlichte und dafür sein erstes Honorar von 10 Dollar erhielt. Von hier aus begann Selmans Aufstieg in den wissenschaftlichen Olymp - den Nobelpreis für Physiologie oder Medizin.

In seinem dritten Studienjahr begann Waksman unter J. G. Lipmans Anleitung mit dem Studium der Bakteriologie, noch nicht ahnend, dass er sich damit für den Rest seines Lebens beschäftigen würde. Lipmans Rat schläge und der Austausch mit anderen College-Professoren halfen Selman, sich ernsthaft mit der Untersuchung mikroskopischer Populationen im Boden, ihrer Rolle bei Bodenprozessen und der biochemischen Aktivität von Mikroorganismen zu beschäftigen.

Bedeutende Entdeckung

Bei seinen Experimenten fand Waksman zahlreiche Kolonien von Organismen, die zum einen Bakterienkolonien und zum anderen Pilzen ähnelten. Waksman schloss daraus, dass diese Bakterien, die verzweigte, pilzähnliche Zellen bildeten (Aktinomyzeten), eine wichtige Rolle im Bodenleben spielten. Dies war seine erste Bekanntschaft mit Aktinomyzeten, einer damals noch wenig erforschten Gruppe von Mikroorganismen, die für den Rest seines Lebens zum Hauptgegenstand seines wissenschaftlichen Interesses werden sollte. Er wusste jedoch noch nicht, dass sie bei der Entwicklung und Herstellung von Antibiotika eine wichtige Rolle spielen würden. Diese Entscheidung brachte ihm später Weltruhm ein und der Welt eine Waffe gegen die Tuberkulose.

Im Jahr 1915 erhielt Waksman seinen Bachelor-Abschluss und wurde Forschungsassistent an der New Jersey Agricultural Experiment Station. Das folgende Jahr, 1916, war für ihn voller wichtiger Ereignisse: Seine ersten wissenschaftlichen Arbeiten über die Verbreitung von Schimmelpilzen und Aktinomyzeten im Boden wurden veröffentlicht; er wurde US-Staatsbürger und erhielt einen Master-Abschluss. Und ein weiteres wichtiges Ereignis ereignete sich in seinem Leben: am 4.

August 1916 heiratete er Deborah Mitnick.

Doch während seines Studiums der Aktinomyzeten spürte Selman, dass es ihm an Kenntnissen der Biochemie mangelte, und beschloss, sein Wissen an der University of California in Berkeley zu erweitern. Beeindruckt von den schmeichelhaften Kritiken von Professoren aus Rutgers und dem Artikel "Actinomycetes in Soil" von Waksman, der kurz zuvor in der Zeitschrift *Soil Science* erschienen war, gewährte ihm die Verwaltung von Berkeley ein Forschungsstipendium. Zwei Jahre lang arbeitete er als Forscher im Labor des Biochemikers T. B. Robertson und besuchte gleichzeitig Vorlesungen in Biochemie, physikalischer Chemie und Mathematik. Auf Anraten von Robertson setzte er seine Studien über Pilze und Aktinomyzeten fort.

Im Frühjahr 1918 verteidigte Waksman seine Dissertation und kehrte im Juli 1918 auf Einladung Lipmans an das Agricultural College in Rutgers zurück. Hier hielt er Vorlesungen über Bodenmikrobiologie. Die Vorlesungen, die er fast vier Jahre lang am College hielt, bildeten die Grundlage für eine Monographie über die Anfänge der Bodenmikrobiologie, die 1927 unter dem Titel "Soil Microbiology" veröffentlicht wurde.

Zur gleichen Zeit arbeitete Waksman als Mikrobiologe an einer Versuchsstation in New Jersey. Aufgrund

Dank der wissenschaftlichen Forschung von Professor Waksman erhielt die Menschheit 1945 also das erste wirksame Chemotherapeutikum zur Behandlung von Tuberkulose.

finanzieller Schwierigkeiten kombinierte der junge Wissenschaftler seine Haupttätigkeit am College und an der Versuchsstation mit Arbeiten in Industrielabors.

Kampf gegen Tuberkulose

Selman Waksman entwickelt sich sehr schnell zu einem der besten Bodenforscher. Vielleicht hätte er den Rest seines Lebens damit verbracht, Böden mit dem Mikroskop zu untersuchen, doch dann trat die amerikanische Tuberkulosevereinigung an ihn heran: Sie bat ihn zu untersuchen, warum der Kochsche Bazillus im Boden stirbt; das gab Hoffnung auf ein Heilmittel gegen die Krankheit.

Der Wissenschaftler vermutete, dass antagonistische Mikroben für diesen Prozess verantwortlich waren. 1939 beschloss er, ein neues Programm zur Nutzung seiner Forschungsergebnisse auf dem Gebiet der Bodenmikrobiologie für die Behandlung von Krankheiten beim Menschen zu starten. "Ich habe die Erfahrung gemacht, dass Pilze und Aktinomyzeten viel wirksamere Quellen für antibakterielle Wirkstoffe sein können als gewöhnliche Bakterien", erklärte er später.

Ein weiterer Grund für sein neues Forschungsprogramm war der Zweite Weltkrieg, "der sich am Horizont abzeichnete", so Waksman, "und der den Bedarf an neuen Medikamenten zur Bekämpfung der verschiedenen Infektionen und Epidemien, die auftreten könnten, diktierte."

Also beschloss er zu prüfen, ob die Tuberkulosebakterien wirklich im Boden sterben. Der erste Labortest bestätigte: Ja, sie sterben. Waksman wiederholte das Experiment - er bedeckte die Kochsche-Bazillen mit Erde, und sie begannen zu verschwinden. Es war

klar: Es lag nicht an der Erde, sondern an den Mikroorganismen, die in ihr leben. Aber welche? Um diese Frage zu beantworten und diese Bakterien zu finden, analysierten Waksman und sein ausgewähltes Team in mühevoller Kleinarbeit und über einen langen Zeitraum Zehntausende von Bakterien aus dem Boden, um unter ihnen den Killer des Tuberkelbazillus zu finden.

Das Streptomycin wird isoliert

1940 waren die gesuchten Bakterien gefunden - es handelte sich um die von Waksman entdeckten Aktinomyzeten, aus denen die Substanz isoliert wurde, die den Kochschen Bazillus abtötete - Actinomycin. Aber nicht alles war so einfach: Zusammen mit dem unheimlichen Bazillus tötete die gewonnene Substanz infizierte Meerschweinchen, die als Versuchstiere verwendet wurden. Die Suche ging weiter, und zwei Jahre später wurde Streptomycin zugewiesen, dessen Indikatoren viel besser waren. Aber der Unterschied zwischen der heilenden und der tödlichen Dosis war so gering, dass jede Fehlkalkulation zum Tod der Versuchstiere führte.

Daraufhin beschloss Waksman, einen Weg zu finden, um die Möglichkeit eines solchen Fehlers auszuschließen, und arbeitete weiter mit Streptomycin. Um keine Zeit zu verlieren, wies er seine Mitarbeiter an, nach einer neuen Form von Streptomycin aus den untersuchten Bakterien zu suchen. Der

Substanz, die zur Bekämpfung der Tuberkulose entwickelt wurde und sich schließlich als wirksam gegen deren Erreger erwies, wurde von Waksman fast zeitgleich mit dem oben beschriebenen "reinen" Penicillin entdeckt. Allerdings erhielt Waksman den Nobelpreis für Medizin für seine Entdeckung sieben Jahre später als Fleming.

1952 erhielt Selman Waksman den Nobelpreis für Physiologie oder Medizin "für seine Entdeckung von Streptomycin, dem ersten wirksamen Antibiotikum zur Behandlung von Tuberkulose". In einer Rede anlässlich der Preisverleihung sagte Arvid Wahlgren vom Karolinska-Institut: "Im Gegensatz zur Entdeckung des Penicillins durch Professor Alexander Fleming, die weitgehend dem Zufall zu verdanken war, war die Herstellung von Streptomycin das Ergebnis der langen, systematischen und unermüdlichen Arbeit einer großen Gruppe von Wissenschaftlern." Unter Hinweis darauf, dass Streptomycin bereits Tausende von Leben gerettet hat, würdigte Wahlgren den Preisträger als "einen der größten Wohltäter der Menschheit".

Waksman selbst glaubte bis zu seinem Tod 1973 an die Heilkraft der Erde und zitierte aus dem Buch der Weisheit: "G-tt hat die Medizin aus der Erde erschaffen, und er, der Weiseste, wird sie nicht verabscheuen".

Im Mai 1949 beschlossen die Kuratoren der Rutgers-Universität, das Institut für Mikrobiologie zu gründen und Waksman zu dessen Leiter zu ernennen. Für den Aufbau des Instituts gab der Wissenschaftler einen beträchtlichen Teil der Tantiemen aus, die er für den Entwurf und die Entwicklung von Streptomycin sowie einer Reihe anderer Antibiotika, wie z. B. Neomycin, erhielt.

Im Jahr 1950 wurde Selman Waksman zum Chevalier der Ehrenlegion ernannt. Er erhielt die Ehrendoktorwürde der Universität Lüttich und der Rutgers University und war Mitglied der National Academy of Sciences, der National Research Society, der Society of American Bacteriologists, der American Scientific Soil Science Society, der American Chemical Society und der Society for Experimental Biology and Medicine.

Nach seiner Emeritierung von der Universität im Jahr 1958 schrieb er weiterhin Artikel und hielt Vorträge über Antibiotika in verschiedenen Städten der USA und blieb der führende amerikanische Wissenschaftler auf dem Gebiet der Bodenmikrobiologie. Waksman starb am 16. August 1973 in Woods Hole in Massachusetts.

Am Eingang des akademischen Gebäudes der Universität, in dem Waksman arbeitete, befindet sich eine Gedenktafel mit folgender Inschrift: "Hier, in der Martin Hall, isolierten Selman A. Waksman und seine Studenten Antibiotika, die von Aktinomyzeten produziert werden, von denen das wertvollste Streptomycin ist, das erste wirksame Mittel zur Behandlung von Tuberkulose, Cholera und Typhus. Sie isolierten auch Neomycin, das als wichtigstes antibakterielles Mittel eingesetzt wird. Diese Entdeckungen gehen auf das Forschungsprogramm von Waksman zurück, der Methoden zum Nachweis antimikrobieller Wirkstoffe im Boden entwickelte. Waksman erhielt den Nobelpreis für seine originelle, systematische und erfolgreiche Forschung, die zur Entdeckung von Streptomycin führte."

Nobelpreis und Ehrungen

Für uns ist ein Antibiotikum in erster Linie das Penicillin, das von Alexander Fleming entdeckt wurde. Er entdeckte es weitgehend zufällig, es gelang ihm nicht, eine reine und lagerbeständige Substanz zu isolieren, und Fleming stufte Penicillin nicht als Antibiotikum ein - ein solches Konzept gab es damals noch nicht. Der Begriff "Antibiotikum" wurde erstmals von Dr. Selman Waksman im Zusammenhang mit einem anderen antimikrobiellen Wirkstoff - Streptomycin - eingeführt. Diese

Von Freunden und Feinden: Israels Rettung 1948 (1)

Noch sechs Wochen vor der Gründung des Staates Israel hatten die Juden Palästinas kaum Waffen und Munition. Arabische Milizen hatten im Frühjahr 1948 das jüdische Jerusalem und Siedlungen im Binnenland von der Außenwelt abgeschnitten. Waffen aus der Tschechoslowakei und Flugzeuge, die die Haganah heimlich in den USA kaufte, brachten die Wende im Krieg. (Teil 1)

Von Stefan Frank

„Die tschechoslowakischen Waffen haben den Staat Israel gerettet, wirklich, absolut, und ohne diese Waffen hätten wir nicht überlebt.“

David Ben-Gurion, bei einer Feierstunde am 1. April 1968.

Von dem Mathematiker und Philosophen Blaise Pascal (1623–1662) stammt der Aphorismus: „Wäre die Nase der Kleopatra kürzer gewesen, hätte das Antlitz der Erde ein anderes Aussehen bekommen.“ Kann man sich das vorstellen? Kaum. So groß ist die Suggestionskraft des Faktischen, dass wir geneigt sind, den Verlauf, den die Weltgeschichte genommen hat, für den einzig möglichen zu halten. Die israelische Staatsgründung aber kann nur wirklich wertschätzen, wer sie als das Wunder begreift, das sie war.

Noch Ende März 1948, sechs Wochen vor der Staatsgründung, war ein jüdischer Staat, nüchtern betrachtet, kaum wahrscheinlicher als beim ersten Zionistenkongress in Basel 1897. So unüberwindbar schienen die Hürden.

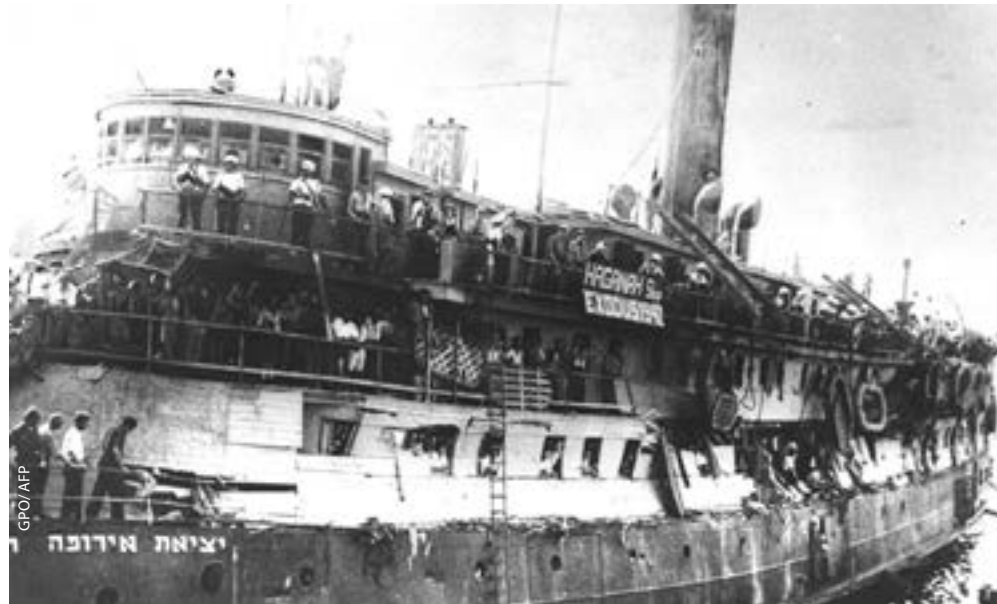
Zwar hatte die Generalversammlung der Vereinten Nationen am 29. November 1947 die Teilung des Mandatsgebiets in einen jüdischen und einen arabischen Staat beschlossen und Jerusalem sollte als *Corpus separatum* unter UN-Verwaltung gestellt werden. Doch es gab auf der ganzen Welt niemanden, der willens gewesen wäre, den Plan gegen den Widerstand der Araber durchzusetzen. Die Juden waren wieder einmal von allen verlassen. Wie im Juli 1938, als bei der Evian-Konferenz ein Regierungsvertreter nach dem anderen aufgestanden war und erklärt hatte, sein Land könne keine jüdischen Flüchtlinge aus Deutschland und Österreich aufnehmen.

Die arabischen Regierungen und die muslimischen Führer in Palästina hatten sich verschworen, unter keinen Umständen einen jüdischen Staat in Palästina zuzulassen. Araber und Muslime waren Hunderte Millionen Menschen, hatten Armeen, Kriegsflotten und Kampfflugzeuge. Sie besaßen Geld, Öl und den Suezkanal. Und sie hatten mächtige Verbündete. Die Juden Palästinas waren nur 600.000, besaßen weder Waffen noch Geld und waren im Wesentlichen auf sich allein gestellt. Drei Jahre nach der Befreiung von Auschwitz drohte Juden erneut die Auslöschung.

Nazis in Palästina

Am 29. Mai 1946 war Hitlers Verbündeter, der ehemalige Großmufti von Jerusalem, Amin el-Husseini, gerade aus der französischen Kriegsgefangenschaft geflohen und per Flugzeug und mit einem falschen Pass in Ägypten gelandet. Seit 1920 hatte er in Palästina Pogrome organisiert und mit Adolf Hitler am 28. November 1941 den geplanten Holocaust im Nahen Osten besprochen. Husseini war auch die treibende Kraft hinter dem pronazistischen Putsch im Irak gewesen, der im Juni 1941 zu dem Farhud genannten Massaker an Hunderten von irakischen Juden führte.

Nun wandte er sich wieder seinem Lebenstraum eines jüdenreinen Palästinas zu. Im Dezember 1947 wurden dort zwei große Freiwilligenarmeen gegründet, die Krieg gegen die Juden führten: Die Arabische Errettungsarmee, deren Emblem ein



Das Flüchtlingsschiff „Exodus47“ wurde von einem britischen Kriegsschiff siebenmal gerammt, an Bord waren 4.500 Holocaust-Überlebende.

Krummdolch war, der einen Davidstern durchsticht, wurde von der Arabischen Liga aufgestellt und unterstand dem Kommando von Fausi al-Kawukdschi, der während des Arabischen Volksaufstands von 1936 bis 1939 ein gefürchteter Guerillaführer war. 1941 war er im Irak am Farhud beteiligt gewesen. Die Nationalsozialisten flogen den vor den Briten fliehenden al-Kawukdschi nach Deutschland aus, wo er in Berlin mit einer Wohnung in der Cuxhavener Straße, einem Dienstwagen samt Chauffeur und dem Rang eines Wehrmacht-Oberst ausgestattet wurde. Fausi al-Kawukdschi war ein wichtiger Faktor für die deutsche Propaganda in der arabischen Welt.

Der Spiegel schrieb im Dezember 1947 unter dem Titel „Mit deutschem Gruß für Palästina“, al-Kawukdschi sei der „prädestinierte Oberbefehlshaber einer Freiwilligenarmee für Palästina“. In Palästina habe er eine Sitte der Nationalsozialisten übernommen, die ihm „damals so gut gefiel: Unter der grünen Fahne des Propheten werden seine Freiwilligen mit dem ‚deutschen Gruß‘ vereidigt.“

Die andere Miliz war Amin al-Husseini Dschihad-Armee, die von seinem Cousin Kadir al-Husseini befehligt wurde. Mehr noch als al-Kawukdschi galt Kadir al-Husseini als exzellenter Stratege und hatte fanatische Bewunderer. Beginnend im Dezember 1947 hatte er einen Belagerungsring um das jüdische Jerusalem gelegt, um die Juden auszuhungern und Palästina ethnisch zu säubern.

Neben diesen beiden Milizen beteiligte sich ab Mai 1948 die Arabische Legion – die reguläre Armee des Königreichs Transjordanien, die als die damals beste arabische Armee gilt – am Krieg. Sie wurde von dem britischen Offizier John Bagot Glubb (Glubb Pasha) befehligt und verfügte über rund 7.000 Soldaten. Mit der britischen Regierung gab es ein Übereinkommen, dass die Arabische Legion beim Abzug der Briten am 15. Mai den arabischen Teil Palästinas übernehmen würde. Schon am 4. Mai 1948 aber griff sie den jüdischen Siedlungsblock Kfar Etzion südlich von Jerusalem an. Dabei wurde sie nach Augenzeugenberichten von mindestens einem britischen Panzer unterstützt.

Angriff auf die Exodus

Die Mandatsmacht Großbritannien paktierte mit den Arabern und versuchte alles, um einen jüdischen Staat unmöglich zu machen. Jüdische KZ-Überlebende, die nach Palästina einwandern wollten, wurden von den Briten gestoppt, auf Zypern in Lagern hinter Stacheldraht gesperrt oder, wie die Passagiere an Bord des Haganah-Schiffs Exodus 1947, in Internierungslager nach Westdeutschland gebracht. Die Exodus 1947 hatte am 11. Juli 1947 vom französischen Marseille aus Kurs auf Palästina genommen.

Kurz vor Erreichen des Ziels am 18. Juli forderten die Briten den Kapitän, Ike Aronowitz, ultimativ auf, das Schiff zu stoppen. Als er der Aufforderung nicht nachkam, rampte ein britisches Kriegsschiff die Exodus 1947 siebenmal. Dann enterten britische Marinesoldaten das Schiff und brachten die 4.300 Passagiere unter Einsatz von Schlagstöcken, Tränengas und Schusswaffen in ihre Gewalt. Dabei wurden drei Passagiere getötet und 28 schwer verletzt.

In Haifa wurden die Passagiere in Käfige auf drei britischen Frachtschiffen gesperrt und zurück nach Marseille gebracht, wo sie am 29. Juli eintrafen. Frankreich bot den Passagieren, die freiwillig das Schiff verließen, Asyl an, untersagte den Briten aber den Einsatz von Gewalt. Die Briten warteten ab; sie waren sich sicher, dass niemand freiwillig lange in der heißen, stinkenden Hölle der Käfigschiffe bleiben würde. Sie warteten 25 Tage. Als ihnen klar wurde, dass sie den Willen der Juden nicht brechen konnten, ordneten sie an, dass die Schiffe nach Hamburg in der britischen Besatzungszone Deutschlands fahren, wo sie sie am 8. September ankamen. Nun durften die Briten Gewalt anwenden. Unter den Augen deutscher Zuschauer prügeln sie die jüdischen Holocaustüberlebenden von Bord der Schiffe.

Einer von ihnen war der damals 13-jährige Ziomek Hammer (Shlomo HaMeiri), dessen Eltern im Holocaust ermordet worden waren. Über die zionistische Pfadfinderorganisation HaNoar HaTzioni war er auf die Exodus 1947 gelangt und hatte dort seine Bar Mitzvah gefeiert. Wie es von Hamburg weiterging, berichtete er 1987 in Netanya gegenüber der deut-

schen Fotografin Ursula Litzmann:

„Wir wurden wieder auf Lastwagen geladen. Und von dort wurden wir nach Pöppendorf gebracht. Pöppendorf war ein Konzentrationslager. Ich weiß nicht, wie lange wir dort waren. Wir waren von Stacheldraht und Türmen umgeben. [...] Was uns erschüttert hat, waren diese Reihen von englischen Soldaten; ich habe wieder die Nazis gesehen.“

Die Forderung von US-Präsident Harry S. Truman, an den britischen Ministerpräsidenten Clement Attlee (Labour) ein Kontingent von europäischen Holocaustüberlebenden nach Palästina einwandern zu lassen, kommentierte der britische Außenminister Ernest Bevin mit einem antisemitisch klingenden Satz: Die Amerikaner setzten sich dafür ein, 100.000 Juden nach Palästina zu lassen, „weil sie nicht zu viele von denen in New York haben wollen“. Das erinnerte an eine Äußerung Mussolinis, der 1941 nach einem Treffen mit Amin al-Husseini gesagt hatte: „Wenn die Juden einen Staat wollen, sollten sie Tel Aviv in Amerika gründen.“

Das Waffenembargo

Die USA und die UNO hatten über Palästina ein Waffenembargo verhängt, das nur den Juden schadete, da Ägypten, Transjordanien, Syrien und der Irak ja bereits über Armeen verfügten, die von Großbritannien weiterhin mit Waffen beliefert wurden. Dieses Embargo war eine der schwerwiegendsten politischen Entscheidungen, die das State Department im Herbst 1947/Winter 1948 getroffen habe, schreibt der Historiker Jeffrey Herf in seinem Buch *Israel's Moment*:

„Es begann als amerikanische Initiative im November 1947 und dauerte während des gesamten arabisch-israelischen Kriegs bis zum Frühjahr 1949. Die Vereinigten Staaten hielten das Embargo aufrecht, als sich die Jewish Agency im Krieg befand, zunächst mit den Truppen des Arabischen Hochkomitees unter der Führung von Haj Amin al-Husseini, dann nach dem 15. Mai 1948, als Ägypten, Irak, Libanon, Syrien und Transjordanien einmarschierten, um den neu ausgerufenen Staat Israel zu zerstören. Das Außenministerium versuchte auch, Juden im ‚wehrfähigen Alter‘, insbesondere jüdische Männer, daran zu hindern, Europa in Richtung Palästina und später Israel zu verlassen.“

Die Verfechter des Embargos behaupteten, dieses betreffe Araber und Juden gleichermaßen und diene der Förderung des Friedens im Nahen Osten.

„Doch die Befürworter im Außenministerium waren unterschiedene Antizionisten, und in Wirklichkeit spiegelte es die Politik wider, die in den Pentagon-Gesprächen vom Herbst 1947 und in den Papieren des Planungsstabs des Außenministeriums vom Januar und Februar 1948 formuliert wurde.“

Die US-Regierung hielt das Embargo auch dann noch aufrecht, als ihre militärischen Führer erkannt hatten, dass die Zahl der Soldaten und die Lieferung von Waffen von außerhalb Palästinas/Israels für die Juden den Unterschied zwischen Sieg und Niederlage ausmachen würde, so Herf. Seine Folgerung: „Hätten die Juden in Palästina keine andere Quelle

als die Vereinigten Staaten für Menschen und Waffen gehabt, hätte es ihnen an beidem gefehlt.

Der Yishuv wäre dann „entweder im Krieg besiegt worden, was unabsehbare Folgen gehabt hätte, oder er wäre im günstigsten Fall gezwungen gewesen, eine Lösung zu akzeptieren, welche die Gründung eines jüdischen Staates verhindert hätte, vermutlich in Form einer Treuhandschaft unter fortgesetzter britischer und vielleicht amerikanischer Aufsicht oder eines arabisch dominierten Staates, dem die Juden ausgeliefert gewesen wären.“

Anders als heute waren die USA 1948 also keineswegs proisraelisch. Das US-Außenministerium suchte vielmehr den Schulterchluss mit Großbritannien und den Arabern. Es war den Juden gegenüber feindlich eingestellt.

Die Arabische Liga wiederum hatte 1947 für den Fall einer jüdischen Staatsgründung mit einem „Vernichtungskrieg“ und einem „gewaltigen Massaker“ gedroht, von dem man „wie von den Tatarenmassakern oder den Kreuzfahrerkriegen sprechen“ werde. Syriens Verteidigungsminister Ahmed al Scharabati sagte im Dezember 1947 in Kairo, die Araber würden „in ein Blutbad steigen, um sich zu läutern“.

Vor diesem Hintergrund waren die Vereinigten Staaten im März 1948 bei der UNO sogar vom bereits beschlossenen Teilungsplan abgerückt. Die Araber und Amin al-Husseini feierten.

Den Juden in Jerusalem gingen zur selben Zeit die Lebensmittel aus. Am 29. März 1948 hatten sie laut der Statistik von Dov Joseph, jenes kanadischstämmigen Juristen, der von Ben-Gurion mit der Verwaltung der Lebensmittelvorräte der belagerten Stadt betraut war, noch Margarine für fünf, Makkaroni für vier und Trockenfleisch für zehn Tage. Hinzu kamen 34 Tonnen und 226 Kilogramm an Mehl – gerade genug, um jedem der 100.000 Jerusalemer Juden zehn Scheiben Brot zu backen.

Jerusalem ist umzingelt

März 1948: Im Mandatsgebiet Palästina tobt seit Monaten der sogenannte Krieg der Straßen. Arabische Milizionäre

greifen jüdische Siedlungen an und blockieren deren Versorgung, indem sie die Straßen mit Steinhäufen und Landminen unpassierbar machen und die zu den Siedlungen fahrenden Automobile von Heckenschützen unter Beschuss genommen werden. Oft wird das erste Fahrzeug eines jüdischen Konvois mit einer Mine in die Luft gesprengt und anschließend das Feuer auf die übrigen eröffnet.

Die Berge um Jerusalem waren schon zu biblischen Zeiten bei jüdischen Reisenden wegen der dort lauernden Räuber gefürchtet, wie Psalm 121, ein Wallfahrtslied, belegt: „Ich hebe meine Augen auf zu den Bergen. Woher wird meine Hilfe kommen?“

1947 lebten in Jerusalem 100.000 Juden und 65.000 Araber. Die Stadt war von arabischen Siedlungen umgeben, die alle Zufahrtsstraßen aus dem Osten, Norden und Süden kontrollierten. Die einzige Möglichkeit, von Jerusalem in das von den Juden kontrollierte Küstengebiet zu gelangen, war eine Straße, die zu Zeiten des Osmanischen Reichs in den 1860er Jahren gebaut worden war und deren Verlauf der römischen Via Maris (Straße zum Meer) folgte. Sie schlängelte sich in den Bergen von Jerusalem nach Westen durch die Schlucht Bab el-Wad, vorbei an Kastel (einer Festung der Römer und Kreuzritter) und dem Kloster Latrun – zwei strategischen Höhen unter arabischer Kontrolle – zum Kibbuz Hulda und von dort nach Tel Aviv und zur Küstenebene. Wo sich heute Israels Autobahn 1 befindet, war damals eine nur vier Meter breite Straße, gesäumt von Felswänden und Steilhängen, die es erlaubten, sie mit geringem Aufwand zu kontrollieren.

Zunächst versuchten die Juden, mit einzelnen Fahrzeugen durchzukommen, dann mit Konvois, schließlich mit gepanzerten Konvois. Aber die sogenannte Sandwich-Panzerung aus Zinnplatten und Sperrholz bot gegen schwere Waffen keinen Schutz. Die Fahrer, häufig Teenager im Alter zwischen 15 und 18 Jahren, waren gänzlich ungeschützt, weshalb viele von ihnen getötet wurden.

Letztlich war es die vom ehemaligen US-Offizier Mickey Marcus im Sommer 1948 konzipierte und in Rekordzeit ge-

baute Umgehungsstraße Burma Road, die Jerusalem retten würde. Aber noch im Frühjahr 1948 schien der jahrhundertlang benutzte Weg über Bab el-Wad der einzige Zugang zu sein. Über die vielen Versuche, mit Konvois nach Jerusalem zu gelangen und die dabei Gefallenen schrieb der israelische Dichter Haim Gouri später das legendäre Gedicht Bab el-Wad, das in der Vertonung durch den Komponisten Shmuel Fershko zum wichtigsten Lied über den Krieg von 1948 wurde.

„Tod den Juden!“

Die jüdische Nachrichtenagentur JTA beschrieb am 26. Januar 1948 eines jener Gefechte, das entstand, als ein jüdischer Konvoi von Jerusalem nach Tel Aviv unterwegs war und beim gefürchteten Berg Kastel gestoppt wurde:

„Die Araber, die geplant hatten, die Straße zehn Meilen außerhalb Jerusalems zu verminen, wurden überrascht, bevor sie ihren Sprengstoff anbringen konnten, und es kam zu einer heftigen Auseinandersetzung, die fünf Stunden andauerte. Eine Haganah-Quelle sagte heute Abend, die Juden hätten vierzehn Kämpfer verloren. Die arabische Quelle behauptete, zehn Juden seien getötet worden, während die Guerillas nur zwei Tote und vier Verwundete zu beklagen hatten.“

Die Araber wurden von Abdul Kader Husseini, einem altgedienten Terroristen, angeführt. Beide Seiten erhielten während des Kampfes Verstärkung, die Juden aus dem Konvoi und die Araber aus den benachbarten Dörfern. Die britische Polizei, die vor Ort eintraf, nachdem die Gewalttätigkeiten abgeklungen waren, riet dem Konvoi, in Kiryat Anavis zu übernachten, da weitere arabische Einheiten auf der Straße unterwegs waren. Die Araber zogen sich nach Ramallah zurück, wo Husseini von Hunderten waffenschwingenden Dorfwohnern, die ‚Tod den Juden‘ riefen, ein ‚Siegesempfang‘ bereitet wurde.“

Die Briten befuhren die Straße im Frühjahr 1948 täglich mit einem Konvoi, der von den Arabern nicht behelligt wurde und behaupteten, es gebe keine Blockaden. Neben dem „Krieg der Straßen“ gab

es arabische Bombenanschläge auf Zivilisten. Die Araber konnten dabei auf die Bombenbaukunst von Fauzi al-Qutb zurückgreifen, einem von den Nationalsozialisten ausgebildeten Bombenbauer. Einer der verheerendsten Anschläge war jener in der Jerusalemer Straße Ben-Yehuda vom 22. Februar 1948, durch den 58 Menschen getötet und 123 verletzt wurden.

Ein weiteres großes Problem für die Juden bestand darin, dass ein großer Teil des Gebiets, das nach dem Willen der UNO ein jüdischer Staat werden sollte, arabisch besetzt war und dadurch viele Siedlungen abgeschnitten waren. Der Kibbuz Nahariya an der libanesischen Grenze etwa konnte nur noch mit Booten über das Meer versorgt werden. Von der dortigen Not zeugen Bezugskarten für Lebensmittel und Kerosin sowie eine Verfügung des Gemeinderats, durch die der Verbrauch von Strom auf eine 40-Watt-Glühbirne pro Haushalt beschränkt wurde.

Auch viele andere jüdische Siedlungen waren von der Außenwelt isoliert, darunter der Siedlungsblock Gush Etzion südlich von Jerusalem. Die Reihe der Versuche, Gush Etzion über bewaffnete Konvois zu versorgen, zeigt, wie desolat die militärische, humanitäre und politische Lage der palästinensischen Juden vor dem 1. April 1948 war. Der erste Versuch fand am 11. Dezember 1947 statt. Vier Fahrzeuge gerieten in einen Hinterhalt zehn Teilnehmer wurden getötet, vier verletzt, vier entkamen unverletzt. Am 16. Januar 1948 versuchten 35 junge Palmach-Kämpfer, Gush Etzion heimlich nachts zu Fuß zu erreichen, wurden jedoch entdeckt und nach einem mehrstündigen Gefecht getötet. (Teil 2 lesen Sie in der September-Ausgabe der Jüdischen Rundschau)

Stefan Frank, geboren 1976, ist unabhängiger Publizist und schreibt u.a. für Audiatur online, die Jüdische Rundschau und MENA Watch. Buchveröffentlichungen: „Die Weltvernichtungsmaschine. Vom Kreditboom zur Wirtschaftskrise“ (2009); „Kreditinferno. Ewige Schuldenkrise und monetäres Chaos“ (2012).

Dieser Beitrag erschien zuerst bei Mena-Watch.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der digitalen Welt, in der wir leben, darf unsere Redaktion sich nicht auf die gedruckte Zeitung beschränken. Denn die Verbreitungsmöglichkeiten der Zeitung auf Papier sind beschränkt. Sie bekommt man nicht unbedingt in jedem Pressekiost – besonders in kleineren Orten ist das problematisch. Sie wird nicht überall ins Ausland ausgeliefert, und wenn, dann mit einigen Tagen Verspätung. Eine Abo-Lieferung ins Ausland kostet zusätzlich.

Aber auch wenn alle diese Schwierigkeiten auf Sie nicht zutreffen und Sie vor der Haustür einen Pressekiost haben, wo die Zeitung regelmäßig angeboten wird, möchten Sie möglicherweise nicht immer vor die Tür gehen und in der Zeitung blättern (falls das vom Kioskbesitzer geduldet wird), bevor Sie sie kaufen.

Für alle, die es bequem, schnell und ohne geografische Einschränkungen mögen, bieten wir nun eine neue Vereinfachung:

Kaufen Sie auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop jede einzelne Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ oder abonnieren Sie die Zeitung als e-Paper.

Das bringt Ihnen nur Vorteile:

- Sie können die Zeitung lesen noch bevor sie an die Kioske und zu den Abonnenten der Druck-Ausgabe kommt.
- Sie können die Zeitung bzw. einzelne Artikel bequem elektronisch archivieren, ohne viel Papier zu stapeln.
- Sie können sich vor der Kaufentscheidung einen Eindruck über den Inhalt der aktuellen Ausgabe verschaffen, ohne einen kritischen Blick des Kioskbesitzers ertragen zu müssen.
- Sie können die Zeitung an jedem Ort der Welt lesen, wo Sie Internet haben – ohne zeitliche Verzögerungen und ohne Aufpreis.
- Sie sparen Geld – die Einzelausgabe kostet als e-Paper 4,25 Euro statt 4,95 Euro am Kiosk, das Jahresabo 49,75 Euro statt 57,50 Euro für die Druckausgabe.
- Und nicht zuletzt tragen Sie sogar zum Schutz der Umwelt bei.

Um all diese Vorteile zu nutzen, brauchen Sie nur unsere Website www.juedische-rundschau.de/shop zu besuchen. Ein Button für den Kauf der Zeitung als e-Paper finden Sie sowohl auf der Hauptseite (oben links) als auch hinter jedem einzelnen Artikelausschnitt in der Online-Version der Zeitung.

Wochenabschnitt Schoftim: Die Unabhängigkeit der Richter

Wie Montesquieu im 18. Jahrhundert feststellte, ist es von entscheidender Bedeutung, dass das Volk die Richter ernennt, damit es Vertrauen in die Rechtsprechung hat. Die einzige Quelle vor Montesquieu, die zu diesem Schluss kam, war die Tora. Dies ist in unserem Wochenabschnitt Schoftim (Deut. 16:18-21:9) zu finden. Die Ernennung der Richter, wie sie in 16:18 beschrieben wird, weist auf die Unabhängigkeit der Justiz und ihre Besetzung durch das Volk hin. (JR)

Von Rabbiner Igor Mendel Itkin

Der französische Philosoph und Staatstheoretiker Charles Montesquieu hat mit seiner Lehre von der Gewaltenteilung die Entwicklung des bürgerlich-liberalen Verfassungsstaates maßgeblich beeinflusst. Die Staatsgewalten Judikative, Exekutive und Legislative sollen getrennt sein, um sich gegenseitig kontrollieren zu können, andererseits aber ineinander greifen, um die Funktionsfähigkeit des Staates zu gewährleisten.

Dabei hielt er die Trennung der richterlichen Gewalt für unerlässlich, da Regierung und Gesetz über die Justiz am unmittelbarsten auf den Bürger einwirken. Er stellte drei Thesen zur Vollstreckung des Rechts auf, die als Anregung für die Sicht des Judentums auf die Judikative dienen können: Erstens muss die Rechtsprechung auf der Anwendung geschriebener Gesetze beruhen und nicht auf der willkürlichen Entscheidung des Richters. Zweitens gilt ein Regime nur dann als gemäßigt und nicht als despotisch, wenn die Justiz von den anderen Zweigen der Staatsgewalt völlig unabhängig ist. Drittens sollte die Justiz aus der Mitte des Volkes kommen, ohne Rücksicht auf Rang oder soziale Stellung.

Diese drei Prinzipien sind in unserem Wochenabschnitt Schoftim (Deut. 16:18-21:9) zu finden. Die von den Richtern ausgeübte Rechtsprechung muss sich auf das Gesetz der Tora stützen (17:8-13). Die Ernennung der Richter, wie sie in 16:18 beschrieben wird, weist auf die Unabhängigkeit der Justiz und ihre Besetzung durch das Volk hin. Aufsicht über die Rechtsprechung war im gesamten Alten Orient ein wesentliches Merkmal des Königtums. In der Tora gibt es jedoch keinen Hinweis darauf, dass der König die Rechtsprechung verwaltet oder die Richter in ihre Ämter beruft. Stattdessen heißt es: „Du sollst Richter und Beamte für deine Stämme einsetzen in allen Siedlungen, die der Herr, dein Gott, dir gibt“ (16:18). Es scheint, dass jeder zum Richter ernannt werden konnte, unabhängig von seinem Rang oder seiner sozialen Stellung. Noch interessanter ist, dass es keinen genauen Mechanismus für die Ernennung von Richtern gibt. Das heißt, die Tora sagt nichts über die repräsentativen Organe, die diese Entscheidung treffen sollten, über die Anzahl der zu ernennenden Richter oder über die Hierarchie der verschiedenen Ebenen der Justiz.

Das Volk ernennt die Richter

Eine Besonderheit der Wortwahl in 16:18-19 macht dies deutlich. In Vers 18 wird „Du“ aufgefordert, Richter und Beamte zu ernennen. „Du“ bezieht sich hier, wie im gesamten Buch Deuteronomium auf das Kollektiv Israel. Auch wenn die Richter von einem repräsentativen Gremium gewählt wären, deutet allein die Tatsache, dass das Gremium repräsentativ ist, darauf hin, dass das gesamte Volk an der Auswahl beteiligt ist.



Jeder Richter aber, der das Recht nicht nach der Wahrheit spricht, ist schuld daran, dass Gott sich von Israel abwendet.

In Vers 19 wird jedoch dreimal die Singularform „Du“ in der folgenden Aussage verwendet: „Du sollst nicht ungerrecht urteilen; du sollst nicht parteiisch sein; du sollst kein Bestechungsgeld annehmen“. Der Vers scheint sich an jeden Richter selbst zu richten. Schließlich ist es allein der Richter, der die Macht hat, und es sind allein die Richter, die korrupt werden können. Da jeder Israelit Richter werden könnte, werden alle durch das „Du“ vorgewarnt.

Man hätte sich eine ganze Reihe von Gremien vorstellen können, die mit der Ernennung von Richtern betraut werden könnten: den König, die Propheten, die Priester oder andere Richter aber die Tora besteht darauf: „Richter und Beamte sollst ernennen“ (16:18). Die Ernennung von Richtern dient einzig und allein dazu, Recht zu sprechen, und nicht dazu, das Prestige einer oberen Schicht zu wahren. Wie Montesquieu im 18. Jahrhundert feststellte, ist es von entscheidender Bedeutung, dass das Volk die Richter ernennt, damit es Vertrauen in die Rechtsprechung hat. Die einzige Quelle vor Montesquieu, die zu diesem Schluss kam, war die Tora.

Im Folgenden möchte ich einen Abriss der Gesetze geben, die Richter und Gerichte betreffen. Sie sind dem Gesetzbuch „Mischne Tora“ des jüdischen Gelehrten Moses Maimonides (1138 Cordoba - 1204 Kairo) entnommen, in der Übersetzung von Leon Mandelstamm (1819-1889). Ich habe

die Übersetzung mit dem Urtext verglichen und sprachlich modernisiert. Wer über diese Kurzfassung hinaus die vollständigen 26 Kapitel über Gericht und Richter lesen möchte, kann dies einige Wochen nach Erscheinen dieses Artikels tun auf talmud.de oder sefaria.org

Ein Gebot der Tora

Es ist ein Gebot der Tora, in jeder Stadt und in jedem Bezirk Richter und Aufseher einzusetzen; denn es steht geschrieben (Deut. 16:18). „Du sollst Richter und Aufseher in deinen Toren einsetzen.“ Unter Richtern sind die zu diesem Zweck eingesetzten Beamten zu verstehen, vor denen sich die streitenden Parteien zu verantworten haben. Unter Aufsehern versteht man die den Richtern beigeordneten Beamten, die mit Stock und Riemen vor ihnen hergehen, wenn diese die Straßen, Märkte und Buden besuchen, um Preise und Maße zu überwachen und Missbräuche zu beseitigen. Die Tätigkeit der Aufseher wird durch das Urteil der Richter bestimmt, so dass sie, wenn sie bei jemandem etwas Unrechtes bemerken, ihn vor Gericht bringen müssen, wo er je nach seinem Vergehen gerichtet wird. Diese Verpflichtung, in jeder Stadt und in jedem Bezirk Richter einzusetzen, bezieht sich nur auf das Land Israel. Im Ausland ist man nicht verpflichtet, dieser Verpflichtung in jedem Bezirk nachzukommen, denn es heißt: „Richter und Aufseher sollst du dir einsetzen in allen

deinen Toren, die der Herr, dein Gott, dir nach deinen Stämmen gibt“ (Deut. 16:18).

Wie viele ständige Gerichtshöfe sollten in Israel eingesetzt werden und wie viele Mitglieder sollten sie haben? Vor allen Dingen sollte das große Gericht im Tempel eingesetzt werden, das große Sanhedrin genannt wurde und einund-siebzig Mitglieder hatte. Außerdem sind noch zwei Gerichte von je dreiundzwanzig Mitgliedern einzusetzen, eines an der Pforte des Tempelhofs, das andere an der Pforte des Tempelbergs. Ebenso sollen in jeder Stadt Israels, in der mehr als hundertundzwanzig Einwohner sind, kleine Gerichte eingesetzt werden, die ihren Sitz am Tor (Marktplatz) der Stadt haben. Die Zahl der Richter soll dreiundzwanzig sein. In einer Stadt mit weniger als hundertundzwanzig Einwohnern sollen drei Richter ernannt werden; denn ein Gericht soll nicht weniger als drei Mitglieder haben, damit sowohl eine Stimmenmehrheit als auch eine Stimmenminderheit im Fall einer Meinungsverschiedenheit über einen strittigen Punkt des Gesetzes vorhanden ist. An jedem Orte, wo ein Sanhedrin besteht, müssen auch zwei Schriftführer vorhanden sein, die stehend zur Rechten und zur Linken des Sanhedrins ihren Platz einnehmen. Sie haben über alles, was im Gericht verhandelt wird, ein Protokoll zu führen, und zwar der eine über das, was für, der andere über das, was gegen den Angeklagten gesprochen worden ist.

Voraussetzungen für den Sanhedrin

Zu Mitgliedern des großen wie des kleinen Sanhedrins dürfen nur Gelehrte und Männer von hoher Vernunft gewählt werden, die sowohl durch das Studium der Tora als auch durch großen Scharfsinn ausgezeichnet sind, und die auch in den weltlichen Wissenschaften bewandert sind, wie in der Medizin, der Arithmetik, der Astronomie. Zum Mitglied des Sanhedrins soll weder ein zu Älter noch ein Kastrierter ernannt werden, denn beide sind kaltblütig. Ebenso wenig ein Kinderloser, damit jedes Mitglied Mitgefühl kenne. So wie die Mitglieder des Gerichtshofes moralisch untadelig sein müssen, so gilt dies nicht weniger in Bezug auf körperliche Gebrechen. Außerdem ist besonders darauf zu achten, dass alle Mitglieder des Gerichts sich auszeichnen durch graues Haupt, hohen Wuchs, schöne Gestalt, tiefen Verstand und Kenntnis der meisten lebenden Sprachen, damit der Sanhedrin nicht gezwungen sei, sich eines Dolmetschers zu bedienen.

Die Mitglieder eines dreiköpfigen Gerichtshofes müssen, wenn auch nicht dieselben Anforderungen wie an die Mitglieder des Sanhedrins gestellt werden, den folgenden sieben Erfordernissen genügen, nämlich: Gelehrsamkeit (Weisheit), Demut, Gottesfurcht, Geldverachtung, Wahrheitsliebe, Volksliebe und einen guten Ruf. Jedes gesetzmäßige israelitische Gericht steht unter der Aufsicht Gottes. Darum sollen auch die Richter in Gottesfurcht, Andacht, Demut und Besonnenheit sitzen. Leichtsinn, Scherz und leeres Geschwätz, sind dagegen verboten. Im Gespräch sollen sie die Tora und die Weisheit zum Gegenstand haben. Man soll nicht vor einen Richter treten, der Geld gezahlt hat, um sein Amt zu erlangen. Unsere Weisen haben sogar geboten, einen solchen zu verachten und zu verschmähen. Sie sagten auch: Das Richtergewand, in das er sich hüllt, möge deinem Auge wie die Decke eines Esels erscheinen.

Stadtgericht und das große Gericht

Es soll keine Gerichtsverhandlung bei Nacht begonnen werden, ebenso darf man bei Nacht weder Zeugen vernehmen noch unterschriebene Urkunden beglaubigen. In Geldsachen ist es zulässig, das Urteil bei Nacht zu fällen, wenn die Untersuchung darüber am Tage begonnen hat. Die Einsetzung eines israelitischen Königs darf nicht anders erfolgen als durch den Ausspruch eines Gerichts von einundsiebzig Mitgliedern. Ebenso darf man den kleinen Sanhedrin für jeden Stamm und jede Stadt nicht anders einsetzen als durch den Ausspruch des Gerichts der Einundsiebzig. Die Todesstrafe darf nicht von einem Gericht verhängt werden, das aus weniger als dreiundzwanzig Mitgliedern besteht, welches Gericht „Kleiner Sanhedrin“ genannt wird. Die Berechnung der Monate erfolgt durch drei, die Berechnung des Jahres aber wird von sieben Richtern vorgenommen. Schadensersatz, wie z. B. wegen Raubes, Verwundung, über das Doppelte, Vier- und Fünffache des Diebstahls, wegen Notzucht, Verführung usw., werden von drei Richtern bestimmt. Andere Geldprozesse aber, wie über Zugeständnisse und Darlehen, erfordern nur einen Richter.

Wenn zwei streitende Parteien in einer Stadt über das zu wählende Gericht uneinig sind, indem die eine das örtliche, die andere aber das große wählt, weil die Richter des Stadtgerichts sich irren und dadurch einen ungerechten Geldverlust verursachen könnten, so ist

die eine Partei zu zwingen, den Prozess in der örtlichen Stadt selbst schlichten zu lassen. Verlangt sie nun aus Furcht vor möglichem Irrtum ein schriftlich abgefasstes und begründetes Urteil, so soll ihr ein solches ausgefertigt und zugestellt, und erst dann die durch das Urteil bestimmte Summe eingezogen werden. Findet sich aber in der Streitsache wirklich ein Grund, den Rat des großen Gerichtshofes zu Jerusalem einzuholen, so tun die Richter selbst dies schriftlich durch einen Boten, und fällen dann das Urteil in der Stadt, auf Grund der schriftlich zugestellten Entscheidung des großen Gerichtshofes. Dies aber nur in gewöhnlichen Prozesssachen, wo beide Parteien klagen, oder Forderungen stellen, auch wenn der Gläubiger in der Stadt selbst klagen will, und nur der Schuldner das große Gericht verlangt hat. Hat aber der Gläubiger das große Gericht verlangt, so ist der Schuldner zu

zwingen, durch dasselbe den Streit entscheiden zu lassen, weil es heißt: „Der Schuldner ist seines Gläubigers Knecht“ (Prov. 22:7). Desgleichen, wenn ein Geschädigter oder Beraubter, der als Kläger auftritt, das große Gericht verlangt, so soll das Stadtgericht den Beklagten zwingen, vor dem großen Gericht zu erscheinen usw.

Wann ist die absolute Stimmenmehrheit gefragt?

Wenn die eine streitende Partei einen gewissen Mann als Richter verlangt, die andere aber einen anderen, so sollen diese beiden als Richter gewählten Männer einen dritten Richter wählen und dann mit ihm gemeinsam die Streitsache entscheiden, denn nur so kann das Recht zum Vorschein kommen. Wenn jemand vom Gericht für schuldig erklärt worden ist, aber Zeugen oder Beweise zu seiner Rechtfertigung vorbringt, so wird das Urteil, wenn es eben gefällt worden ist, aufgehoben oder zurückgenommen. Wenn neue Beweise gebracht werden, wird das Urteil dann immer aufgehoben. Ja selbst wenn die Richter die Vorlegung aller Beweise binnen dreißig Tagen verlangt hätten, und diese Beweise erst später vorgebracht würden, so wird das Urteil dennoch aufgehoben, denn wie kann man dafür verantwortlich gemacht werden, dass die Beweise erst später gefunden wurden?

War das Gericht geteilter Meinung, so dass die einen die eine Partei für unschuldig, die andern aber für schuldig erklärten, so entscheidet die Stim-

menmehrheit. Dies ist ein Gebot der Schrift, denn es heißt (Ex. 23:2): „Nach der Mehrheit zu richten“. Dies bezieht sich aber nur auf Geldstreitigkeiten, wie auch auf die übrigen Gesetze über das Verbotene und das Erlaubte, über das Unreine und das Reine und so weiter. In Fällen aber, wo es um das Leben geht, ob der Verbrecher hingerichtet werden soll oder nicht, hat die absolute Stimmenmehrheit nur dann Gültigkeit, wenn sie sich für den Freispruch ausspricht. Im entgegengesetzten Fall, bei Schuldspruch, muss die Mehrheit wenigstens zwei betragen. Denn es ist uns überliefert, dass die Schrift darauf hinweist mit den Worten: „Du sollst nicht nach den Vielen sein im Bösen“, als wollte sie sagen: Wenn die Mehrheit sich zum Bösen, d. h. zum Todesurteil, neigt, so ist ihrem Beispiel nicht zu folgen, bis die Zahl derer, die sich zu demselben neigen, bedeutend größer, d. h.

mindestens zwei ist.

Beginnt das Sanhedrin in einem Kapitalverbrechen mit dem Schuldspruch gegen den Angeklagten und wird dieser einstimmig bestätigt, so ist der Angeklagte freizusprechen, bis sich Richter finden, die ihn verteidigen. Erst wenn diese von den Richtern, die den Verbrecher verurteilen, überstimmt werden, ist deren Urteil zu befolgen. Von den Weisen ist überliefert, dass sie bei Kapitalverbrechen bei der Einholung von Meinungen nicht mit dem Gelehrtesten beginnen, damit die anderen sich nicht auf seine Meinung verlassen und sich nicht für unwürdig halten, gegen seine Meinung aufzutreten. Vielmehr sage ein jeder seine Meinung nach seiner Überzeugung.

Objektives Urteil, ohne Mitleid

Das Gericht soll niemanden nach bloßen Vermutungen verurteilen, sondern nur nach den Aussagen von Zeugen, die klare Beweise vorlegen. Haben sie ihren Nächsten nachjagen sehen, und haben den Verfolger gewarnt, und sind doch von ihm abgewiesen worden, oder sind ihm in eine Ruine nachgeeilt, und haben bei ihrem Eintritt den Verfolgten tot gefunden, und noch in Todeszuckungen, das blutige Schwert aber in der Hand des Andern, so kann das Gericht, weil die Zeugen ihn den Hieb nicht haben führen sehen, den Angeklagten auf diese Anklage hin nicht hinrichten lassen. Auf einen solchen Fall, und dergleichen ähnlichen, bezieht sich der Vers: „Einen Unschuldigen und Schuldlosen sollst du nicht töten“ (Ex. 23:7). Ebenso we-

nig soll das Gericht einen zum Verbrechen Gezwungenen hinrichten lassen, obwohl das Verbrechen freiwillig begangen worden wäre und die Todesstrafe nach sich gezogen hätte.

Der Richter darf in Geldprozessen kein Mitleid mit einer Partei haben; er soll nämlich nicht denken: „Dieser Mann ist arm, sein Gegner ist reich, und da es sowohl meine Pflicht als die Pflicht des Reichen ist, den Armen zu ernähren, so will ich ihn in diesem Rechtsfall rechtfertigen, auf welche Weise er sich mit Ehre erhalten retten kann“; denn gerade davor warnt die Tora mit den Worten: „Du sollst den Armen nicht schonen“ (Ex. 23:3) und: „Du sollst das Angesicht des Armen nicht schonen“ (Lev. 19:15). Stehen zwei vor dir, von denen der eine ein Frommer und der andere ein Schurke ist, so denke nicht: Da dieser ein Schurke ist und wahrscheinlich lügt, der andere aber die Wahrheit sagt, so werde ich das Urteil zum Nachteil des Schurken fällen; denn es steht in der Schrift: „Du sollst das Recht eines Armen in seinem Streit nicht verdrehen“; denn ob er auch arm ist an guten Taten, so sollst du doch sein Recht nicht verdrehen.

Es ist ein Gebot der Schrift, dass der Richter gerecht richten soll, denn es heißt: „Mit Gerechtigkeit sollst du deinen Nächsten richten“ (Lev. 19:15). Was aber bedeutet „Gerechtigkeit im Gericht“? - Dass man den einen nicht lange reden lässt, während man dem anderen gebietet, sich kurz zu fassen; dass man dem einen nicht ein freundliches Gesicht zeigt und mit ihm freundliche Worte spricht, während man gegen den anderen unfreundlich ist und mit ihm hart umgeht. Erscheint von zwei streitenden Parteien die eine in kostbarer, die andere aber in unanständiger Kleidung, so kann der Richter der vornehmen Partei anordnen: entweder kleide diesen Mann so, wie du gekleidet bist, oder kleide dich so, wie er, bevor du deine Klage vorbringst, damit ihr in völliger Gleichheit vor Gericht erscheint.

„Du sollst kein Bestechungsgeld annehmen“ (Deut. 16:19), nicht nur, um das Recht zu unterdrücken, sondern auch, um den Gerechten gerecht und den Ungerechten schuldig zu sprechen; wer letzteres tut, verstößt gegen ein Verbot der Schrift. Der Richter muss sich allezeit betrachten, als schwebte ein Schwert über seinem Kopf oder als wäre ein Abgrund vor seinen Füßen, dass er erkenne, wenn er richtet, vor wem er richtet, und wer ihn dereinst richten wird, wenn er vom Wege der Wahrheit abgewichen ist. Jeder Richter aber, der das Recht nicht nach der Wahrheit spricht, ist schuld daran, dass Gott sich von Israel abwendet.

Sie interessieren sich für die „Jüdische Rundschau“, möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem...

DANN HABEN WIR EIN TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!

Sie können auf unserer Website www.juedische-rundschau.de/shop die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

Folgen Sie den Social-Media-Kanälen der Jüdischen Rundschau

Nachrichten der einzigen unabhängigen jüdischen Zeitung
in Deutschland finden Sie auf Facebook, Instagram, TikTok und X:



facebook.com/jrundschau



instagram.com/jrundschau



tiktok.com/@jrundschau



twitter.com/JuedRundschau

Unterstützen Sie Deutschlands einzige unabhängige jüdische Zeitung!

Abonnieren Sie und schalten Sie Werbung in der JÜDISCHEN RUNDSCHAU!

Liebe Leserinnen und Leser,

gegründet im Sommer 2014, als Reaktion auf die antisemitischen Demonstrationen in ganz Deutschland, setzt sich die JÜDISCHE RUNDSCHAU heute für jüdische Belange und für Israel ein wie kein zweites Medium im deutschsprachigen Raum. Die positiven Rückmeldungen aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Israel bestärken uns in unserer Arbeit.

Dennoch brauchen wir auch Ihre Hilfe: Abonnieren Sie die JÜDISCHE RUNDSCHAU, erzählen Sie in der Familie, im Freundes- und Bekanntenkreis von unserer noch jungen Zeitung!

Verschenken Sie Abos und reichen unsere Zeitung weiter!

Denn eine Zeitung wird erst durch ihre Abonnenten stark.

Auch Deutschland, Österreich und die Schweiz brauchen eine selbstbewusste jüdische Stimme!

Ihre JÜDISCHE RUNDSCHAU-Redaktion